

# Chronik

der

evangelischen

## Parochie Striegau.

---

Seit 1741.

---

Urkundlich zusammengestellt

von

Hermann Lummert.



**Bibliothek**  
**Stadtbibliothek**

---

Striegau.

Schnellpressendruck der C. Gröger'schen Buchdruckerei (F. Breyther).

1876.

129  
II



60,000,-

x - 143
129 II

## Vorwort.

---

Der werthen Kirchengemeinde von Striegau Stadt und Land übergebe in Liebe ich hiermit die angekündigte „Kirchchronik“. Den Weg in die Oeffentlichkeit mag das Blichlein nicht antreten, ohne daß einige Bemerkungen es begleiten. Der Anlaß zur Herausgabe lag nicht bloß in der Vorliebe, die ich für geschichtliche Ortskunde habe. Es ist für den Geistlichen Erforderniß, sich mit den Verhältnissen der Gemeinde, in deren Dienst er berufen worden, bekannt zu machen. Als bald nach meinem Amtsantritt fragte ich nach dem hiesigen 100 jährigen Jubelblichlein, dessen Vorhandensein ich voraussetzte, weil die Jubiläen der schlesischen Kirchen neuer Stiftung in den 1840er Jahren wohl überall ein Jubelschriftchen für die Gemeinde hervorgerufen hatten. Hier war keines erschienen. Es fand sich nur vor die von Pastor Hantsche im Jahre 1792 zusammengetragene und bei Carl Sigism. Weber hierselbst gedruckte Jubelschrift: „Kurze Nachricht von dem ehemaligen und gegenwärtigen Religionszustande der evangelischen Stadt- und Landgemeinde zu Striegau“ (8o 36 S.), ferner der ebenfalls von Pastor Hantsche verfaßte, der „Festordnung und Folge der Gesänge“ zur Einweihung der jetzigen Kirche im Jahre 1819 — gedruckt von C. W. F. Opitz in Zauer (8o.) — S. 19—32 beigegebene „geschichtliche Beitrag“, endlich die die hiesige evangel. Kirche betreffenden Mittheilungen

in dem 1829 bei Carl Sigism. Weber's Erben hieselbst (in 4o.) gedruckten, von dem Kreis=Secretair C. F. W. Richter herausgegebenen Buche: „Historisch=topographische Beschreibung des Striegauer Kreises.“ Genannte dankenswerthe Arbeiten sind, wo urkundliche Nachrichten nicht zu haben waren, jedoch thunlichst unter Prüfung, benutzt worden. Eine allseitig genügende Auskunft war aber denselben nicht zu entnehmen. So entstand der Gedanke, eigends der Gemeinde eine geschichtliche Darlegung ihres Kirchenwesens zu liefern. Das für 1869 bevorstehende Kirchweih=Jubiläum lud von fern dazu gleichsam ein. Inzwischen nahmen Ende der 1850er und Anfang der 1860er Jahre die Aufmerksamkeit andere Gegenstände in Anspruch. Die hiesige Patronats=Angelegenheit befand sich damals noch in der Schwebe. Dazu kam die staatlicherseits erforderte Einführung der landeskirchlichen Gemeinde=Ordnung auch hier, die nicht ohne Lösung der Patronatsfrage vor sich gehen konnte. Nachdem diese Angelegenheiten erledigt und dabei das Pfarrarchiv durchweg, desgleichen die einschlägigen, mir zur Einsicht verstatteten Superintendentur=, magistratualischen und landrätlichen, wie auch die Breslauer Ober=Consistorial=Acten durchsucht worden, war für die hier in Rede stehende chronistische Darstellung gleichwohl das Material noch nicht hinreichend gewonnen. Immer wieder stieß die Sammlung der Nachrichten auf Hindernisse. Ungemein langsam schritt die Arbeit vor, die ja überhaupt nur als Nebenarbeit betrieben werden konnte und oft ganz in Stillstand gerieth. So ging leider selbst das Jahr 1869 hin, ohne daß, wie es der Wille gewesen, ich die liebe Gemeinde zum schönen Kirchweihjubiläum im Festton einer Jubelschrift begrüßt hätte. Seit aber in letzter Zeit die Gestaltung der preussischen evangelischen Kirchen=verfassungs=Sache und die in kirchlicher Hinsicht theils erlassenen, theils noch zu erwartenden Staatsgesetze die allgemeinste Beachtung auf sich ziehen und es mehr als je wünschenswerth erscheinen lassen, daß die



Gemeinden über sich selbst unterrichtet seien, hielt ich es für angethan, der hiesigen Gemeinde zur Kenntnißnahme von der Entwicklung ihrer kirchlichen Verhältnisse im Zusammenhang die Gelegenheit zu verschaffen, trotzdem auch jetzt noch die Chronik der evangelischen Pfarodie Striegau keineswegs zu Ende geführt ist.

Die Anlage derselben sollte sein, daß in einem ersten Theil die Chronik vor 1741, im zweiten Theil die Chronik seit 1741 und in letzterer, außer der nachstehend veröffentlichten „Kirchchronik“, der Hauptpartie des Ganzen, noch folgende Abschnitte: Schulchronik, Vereinswesen, Sonstiges, Anhang, enthalten wären.

Der Umfang, zu dem die Kirchchronik angeschwollen, wird der Entschuldigung bedürfen. Die hiesige Gemeinde ist niemals in der Lage gewesen, auf die Bewegungen der gesamten Kirche Einfluß zu üben. Die Geschichte des Orts vermag daher nicht, bedeutende Ereignisse zu erzählen, welche unwillkürlich die Gemüther fesseln. Die Gemeinde Striegau kann nur als eine schlichte Familie im Volk des Evangeliums gelten. In Rücksicht hierauf wurde der Bericht von ihr nach dem Grundsatz gearbeitet, daß, wo es nur Ereignisse von geringerer Bedeutung mitzutheilen giebt, der Werth der Erzählung auf deren Genauigkeit beruht. Wie Familienglieder gern selbst die kleinen Erlebnisse ihres Hauses mit Wärme zu verhandeln pflegen, dürften wohl auch die Glieder unserer Kirchenfamilie einer ausführlichen Darstellung der Vorgänge in ihr theilnehmenden Sinnes folgen wollen. Eine Chronik kann füglich nicht ein unterhaltendes Lesebuch abgeben; sie kann nur ein Handbüchlein der Gemeindefunde sein wollen für Alle, vornehmlich auch für Solche, welche der Gemeinde jetzt oder künftig, sei es als Aelteste, sei es als Vertreter, vorzustehen haben. Der eigentliche Zweck ist, daß die Kenntniß der Kirchensache dieser die Herzen in frischer Theilnahme zuwende. Geht der Wunsch in Erfüllung, so werde ich darin den schönsten Lohn für die gehabte Mühe

erblicken. Schenkt Gott mir Leben und Gesundheit, so gedenke ich, die angefangene Arbeit fortzusetzen, damit einmal auch die noch fehlenden Abschnitte der Chronik zur Veröffentlichung gelangen können.

Schließlich statte ich pflichtschuldigsten Dank Denen ab, die mir Fingerzeige gegeben, Nachrichten zugänglich gemacht, Notizen gewährt oder sonst gefällige Handreichung gethan, sowie Allen, welche die Herausgabe dieser Schrift durch ihre Theilnahme an der Unterzeichnung ermöglicht haben.

Segen ruhe auf der ganzen Gemeinde, daß sie fort und fort gedeihe und ihren Lauf thue im Geist und in der Kraft Christi.

Striegau, im August 1876.

D. H.

# Kirchchronik.

# Geschichtlicher Ueberblick.

## 1. Politik.

Am 20. October 1740 starb der deutsche Kaiser Karl VI. Da weder er männliche Erben erhalten hatte, noch von seinem älteren Bruder, Kaiser Joseph I., solche hinterlassen waren, erlosch mit ihm der habsburgische Mannsstamm. In der Voraussicht dieses Ereignisses hatte Karl schon im Jahr 1713 ein Hausgesetz, die „Pragmatische Sanction“, errichtet, wonach in Oesterreich, ohne Theilung seiner Staaten, die weibliche Erbfolge eintreten sollte. Es machte die langjährige Sorge des Kaisers aus, Verträge mit den europäischen Mächten zu Stande zu bringen, die das Hausgesetz betreffs der weiblichen Erbfolge gewährleisten. Der Rath des Prinzen Eugen, daß 200,000 Bajonette und eine gefüllte Schatzkammer Maria Theresias Erbfolge besser verbürgen würden, als eine Million Eidschwüre aller Fürsten Europas, war unbeachtet geblieben. Vielmehr hatte der Kaiser die Kräfte des Landes, zuletzt in unglücklichen Türkentriegen, verbraucht. Bei seinem Ableben schien daher Oesterreich, in den Händen einer Frau und bei der Zerrüttung des Heeres wie der Finanzen, den Widersachern reif zur Zerstückelung und Vertheilung. Es entspann sich ein europäischer Krieg, der zwischen Baiern, Spanien und Frankreich einer- und Oesterreich, England, zuletzt noch Rußland andererseits, bis 1748, in Oesterreich, in Baiern, am Main und Rhein, in den Niederlanden, in Italien, in Nordamerika, auch zur See geführt wurde. Bei Erwähnung dieses österreichischen Erbfolgekrieges darf Preußen nicht ungenannt bleiben.

Hier war 1740 — 31. Mai — auch der Landesherr gestorben. Nur hatte König Friedrich Wilhelm I. das Erbe seines Thrones einem Manne hinterlassen. Sollte bei den mehrseitigen Erbansprüchen auf Oesterreich und den über Maria Theresia kommenden Wirren das festgeordnete, gut bewaffnete, mit einem beträchtlichen Staatsschatz ausgestattete Preußen den still wartenden Zuschauer abgeben? Das lag im Geist des jungen Königs Friedrich nicht. Die Erfahrungen, welche Preußen an Oesterreich gemacht, sprachen gleichfalls nicht dafür. Schon der große Kurfürst hegte Bitterkeit gegen den Kaiser. Von diesem im Nimweges Frieden preisgegeben, hatte Friedrich Wilhelm 1679 den nachtheiligen Frieden von St. Germain en Laye unterzeichnen müssen, dies aber mit dem virgilischen Ausruf gethan: „Einst wird aus meinem Weibe mir erstehen ein Rächer“. Friedrichs Vater ließ seinem Sohn bei dessen Taufe den habsburgischen



Vornamen Karl mittheilen, um nur seine Anhänglichkeit an Oesterreich durch jedes mögliche Zeichen zu bekunden, trat auch 12. October 1726 im Königs-Wusterhausener Verträge der pragmatischen Sanction bei, hatte aber für alle Treue schließlich in der Willich-Bergschen Erbsache, der durch den Berliner Vertrag vom 23. December 1728 erhaltenen Zusage entgegen, nach dem österreichisch-französischen Verträge vom 13. Januar 1739 den Untank Oesterreichs zu erfahren. Auch er hatte schon vorher (Frühling 1736), als Lothringen von Oesterreich 1735 in Frankreichs Hände gespielt worden, in dem deutschen Unwillen: „der Kaiser tractire ihn und alle Reichsfürsten wie Schubjacks <sup>1)</sup>“ — auf Friedrich zeigend, gesagt: „da steht einer, der mich rächen wird“. Friedrich selbst hatte schon als Kronprinz übel empfunden, wie manche Geringschätzung von europäischen Mächten dem kleineren Preußen widerfuhr. Zudem verrieth er früh einen großen politischen Fernblick. Das bewies der preußische Kronprinz recht eigentlich durch den Gedanken einer Verheirathung mit Maria Theresia <sup>2)</sup>, der ihn vor, wie nach seinem Fluchtversuch und immer wieder während der cüstriner Haft beschäftigte. Die Verschiedenheit des Bekenntnisses machte ihm kein Bedenken, da er entschlossen war, die Religion nicht zu ändern. Auch in der Eifersucht der Mächte sah er kein Hinderniß, weil Preußen und Oesterreich, zu einem Staats-Ganzen vereint und, wenn die Verheirathung der preußischen Prinzessin Wilhelmine mit dem Prinzen von Wales erfolgte, noch mit England verbunden, um etwaigen Widerspruch Frankreichs und der übrigen Mächte sich nicht zu kümmern brauchte. Das Hinderniß lag nicht nur in der Neigung der Erzherzogin zu Franz von Lothringen, sondern auch in dem gebieterischen Willen von Friedrichs Vater und in dem Stolz des Wiener Hofes. Der letztere war bei der Kunde von dem Vorschlage, als dem Zeichen eines vermessenen Ehrgeizes, wahrhaft betroffen. Prinz Eugen erklärte, „es erhelle daraus, was für weitaussehende Ideen dieser junge Herr hege, es müsse ihm doch an Lebhaftigkeit und Vernunft nicht fehlen. Desto gefährlicher dürfte er mit der Zeit seinen Nachbarn werden. Ihn von seinen bedenklichen Grundsätzen abzubringen, sei ohne Zustandekommen der Heirath mit der Prinzessin von Bevern“ — diese hatte man in Wien Friedrich zugebacht — „nicht zu hoffen“. So eifrig betrieb nun Oesterreich diese Sache am Berliner Hofe, daß Friedrich, wenn auch mit großem Widerwillen gegen diese Ehe, 1732 <sup>3)</sup> sich dem Gebot seines Vaters unterwarf.

Indeß der Strom der kommenden Ereignisse floß noch aus anderen, tief liegenden Quellen zusammen. Der Südwesten Deutschlands, einst das Reich, war offenbar hinter der Geschichte zurückgeblieben und zehrte nur noch an den Erinnerungen ehemaliger Kaiserherrlichkeit. Sachsen hatte durch den Uebertritt seines Fürstenhauses zur römischen Kirche — um der

<sup>1)</sup> Pierson, Preuß. Gesch. 1865. S. 192 — 96.

<sup>2)</sup> Schmidt, Preußens deutsche Politik, S. 6 f., nach Arneht, Prinz Eugen von Savoyen. B. III. S. 334 f.

<sup>3)</sup> Verlobung 10. März 1732, Vermählung 12. Juni 1733.

polnischen Königskrone willen — die Führung der reformatorischen Sache, überhaupt seine Sendung in Deutschland preisgegeben, mithin an Brandenburg übergehen lassen und sich selbst, dem Vaterlande gegenüber, zum bloßen Vorposten des Wiener Hofes gemacht. Die übrigen deutschen Kleinstaaten waren ohnmächtig und todt. Alles in Deutschland beherrschend und seit Jahrhunderten maßgebend stand lediglich da die Macht Oesterreichs. Aber dieses Reich war doch eben nicht deutsch, sondern ein Gemisch von Deutschen, Ungarn und allerlei Slaven, stand auch weit unter Deutschlands Kultur. Das gab an sich keine natürliche Verbindung. Und dieses Reiches Herrscher waren mit der deutschen Kaiserwürde bekleidet! Die Geschichte kann den habsburgischen Fürsten nur das Zeugniß ausstellen, daß sie einerseits den Kaisertitel bestens ausgenutzt haben zur Erhöhung ihrer Hausmacht, andererseits ihn nicht gebraucht zur Vertretung, sondern gemißbraucht haben zur Niedertretung Deutschlands. Es ward durch den dreißigjährigen Krieg ein Spott in den Augen Europas; Oesterreich hat das Meiste dazu beigetragen. Nicht genug, daß Selbstständigkeit, Würde und Wohlfahrt des Vaterlandes dahinsanken, Oesterreich hat, kirchlich unbuldsam, das im 16. Jahrhundert überwiegend evangelische Deutschland, soweit es konnte, zumal seine eigentlichen Unterthanen, auch in die Kirche Rom's hineingezwungen. Gleichgültigkeit gegen das Beste Deutschlands <sup>4)</sup>, Thatlosigkeit bei gewissem Abharren glünstiger Begebenheiten, Erstarrung in alten Formen, Unterbindung des geistigen Lebens, jesuitische Vernichtung der Glaubensfreiheit, das waren die Kennzeichen österreichischer Staatskunst. Konnte Deutschland, zumal der evangelisch gebliebene Norden, auf immer nur wie ein Vasallenland in österreichischer Hörigkeit bleiben? Die deutsche Eigenart hätte erst ausgelöscht und umgeschaffen werden müssen. Angriffe auf die Natur der Völker pflegen jedoch zu scheitern. Innerhalb der deutschen Grenzen war, neben allem Verfall, wenigstens noch ein Staat vorhanden, der schon ein Jahrhundert lang den Beweis der Kraft und innerer Lebensfähigkeit gegeben hatte, Brandenburg-Preußen. Dieser Staat war durch und durch deutsch, wohlgeeignet, zum Kern einer Neubildung Deutschlands zu dienen. Das Bewußtsein der Einerlichkeit des eigenen und des deutschen Vortheils oder Nachtheils, frisches Eingreifen, straffe Ordnung, das Recht geistiger Bewegung, Freiheit des Glaubens bezeichnete seine Regierungsweise. Weil die Gegensätze scharf einander gegenüberstanden, mußte sich mit so geschichtlicher Nothwendigkeit eine Ausgleichung einstellen, wie die Ausgleichung entgegengesetzter Electricitäten, wenn sie einander nahe treten, im Blitz. Es handelte sich um das Leben Deutschlands. So war es erforderlich, daß Preußen sich vergrößerte und verstärkte, Oesterreich verkleinert und schwächer wurde. Darauf zielte wirklich der erste schlesische Krieg ab. Nothwendig nach dem Hingange des letzten Habsburgers war auch, daß die Kaiserkrone endlich, statt einem österreichischen, einem deutschen Haupte zufiel, und daß die Reichsgeschäfte von dem beein-

<sup>4)</sup> Der Pfalzverwüster durfte ungestraft Straßburg rauben, seine Reunionskammern arbeiten lassen u. s. w.



flußenden Wien an einen Ort im eigentlichen Deutschland kamen. Dies war der Zweck der von Preußen betriebenen Wahl des Kurfürsten von Baiern zum deutschen Kaiser am 24. Januar 1742, die auch durch den zweiten schlesischen Krieg mit in Geltung erhalten werden sollte, jenen Krieg, dessen eine blutige Entscheidung Striegau in nächster Nähe zu sehen und seinen Geschützdonner zu hören bekam. Der plötzliche Tod Kaiser Karls VII. am 20. Januar 1745 hat das deutsche Kaiser-Unternehmen freilich auf mehr als ein Jahrhundert hinaus vereitelt. — Doch wir greifen vor.

Als die Nachricht, Kaiser Karl VI. sei gestorben, 26. October 1740 in Rheinsberg <sup>5)</sup> eintraf, wo Friedrich fieberkrank lag, ging ein Erbbleichen über sein Angesicht; der Beruf Preußens richtete sich vor ihm auf. Schnell kehrte die Gesundheit wieder. Das Gemüth der Schlesier erfuhr beim Tode ihres Kaisers ebenfalls eine Bewegung. <sup>6)</sup> Man fürchtete, daß unter der glaubenseifrigen Theresia das Loos der Evangelischen noch trauriger werden könnte, als es seither gewesen. Die Unvorsichtigkeit katholischer Eiferer, welche ihre Hoffnung nicht verbargen, Maria Theresia werde Schlesien zur katholischen Gemeinschaft bringen und die Geltung der Ultranstädter Convention aufheben, auch schon über den Zutritt der Protestirenden gloriirten, mehrte die Unruhe. Durch das Volk gingen düstere Sagen, als würden Wagenladungen Dammschrauben <sup>7)</sup> in das Land gebracht, und als sollten die Evangelischen mit Gewalt genöthigt werden, ihrer Kirche zu entsagen. Als Kunde über die märkische Grenze herüberdrang von preussischen Absichten auf das Land, herrschte Besorgniß auch bei dem katholischen Theile der Schlesier. Denn diese erwarteten Arges, nach dem Gesez der Wiedervergeltung der Ansicht, es würde gegen sie preussischerseits verfahren werden, wie es bisher gegen die Evangelischen österreichischerseits geschehen war.

Die Ansprüche Friedrichs auf schlesisches Besizthum fanden ihren Halt nicht eigentlich in dem Erbverbrüderungs-Vertrage, welchen Herzog Friedrich II. von Liegnitz und Kurfürst Joachim II. von Brandenburg 1537 mit einander abgeschlossen hatten und der bei dem Tode des letzten Pfaffen in Schlesien 1675 zur Ausführung reif wurde. Der große Kurfürst, vom Kampf mit den Franzosen kommend und zum Kampf mit den Schweden bei Jehrbellin, dann weiter nördlich eilend, hatte die Sache nicht nachdrücklich wahrgenommen, der Kaiser die Fürstenthümer Liegnitz, Brieg und Wohlau eingezogen, wie 1623 schon Jägerndorf. Einer Berufung auf

<sup>5)</sup> Dorthin wurden Minister P o d e r w i l s und Feldmarschall S c h w e r i n berufen. Beide waren gegen den Gedanken des Königs, Schlesien sofort zu besetzen, als gegen einen zu gewaltsamen und gewagten Schritt. Allerdings gab der Minister endlich nach. am 7. Novbr. erließ der König den Befehl zur Mobilmachung. Doch bequimte er sich wenigstens, den Weg der Unterhandlungen mit Oesterreich zu beschreiten, den er Anfangs als aussichtslos von der Hand gewiesen hatte. G r ü n h a g e n, Vortrag im Verein für Gesch. u. Alth. Schles. vom 1. Decbr 1875. Bresl. Ztg. 1875 Nr. 578.

<sup>6)</sup> Hensel, Prot. Kirch.-Gesch. S. 393 — 95.

<sup>7)</sup> Hensel a. a. D. — Auch Familien-Übertieferung.

das Beerbungs-Abkommen von 1537 schien entgegenzustehen, daß der große Kurfürst bei den Abmachungen von 1685 und vom 22. März 1686 <sup>9)</sup> mit dem Schwiebuser Kreise sich hatte abfinden lassen, und dies schien wieder hinfällig durch die dem Kurprinzen geheim und listig <sup>9)</sup> abbedungene, auch erfolgte Rückgabe genannten Kreises an Oesterreich durch Kurfürst Friedrich III. Die Erbverbrüderung war ein Gegenstand für diplomatische Erklärungskünste. Mit ganzem Ernst haben die brandenburgischen Fürsten die Sache nie verfolgt. Friedrichs des Großen Gedanken nach seiner Thronbesteigung waren bis Ende August 1740 nur auf die Jülich-Bergische Erbschaft gerichtet. Erst, als diese Absicht auf große Schwierigkeiten zu stoßen schien, und sein Gesandter in Paris die Mittheilung von Plänen Frankreichs machte, beim Tode des Kaisers einen Angriff Baierns auf die pragmatische Sanction zu unterstützen, entschloß er sich, für Jülich-Berg eine Entschädigung in Schlessien <sup>10)</sup> zu suchen. In seinen Werken hat Friedrich selber als Grund zu seiner Unternehmung die Machtbegründung des Königreiches, welches noch mehr von Kurfürstenthum als von Königreich an sich hätte, und das Verlangen nach Ruhm angegeben.

Einen vorzüglichen Anhalt fand seine Sache an den Herzen der gedrückten Evangelischen in Schlessien. Diesen konnte, wie die Dinge damals lagen, der preußische König nur als Befreier von ihren Leiden erscheinen, wenigleich sie öfter besorgt zu sein hatten, ob die preußische Herrschaft bestehen werde.

Unter den oben angeführten Verhältnissen nun geschah es, daß der König von Preußen gegen die gefährdete Maria Theresia anfanglich sich erbot, ihre Erbfolge zu vertheidigen, ihrem Gemahl zur Kaisermahl seine Kurstimme zu geben und 2 Millionen Gulden zu zahlen, falls dafür das beanspruchte schlesische Gebiet ihm in Güte abgetreten würde. Am 16. December <sup>11)</sup> 1740 trat er in der Richtung von Krossen mit einem preußischen Heere über die Grenze Schlesiens. Ein von Berlin schon unterm 1. December datirtes Patent <sup>12)</sup> wegen des Einmarsches erklärte, unter Entbietung aller Gnade und Huld, das Einrücken der Truppen in Schlessien daraus, daß der König an Erhaltung und Wohlstand dieses Herzogthums um so mehr Theil genommen, weil es ihm und seinem Reichslande zur Sicherheit und Vorwauer dienen müsse, um bei der Gefahr eines allgemeinen Krieges sich vor Nachtheil zu schützen und Schlessien vor allem anderweitigen An- und Einfall zu decken, auch aus andern triftigen und wichtigen Ursachen, welche zu seiner Zeit zu manifestiren nicht unterlassen

<sup>9)</sup> Leop. v. Ranke, *Sämmtliche Werke* 25. und 26. Bd., S. 361 flgd.

<sup>9)</sup> Durch die Täuschung, daß die praetensionen des kurfürstlichen Hauses auf die bekannten schles. Fürstenthümer ganz auf keinem Grunde bestünden. Ranke a. a. D. S. 365.

<sup>10)</sup> Grünhagen's Vortrag (16. September 1875) in der vaterl. Gesellschaft. Bresl. Zeitg. 1875. Nr. 451.

<sup>11)</sup> Hensel S. 696. Stenzel, *Scriptt. rer. siles.* V. S. 396, Anmerk. 2. Grünhagen's Vortrag — s. Anmerk. oben — setzt den „15.“ an.

<sup>12)</sup> Stenzel, a. a. D. V. S. 395. Hensel, 696. Korn, *Edict. = Smlg.* I. S. 1. flgd.



werden würde. Mit dem Hause Oesterreich sollte eine genaue Freundschaft unterhalten und desselben wahres Beste und Conservation<sup>13)</sup> befördert werden. Der Schutz aller Rechte und Gerechtigkeiten, Freiheiten und Privilegien, ohne Unterschied der Religion, des Standes oder der Würden, werde zugesichert. Der Eindruck der Proclamation war ein verschiedener. Im Franziskaner-Convent zu Breslau betrachtete man sie im Licht des catullischen Verses:<sup>14)</sup>

„Süß klingt's lockende Pfeifchen des Finklers, verückt er den Vogel.“

oder des andern:

„Unter dem Felle des Hammes verbirgt sich zu oft nur der Wolfsinn.“

Raum aber ist der Grad anzugeben, bis zu dem der Altstolz der Wiener Hofburg aufschäumte, als das Unternehmen des Königs und sein Vorschlag bekannt wurde. Der Gemahl Maria Theresia's wollte sich lieber unter den Ruinen der Welt begraben lassen, als zur Kaiserkrone gelangen gegen den Verlust einer Provinz. Maria Theresia sagte, eher würde sie die Türken vor Wien kommen lassen, als Schlesien aufgeben, und sah alle göttlichen und menschlichen Rechte in sich beleidigt. Die Verwerfung der preussischen Vorschläge war in Wien so entschieden und so allgemein, daß selbst die preussischen Gesandten fast mit fortgerissen wurden.<sup>15)</sup> Vorcke schrieb dem Könige geradezu: er würde, bei dem Entwurf zugezogen, dagegen gestimmt haben; Graf Gotter wiederholte seinem Herrn die Meinung des Wiener Hofes, es sei für den König fürs Erste nichts zu thun, als daß er Schlesien wieder verlasse. Friedrich schrieb 15. November 1740 selbst davon, es sei die kühnste, unerwartetste, größte Unternehmung, welche je ein Fürst seines Hauses gewagt habe. Wohl hätte Theresia die preussische Hilfe als die kräftigste und rascheste gern gehabt, wohl erinnerte sie der englische Gesandte<sup>16)</sup> Robinson daran: „für nichts sei nichts“, sie wies dennoch die Abtretung auch des geringsten Theiles von Schlesien<sup>17)</sup> mit Verachtung zurück. So kam es zur Entscheidung durch Krieg.

## 2. Kirche.

Im preussischen Heerlager entfaltete sich gleich Anfangs eine nicht bloß militairische Nüchternheit. Nach der Besetzung Schlesiens sahen die

<sup>13)</sup> S. Anmfg. 17.

<sup>14)</sup> Stenzel, Scriptt. a. a. D. V. S. 396.

„Fistula dulce canit, volucrum dum decipit auceps.“ —

„Pelle sub agnina latitat mens saepe lupina.“

<sup>15)</sup> Leop. v. Ranke, B. 27 und 28, S. 374, 375, 377.

<sup>16)</sup> Pierson, Preuß. Gesch. S. 220.

<sup>17)</sup> Theresia's Herz baute fest auf das kath. Frankreich, ohne zu ahnen, daß eben dieses Frankreich es war, welches geradezu den Untergang Oesterreichs wollte. Friedrich ließ für den Zweck sich nicht zum Mithelfer brauchen und ging auf den französischen Antrieb nie ein, weil er in der Vernichtung Oesterreichs eine Gefahr für Deutschland sah. Friedrich wollte nicht die Vernichtung, sondern wirklich die Erhaltung Oesterreichs. Was er allerdings wollte, war, behufs der größeren Sicherheit Preußens, eine Minderung der österreichischen Uebermacht.

Preußen auch die kirchlichen Zustände. In Stadt und Land ein katholischer Clerus, der von den Evangelischen unterhalten werden mußte, reich ausgestattet mit Kirchen, Pfarren, Wiedemuthen, aber ohne wirkliche Gemeinde. Ueberall dagegen evangelisches Volk, doch keine Kirchen und Schulen, keine Geistlichen und Lehrer für dasselbe. Die Bitten um Abhülfe, welche an den König gerichtet wurden, führten zu einer eigenthümlichen Thätigkeit im Hauptquartier Rauschwitz bei Glogau. Fürst Leopold von Dessau entsendete von Rauschwitz mittelst Erlasses vom 22. Januar 1741 12 in Berlin ordinirte Candidaten<sup>18)</sup> in ebensoviel Gemeinden als Pastoren. Man nannte dieselben in Schlessien Apostel, und deren Kirchen werden noch jetzt Apostelkirchen genannt. Eine Aufzeichnung in dem schon erwähnten Convent<sup>19)</sup> zu Breslau läßt sich darüber so vernehmen: „Bekämpft wurde in Niederschlessien selbst die kath. Kirche, welche mit Fleiß und Schweiß ihrer Diener die irrenden Schafe vom kezerischen Irrthum zurückzurufen und in den wahren Schafstall Christi aufs glücklichste einzuführen suchten. Aber, beweinenwerthes Geschick! Statt der gar wachsamten Hirten sind reißende Wölfe eingedrungen, suchend, wen sie verschlingen, und befestigen mit unseliger Kühnheit, die in Finsterniß und Schatten des Todes sitzen, im Irrthum, 12 fürwahr erlogene Apostel<sup>20)</sup> und Satans-Sendlinge, kezerische Prädicanten, welche alle im Großglogauer Fürstenthum trachten, das Gift ihrer Schändlichkeit auszuspiesen, nicht allein auf die Böcke, sondern auch auf die unschuldigen Schäflein.“ Als aber der König die Freude der Schlessier an der neuen, längst ersehnten Wohlthat erfuhr, auch immer wieder Gesuche wegen evangelischen Gottesdienstes eingingen, ließ er in Rauschwitz ein Feld-Ministerium<sup>21)</sup> errichten, welches daselbst am 16. Februar 1741 die ersten 9 Candidaten examinirte und ordinirte. Je weiter die preussische Besitzergreifung des Landes gedieh, desto mehr wurde der Bitten um gleiche Vergünstigung. Mehr denn 200 Bethäuser entstanden allein in den beiden ersten Jahren der neuen Herrschaft.

Maria Theresia hatte bei den drei Friedensabschlüssen (Artikel bez. VI. 2. 12.<sup>22)</sup> Bedacht darauf, daß die katholische Kirche in Schlessien hinsichtlich ihres Besitzstandes in dem Zustande — „in statu quo“ — bliebe, in dem sie vor dem Kriege gewesen. König Friedrich, minder für seine Glaubensgenossen eintretend, hatte dies zugestanden.<sup>23)</sup> Nichts von allem erhielt die ev. Kirche wieder, was ihr in der Zeit der Verfolgung genommen worden. Daher die Armuth der evang. Kirche<sup>24)</sup> in Schlessien. Vieles besserte die preussische Zeit aber. Es that nicht gut, daß alle Evangelischen, auch deren Geistliche mit ihren Familiengliedern, trotzdem sie eigene

<sup>18)</sup> Hensel, S. 703—4 Stenzel, Scriptt. V. S. 416.

<sup>19)</sup> Stenzel, Scriptt. V. S. 415.

<sup>20)</sup> „Pseudo-Apostoli et Satanae Emissarii“.

<sup>21)</sup> Hensel, S. 706.

<sup>22)</sup> Korn, Gicht.-Emlg. I. S. 91, II. S. 75, VII. S. 186.

<sup>23)</sup> Vater, Repertorium der preussisch-schles. Verfassung, I. S. 74.

<sup>24)</sup> Meine Meinung in Euckow's „Prophet“, Bd. 4 S. 303.

Parochien bildeten und unterhielten, zugleich als Parochianen katholischer Geistlichen gehalten sein und denselben für die von ihnen weder geforderten, noch geleisteten Amtshandlungen die Stolzgebühren entrichten mußten. Mittelft Befehls<sup>25)</sup> des Königs d. d. Berlin, 22. December 1742 wurden zunächst die Geistlichen von der Pflicht befreit, dem Pfarrer einer anderen Confession Stolzatzgebühren zahlen zu müssen. Im Jahr 1758<sup>26)</sup> wurde mittelft Currende — für das Schweidnitzer Fürstenthum vom 11. Januar — allen Gemeindegliedern diese Freiheit zu Theil. Bemerkt sei noch, daß gemäß höchster Bestimmung 1764 — im Bereich der Kriegs- und Domainen-Kammer zu Breslau durch Currende vom 19. Juni — den evangelischen Gotteshäusern, welche bis dahin die Benennung „evangelische Bethäuser“<sup>27)</sup> geführt hatten, der Name „evangelische Kirche“ beigelegt wurde.

### 3. Behörden.

Anlangend die Behörden, zu denen die Parochie Striegau in Beziehung stand, sei der geschichtlichen Uebersicht Folgendes beigelegt.

Beim Einrücken in Schlesiens setzte König Friedrich ein General-Feld-Kriegs-Commissariat ein, welches er 1741 aus dem Hauptquartier nach Breslau legte. Dasselbe hatte nicht bloß für die Bedürfnisse der Armee zu sorgen, sondern rückte in die Stelle des gleich beim ersten Erscheinen Friedrich's in Breslau (3. Januar 1741<sup>28)</sup> aufgelösten österreichischen Oberamtes daselbst, so daß es die gesammte Provinz-Verwaltung in sich befaßte. Mit Beginn des Jahres 1742<sup>29)</sup> zerfiel das General-Feld-Kriegs-Commissariat in 1) die Kriegs- und Domainen-Kammern<sup>30)</sup> zu Breslau und Glogau<sup>31)</sup> — (jetzt: a. Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten, b. Regierung, Abtheilung des Innern) — 2) die Oberamts-Regierungen zu Breslau, Glogau und, 1744, auch zu Oppeln (in der Folge nach Brieg verlegt), — seit 1809 Oberlandes-, jetzt Appellations-Gericht genannt — welchen die Pflege der Justiz oblag und mit denen für kirchliche und Schulangelegenheiten in vorgenannten 3 Städten Ober-Consistorien<sup>32)</sup> verbunden waren. Diese verwandelten sich 1809 a. in eine Geistliche und Schulen-Deputation (jetzt Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen genannt) bei jeder Regierung, b. für innerkirchliche Angelegenheiten in ein gemein-

<sup>25)</sup> Hensel, S. 715.

<sup>26)</sup> Vergl. Ob.-Amts-Currende, Br., 8. März, Kammer-Circular, Br., 28. Decbr. 1758 und 10. Decbr. 1777. Vater, Repertorium II, S. 597, 98.

<sup>27)</sup> Korn, Edict.-Smlg. VIII, S. 181.

<sup>28)</sup> Stenzel, Scriptt, V, S. 31.

<sup>29)</sup> Stenzel, Scriptt. V. S. 207. —

<sup>30)</sup> Zeitschrift f. Gesch. u. Alterth. Schles. III. S. 60.

<sup>31)</sup> Regierung von Glogau nach Liegnitz verlegt 1809.

<sup>32)</sup> Hensel, S. 714. Morgenesser, Gesch. Schles. S. 386. — Vergl. Notifications-Patente d. d. Berlin, 15. Jan. 1742 und 29. Febr. 1744. Vater: Repertorium II, S. 517 flg. Korn, Edicten-Sammlg. I, S. 16 und I, S. 8.



James Consistorium für die Provinz Schlessien zu Breslau. Die Parochie Striegau stand kirchlich 1742—1809 unter dem Ober-Consistorium zu Breslau, dann unter dem Provinzial-Consistorium dort. Der Kirchen-Inspectionskreis, dem sie zugewiesen, war 1741—1816 der Schweidnitzer, welchen die Fürstenthümer Schweidnitz — dieses jedoch ohne den zum Landeshuter Inspectionskreise geschlagenen Theil — und Münsterberg bildeten, dann die Diöcesen: Zauer-Striegau seit 1816, Striegau-Waldenburg seit 1833, Striegau allein seit 1. November 1871. Die Kirchen-Inspectoren (von 1806 ab Superintendenten genannt) waren:

Pastor M. Scharff zu Schweidnitz bis 1744, Senior Hahn das. (interimistisch) bis 1747, Cons.-Rath Minor<sup>32)</sup> zu Landeshut bis 1748, Ober-Consist.-Rath Hoyer. zu Schweidnitz bis 1774, Consist.-Rath Ziede daselbst bis 1795, Pastor prim. Kunowski ebenda bis 1816, Pastor prim. Scherer in Zauer bis 1829, Pastor prim. Walcke das. bis 1833, Pastor prim. Thilo hier bis 1848, Pastor Stubenrauch zu Gottesberg bis 1863 († 13. Februar), seit März 1863 Pastor prim. Bäck hier.

Staatlich gehörte die Parochie Striegau zu der Kriegs- und Domainen-Kammer Breslau, und zwar zu deren drittem kriegs- und steuerräthlichen Kreise (Schweidnitz), sowie zu der Ober-Amts-Regierung zu Breslau von 1742—1809, von da ab zur Breslauer, 1815 bis 1. Mai 1820 zur Reichenbacher, seitdem wieder zur Breslauer Regierung. Als (Schweidnitzer) Kriegs- und Steuer-räthe lassen sich aus den benutzten Acten namhaft machen:

zwischen 1742 und 50 Bernicke, zw. 1764 und 74 Eversmann, zw. 1777 und 89 Gallasch, zw. 1797 und 1805 Heinrich, zw. 1807 und 12 Müller, 1812 und 13 v. Göltn, bis 1816 Müller, der letzte dieses Amtes, welches 1815 in die Regierung zu Reichenbach übergegangen war.

Königliche Landräthe waren:

Hans Friedrich von Seidlig<sup>33)</sup> hieselbst — Ring Nr. 6 — († 1763 10. Juni) 1742—61, Gustav Ad. von Helmrich auf Thiergarten bis 1764, Karl Sigism. von Seydlitz auf Pilgramshain bis 1766, Hans Wolf von Falkenhain auf Barzdorf 1767—1773 († 3. April), Karl Ludwig Freiherr von Richthofen auf Koblhöhe bis 1780, († 4. Juni 1795), Ferdinand Freiherr von Richthofen<sup>34)</sup> auf Ober-Stanowitz 1781—1813, († 27. Februar), von Hocke auf Poselwitz 1813—18, Karl Freiherr von Richthofen auf Barzdorf 1818 bis Ende 1834, Ob.-Ed.-Ger.-Assessor Karl Theodor Ruprecht (auf Eisendorf) hier 1835—1849, Reg.-Assessor Richard von Rohrscheidt hier, die letzten Jahre zu Stanowitz wohnhaft, 1849—1869, Referendar a. D. Döwald von Koschembahr auf Leberose seit 1870.

<sup>32)</sup> Nach seiner Ernennung, auch schon zu Pastor prim. in Schweidnitz gewählt, starb derselbe, noch ehe er dorthin umzog, während einer Amtreise von Landeshut nach Breslau, bei Herrn von Schweidnitz zu Niederguttsdorf in der Nacht vom 23. zum 24. September, im Schlaf vom Schlage gerührt. Begraben vor dem Altar seiner Kirche zu Landeshut, 27. Septbr. — S. Kirchenbuch dort.

<sup>33)</sup> Etzengel, Scriptt. V. S. 203. Richter, hist.-topogr. Beschrbg. d. Strieg. Kreises S. 160.

<sup>34)</sup> Dieser, wie dessen Bruder, Joh. Ernst Christoph auf Oberstreit, gehörte einer andern Linie an, als von der die jetzt auf Damsdorf, Barzdorf, Groß-Rosen und Brechelschhof lebenden freiherrlichen vier Brüder gleichen Namens stammen.



Der Magistrat war 1) Communal-, wie auch Polizei- 2) bis 1809 Justiz-Behörde des Ortes.

Zu 1. Bürgermeister (Consul dirigenz oder Stadt-Director) war:<sup>26)</sup>

1) 1740—41 George Anton Rössel † (? s. unten Proconsuln). 2) 1741—42 Joseph Schubert. †. 3) 1742—44 Samuel Gottlieb Beyer. 4) 1744—46 Joh. Friedr. Giese. Kam als Bürgermeister nach Zauer. 5) 1746—48 Regiments-Quartiermeister Friedr. Charretton. Wurde Syndicus in Neustadt. 6) 1748—50 Bolkshainer Stadt-Secretair Christian Heinr. Hynittsch. † 24. Februar nach 14 monatlicher Amtsführung. 7) 1750—79 Joh. Gottfr. Geißler. Aus Parchwitz, † 27. October. 8) 1779—88 Kriegs-Commissariats-Secretair George Gotthelf Wilh. Hanff, erstmalig. December 1788 als Steuer-Einnehmer nach Breslau. 9) 1789—92 Rathmann hier Rudolph Johann Heinrich König. † 19. Februar. 10) 1792—1804 Invaliden-Capitain Elias Herm. von Grävenitz. † 16. April. 11) 1800, 5?—1809 Kammerrath George Gotthelf Wilhelm Hanff, zweimalig. 12) 1809—14 Knopfmachermeister hier Karl Friedr. Höhlmann. † 6. October. 13) 1815—18 Kammerrath George Gotth. Wilh. Hanff, drittmalig. Legte nieder, † 4. Februar 1832. 14) 1818—23 Regiments-Quartiermeister Gottlieb Ueber. Geborener Striegauer. Schwager des Pastors Philo H. Kam nach Zauer als Bürgermeister. 15) 1823—35 Bauinspector zu Liegnitz Karl Aug. Salomon. Pensionirt. Wurde Bürgermeister in Volkwig. 16) 1835—37 Regierungs-Referendar Philipp Ludwig Fischer. Ging zur Regierung zurück. 17) 1837—55 Referendar Moriz Scheider. Wurde pensionirt, † 5. April 1858. 18) 1855—58 Regierungs-Assessor (Liegnitz und Marienwerder) a. D. Erwin Fischer zu Liegnitz. Legte nieder. 19) 1858—73 Appellationsgerichts-Auscultator zu Breslau Heinrich Rauthe. Siebelte nach Dresden über, wurde 1874 Stadtrath in Görlitz. 20) 1873—75 Bürgermeister von Lüben Wilhelm Linke. Amtsantritt Ende März. Wegen Geisteskrankheit zum Kurgebrauch 31. Juli 1874. Unheilbarkeits-Erklärung und Enthebung vom Amt Sommer 1875. Vertreter: Beigeordneter Kühnel und, nach dessen Verhinderung durch Augenleiden, Rathsherr Paul Wartsch. 21) Seit 1875 Syndicus der Diskontobank zu Breslau Dr. jur. Oscar Winseel. Gewählt 29. September. Amtseinführung 28. October.

Zu 2. Proconsul oder Syndicus des Magistrats war:

(um 1745 und 46 als solcher Anton Rössel, Toppf als Notarius erwähnt) bis 1752 Joh. Joseph Toppf, 1752—„1767“ Christian Heinrich Ruhn † 1768 13. Juli, 1767—„78“ Hans Gottlieb Breitsprach, † 1779 16. Juli, „1778“—1801 Christ. David Zellner, 1801—1809 Joh. Sigism. Burmann.

<sup>26)</sup> Das Verzeichniß schließt sich meist dem von Richter (a. a. O. S. 304) gegebenen an. Einzelne Actenausweise haben Aenderungen bei Namen und Zahlen veranlaßt. Das Richtersche „1743 †“ bei Nr. 3 ist nicht richtig, da dem Bürgermeister Beyer bis 1. October 1744, seinem Nachfolger Giese seit 1. November 1744 Gehalt ausbezahlt worden, da 1745 Beyer als „gewesener Bürgermeister“, zugleich sein Haus — Ring Nr. 11 — als Cridae-Haus und, statt von Beyer, als von Giese bewohnt angeführt ist. Beyer betreffend sind auch Verhandlungen über einen nicht durch Tod erfolgenden Abgang gepflogen worden. Er scheint Striegau verlassen zu haben. Im Todtenregister der ev. Kirche wenigstens findet er sich nicht. Die 2 erstgenannten Bürgermeister, vielleicht auch der dritte, obschon dieser bei S. 127 erwähnten Anträge mit vollzogen hat, waren offenbar noch nach österreichischen Bestimmungen gewählt, also, wie der ganze Magistrat, römischkatholisch. (S. 32. S.) In der preussischen Zeit bis 1809 ernannte der König die Bürgermeister und sie waren evangelisch. Die seit 1809 neuernannte Wahl lenkte sich nur einmal (Nr. 17) auf einen Katholiken.

<sup>27)</sup> Stellvertretung durch Reg.-Aff. von Uechtrich.

Derselbe war, nach Ausscheidung der Justiz vom Magistrat und Bildung eines besondern Stadtgerichts, der erste Stadtrichter bis 1817. Seine Nachfolger als Stadtrichter — seit 1. Juli 1826 Land- und Stadtrichter — waren: 1817—1837 Kreis-Justiz-Commissar Karl Heincr. Fährndrich, † 23. Januar 1847 als Kreis-Justiz-Rath a. D. 1837—45 Land- und Stadtgerichts-Assessor von hier Paul; 1845 1. September (bis 49 Land- und Stadtrichter, seit 1849 Kreisgerichts-Director) Hermann Mantell.

Rämmerer waren:

1746<sup>32)</sup>—65 Heincr. Heymann, 1765—66 Steiner, 1766—78 Waschipy, 1778—87 von Haugwitz, 1787—92 Burg, 1792—95 Kleemann, 1795—1809 Christiani, 1809—35 († 26. Juni) Karl Friedrich Sander, 1835—39 Pietsch, 1839—1852 († 22. December) Aug. Ferdinand Mausolff, 1853—71 († 15. Februar 73) August Höpfe, 1871—74 († 2. Februar) Heinrich Schliebig, seit 1874 Paul Zippolt.

<sup>32)</sup> Richter a. a. D. C. 304 hat 1741 ? Vergl. §. 32. Von 1765—1809 sind die Angaben aus Richter entnommen.



# Kirchengemeinde.

## Stiftung.

§. 1. Als der dreißigjährige Krieg die lichtensteinsche Dragonade auch über Striegau hereingeführt und die Väter um ihre Kirche sammt Gottesdienst gebracht hatte, war das kirchliche Gemeindeleben lediglich auf Bibel, Postille und Lied, auf Hausandacht und die elterliche Glaubenspflege an den Kindern angewiesen. Zwar dienten als gottesdienstliche Zufluchtsstätten Gränowitz im Liegnitzer Fürstenthum und seit 1652 die Friedenskirche vor Schweidnitz, vielleicht auch die vor Zauer. Allein, von dem sonstigen Druck abgesehen, wie weit war es dahin. Ein Jahrhundert bitterer kirchlicher Entbehrung mußte getragen werden. Da endlich rückte mit den Preußen die Glaubensfreiheit in's Schlesierland. Wie allenthalben das Verlangen nach Kirche und Gottesdienst zu Tage kam, thaten auch „die Schöppen, Geschworenen und sämmtliche Commune Augsburgerischer Confession“, desgleichen Dr. Krusche hieselbst, ebenso der Landesälteste Hans Friedrich v. Seidlitz hieselbst<sup>1)</sup> dazu. Letzterem war die Sache von „hohen Händen“ widerrathen worden, da es noch nicht an der Zeit sei, indem alle dergleichen Kirchen, mit denen jede Weichbildstadt versorgt werden mußte, nur durch Friedensschlüsse gesichert würden. Der Krieg war allerdings noch im Gange;<sup>2)</sup> die Ungebuld der evang.

<sup>1)</sup> Dessen Brief d. d. Pfaffendorf, 15. November 1741. S. S. 17 Landrätthe.

<sup>2)</sup> Die Klein-Schnellendorfer Verabredung vom 9. October 1741 war ja tiefes Geheimniß, zerstückte sich auch gleich wieder. Allerdings zwar war die von Friedrich für den 31. October bestimmte, wegen des Bombardements von Reife, der Uebergabe dieser Stadt und des Einzuges des Königs in dieselbe an jenem Tage, erst Dienstag, 7. November 1741, vor sich gehende Landeshulbigung des Herzogthums Niederschlesien, einschließlich der Fürstenthümer Münsterberg und Grottkau bis an die Reife, nebst dem District bis über die Reife (Stadt Reife), erfolgt. Als Deputirte der Stadt Striegau hatten Hgmsr. Joh. Anton Köffel, Rathmann Wih. Joseph Schubert und Notarius Johann Joseph Topff die Huldigung mitzuleisten gehabt. Als Friedensfeier aber konnte dieselbe von dem Volke nicht eigentlich verstanden werden. Bemerkenswerth ist immerhin die in Silber, wie in Gold geprägte Huldigungs-Medaille, von der Friedrich für mehrere tausend Thaler unter die Deputirten vertheilen ließ. Auf der einen Seite der Medaille befand sich das Brustbild des Königs mit der Umschrift: „FRIDERICVS BORVSSORVM REX SVPR. SILES. INF. DVX.“ (Friedrich König von Preußen oberster Herzog von Niederschlesien), auf der andern Seite die Figuren Borussia und Silesia, von denen die erstere, stehend, aus der Hand der knienden zweiten den Herzogshut annimmt, mit der Ueberschrift: „IVSTO VICTORI.“ (Dem gerechten Sieger) und der Unterschrift: „FIDES SILES. INF.“ (Treu' und Glaube Niederschlesiens.) VRATIS. D. XXXI. OCT. MDCCXLI.

Triumph von Schlesien. Bresl. Joh. Jac. Korn. 1742. S. 1, 5, 8—13, 37, 38.



Bürgerſchaft mochte indeß nicht warten. Sie ſchickte 2 Deputirte, Kaufmann Häußer und Bäckermeiſter Sander<sup>3)</sup> nach Breslau, die Erlaubniß zur freien Religionsübung auszuwirken. Folgendes iſt der Grund- und Freibrief, den ſie erlangten:

„Seine Königl. Majeſtät in Preußen, Unſer allergnädigſter Herr, laſſen gerne geſchehen, daß die Evangelische Bürgerſchaft in Striegau das öffentliche Exercitium Religionis aug: Conf. halten, und darzu auch einen Evangelischen Prediger und Schul-Bedienten vorſchlagen, und anhero zur Confirmation praesentiren dürffe.

Nur iſt vorher mit dem Magiſtrat über einen convenablen Ort die Abrede zu nehmen und dahin günſtlich zu ſehen, daß die Evangelischen Kirchen- und Schul-Bediente, ohne Nachtheil der Catholiſchen biſhero beſetzten Injuriu,<sup>4)</sup> Salariret und unterhalten werden können.

Breſlau, den 4. Decbr. 1741.

Königl. Preuß. General-Feld-Kriegs-Commiſſariat.

v. Reinhardt.

v. Muenchow.

An die Deputirten der Bürgerſchaft  
in Striegau.“

Häußer und Sander kamen „8.“<sup>5)</sup> December mit dem werthvollen Gute heim. Die landesherrliche Conceſſion wurde am 8. December der ſämmtlichen evangelischen Bürgerſchaft durch Verleſung bekannt gemacht. Dies geſchah auf dem Rathhauſe (S. 17. 20.), obſchon dafür nicht gerade der magiſtratuſiſche Bericht<sup>6)</sup> ſpricht, der, betreffend den Ort, auf den die Bürgerſchaft ihr Gotteshaus bauen wollte, im Mai 1742 an die Kriegs- und Domainen-Kammer ging. Denn darin ſagte der Magiſtrat von der Allerhöchſten Verordnung vom 4. December des Vorjahrs nur, ſie ſei ihm von der Bürgerſchaft „vorgewieſen“<sup>7)</sup> worden. Durch wen die Bekanntmachung erfolgte, ob durch die heimgekehrten Deputirten, oder wen ſonſt, iſt nirgends angeführt. Jedenfalls war ein Freudentag gekommen. Die Botſchaft wurde unter tauſend Dankeſthränen vernommen. Noch am 8. December gingen Heintz. Reymann, Joh. Georg Sander und Joh. Caſp. Häußer im Namen der ev. Communität den Paſtor prim. Scharf in Schweidnitz brieflich an, die Eröffnung des Gottesdienſtes hierorts zu geſtatten und erſuchten zugleich den Archidiaconus Mag. Fuchs

<sup>3)</sup> Hantſche, Kurze Nachricht. S. 16 f.

<sup>4)</sup> Eigenthümlicher Schreibfehler in der Ueſchrift.

<sup>5)</sup> Hantſche. S. 16.

<sup>6)</sup> Vergl. S. 32 u. 70.

<sup>7)</sup> Das Original befindet ſich indeß in der Raths-Regiſtratur, muß alſo ſpäter dort niedergelegt worden ſein. Die Ober-Amts-Regierung hatte vom Magiſtrat einen Regiſtratur-Rotulus eingefordert und darauf 3. Juli 1755 befohlen, die Schriftſtücke Nr. 1—3, darunter auch obige Conceſſion, den Bethaus-Vorſtehern originaliter zu extradiren, von Nr. 4—7 vidimirte Abſchriften gratis zu ertheilen. Der Magiſtrat hat nichts extradirt und die Abſchriften 1782 gegen Copialgebühren gewährt.



dieselbst, am 2. Advents-Sonntage eine Dankpredigt hier zu halten und so den Anfang <sup>9)</sup> mit dem evangelischen Gottesdienst zu machen. Der Rathhaussaal wurde dazu erbeten, auch eiligst hergerichtet, 4 Deputirte sowie 4 Vorsteher der Gemeinde bestellt, am 9. December ein Rector, auch ein Cantor, desgleichen Glöckner gewählt. Am 9. December Abends 6 Uhr traf Mag. Fuchs, von einigen Deputirten in Schweidnitz abgeholt, hier ein.

§. 2. Mit froher Erwartung sah die neue Striegauer Gemeinde dem Sonntags-Morgen des 10. Decembers entgegen. Recht zeitig versammelten sich die Bürger, schwarz gekleidet und in Mänteln, bei ihren Aeltesten und begaben sich von da zur Behausung des Vorstehers, Bäckermeister Sander, <sup>1)</sup> in welche 4 Deputirte den Mag. Fuchs aus seinem Logis bei dem Weinhauswirth Benj. Schmidt <sup>2)</sup> führten. Im Sander'schen Hause hielt Fuchs eine Ansprache, die bis ins Innerste drang und wünschte der Bürgerschaft Glück zu der erlangten großen Freiheit. Demnächst zog die Gemeinde zum Rathhause. Vom Schweidnitzer und vom hiesigen neuen Glöckner geführt, schritten Knaben voran, singend: „Gott, der Vater, wohn' uns bei 2c.“ Ihnen folgten etliche Bürger, 2 Wachskerzen, 2 Altarleuchter, 1 Taufbecken, 1 Klingenbeutel — sämmtlich Geschenke (§. 119) — tragend, dann, von den 4 Deputirten geleitet, Magister Fuchs, in einem rothsammetnen Messgewande, in der rechten Hand eine Bibel, in der linken Hand einen Kelch — gleichfalls Geschenke (§. 119) — haltend, zum Schluß die vier Kirchenvorsteher und die Bürgerschaft, entblößten Hauptes und nach der Reihenfolge der Zünfte. Beim Betreten des Rathhauses wurde gesungen: „Gott, segne meinen Tritt 2c.“, im Saal die Gemeinde mit Trompeten- und Pausenschall durch den neuen Cantor empfangen. Mag. Fuchs weihte nach Gebet und Vaterunser den Saal zum heiligen Gebrauch. Der weitere Gottesdienst hatte folgende Ordnung. 1) Intonation: „Im Namen Gottes, des Vaters“ u. s. w. 2) Lied: „Herr, es ist dein Tag erschienen“. 3) Intonation: „Gloria in excelsis deo.“ <sup>3)</sup> 4) Lied: „Allein Gott in der Höh' sei Ehr“. 5) Abfingung der Collecte nebst der sonntäglichen Lectio. 6) Lied: „Nun freut euch, liebe Christengemein'“. 7) Musit. 8) Abfingung des Glaubens. 9) Predigt des M. Fuchs, welche mit den Worten anhub:

Himmelreich, du Gottesreich,  
Nahst du dich zu Staub und Erde,

<sup>9)</sup> Militair-Gottesdienst für die den 29. Januar hierher beorderte Compagnie vom „Jähischen“ Regiment hatte, durch Feldprediger Hauskirch von Schweidnitz aus, schon am 11. und 12. Februar j. Z. stattgefunden. Abhandl. d. Schles. Ges. f. vaterl. Kult. 1874. S. 53. 52. 50. 47.

<sup>1)</sup> Ring, Südseite zwischen der Schweidnitzer- und Weberstraße, nach damaliger Zählung Nr. 165, nach bisheriger Nr. 195.

<sup>2)</sup> Ring, Südseite, Ecke der Schweidnitzerstraße dem Gasthof zum braunen Hirsch gegenüber, nach damaliger Zählung Nr. 163, genannt „das Weinhaus“, nach bisheriger Zählung Nr. 193, genannt „deutsches Haus“.

<sup>3)</sup> Ehre sei Gott in der Höhe.

Ach, so nah' dich auch zu uns,  
 Daß das Haus zum Himmel werde;  
 Längst verlangt, icht erlangt,  
 Macht, daß Striegau, Gott, dir dankt.

und folgendermaßen schloß:

Jehova, du Wundergott,  
 Du bist vielen recht ein Wunder;  
 Was die Väter nicht erlebt,  
 Sehen Kindes-Kind ihunder.  
 Tausend Dank ist viel zu wenig  
 Für dein Evangelium,  
 Für den Schatz der Sacramente,  
 Für das heil'ge Lutherthum.

10) Abendmahlsfeier. 11) Segen. — Nachmittags hielt Rector Grundmann die Predigt und M. Fuchs Katechismuslehre. Ein reich gesegneter Weihetag. — Bis Weihnachten versah M. Fuchs den Gottesdienst und richtete mit den Deputirten und Vorstehern der Gemeinde das Erforderliche ein. Von da ab verrichteten die Amtshandlungen die Zauerschen Geistlichen, bis Mittwoch, den 14. März 1742. An diesem Tage wurde der gewählte eigene Pastor Spangenberg (§. 128) durch den Schweidnitzer Inspector, Pastor Scharf, installiert.

Anlangend die Stollatarpflichtigkeit gegen die kath. Kirche hatte noch das Kirchen-Collegium am 19. Januar 1742 ein Abkommen mit dem Pfarr-Administrator, Carmeliter-Prior F. Chrysologus a. S. Hedwige hier vereinbart. Wohl in Folge dessen fielen die späteren Ansätze für die ev. Kirchenbediensteten spärlichst aus.

## Umfang.

§. 3. Der Umfang der Gemeinde war fürerit sehr bedeutend. Freiburg ausgenommen, sind aus allen jetzt umliegenden Kirchspielen Amtshandlungen hier nachgesucht worden. Dies ließ aber sogleich nach, als 1742 in Rohnstock, Hohenfriedeberg, Delfe und Conradswaldau eigne Kirchfahrten entstanden, weiter aber solche 1746 in Peterwitz, 1750 in Gäbersdorf, besonders endlich 1768 in Groß-Rosen sich bildeten. Obgleich Rüssen 1767 nach Gäbersdorf gewiesen worden, blieb doch einer Anzahl Wirthe gestattet, sich, Gottesdienst und Abendmahl anlangend, nach Striegau zu halten. Die Lostrennung der Gemeinde Mittel-Gutsdorf von hier dagegen führte zwei Jahre lang zu lebhaften Verhandlungen. Der bezügliche Grundherr hatte 18. September 1768 dem Kirchen-Deputirten von Wagenhof hiersebst brieflich zugesagt, seine Gemeinde nicht zur benachbarten Kirche zu zwingen. Doch gelang es, unter Androhung der herrschaftlichen Ungnade, die Gemeinde dahin zu bringen, daß sie für die ihr vorgeschriebne Kirche stimmte. Das Ober-Consistorium hatte die Entscheidung in den Mehrheitswillen der Gemeinde



gestellt und ertheilte nur Nachlaß für hier betreffs der Communion. Die Geistlichen, die Kirchenvorsteher, der Magistrat, auch die Repräsentanten der Communité bemühten sich, der hiesigen Kirche jene Gemeinde zu erhalten, doch vergeblich, da deren Abstimmung einmal vor sich gegangen war und zwar schließlich in Schweidnitz vor dem Kreis-Inspector Heher. Als die Mitglieder besagter Gemeinde nach, wie vor die fleißigsten Kirchengäste hierorts blieben und so durch die That ihre Abstimmung widerlegten, intimidirte sie ihr Grundherr und schritt, weil alle Drohungen nichts mehr fruchten wollten, selbst zu Zwangsmitteln. Ein gewisser Samuel Kehm an n, der sich nebst den Uebrigen der Gemeinde beständig bei dem hiesigen Gottesdienst eingefunden, hatte seine Tochter zum Unterricht in die Stadt geschickt, um sie hier zum Genuß des heiligen Abendmahls vorbereiten zu lassen. Als der Grundherr dies erfahren, ließ er den Mann vorladen und ihn, weil derselbe sich nicht entschließen konnte, seine Tochter in die vorgeschriebene Kirche zu schicken, laut des vom Pastor Herrmann verfaßten Beschwerde-Berichts der Kirchenvorsteher an das Ober-Consistorium vom 26. Februar 1771, auf 2 Mal 24 Stunden mit Händen und Füßen in den Stock setzen, bedrohte ihn auch zugleich, falls er mit seiner Familie den hiesigen Gottesdienst nicht lassen würde, wegen einiger Thaler, die der Mann der Herrschaft schuldete, ihm seine Kleider und seine einzige Kuh zu nehmen und ihn aus dem Dorfe zu weisen. Eben solche Androhungen schärfster Bestrafung ergingen auch an die übrigen grundherrlichen Unterthanen. — Indes die zur Steuer von Unregelmäßigkeiten in den Gemeinden 1750 hohen Orts verlangte Einpfarrung jeder Gemeinde in eine bestimmte Kirche kam nicht zur Durchführung. Die Wiederaufnahme der Sache 1804. und nochmals 1811 zerschlug sich an den ungünstigen Zeitumständen. Bis, vereint mit dem Betrieb der Patronats-Angelegenheit (§. 62 — 63) 1818 — 1821 die Zuschlagung der Landgemeinden erfolgte, sind theilweis aus Häslich, Mittel-Gutschdorf, Koblhöhe, Lüßen, Preilsdorf, Niclasdorf Amtshandlungen bei hiesiger Kirche vorgekommen. Seit der Zeit erst ist die Parochie auf ihren jetzigen, §. 30 sub. 2. nachhaft gemachten Umfang abgegrenzt worden. Die 1868 gebildete Parochie Gutschdorf hat daran nichts geändert. Es war zwar im Werke, die beiden Gemeinden Streit von hiesiger Kirche abzugewigen und zur Gutschdorfer zu schlagen. Auch ließ schon das Königliche Consistorium durch das hiesige Pfarramt eine Nachweisung über die jährliche Durchschnitts-Einnahme von Ober- und Niederstreit aufstellen. Beide Gemeinden gingen jedoch auf die Umpfarrung nicht ein.

### Seelenzahl.

§. 4. Die Seelenzahl der Gemeinde betrug im Jahre	1825	1858	1871
in Striegau	2172	4459	5239
„ Altstriegau	134	185	231
„ Barzdorf	263	333	318



	1825	1858	1871
in Eisdorf	183	299	268
„ Fehebeutel	77	124	152
„ Gräben	253	352	460
„ Grunau	102	108	132
„ Haibau	132	215	245
„ Halbenborn	256	320	314
„ Järischau	14	70	100
„ Muhlrau	29	96	82
„ Niederstreit	78	142	155
„ Oberstreit	93	187	397
„ Pilgramshain	265	428	425
„ Stanowitz	431	676	735
„ Teichau	79	79	76
„ Thomaswalbau	218	293	263
„ Tschechen	536	590	732
„ Zedlitz	41	117	115
zusammen	5356	9073	10,439

In der Stadt Striegau, welche im Jahr 1755 1957, 1763 <sup>1)</sup> 1503, 1784 1789, 1816 <sup>2)</sup> 2892, 1825 3387, 1840 4772, 1858 7080, 1861 7598, 1871 (ohne Strafanstalt) 8561 und 1875 10,614 <sup>3)</sup> Einwohner zählte, hatten sich die Evangelischen im Menschenalter 1825—1858 um 105 pC., von 1858—1871 um 17 pC., die Katholischen in gleicher Zeit sich um 109 pC., beziehentlich um 20 pC. vermehrt. In Stadt und Land zusammen war während derselben Zeiträume eine Vermehrung der Evangelischen um beziehentlich 69 und 15, der Katholiken um beziehentlich 55 und 24 pC. eingetreten. Von 1825 bis 1771 ist die ev. Gemeinde in der Stadt um 141, die römischkath. um 168 pC. gestiegen; Stadt und Land zusammen haben evangelischerseits von 1825—71 einen Anwuchs von fast 95, katholischerseits von fast 92 pC. gehabt. Die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. December 1875 sind in Betreff der Verhältnisse der Confectionen im Allgemeinen, wie für den Bereich hiesiger Pfarochie im Besondern noch nicht bekannt. Es kann nur angegeben werden, daß die Gesamt-Einwohnerzahl Schlesiens gegen 1871 <sup>4)</sup> sich im Jahr 1875 <sup>5)</sup> stellte, im Regierungs-Bezirk

		Vermehrung	
		der Zahl nach	nach pC.
Breslau von	1,414,584 auf 1,477,824	63,240	4,39
Liegnitz „	983,020 „ 996,483	13,463	1,37
Oppeln „	1,309,563 „ 1,377,653	68,090	5,20
zusammen „	3,707,167 „ 3,851,960	144,793	

<sup>1)</sup> Zimmermann. Beitr. z. Beschrbg. v. Schlessen V. S. 195, 197.

<sup>2)</sup> Th. Delener, Prov.-Bl. von 1862. S. 634.

<sup>3)</sup> Bresl. Stg. 1876. Nr. 221.

<sup>4)</sup> Kolb, Statist. Handbüchlein, 1875, S. 24, 25.

<sup>5)</sup> S. Anmfg. 3.

Die im Jahre 1871 vorfindlichen 3,860 nicht zu den beiden Haupt-Confessionen gehörenden Christen, die damals vorhandenen 46,629 Israeliten, 4 Bekenner anderer Religionen und die 97 ohne Religionsangabe gezählten Einwohner, von denen sämmtlich, rücksichtlich ihrer Zunahme bis 1875, nichts vorliegt, werden fürs Ganze nicht allzu erheblich sein. Da, von vorerwähnten 50,590 Seelen abgesehen, der überwiegend evang. Regierungs-Bezirk Liegnitz die geringste, der überwiegend katholische Regierungs-Bezirk Oppeln die größte Vermehrung zeigt, dürfte es, auch wenn der bedeutende oberschlesische Volksanwuchs zu einem Theile von evangelischem Zuzuge aus Niederschlesien herrührt, fraglich sein, ob die stärkere Volkszunahme auf ev. Seite ist. Vergl. S. 9.

Von der Stadt Breslau sind die Zahlen bekannt. Es waren <sup>9)</sup>

	Zählung des Jahres		Procent der Gesamtbevölkerung i. J.	
	1825	1875	1825	1875
Katholiken	21,553	55,979	26 <sub>2</sub>	35 <sub>6</sub>
Evangelische	84,450	136,486	68 <sub>0</sub>	57 <sub>4</sub>

Binnen 50 Jahren hatten, im Procentsatz verglichen mit der Gesamtbevölkerungs-Zahl, die Katholiken Breslau's sich um 9<sub>4</sub> pC. vermehrt, die Evangelischen sich um 10<sub>6</sub> pC. vermindert. Die Zahl der Katholiken hatte ihre Verdoppelung um 12,873 überstiegen, die der Evangelischen war hinter der Verdoppelung um 32,444 zurückgeblieben.

## Bahl der Amtshandlungen.

### §. 5. Taufen.

Zeitraum.	Geborene		Höchste	Niedrigste	Durchschnitts-
	Ueberhaupt.	Unhehlich.			
1741 <sup>10</sup> / <sub>12</sub> — 1750	1411	33 = 2 <sup>1</sup> / <sub>3</sub> pC.	1745: 169	1749: 140	154
1751 — 1775	4038	109 = 2 <sup>2</sup> / <sub>3</sub> „	1764: 202	1758: 123	161
1776 — 1800	4620	141 = 3 „	1800: 212	1776: 166	185
1801 — 1825	5662	327 = 5 <sup>4</sup> / <sub>6</sub> „	1822: 257	1814: 172	226
1826 — 1850	7050	581 = 8 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> „	1850: 336	1828: 224	282
1851 — 1874 <sup>30</sup> / <sub>10</sub>	9410	1065	1874: 557	1855: 295	404
1874 <sup>10</sup> / <sub>10</sub> <sup>1)</sup> — 1875	689	56 = 11 <sup>1</sup> / <sub>10</sub> „			
134 J. 20 J.	32,880	2312			

Im Zeitraum 1741 — 1790 fanden 8135 Geburten, beziehentlich <sup>2)</sup>

<sup>9)</sup> Schles. Stg. 1876, Nr. 383.

<sup>1)</sup> Mit dem 1. October 1874 begann die Wirksamkeit der Standesämter.

<sup>2)</sup> Die Tödtgeborenen sind in der angegebenen Zahl mit enthalten, doch nur gegen Ende des Zeitraums. In den ersten Jahrzehnten scheinen die Tödtgeborenen im Taufbuch nicht erst vermerkt worden zu sein.

Taufen statt. In den 85 Jahren von Anfang 1791 bis Ende 1875, in welchen 24,745 Kinder, darunter (bis 1874) 1168 todt, geboren wurden, kamen 12,081 Knaben, 11,496 Mädchen, zusammen 23,577 Kinder zur heiligen Taufe.

Die Taufen unehelicher Kinder finden sich vom Anfang der Pfarochie an Jahrzehnte hindurch im Kirchenbuche nicht in der Schreiblinie von links nach rechts, sondern quer, von unten nach oben, eingeschrieben.

Am 17. September 1815 verrichtete Pastor Thilo eine Taufbestätigung und eine Taufe, bei denen die Umstände eigenthümliche waren. Dem ehemaligen Soldaten, späteren hiesigen Korbmacher und Vieharzt Joh. Gottfried Püschel war von seiner Ehefrau Elisabeth Dorothea geb. Krumholz, einer Erfurterin, am 17. Mai 1811 in der Gegend von „Schimmo“ (??) auf offener See ein Sohn geboren worden, der durch den Schiffs-Capitain „Messabeng“ (??) die Nothtaufe und in derselben den Namen Gottlieb erhalten hatte. Genannten Eltern wurde am 13. Juni 1815 in Charleroi (bei Velle=Alliance) eine Tochter geboren, welche erst hier am 17. September zur Taufe kam und die Namen Joh. Frieder. Marie erhielt. Dabei fand die Bestätigung der Nothtaufe des 4 jährigen Bruders statt, dessen Name in Johann Gottlieb Gottfried vervollständigigt wurde.

Im Rathhauseaal war erster Täufling: Anna Rosina, Tochter des Bürgers Joh. Christoph Menzel in der Koh, 10. December 1741 und letzter: Anna Rosina, Tochter des Dreschgärtners Heinr. Haude zu Nieder=Gutschdorf, 9. December 1742. Im Bethause war der erste Täufling: Gottfried, Sohn des Freigärtners Joh. Friedr. Tilgner in Nieder=Gutschdorf, 9. December 1742, der letzte: Karl Ehrenfried, Sohn des Dreschgärtners George Hamann in Eisdorf, 28. September 1817. In der ehemaligen Benedictinerinnen-Kirche war erster Täufling: Johanne Eleonore, Tochter des Gerichtscholzen Joh. Friedr. Spitz zu Tschechen, 1. October 1817, letzter: Maria Rosina, Tochter des Häuslers Joh. Karl Würffel in Tschechen, 1. November 1819. In der jetzigen Kirche war am Tage der Einweihung erster Täufling: Johanne Eleonore Christiane, Tochter des Freistellbesizers Gottlieb Seliger in Haibau, 7. November 1819 und am 50 jährigen Kirchweih=Jubiläum, 7. November 1869, der zuerst in der neuen Taufhalle Getaufte: Karl Wilhelm, Sohn des Knechtes Wilhelm Wehrich in Niederstreit.

Als der ansehnlichste Pathe, der in den Taufbüchern verzeichnet worden, ist König Friedrich Wilhelm III. zu nennen. Mittelfst Cabinets=Ordre d. d. Berlin, 12. März 1819 wurde dem Thorschreiber am Wittigthor Franz Gumann (Kath.), als dessen von seiner Ehefrau Johanne Christ. geb. Korb geborene Tochter Ernestine Christiane Dorothee 28. Februar zur Taufe gekommen, gestattet, den König als Pathen in das Kirchenbuch einschreiben zu lassen.



## §. 6. Trauungen.

Zeitraum.	Gebraute Paare.	Höchste	Niedrigste	Durchschnitts- Jahresziffer der Trauungen.
1742 —1750	293	1742: 47	1749: 16	32
1751 —1775	846	1758: 56	1757: 21	33
1776 —1800	878	1798: 49	1778: 19	35
1801 —1825	1126	1822: 64	1813: 24	45
1826 —1850	1414	1832: 74	1831: 37	56
1851 —1874 <sup>30/10</sup>	2096	1873: 149	1854: 61	88
1874 <sup>1/10</sup> —1875	122			
In 134 Jahren	6775			

Was bei den Taufen unehelicher Kinder wegen deren abweichender Einschreibungsart gesagt worden, weisen ganz ebenso die Traubücher in Betreff bescholtener Brautpaare auf.

Es kam auch 1743 vor, daß ein Brautpaar nicht am Altar, sondern in der hinter der Kanzel befindlichen Seitenthürhalle getraut wurde.

Im Rathhaussaal war das erstgetraute Paar: Huf- und Waffenschmied Joh. Melchior Habermann allhier mit Jungfr. Anna Helene Hahn, 8. Januar 1742, das letzte: Kauf- und Handelsmann David Christ, Laupitz allhier und Jungfr. Joh. Elisabeth Mäntler, 27. November 1742; im Bethaus das erste Brautpaar: Schmied und Kretschmer Thomas Peipst zu Oberstreit und Jungfr. Anna Rosine Hacke, 8. Januar 1743, das letzte: Unterofficier im 2. westpreuß. Infanterie-Regiment Karl Claar und Joh. Helene Erthel in der Koh, 23. September 1817; in der gewesenen Benedictinerinnen-Kirche war das erste Brautpaar: Pachtschmiedemstr. Joh. Cristoph Klose zu Niederstanowitz und Jungfr. Anna Maria Klonsdorff zu Oberstanowitz, 6. October 1817, das letzte: Zimmergesell Joh. Christian Thomas und Wittwe Anna Rosine Schmidt hier selbst, 20. October 1819; in der jetzigen Kirche das erste Brautpaar: Dr. med. Friedrich Moritz Menzel allhier und Jungfrau Amalie Charl. Eleonore Rosemann hier, hinterlassene zweite Tochter des Herrn George Abraham Rosemann auf Mittel- und Niederstanowitz, 9. November 1819.

## §. 7. Begräbnisse.

Zeitraum.	Gestorbene	Höchste	Niedrigste	Durchschnitts- Jahresziffer der Gestorbenen.
1741 <sup>12/12</sup> —1750	686	1745: 166	1744: 54	75
1751 —1775	2817	1758: 307	1751: 50	112
1756 —1800	3671	1796: 187	1776: 111	146
1801 —1825	4139	1813: 241	1801: 117	165
1826 —1850	5190	1849: 283	1829: 161	207
1851 —1844 <sup>30/10</sup>	7080	1866: 445	1862: 220	298
1874 <sup>1/10</sup> —1875	370			
134 J. 18 Z.	23,953			

Das erste Begräbniß in der Gemeinde war am 12. December 1741 das des Müllers Joh. Heinrich Diring von Haidau.

§. 8. **Communicanten.** Die Antragsteller von 1743 — betreffend Errichtung einer zweiten geistlichen Stelle — gaben dafür, daß ein Pastor die Arbeit nicht bestreiten könne, unter Anderem an, daß die Zahl der Communicanten 8000 betrage. Nachweislich betrug sie im Jahr 1754 allerdings „6525,“ 1751 dagegen nur 1904. Auch sonst schwankte sie von 4997 im Jahr 1748 bis zu 2159 im Jahr 1752 nieder und 1753 wieder zu 4065 auf. In den 23 Jahren 1759—1781 waren 23,634 männliche und 27,838 weibliche, zusammen 51,472 Communicanten. Die höchste Zahl mit 2583 ist im Jahr 1768, die niedrigste mit 1650 im Jahr 1762 zu bemerken. Jahresdurchschnittlich war die Zahl der Communicanten damals 2238. In den 9 Kirchenjahren 1778/79 bis 1786/87 waren vom Lande 7083 männliche, 8369 weibliche, zusammen 15,452, durchschnittlich im Jahr 1717 ländliche Communicanten. Während der Adventswochen vorgedachter Jahre 1778—1786 communicirten 2898 männliche, 3470 weibliche, zusammen 6368 Dorfbewohner, so daß mehr als ein Drittel aller ländlichen Abendmahlsempfänger allein auf die Adventszeit kam. Bei durchschnittlich 1717 ländlichen Communicanten wird die Gesamtzahl der städtischen und ländlichen Abendmahlszügler während der erwähnten 9 Jahre jährlich 3000 erreicht haben. Was das Verhältniß der Communicanten, nach dem Geschlecht gesondert, in neuester Zeit anlangt, so ergaben — abgesehen von den Krankencommunien — im 3 jährigen Durchschnitt 1872—74 sich jährlich nur noch 1097 männliche gegen 1837 weibliche Communicanten. Dabei läßt sich, betreffend die Theilnahme seitens der Stadt und seitens des Landes, mit Zahlen nichts belegen. Statt nach dem Augenschein zu urtheilen, welcher von beiden Gemeindetheilen am meisten vom Tisch des Herrn fern bleibt, sei nach den von 1836 ab vorhandenen Registern folgende Zusammenstellung gegeben, welche die Verhältnisse der Betheiligung am Abendmahl von selbst beleuchtet.

Zeitraum.	Communicanten-Zahl		Höchste	Niedrigste	Durchschnitts-
	der Kranken.	im Ganzen.			
1836—1840	289	23,579	1836: 5070	1838: 4594	4715
1841—1850	599	43,333	1841: 4968	1849: 3236	4333
1851—1860	618	33,702	1852: 4083	1855: 3167	3370
1861—1870	902	34,169	1866: 3796	1867: 2904	3416
1871—1875	515	14,672	1872: 3248	1875: 2717	2934
40 Jahr	2923	149,455			

§. 9. **Confirmanden** sind von 1857—1875 eingesegnet worden 3589, nämlich 1718 Knaben und 1871 Mädchen.

§. 10. Die Uebertritte von einer Kirchenpartei zur andern sind früherer Zeit nicht vermerkt worden, auch aus neuester Zeit nicht genau anzugeben, da wohl die Zutritte, aber nicht alle Austritte bekannt werden. Es sei daher zur Beurtheilung der Sachlage ein allgemeiner Fingerzeig

gegeben. Im Jahr 1828 hatte Schlesien 1,265,046 evangel., 1,077,107 kathol. Einwohner, so daß damals 187,107 <sup>1)</sup> mehr Evangelische als Katholische waren. Nach der Zählung von 1867 <sup>2)</sup> gab es in der Provinz 1,711,469 evangel. und 1,811,805 kathol. Christen, also 100,336 mehr Katholische als Evangelische. Im bezeichneten Halbjahrhundert wuchs die Zahl der Evangelischen um 35, die der Katholiken um 68 pC. Die Volkszählung 1871 <sup>3)</sup> ergab 1,896,136 kath., 1,760,441 ev. Schlesier. Die katholische Mehrheit war von 100,336 in 1867 auf 135,695 in 1871 gestiegen. Die Stellung des Verhältnisses nach der Volkszählung 1875 ist unbekannt. Wie viel von der jetzigen katholischen Mehrheit gegen die frühere Minderheit auf Uebertritte seitens Evangelischer und wieviel auf zahlreichere Geburten in der kathol. Kirche entfallen möchte, steht dahin. Vergl. S. 4.

### Judentaufen.

§. 11. Am 12. October 1779 wurde „bei einer erstaunenden Menge Volks“ die geborene Israelitin Golde Simon — von Breslau, 20 Jahr alt, fast 10 Jahr hier wohnhaft — nach 6 monatlichem Unterricht durch Pastor Herrmann im Beisein von 15 Pathen auf die Namen Johanne Eleonore mit dem Zunamen Treuebleib getauft. Ebenfalls unter erstaunlich großem Volkszudrange wurde am 14. November 1782 der geborene Israelit Daniel Simon — aus Breslau, 16 Jahr alt — durch Pastor Thilo in Gegenwart von 16 Pathen auf die Namen Johann Christian mit dem Zunamen Christhold getauft. Die Eltern beider Täuflinge waren gewesen, der Vater: Abraham Simon, die Mutter: Malki, beide zu Breslau.

### Türkentaufe.

§. 12. Eine solche ist hier am 25. Januar 1751 durch Pastor Spangenberg an Massan Rahnili Witer „bei einer erstaunenden Menge Volks“ vollzogen worden, wobei derselbe die Vornamen Karl Wilhelm und den Zunamen Otto erhielt. Zu Pathen hatte der Täufling: 1) Oberforstmeister, Kriegs- und Domainenrath beider Kammern zu Breslau und Glogau, von Minkwitz, abwesend, 2) Samuel Freiherrn von Richthofen auf Warzdorf, 3 u. 4) Capitain der 1. Comp. Füsilier-Regiments von Raskow, Otto Casimir von Münchow sen. hier, nebst Gemahlin, Joh. Leon. Julie geb. Freiin von Richthofen, 5) Capitain der 2. Comp. 2c. und Domherr zu Halberstadt, Alex. Christoph von Münchow hier, 6) Hans Sigism. Freiherrn von Schweinitz auf Hansdorf und Jägendorf, 7 u. 8) Joh. Samuel Wagner von Wagenhoff auf Mittel- und Niederstanowitz, nebst Gemahlin Helene Tugendreich geb. von Baudis, 9) Ober-Proviant-Commissar Filz zu Schweid-

<sup>1)</sup> Nach Knie und Melcher.

<sup>2)</sup> Nach G. Neumann: das deutsche Reich 2. Aufl. Berl. Müller 1874.

<sup>3)</sup> Kollb a. a. D. S. 25.



nitz, abwesend, 10) Königl.-Prinzlichen Oberamtmann Biehler in Delfe, abwesend, 11) Frau Panbräthlin Joh. Hel. von Seidlitz geb. Frein von Rostiz. Ueber das Leben dieses Täufings wurde, selbstverständlich nach dessen Angaben, hieselbst eine Druckschrift<sup>1)</sup> herausgegeben. Dieselbe besagt Folgendes. Massan Rahnil Witer war um 1723 zu Wanie, wie er den Ort nannte, 12 Meilen hinter Nissa<sup>2)</sup> (Nisch) geboren. Sein Vater Kuba Witer Massan Rahnil war Kaufmann in Adrianopel, seine Mutter Alina gewesen. Der Sohn wurde im Lesen und Schreiben, wie im mohammedanischen Glauben gut unterrichtet und kam, 14 Jahr alt, im Gefolge seines Veters, des ottomanischen Gesandten Massan Rahnil, eines Pascha's von drei Rosschweifen, nach Wien. Dort trat sein Vater aus Liebe zu einer Frau zum Christenthum über. Der Sohn, vom Fanatismus getrieben, schloß auf den Vater, in der fünften Woche nach dessen Verheirathung, jedoch, ohne ihn zu beschädigen. Acht Tage später verübte er gegen die Stiefmutter eine entsetzliche, später von ihm bereute That. Der Gesandte, sein Vetter, dem er selber den Vorfall genau berichtete, verwies ihn von seinem Angesicht, rieth ihm aber, um nicht selbst durch die Begebenheit unglücklich zu werden, in die Türkei zu fliehen, doch nicht durch Ungarn, wo der Verbrecher leicht gefangen werden konnte, sondern durch Mähren, Böhmen und Polen. Diesem Rathe folgend, kam der Flüchtling nach Brandeis, wo er von dem daselbst befindlichen preussischen Oberst von Herzberg sich zum von Zimmernauischen, später von Kalsowischen Füsilier-Regiment als Grenadier anwerben ließ. Als solcher rückte er mit in Prag ein, blieb aber, nach dem Abzug der Preußen, daselbst krank zurück. Gesund geworden, ließ er sich in das Baron von Trendtsche Panduren-Regiment anwerben, in der Absicht, wenn dasselbe einmal in seine Heimath zurückkehrte, die türkische Grenze bequemer erreichen zu können. Nach Schlesien commandirt, kam das Regiment bis Treppau. Dort rebellirten 300 Mann freiwillige Panduren, unter denen auch Rahnil Witer, weil ihnen nicht gestattet wurde, zu rauben und zu stehlen. Durchgegangen und bis Olmütz gekommen, wurden sie angehalten alsdann, da man ihnen nichts Gutes zutraute, unter die kaiserliche Armee in Italien gesteckt. Kurz darauf desertirte Witer bei Parma, nebst einem Kameraden, und wollte durch das venetianische Gebiet in sein Vaterland, mußte aber durch das ihm im Wege liegende französische Lager gehen, wobei er zum französischen Kriegsdienst im Schweizer-Regiment von Salis gezwungen wurde. Nach etwa  $\frac{3}{4}$  jährigem Dienst in einem Gefecht bei Piacenza verwundet und in's Hospital daselbst geschafft, wollte er von Feldscheuern etwas von Wund-Arzneikunst begriffen haben. Als er, geheilt, von den Franzosen nicht ranzionirt werden konnte, wurde er nach Coni geführt und mußte dort im „Marinischen“ Regiment in den sardinischen Seebienst treten. Während einer nahezu zweijährigen Dienstzeit auf dem Schiffe wollte er von einem arzneikundigen alten Sklaven, einem geborenen

1) Verfasser wohl Pastor Spangenberg.

2) Im Druck steht „Nizza“.

Araber, der gleichfalls Mohammedaner und, auf das Schiff verkauft, die Heilkunde erlernt hatte, endlich selbst zum Schiffsarzt bestellt war, in der Arzneikunst unterrichtet worden sein, weil jener Araber zu deren Erlernung bei ihm Fleiß und Geschick bemerkt hätte. Nach geschlossenem Frieden<sup>3)</sup> abgedankt, wurde Witer nach Arona gebracht, ging nach Chur und meldete sich bei dem dortigen preussischen Werbeoffizier, als schon in preussischem Dienst gewesen, wieder an, wurde indeß nicht angenommen, weil er das Maß nicht hatte. Deshalb wanderte er von Chur unter mancherlei Beschwerden gen Berlin und meldete sich im ersten brandenburgischen Grenzstädtchen, 6 Meilen von Berlin, zum preussischen Dienst in dem Regiment, in welchem er schon gestanden. Seine Erzählungen wurden alsbald dem General Grafen von Hack nach Berlin gemeldet, der ihn durch einen Feldjäger abholen ließ, einer Prüfung unterzog und, da er wieder zu seinem Regiment verlangte, ihm willfahrte. So wurde er Anfangs 1750 hier in die früher unter von Herzberg, damals unter Capitain von Münchow sen. stehende erste Grenadier-Compagnie unter dem Namen Franz Witer eingestellt. Es blieb nicht unbemerkt, daß er weder dem evang., noch dem kath. Gottesdienst beizuhnte, so daß er von einem Kameraden nach der Ursache befragt wurde. Obschon Witer niemals etwas sagen wollte, offenbarte er, treuherzig gemacht, endlich doch, er sei ein geborener Türke. Sobald dies den Kameraden, auch dem Capitain von Münchow bekannt worden, befahl letzterer ihn zu sich und hörte ihn ab. Auf Befragen, ob er ein Christ werden wollte, gab Witer die Antwort mit Ja. Weiter befragt, welche der drei christlichen Religionen er annehmen wollte, die evangelisch-lutherische, die evangelisch-reformirte oder die römisch-katholische, antwortete er: Des Herrn Capitains Religion. Hierauf überwies ihn von Münchow dem Unterricht des Pastors Spangenberg. Nach 9 monatlicher Unterweisung hatte Witer eine hinlängliche Erkenntniß der christlichen Religion erlangt, daß weiter kein Anstand wegen seiner Taufe genommen werden konnte. Sie geschah am Tage Pauli Befehrung. Die erwähnte Flugschrift schließt mit den Worten: Jesus Christus, der große Hirte der Schafe, der diesem irrenden Schafe so treulich nachgegangen, bis es zu ihm, dem Erzhirten und Bischof unserer Seelen, bekehrt und in den Schooß seiner wahren Kirche und auserwählten Gemeinde gebracht worden, nehme sich auch desselben Seele ferner herzlich an, daß sie nicht ewiglich verderbe, sondern mit aller rechthabiger evang. Christen Seelen dermaleinst kommen möge zu dem seligen Anschauen Gottes, zu der Menge vieler tausend Engel und zu der Gemeinde der Erstgeborenen, die im Himmel angeschrieben sind, um der erbarmenden Liebe Jesu willen. Amen.

## Kirchliche Gemein-Gedenktage.

§. 13. Hervorragende Gedenktage hat die Gemeinde in großer Anzahl zu feiern gehabt. Geistlichen Anlasses war: das 300jährige

<sup>3)</sup> Offenbar der von 1748.



Jubiläum der Reformation am 31. October und 1. November 1817. Der öffentliche Geschäftsverkehr war abgestellt. Bei dieser zweitägigen Feier fand an beiden Tagen unter Abfingung eines Liedes ein Festzug vom Rathhaus aus zur Kirche statt, nur, daß Freitags die ganze Gemeinde zum hohen Fest-Gottesdienst zog, Sonnabends die gesammte, vor dem Rathhaus aufgestellte Stadt- und Land-Schuljugend von den Geistlichen abgeholt und von den Mitgliedern der städtischen Behörden in die Kirche zu einer Jugend-Reformationsfeier geführt wurde. Bei derselben hielten auch Knaben wie Mädchen von Rector Peiper bearbeitete Reden und empfingen zuletzt fleißige Schüler Bücher (für 49 Thlr.) und über 40 Erinnerungs-Medaillen (für 8 1/3 Thlr.). Zu dem Ende hatte eine Sammlung von Gaben stattgefunden. Die Haus-Collecte der ev. Stadtverordneten, beziehentlich des Magistrats betrug 23 Thlr. 25 Sgr. 10 Denar, der Sammereibeitrag 10 Thlr. Courant = 17 Thlr. 15 Sgr., die Sammlung des Pastors Hantsche in der Stadt 10 Thlr. 8 Sgr. 9 Den., in Alt-Striegau 4 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., aus Pilgramshain 5 Sgr., zusammen 56 Thlr. 17 Sgr. 1 Pf. Nominal-Münze, wozu 25 Sgr. 6 Den. Zuschuß flossen, so daß die Ausgabe von 57 Thlr. 12 Sgr. 7 Den. Nom.-Münze gedeckt war. Die Vorträge der Schüler in der Kirche am zweiten Festtage waren von der Gemeinde mit so ungemeinem Wohlgefallen vernommen worden, daß man glaubte, durch eine nochmalige Sammlung (16 Thlr. 22 Sgr. 3 Den.) dem Rector Peiper eine Anerkennung zollen zu müssen; — das 300 jährige Jubiläum der Uebergabe der Augsburger Confession, am 25. Juni 1830, mit welchem die Union beider evangelischen Kirchen in Preußen nebst der neuen Kirchen-Agende auch hier eingeführt wurde; — die 300 jährige Feier des Todestages Luthers, am 18. Februar 1846; — das 1100 jährige Gedächtniß des Todes des „Apostels der Deutschen“, Bonifacius, am 10. Juni 1855; — die 300 jährige Feier des Augsburger Religionsfriedens, am 23. September 1855 und die des Todestages Melancthons, am 19. April 1860; — desgleichen der Wettag vor der Provinzial-Synode, am 10. November 1869. Als von mehr als örtlicher Bedeutung dürften auch zu bezeichnen sein die Installationen der Superintendenten, Thilo (7. Novbr. 1833) und Bäck (23. Februar 1865), besonders aber die Festfeier bei Gelegenheit der General-Versammlung der schlesischen Gustav-Adolph-Stiftung am 16. und 17. Juni 1874. Die Beschreibung derselben bleibe indeß für die Chronik der kirchlichen Vereine aufgespart.

## Weltliche Gemein-Gedenktage.

§. 14. Als weltlichen Anlasses ist zu nennen: die Feier des Königs-Geburtstages, welche erst mit dem Jahr 1856 in Aufnahme kam; — die Krönungsfeier-Andacht am 18. October 1861; — die Dankfagungen für Rettung königlicher Personen aus Lebensgefahr,



1844 und 1850, desgleichen 1849 und 1861; — die Gedächtniß-Gottesdienste beim Ableben des Königs, von denen die letzten beiden am 19. Juli 1840 und 17. Februar 1861 stattfanden, auch das Gedächtniß des Todes der Königin Louise, am 19. August 1810; — ferner die Feier des Breslau-Berliner Friedens, am 15. Juli 1742, sowie des Dresdeners, am 12. Januar 1746, welche den evang. Schlesiern für die erlangte Glaubensfreiheit erst Sicherheit gewährten; — die Feier des Hubertsburger Friedens, Sonntag Vätare 1763, bei welcher in Klingelbeutel und Gotteskasten so reichliche Einlagen fielen, daß die betreffende Monats-Einnahme auf 146 Thlr. 8 Sgr. stieg — bei der merklich zusammengeschmolzenen (§. 4) und in Schaden gekommenen Gemeinde wohl ein sprechendes Zeichen, wie lebhaft die Freude an der Beendigung der 7 jährigen Kriegeleiden empfunden worden; — das 100 jährige Jubiläum dieses Friedens, am 15. Februar 1863; — die Feier des Teschener Friedens, am 30. Mai 1779; — das Dankfest wegen Zurückkunft der Königl. Majestäten nach Berlin, am 26. Februar 1809; — der Wittgottesdienst um den Sieg der vaterländischen und verbündeten Waffen, am 11. April 1813, mit feierlichem Zuge vom Rathhause aus und bei Einstellung des Kaufes und Verkaufes; — das Dankfest nach der Leipziger Völkerschlacht, am 31. October 1813; — die erste Jahresfeier zur Erinnerung an die Schlacht bei Leipzig, am 19. October 1814, auf dem breiten Berge, mit Festzug dorthin, religiösem Gesang und Gedächtnißrede des Pastors Thilo; — die Velle-Alliance-Siegesfeier, am 9. Juli 1815; — die zweite, der ersten ganz gleiche Jahresfeier der Leipziger Schlacht, am 18. October 1815; — das Friedensfest am 18. Januar 1816, mit Festzug vom Rathhause aus, wobei auch sämtliche Schulen von Stadt und Land zugegen; — die Todtenfeier zum Gedächtniß der aus dem Kirchspiel in den Kämpfen von 1813 — 15 Gefallenen, am 4. Juli 1816, wobei die Gedenktafeln für die Gefallenen, von schwarzgekleideten Mädchen im Feierzuge vom Rathhause in die Kirche getragen, zur Aufstellung<sup>1)</sup> kamen; — das 1000-jährige Jubiläum der Gründung Deutschlands, am 6. August 1843; — die 100jährige Gedenkfeier der Hohenfriedberger Schlacht,<sup>2)</sup> am 4. Juni 1845. Dieselbe wurde unter größter Betheiligung der gesammten Bevölkerung begangen, mit Festgottesdienst in den Kirchen beider Confectionen, mit einem von der Stadt aus zum Schießhaus sich

<sup>1)</sup> Die eine an der Südwand, zwischen Taufhallenthür und Hoffenster, die andern gerade gegenüber, an der nördlichen Wand. Seit 1869 an der Ostwand angebracht.

<sup>2)</sup> Das eiserne Kreuz auf dem Spitzberge, um dessen Errichtung der pens. Steuer-Aufseher Gebhardt (kath.) seit 1840 sich sehr bemüht und verdient gemacht hatte, brachte nach Gebhardt's Tode (1849) ein Comité zu Stande. Einweihung des Kreuzes und Uebergabe desselben an die Stadt erfolgte am 15. October 1850. Die Verse des Liebestals sind von Superintendent Thilo. Näheres in dem Schriftchen: (Kreis-St. Goldstein) Darstellung der Drangsale, welche der Errichtung eines Denkmals auf dem Kreuzberge bei Striegau . . . sich entgegen gestellt haben. Schweidnitz. 1850. Druck v. Em. Gröger.

begebenden Aufzuge, dessen Mitte die 4 uniformirten Bürgerschützen-Compagnien, eine davon beritten, so wie 4 nicht uniformirte Compagnien Bürger bildeten und mit einem achttägigen Mannschießen; — das 150-jährige Jubiläum der Erhebung Preußens zum Königreich, am 18. Januar 1851; — der Buß- und Betttag nach der Ueberschwennung in Schlesien, am 17. November 1854; — die Dankfeier für Beendigung des Krimkrieges, am 4. Mai 1856; — der 50-jährige Gedenktag der Schlacht bei Leipzig, am 18. October 1863; — die Feier des Friedens mit Dänemark, am 18. December 1864; — des Sieges bei Königgrätz, am 15. Juli 1866<sup>3)</sup>; — des Friedens mit Oesterreich, am 11. November 1866; — des Friedens mit Frankreich, am 18. Juni 1871; — die allgemeinen Bettage bei Eröffnung des Krieges 1866, am 27. Juni und 1870, am 27. Juli, welche eine mächtige Bewegung in der Gemeinde bekundeten und die Kirche derartig überfüllten, daß die Hörer durch die offenen Kirchthüren bis auf Hof und Straße hinaus stehen und gleichwohl viele der Gekommenen sich wieder entfernen mußten; — die Freitags-Abendandachten während des französischen Krieges, vom 5. August 1870 bis 10. Februar 1871; — die einige Male im Schloß-Lazareth zu Nieder-Stanowitz für die Verwundeten daselbst abgehaltenen Sonntags-Gottesdienste; — die seit dem 2. September 1872 aufgekommene Gedankfeier-Andacht, von der jedoch wegen fehlender Theilnahme 1875 wieder abgestanden wurde; — endlich auch die kirchlich begangene Einführung der Städte-Ordnung, am 2. Juni 1809, wobei der Festzug, nachdem dem Gottesdienste in der kath. Kirche beigewohnt worden, in die evangelische sich begab. Hier hielt, nach der Predigt Pastor Thilo's, Kriegsrath Müller bei dem Altar eine Rede, worauf durch Kreis-Calculator, Commissionsrath Hermann die Vereidung, sowohl des Bürgermeisters Hölmann, als der übrigen Rathsmitglieder erfolgte; — das 50-jährige Jubiläum der Städte-Ordnung, am 2. Juni 1859, bei welchem Pastor Lummert über Jerem. 29 v. 7 die Altarrede hielt, verbunden mit der daran sich schließenden Grundsteinlegungs-Festlichkeit bei Erbauung des jetzigen Rathhauses; — desgleichen die früher üblichen gottesdienstlichen Handlungen bei Einführung von Bürgermeistern, bei Vereidung von Rathmännern und bei der Wahl der Stadtverordneten.

### **Jahrhundertswechsel 1800/01.**

§. 15. Den Jahreswechsel beim Uebergang vom vorigen zum jetzigen Jahrhundert hat nicht nur die ev. Gemeinde, sondern die ganze

<sup>3)</sup> Schon am 4. Juli, sofort nach Eingang der Siegesnachricht, hatte Superintendent Bäck eine zweimalige Dankandacht zu veranstalten. Die erste, nach der Kinderlehre, floss aus der Bewegung des Augenblicks. Als die Schuljugend der Kinderlehre die Kunde in die Dörfer brachte, strömte ein Theil der Landgemeinde zur Stadt, der die Kirchthür aber schon verschlossen fand, so daß eine nochmalige Dankfeier abgehalten werden mußte.



Stadt in christlicher, patriotischer und volksthümlicher Weise sehr würdig begangen. Am 31. December 1800, Abends 10 Uhr, war der Rathsturm, auch eine Anzahl Bürgerhäuser, erleuchtet. Die Bürgerschaft hatte sich auf dem Rathhause eingefunden, wo der Proconsul Burrmann der Bedeutung des scheidenden Jahrhunderts in einer Rede Ausdruck gab. Um 11 Uhr begab sich der Magistrat und die Bürgerschaft, zum Theil geordnet, in feierlichem Zuge, unter dem Geläut der Glocken, zum Gottesdienst in die völlig erleuchtete Kirche. Mehr als 2000 Theilnehmer beider Confectionen waren in ihr erschienen. Pastor Hantsche hielt über 1. Samuel. 7, 12 die Jahrhunderts-Schlusspredigt, welche in tiefer Stille und mit sichtlicher Bewegung gehört wurde, worauf das Lied: „Nun danket Alle Gott &c.“ gesungen und der Segen gespendet wurde. Mit dem Glockenschlag 12 Uhr erklang vom Rathsturm eine Pauken- und Posaunen-Intrede, eine Salve aus den Böllern auf dem Schießberge wurde gegeben, und Raketen stiegen daselbst auf, wozu der hiesige Commandeur, Major von Stosch, die Einwilligung erteilt hatte. Unter Posaemenschall vom Rathsturm hob hierauf das Lied: „Nun preiset Alle Gottes Barmherzigkeit &c.“ an, in welches die auf dem Ringe, wie die auf dem Schießplatz versammelte Menge von Stadt und Land einstimmt. In ganz gleicher Weise folgte das „Herr, Gott, Dich loben wir &c.“, welches drei Salven begleiteten, eine am Anfang, eine bei dem Absatz: „Du König der Ehren &c.“, eine bei den Worten: „Täglich, Herr Gott, Dich loben wir &c.“ An diese Feier schloß sich sofort das 100jährige Jubiläum des Königreichs Preußen an. Es wurde gleichfalls mit Intrede vom Rathsturm, Böllerschüssen, Aufsteigen von Raketen eröffnet, und unter Posaunen- und Paukenschall das Lied: „Nun danket Alle Gott &c.“ in der Stadt und auf dem Schießberge mit großer Mithrung gesungen. Der Rämmerer Christiani brachte auf dem Schützenplan sodann ein dreimaliges „Vivat“ auf den König und die Königin aus. Jeden Ruf wiederholte die Menge mit lautem Jubel, während nochmals die Böller gelöst, Raketen abgebrannt wurden und zugleich der königl. Name Friedrich Wilhelm III., illuminirt, erglänzte. Den Schluß machte die Abfingung der letzten vier Verse des Liedes: „Zieh ein zu deinen Thoren &c.“ und eine Intrede vom Rathsturm. Die Feier war in aller Ordnung verlaufen. Jeder Theilnehmer begab sich ruhig nach Hause. Nicht die geringste Ausschweifung entweihete diesen Abend, der so ein heiliger Abend mit Recht genannt werden konnte.

Am ersten Neujahrsmorgen des gegenwärtigen Jahrhunderts kamen der Magistrat und die Bürgerschaft beider Confectionen aufs Neue im Rathhause zusammen und wurden von dort durch die beiderseitigen Geistlichen nebst deren Schulen abgeholt. Beide Confections-Gemeinden, jede unter dem Geleit dreier Rathsmitglieder, begaben sich in feierlichem Zuge in ihre abermals erleuchteten Kirchen, woselbst die über frei gewählte Texte gehaltenen Predigten die zahlreich versammelten Gemeinden zu Lob und Preis des Höchsten und zur Treue gegen den Landesvater ermunterten. Der auf Begehr der Bürgerschaft unter Zustimmung des Magistrats in



Druck gegebene Bericht <sup>1)</sup> enthält am Ende den Wunsch: „Möchte der Geist der Dulbung, der bei dieser gemeinschaftlichen Feier so sichtbar war, das Band der Einigkeit und des Friedens immer fester knüpfen.“ Angemerkt sei noch, daß die Kosten der Festlichkeit im Betrage von 32 Thlr. 2 ggr. 8 Den. durch eine Sammlung gedeckt wurden, wozu die Gemeinde Gräben 1 Thlr. 10 gr. und ein Haidauer 5 Sgr. beigesteuert hatte.

An die §. 13—15 aufgeführten und ähnliche Festfeiern, welche die Gemeinde mit andern, größtentheils mit allen im Lande gemein hatte, schließen sich die der hiesigen Gemeinde eigenthümlichen Gedenktage an.

### Bethaus-Grundsteinlegung und Einweihung.

§. 16. Striegauer Sonder-Gedenktage brachten außer dem §. 2 schon beschriebenen ersten evang. Gemeinde-Gottesdienste gewiß die Grundsteinlegungs-Feier bei Erbauung des Bethauses 1742, wovon aber keine Nachricht vorhanden, und die Einweihung des Bethauses, von der auch nur noch bekannt ist, daß sie am 2. Adventssonntage, den 9. December 1742 unter feierlichen Bräuchen geschah, und daß dabei die neue Gottesdienst-Stätte „zur heiligen Dreifaltigkeit“ benannt wurde.

### Fünzigjähriges Jubiläum der Bethanskirche.

§. 17. Dasselbe wurde am 9. December 1792 begangen. Die Ordnung <sup>1)</sup> dabei war diese. Am Festmorgen versammelten sich auf dem Rathhause, mit Trompeten und Pausenklang empfangen, die Landherrschaften, der Magistrat und die Schöppen; vor dem Rathhause die ganze Bürgerschaft und die Landgemeinden; in der Kirche, von den Geistlichen, Kirchen-Vorstehern und Deputirten erwartet, die Schulsjugend von Stadt und Land, nebst ihren Lehrern. Um 8 Uhr begaben sich die zu Dritt Genannten an das Rathhaus, wo am 8. December 1741 die königliche Concession der freien Religionsübung bekannt gemacht worden war. Beim Austritt des Festzuges aus dem Rathhause ertönte eine Intrade. An diese schloß sich das Lied: „Auf, schicke dich zu Preis und Dank 2c.“ und eine Ansprache des Pastors Thilo an die Versammlung, worauf unter Glockengeläut der Zug — Schulen von Stadt und Land, Geistliche, Herrschaften, Kirchen-Vorsteher und Deputirte, Schöppen und Geschworene, Zünfte ihrer Ordnung nach, Landgemeinden — zur Kirche ging, wobei das Lied: „Wenn sonst mit Thränen einst der Christ 2c.“ gesungen wurde. Die Schulkinder durch die Hauptthür in die Kirche eingetreten, begaben sich zur Thür links bei der Sacristei wieder hinaus und zu ihren Eltern auf die Stände. Die vorgenannten Körperschaften schritten vor den Altar,

<sup>1)</sup> Verfasser möchte wohl Pastor Hantsche gewesen sein.

<sup>2)</sup> Hantsche, Kurze Nachricht, Beilage. S. 2—4.

die Geistlichen und Mitglieder des Kirchen-Collegiums knieten an ihm nieder. Nach Beendigung des Liedes auf dem Wege folgte: 1) Intrade, 2) Gebet des Pastors Hantsche, 3) Gloria etc., von Pastor Thilo gesungen, 4) Lied: „Wie heilig, Vater, ist der Ort etc.“, 5) Verlesung des nachmittägigen Subeltextes Psalm 26, 8, 6) Singestück: „Wie lieblich sind Deine Wohnungen etc.“ 7) Lied: „Du, daß sich die Verklärten freuen etc.“ 8) Verlesung des vormittägigen Subeltextes Psalm 84, 2—3, 9) Lied: „Wir glauben All' an einen Gott etc.“, 10) Predigt, 11) Kanzelvers: „Nun danket Alle Gott etc.“ 12) Nach der Predigt das „Herr, Gott, Dich loben wir etc.“ 13) Intrade, 14) Collecte und Segen, 15) Intrade. Mehrlach, nur abgekürzter, fand der Nachmittags-Festgottesdienst statt.

### Grundsteinlegung zur jetzigen Kirche.

§. 18. Bei Legung des Grundsteins <sup>1)</sup> der jetzigen Kirche, am 3. März 1818, Nachmittags 2 Uhr, bewegte sich der Festzug der Behörden, der Gemeinden und der Schulen vom Rathhause, nach einer Intrade und nachdem „In allen meinen Thaten etc.“ gesungen worden, auf den Bauplatz, wo der Gemeindegesang: „Es woll' uns Gott genädig sein etc.“, die Festrede des Pastors Thilo, die Versenkung des Grundsteines <sup>2)</sup> — durch den Chef-Präsidenten der Königlichen Regierung zu Reichenbach, Freiherrn von Lüttwitz, Landrath Freiherrn von Nichtofen auf Barzdorf, Rittergutsbesitzer Unverricht auf „Sehebeutel“ und Bürgermeister Hanff, — das Lied: „Ach, bleib' mit Deiner Gnade etc.“ einander folgten, und die Handlung mit Collecte, mit Segen des Pastors Hantsche, sowie mit dem Verse: „Unsern Ausgang segne Gott etc.“ endete.

### Einweihung der jetzigen Kirche.

§. 19. Die Einweihung der gegenwärtigen Kirche, Sonntags, den 7. November 1819, gestaltete sich zu einem vollendeten Hauptfeste. Schon am 6. November, Nachmittags 4 Uhr, fand in der zwischenzeitig benutzten, ehemaligen Jungfrauenkirche eine Abend-Betsunde als Dank- und Abschieds-andacht statt, welche Pastor Thilo hielt. Hierauf wurde das Fest mit drei Pulsen eingeleitet. Am Morgen des Einweihungstages rief das Geläut der Glocken die Festgemeinde, mit ihr die Festgäste. Die Landherrschaften, der Magistrat, die Stadtrorordneten-Versammlung und sämmtliche evang. Bürgerschaft versammelten sich auf dem Rathhause, die eingeladene auswärtige Geistlichkeit im Pfarrhause bei Pastor Hantsche, die Schüler von Stadt und Land, wie die Gemeinde auf dem Platz der abgebrochenen alten Kirche. Punkt 8½ Uhr begaben die auf dem Rathhaus Versammelten sich in stillem Zuge auf den alten Kirchplatz, wo die aus dem Pfarrhaus getretene sämmtliche Geistlichkeit und die schon zahlreich

<sup>1)</sup> Hantsche, Festordnung u. s. w. 1819. Anhang. S. 24—25.

<sup>2)</sup> Nach Aussage des hochachtzigjährigen Schuhmachers Gräfer, eines Augenzeugen, kam derselbe hinter den Altar zu liegen.



erschienene Gemeinde dieselben empfing. Die Feierlichkeit begann unter freiem Himmel, mit dem Liede: „Noch einmal bringen an der Stätte 2c.“, wie mit der rührenden Dankrede, welche Pastor Hantsche von der Stelle aus, auf welcher früher der Altar gestanden hatte, hielt, zur Erinnerung an die durch 76 Jahre an diesem Ort empfangenen, geistlichen Wohlthaten und unter frommen Wünschen für das neue Gotteshaus. Nach den Versen: „Hab' Dank, o Gott, zu guter Letzt 2c.“ und nach dem hinter den Endworten: „In stillen Vater unser auf“ das Gebet des Herrn in andachtsvoller Stille der großen Versammlung gethan war, ordnete sich der Festzug folgendermaßen. Voran schritten die 7 Landschulen, unter Führung ihrer Lehrer, gefolgt von den 4 Klassen der Stadtschule, welche, gleichfalls unter Leitung ihrer Lehrer, mit 3 Fahmenträgern sich auf der (Quer-) Gasse aufgestellt hatten. Dann gingen in festlichem Schmuck die Trägerinnen einiger tragbaren Weihgeschenke, namentlich Fräulein Louise Baronesse von Richtigsen-Barzdorf, welche, geleitet von Fräulein Henriette Hohberg-Stanowitz und Fräulein Ernestine Unverricht-Eisdorf, den Kirchenschlüssel trug, und zwar auf einem gestickten, mit Goldfranzen besetzten und von der Trägerin geschenkten Kissen von weißem Atlas. Den Jungfrauen folgte die Bau-Deputation, das Kirchen-Collegium, die Geistlichkeit, unter ihr auch der hiesige kath. Pfarrer Klimke, die Dominalherren, der Magistrat mit den Officieren und königlichen Beamten, die Stadtverordneten, die bezirksweis geordnete Bürgerschaft unter Führung der Bezirksvorsteher, die zur Kirche gehörenden Dorfgemeinden, an deren Spitze die Scholzen, Gerichtsgeschworenen und Schulvorstände. Die Frauen waren auf den Rath, dem Andrang des Zuges auszuweichen, vor demselben in die Kirche durch die geöffnete Seitenthür und auf ihre Plätze gelangt. Auf dem Wege vom alten Kirchplatz erscholl das Lied: „Nein, länger kann der Mund nicht schweigen 2c.“ bis der Zug vor der verschlossenen Hauptthür ankam. Dort bildeten für denselben die Stadt- und Landschüler Spalier. Das erste Mitglied der Bau-Deputation, der bei dem Bau vielthätig gewesene Kämmerer Sander, nahm den Kirchenschlüssel <sup>1)</sup> von dessen Trägerin in Empfang und übergab ihn mit kurzer Ansprache dem Consecrator der Kirche, Superintendent Scherer von Zauer. Nachdem dieser die Kirchenthür geöffnet und, im Eingange stehend, die Eröffnung in ergreifenden Worten gedeutet hatte, begann der Einzug in die Kirche, unter Intraden mit Pauken und Trompeten. Die Schuljugend zog durch die Sacristeithür wieder hinaus, jeder Festtheilnehmer begab sich auf seinen Platz; nur die Geistlichkeit saß vor dem Altar. „Wie tief ergriffen fühl' ich mich 2c.“ sang die Gemeinde. Der Consecrator hielt, die Gemüther von Grund aus erfassend, die Weihrede über 2. Mose 2, 24, das Weihgebet und weihte, dem gefaßten Beschluß gemäß, die Kirche, wie die vorige schon geheissen, „zur heiligen Dreifaltigkeit“ nach christlicher Sitte feierlichst. Das Lied: „O Du, der fromme Sehnsucht stillt 2c.“ leitete zur Liturgie über, welche Pastor

<sup>1)</sup> Der erste Kirchenvorsteher Mäntler war dazu bestimmt, stand jedoch zurück.



Hantſche nach vorbedachter neuen Weiſe hielt. Sie beſtand in einem Wechſel von Anrede und Gebet des Liturgen, wie von Chören, Muſikſtücken und Gemeindegelang, und deutete die Hauptbeſtandtheile des Cultus. So erfolgte die Handlung am Taufſtein mit Ausgießung des Waſſers und dem Riede: „Man trug am Morgen meiner Zeit mich fromm zur Taufe hin 2c.“, am Altar unter Vorzeigung des Brotes und Weines und dem Gemeindegelang: „Biſt Du, Herr, gleich ſehr erhaben 2c.“ Nach dem Hauptliede: „Ein Höheres als Brot verlangt der Menſch 2c.“ hielt Paſtor Thilo die geiſtentquollene Kirchweihpredigt: „Hier iſt gut ſein“, über Matth. 17., v. 4, unter welcher als Kanzelvers „Ein ſchöner Tempel, Gott geweiht 2c.“, geſungen wurde. Nach der Predigt ſchloß das zwiſchen Liturg und Gemeinde wechſelfängig eingerichtete Tedeum: „Gott, Unermeßlicher 2c.“, Gebet und Segen, vom Conſecrator geſpendet, und der Vers: „Lob, Ehr' und Preis ſei Gott 2c.“ die Feier. Es war gegen 2 Uhr Nachmittags. Eine halbe Stunde darauf war Nachmittags-Gottesdienſt in nachſtehender Ordnung: Gefangbuchlied Nr. 1161, Muſik, Lied Nr. 1045, Predigt des Paſtors Hantſche, unter derſelben Lied Nr. 615, 8 und 9, nach derſelben Nr. 297, Collecte und Segen, Nr. 861, 3. — Superintendent Scherer wünſchte 13. November, es möchte eine vollſtändige Geſchichte des Ganzen veröffentlicht werden, wobei auch der liturgiſche Theil der Weihhandlung nicht fehlen dürfe, den er als muſterhaft bezeichnete. Die „Feſtordnung und Folge der Gefänge“, welch letztere, ſoweit das Gefangbuch nicht ausreichte, Paſtor Thilo zum Verfaſſer hatten, war vor dem Feſte gedruckt. Nachher iſt von Druckſachen<sup>1)</sup> nichts vorzufinden geweſen. Der nachmalige Deſſer Paſtor Barchow, der die Feier als Jüngling mitbeging, hat noch in ſeinen alten Tagen dem Schreiber dieſer Zeilen mit Freude von den Eindrücken geſprochen, die durch die hieſige Kirch-Einweihung ihm geworden und die Stimmung der damaligen ev. Gemeinde Striegau als eine ſehr gehobene bezeichnet. Theils ſchon geſtorbene, auch etliche noch lebende Augen- und Ohrenzeugen jenes denkwürdigen Tages haben ähnlich lautende Ausſagen gethan.

### **Hundertjährliges Gemeindefeſtungs-Jubiläum.**

§. 20. Daſſelbe wurde am 5. December (2. Advent) 1841 gefeiert und kündigte ſich am Vorabend, wie am Feſtmorgen durch einſtündiges Geläut an. Am Jubeltage, Morgens 8 Uhr, ſtellten ſich ein: im magiſtratuſiſchen Sitzungszimmer der Kgl. Landrath Ruprecht, der Magiſtrat, die Stadt-Älteſten, das Kirchen-Collegium, die Mitglieder des Land- und Stadtgerichts, die Dominialherren und ſonſtige Freunde der Kirche; im Sitzungszimmer der Stadtverordneten dieſe ſelbſt und die ſtädtiſchen Deputationen; im Rathhausſaal die Bezirksvorſteher ſammt den

<sup>1)</sup> Doch hat Paſtor Hantſche eine dankbar benutzte Aufzeichnung zu den Acten gegeben.

Bürgern, auch die Ortsgerichte und Anassen der Communalbörfer. Um 8½ Uhr kamen von der Kirche die Lehrer sammt der Schuljugend des Kirchspiels, mit Fahnen und einem Musikchor, zugleich die Geistlichen an das Rathhaus. Vor der Thür desselben bildete die Gemeinde von Stadt und Land einen Kreis. In diesem hielt, sobald die von den Lehrern unter Musikkbegleitung gesungenen Verse 1 und 2 des Gesangbuchliedes Nr. 596 verklungen, Pastor Kosche eine Rede, in welcher derselbe an die vor 100 Jahren erfolgte Einführung des ev. Gottesdienstes hierorts erinnerte, die Geschichte der Gemeinde in dem abgelaufenen Zeitraum geschichtlich treu hervorhob und die Gemeinde ermahnte, für die erfahrene unschätzbare Gnade Gott und dem Landesfürsten dankbar zu sein. Hierauf ging der Festzug um den Ring zur Kirche. Den Geistlichen folgten, zuerst der Landrath, geleitet vom Bürgermeister Scheider und Rämmerer Mausolff, die Rittergutsbesitzer Unverricht auf Eisdorf, von Seydlitz auf Pilgramshain und von Dheimb auf Oberstreit, geleitet von je 2 Magistratsräthen, die Beamten und Honoratioren, geleitet von je 2 Stadtverordneten, zuletzt die Bürger und die Landgemeinden, geleitet von ihren Vorstehern. In der Kirche hielt Superintendent Thilo die Liturgie, die Festpredigt Pastor Kosche, der auch die Schluß-Collecte und den Segen sang. Ueber die Kirchen-Collecte bei dem Feste ist S. 121, e. berichtet.

### Fünfzigjähriges Kirchweih-Jubiläum.

S. 21. Es fand Sonntags, den 7. November 1869 statt. Die erhebende Feier desselben ist gewiß noch in allgemeiner Erinnerung. Das Jubiläum wurde am Vorabend, 6 Uhr, mit allen Glocken eingeläutet, am Festtage aber, früh 6 Uhr, mit einem Posammen-Choral vom Kirchturm und wieder mit Geläut eröffnet. Um 9 Uhr nahm nach gemeindegeschichtlicher Sitte der Festzug, dessen Ordner die Lehrer Friedrich und Hähnel waren, seinen Ausgang vom Rathhause, — während einer Pause des fallenden herbstlichen Sprühregens — in der Weise, daß der Posammenchor voranschritt, diesem die ältere Schuljugend von Stadt und Land, unter Führung ihrer Lehrer, die Stadtverordneten, die Mitglieder der Jubelfeier-Commission, soweit sie nicht zum Gemeinde-Kirchenrath gehörten, geleitet von den Mitgliedern des Magistrats und den Ältesten der Kirchengemeinde, sowie die Ortsggeistlichen und die Gemeinde folgten. Unter der Hauptthür der Kirche hielt Superintendent Bäck eine der Bedeutung des Tages entsprechende Anrede, mit Erbittung des göttlichen Segens für den Eingang der Gemeinde in ihr neugeziertes Gotteshaus, in welchem sie mit einer Intrade empfangen wurde. Ein Theil des Festzuges nahm vor dem mit den neuen Weihgeschenken geschmückten Altar Platz. Die Ordnung der Feier war diese: Lied: „Allein Gott in der Höh' sei Ehr' u.“; Festliturgie, von Pastor Lummert gehalten; Festmusik; Hauptlied: „Wie lieblich ist doch, Herr, die Stätte u.“; Festpredigt, vom Pastor Lummert über den schon vor 50 Jahren benutzten Text Matth. 17 v. 4 gehalten, welche „Unsre liebe Kirche im Schmuck der Jubelbraut“ dahin



ausdentete, daß die Ursache des Schmuckes der Herr in uns, die Zubereitung des Schmuckes Arbeit und Mühe, die Freude über den Schmuck die Gemeinde als Tempel Gottes sei. Nach der Predigt geschah noch Meldung von dem Ertrage der für den Erneuerungs-Bau veranstalteten Sammlungen, wie von den eingegangenen Weihgeschenken (§. 109) und Dankagung dafür. Hierauf erklang das von der Gemeinde stehend gesungene „Herr Gott, Dich loben wir 2c.“ Eine Ansprache des Superintendenten Bäck, vom Altar aus, welche in die feierliche Weihung der geschenkten Kirchengeräthe und Paramente überging, Collecte und Segen des Redners, und der Vers: „Lob' Ehr und Preis sei Gott 2c.“ schlossen die Feier. Nachmittags 5 Uhr fand in der festlich erleuchteten und wieder gefüllten Kirche ein rührender Abendgottesdienst statt, bei welchem nach dem Liede des Gesangbuchs Nr. 987, einem Chorgesange und dem Hauptliede: „Ach, bleib' mit Deiner Gnade 2c.“ Superintendent Bäck die Festpredigt über Offenb. Joh. 21, 1—5 hielt und in derselben „die Mahnungen der jubelnden Kirche an ihre Festgenossen“ also lauten ließ: „Haltet fest in Aug' und Herz den hohen Zweck, zu dem ich bestimmt und geweiht bin; erkennet freudig dankbar die himmlischen Güter, die euch der Herr in mir spendet; verkärt euch selbst je mehr und mehr zu den Gliedern der neuen, ewig jubelnden Gemeinde, die ich auf Erden vorbilden soll.“ Vers 4 des Liedes Nr. 1161, Collecte und Segen, von Pastor Kummert gesungen, der Gemeindegesang: „Ach, bleib' bei uns, Herr Jesu Christ 2c.“, sodann nochmaliges Geläut machten den Beschluß des Festes. Eine weltliche Festlichkeit hatte nicht in der Absicht gelegen. Dagegen stand, die Mittagsstunde ausgenommen, vom Vormittags-Gottesdienst bis über 4 Uhr Nachmittags hinaus, unter dem Schutze erbetener Gemeindeglieder, der kaum erforderliche gewesen, die Kirche im vollen Schmuck für Jedermanns Zutritt offen. Sie wurde nicht leer von ab- und zuströmenden Besichtigern verschiedenen Bekenntnisses. Dabei zeigte sich eine allgemeine Befriedigung über die Verschönerung der Kirche. Die Haltung der Besucher war durchweg eine so wohlthuenend theilnehmende und würdige, daß selbst von diesen Zwischenstunden nur der Eindruck zurückbleiben konnte, es war ein Tag wahrer Freude, ein Tag der Kinder Gottes.

### Fahnenweihe und Krieger-Denktafel.

§. 22. Erwähnenswerth ist die Fahnenweihe, welche 1869 stattfand, nachdem die Bildung eines ganz neuen Landwehr-Bataillons Striegau-Neumarkt-Waldenburg — mit dem Stamm hier — allerhöchst befohlen, diesem Truppenkörper die Bataillonsfahne überwiesen und deren Weihe auf den 20. Juni angesetzt war. Punkt 11 Uhr genannten Sonntags zog das Bataillon in die Kirche ein. Es fand, wegen des auf der oberen Bühne quer über das Schiff noch liegenden Bau-Rüstgebälles, die Kirche nicht eben im festlichen Gewande. Doch gewährte die kriegerische Versammlung selbst einen Anblick voll Glanz und Farbenreichtum. Aus mehreren Städten, auch aus Berlin, war ein zahlreiches Officier-Corps



verschiedener Waffen und Uniformen erschienen, an der Spitze General von Malachowski aus Breslau. Es nahm im Halbkreis Aufstellung vor und neben dem Altar. Innerhalb des Halbkreises stand etwas seitlich die Fahne, umgeben von ihrer Ehrenwache. Die Mannschaften des Bataillons hatten fast das ganze Schiff der Kirche inne. Ungemein schnell überfüllte dieselbe in allen übrigen Theilen die zuströmende Volksmenge. Mit dem Verse „In allen meinen Thaten 2c.“ begann die Handlung. In Vertretung des zum Militair-Geistlichen bestellten, aber verhinderten Superintendenten Bäck, hielt Pastor Lummert die Weihrede über Prediger Salom. 8 v. 2. Hierauf senkte sich die Fahne und wurde sie nach christlichem Brauch feierlichst geweiht. Gebet, Segen und der Vers „Lob Ehr' und Preis sei Gott 2c.“ vollendeten die Feier.

Nach dem französischen Kriege stattete der König die Fahne noch mit einem Kreuz aus. Die Fahnenkreuz-Weihe fand unter militärischen Formen wieder in der Kirche statt und wurde durch Superintendent Bäck am 26. Mai 1872 vollzogen. Derselbe hatte eine ähnliche Feierlichkeit auch am 18. October 1874 abzuhalten, bei Errichtung der Denkstele, welche vom Bataillon den aus seiner Mitte im Kriege Gebliebenen oder Gestorbenen, höchster Anordnung gemäß, gestiftet wurde.

### Kirchhoffsperrung, Begräbnißzwang, Gottesdienststörung.

§. 23. Laut Verordnung vom 8. März 1742 an das fürstbischöfliche Vicariat-Amt zu Breslau hatten die kath. Parochien auf ihre Kirchhöfe die Leichen Evangelischer begraben zu lassen und die ev. Geistlichen an der Begleitung der Leichenzüge nicht zu hindern. Als das einzige Söhnlein des Dreschgärtners Hans Georg Glaz zu Niederstreit am 7. Mai j. 3. hier beerdigt werden sollte, dabei durch abgeschickte Bürger dem Commentator, Grafen von Götz, unter Berufung auf die allerhöchste Verordnung, etlichemal Anzeige davon gemacht worden, protestirte derselbe gegen das Begräbniß und ließ, während die Leiche mit Pastor nebst Schule auf den Kirchhof kommen sollte, die Kirchhoffthür geschlossen halten, auch, trotzdem bei Annäherung des Leichenzuges nochmals gehörige Vorststellung geschehen, nicht öffnen, so daß das Kind durch ein enges, mit einem eisernen „Gatter“ versehenes Pfortchen auf den Kirchhof gebracht und daselbst in ungebräuchlicher Weise begraben werden mußte. Auf die Beschwerde der Bethausvorsteher im Namen der sämmtlichen evang. Bürgerschaft und deren Antrag, nach Legung der Taxe die evangelischen Begräbnisse auf dem kath. Kirchhofe, wo die eingepfarrten ev. Herrschaften und Gemeinden nebst der Striegauer Bürgerschaft ihre Erbbegräbnisse bereits hätten, ohne den geringsten Anstand geschehen zu lassen, befaß die Oberamts-Regierung zu Breslau 12. Mai dem Grafen von Götz, die Leichen der Evangelischen von dem Geistlichen und der Schule, ihrer Begräbnißgewohnheit gemäß, begraben und die Thüren dazu öffnen zu lassen, jedoch daß die Taxa Stolae der Anstädtischen Convention gemäß dem Parocho Catholico gezahlt werde.

§. 24. Obgleich Graf von Götz fortan sich flügte, protestirte er nicht lange nachher aus anderm Grunde gegen das Begräbniß, welches 1743 der Bauer Gottfried Stainke von Pilgramshain seinem Söhnchen ausrichten lassen wollte. Etwa 30 Jahr früher hatte der Commendator seinem Kirchenärar dadurch aufhelfen wollen, daß er die Leute vom Lande, deren Herrschaften Erbgrüfte in und bei der Kirche hatten, zwang, ihre Leichen auf dem Kirchhof in der Stadt, also bei der Kirche zu begraben und keine mehr auf dem Kirchhof vor der Stadt, es wäre denn, daß man auch ihm die ausgeworfenen 6 Gr. bezahlte, welche für die Stelle auf dem Kirchhof vor der Stadt entrichtet werden mußten.

Somit trat eine doppelte Belastung ein. Als Stainke, der sein Kind vor der Stadt beerdigen lassen wollte, die Stelle auf dem Kirchhof bei der Pfarrkirche zu bezahlen sich weigerte, ließ Graf von Götz bei Pastor Spangenberg gegen das Begräbniß protestiren. Durch den Scholzen und einen Gerichtsmann von Pilgramshain, welche Namens der ganzen Gemeinde sich erbieten, bis zu ausgemachter Sache für die verlangten 6 Gr. zu caviren, angegangen, das Begräbniß nicht zu hindern, nahm Graf von Götz das Anerbieten durchaus nicht an, wenn auch die Leiche einige Tage unbegraben sein sollte. Spangenberg zeigte nun den Vorfall dem Bürgermeister an. Dieser ließ dem Grafen sagen, daß, wenn derselbe die Caution einer ganzen Gemeinde nicht annehmen wolle, er auf sein Bürgermeisterwort den Pastor das Kind begraben lassen werde. So geschah es am 18. Januar 1743.

§. 25. Sonstige Störungen des evang. Gottesdienstes in der ersten Zeit nach dessen Eröffnung scheinen nicht vorgekommen zu sein, angenommen, daß 1742 am Scapulierfest die Procession der Carmeliter zeitiger denn andere Jahre und unter Trompeten- und Paukenschall um den Ring zog, wodurch, da die Amtsprebigt bei dem ev. Gottesdienst im Rathhause saß, unlängst angegangen war, die Evangelischen „gar sehr turbiret“ wurden.

### Preßproceß.

§. 26. Im Jahr 1852 war vom Breslauer Fürst-Bischof ein Hirtenbrief ausgegangen, welcher mehrfach das prüfende Urtheil der Presse wachrief. Auch der Candidat Friedr. Wilh. Besser zu Damsdorf hatte im Verlage von A. Hoffmann hier eine Schrift unter dem Titel: „Antwort auf den am 11. Juni erlassenen Hirtenbrief des Herrn Cardinal-Fürstbischofs von Diepenbrock“ herausgegeben. Zwei Stellen derselben, von denen die eine die Gebräuche, die andere die politische Artung des Katholicismus betraf, zogen dem Verfasser die Anklage des Staatsanwalts zu. Die Gerichtsverhandlung fand, unter Vorsitz des Kreisgerichts-Directors Mantell, am 18. December 1852 in den Räumen der jetzigen Strafanstalt statt. Hinsichtlich der ersten Aeußerung wurde der Angeklagte, weil er nicht Gebräuche, sondern Mißbräuche angegriffen, freigesprochen, betreffend den zweiten Punkt aber, welchen das über den Fall befindende Collegium für verlegend erachtet hatte, trotzdem Besser für sich in aus-



fürlicher und, wie Ohrenzeugen erzählten „meisterhafter“ Vertheidigungsrede selbst sprach, nach §. 135 des Strafgesetzbuches und die Anwendung von §. 154 ablehnend, zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. Außerdem erkannte der Gerichtshof laut §. 50 des Gesetzes vom 12. Mai 1851 auf Vernichtung der incriminirten Stellen, nicht der Schrift selbst. Der Verurtheilte legte gegen das Urtheil Berufung ein. Das Appell-Gericht zu Breslau bestätigte am 23. März 1853 jedoch das erstinstanzliche Erkenntniß. Während seiner Haft hat Vesser einige Besuche empfangen dürfen und Beweise freundlicher Theilnahme aus der Gemeinde erfahren.

### Gesangbuch.

§. 27. Das neue Breslauer Gesangbuch (von Gerhard), in Stelle des alten Breslauer (von Burg), wurde hier am 1. Advent 1802<sup>1)</sup> eingeführt. Da damals ein solches Unternehmen Sache der freien Entscheidung war, geschah es sicher nach dem Willen der Gemeinde. Doch wußten alte Striegauer noch davon, daß nicht alle Zünfte ohne Weiteres zugestimmt hatten.

Das Kirchen- und Haus-Gesangbuch (von Dr. Hahn), welches vom Consistorium für die ganze Provinz veranschlagt war, erschien seit den 1850er Jahren in 5, immer wieder abgeänderten Ausgaben, um den genommenen Anstößen vorzubeugen. Es entstand der bekannte Gesangbuchstreit, sammt einer völligen Gesangbuch-Literatur.

An die hiesige Gemeinde trat die Angelegenheit zum ersten Male am 27. Februar 1865. Bei Gelegenheit der Visitation durch General-Superintendent Erdmann empfahl derselbe in der Conferenz mit dem Gemeinde-Kirchenrath diesem die 3. Ausgabe des Gesangbuchs. Nach dem Consistorial-Erlaß vom 25. September 1867 sollte zum allgemeinen Gebrauch der 4. Ausgabe geschritten werden.

Der Gemeinde-Kirchenrath beschloß indeß 11. November 1867, die weitere Entwicklung der Sache abzuwarten, ehe er sich endgiltig bestimme. Am 16. September erschien hier der Consistorial-Präsident Wunderlich, die Sache zu betreiben. Doch sei das Nähere übergegangen. Der Gemeinde blieb die Unruhe anderer Orte erspart.

Das Wort eines unverfänglichen Zeugen in Sachen des neuen Breslauer Gesangbuchs ist nicht unwerth, wieder ins Gedächtniß gerufen zu werden. In seiner 1825 erschienenen Schrift: „Ueber die Entstehung und Fortbildung der kirchlichen Verfassung und des Gottesdienstes in Breslau seit der Reformation“ sagt S. 22 Dr. Scheibel: „Endlich hatte auch die Fortbildung der Zeit ein wenigstens neu bearbeitetes Gesangbuch nothwendig gemacht. Hiervon hat der ehrwürdige Gerhard selbst in der Vorrede zu demselben (1800 zuerst herausgekommen) mit seiner gewohnten Offenheit und Herzlichkeit erzählt, wie bedachtsam er in Gemeinschaft mit den Geistlichen der Stadt und mit Zustimmung der Bürger-

<sup>1)</sup> Richter. S. 356.



schaft, des Magistrats, sowie mit Bewilligung des königl. Consistorii dabei zu Werke gegangen sei, so daß, bei allem, was auch hierbei noch zu wünschen übrig geblieben, doch die Gemeinde die Hauptlehren ihres Bekenntnisses, und wenigstens den Inhalt, oft auch die Worte mancher, ihr seit Jahrhunderten nicht ohne Ursache theuren Väter nicht ganz vermissen konnte“.

### Kreis-Synode.

§. 28. Nachdem, behufs Weiterführung der kirchlichen Gemeindeverfassung in Preußen, Kreisynoden mit einem weltlichen Abgeordneten aus jedem Gemeinde-Kirchenrath angeordnet waren, ist für hiesige Gemeinde zum Deputirten auf der Kreisynode gewählt gewesen, für die erste Wahlperiode Bürgermeister Rauthe 1865—68, für die zweite und dritte Kreisphysikus Dr. Holz 1868—74. In diesem Jahr erfuhr die Synodalverfassung eine Erweiterung und wurden für die erste Wahlperiode von 1874 ab gewählt, als Deputirte: Fabrikbesitzer Lommel, Tuchfabrikant Proßmann, Ger.-Rath Hänel und, nach der Versetzung des Letzteren (1874), in dessen Stelle (1875) Wirthschafts-Inspector Hielscher in Eisdorf, als Stellvertreter: Rector Dr. Kößler, Fabrikbesitzer Kesper in Gräben und Sanitätsrath Dr. Holz. Der Synodalkreis besteht, seit dem Ausscheiden des Kreises Waldburg d. h. seit 1. November 1871 aus den Pfarochien Striegau, Gäbersdorf, Gutsdorf, Metzkau mit Vicariatsgemeinde Verschendorf, Delfe, Groß-Rosen, sowie den von dem genannten Zeitpunkt an neu zugeschlagenen Pfarochien Freiburg, Conradswaldau und Peterwitz, welche früher zur Diöcese Schweidnitz-Reichenbach gehörten. Die Kreis-Synode von 1876 war die letzte mit der bisherigen Zahl der nichtgeistlichen Mitglieder. Fortab wird diese Zahl, der neuesten Anordnung gemäß, sich verdoppeln.

# Kirchenverfassung.

## Vorbericht.

§. 29. Die von der Ober=Amts=Regierung (Ober=Consistorium) 15. März 1748 bestätigte Kirchen=Verfassung war nur eine bei Annehmung eines zweiten Predigers errichtete Ordnung, betreffend die Vertheilung der gottesdienstlichen Verrichtungen zwischen beiden Pastoren.

Nachdem die Dominien und Landgemeinden obsewanzmäßig zur hiesigen Kirche sich gehalten und um so mehr sich als incorporirt angesehen hatten, weil sie bis auf einen kleinen Theil der Gemeinde hierher begruben, während jedoch keine Spannu= und Handdienste als Pflicht, sondern nur bittweise von ihnen geleistet worden waren, wollten sie bei der Einpfarrungs=Verhandlung 1812 (§. 61) — außer für die hiesigen Schulhäuser — das Gesetzliche leisten. Der 1821 vollzogene Zuschlagungs=Vertrag <sup>1)</sup> setzte als Verpflichtungen der Gemeindeglieder von Stadt und Land fest: 1) was §. 64 (Anfang), 6) was §. 46 (Schluß) besagt, im Uebrigen: 2) die Tragung der Lasten zur Unterhaltung der Kirche und aller gesetzlich gleichgestellten Gebäude gemäß §. 742, 734, 740 und 743 Tit. 11. Th. II. A. L. R., 3) die seitens der zugeschlagenen Dominien und Landgemeinden an die Kirchasse zu leistende Vergütung des erweislichen Kaufgeldes und Bauaufwandes für die erworbene Carmeliterkirche, 4) die Stellgelbzahlung und 5) die Stollatag=Gebührenentrichtung, beides als selbstverständlich.

Der allerhöchste Erlaß vom 29. Juni 1850, betreffend die Grundzüge einer Gemeinde=Ordnung für die evang. Kirchen=Gemeinden der östlichen Provinzen, gelangte hier nicht zur Ausführung. Zu weiterer Gestaltung der Verhältnisse führte der allerhöchste Erlaß vom 27. Februar 1860, betreffend die Fortbildung der evang. Kirchen=Verfassung in den östlichen Provinzen der Monarchie. Danach sollte der allerhöchste Erlaß vom 29. Juni 1850 endlich überall durchgeführt werden. Behufs Vornahme der Verhandlungen war zunächst, der Vorschrift gemäß, ein Patronats=Abgeordneter zuzuziehen. Das Kirchen=Collegium setzte 23. April 1860

---

<sup>1)</sup> Nachträglich trat demselben laut Rescripts der k. Regierung zu Breslau vom 9. August 1822 an das hiesige Landraths=Amt noch das Dominium Nieder=Streit bei.

speciell auseinander, daß von 1853 an (§. 65) das Comité Mende und Genossen, die Stadtverordneten, der Magistrat und es selber die Regelung der Patronatsache verschiedentlich sich hätten angelegen sein lassen, stets jedoch vergeblich, da Consistorium und Regierung der Regelung nicht geneigt schienen. Die Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung wurde demnach abgelehnt, weil bei mangelnder Entscheidung, ob hier ein Patron und wer es sei, dem gesetzlichen Erforderniß eines Patronats-Abgeordneten nicht genügt werden könne. Diese Ablehnung wirkte, wie vorauszusehen, als Beschleunigungsmittel. Zugleich in Folge der Vorstellung des Kirchen-Collegiums vom 6. März, betreffs anderweiter Verhandlungen (§. 41—42) mit dem Magistrat, ordnete der Evangelische Oberkirchenrath 7. Mai 1860 die Aufstellung eines ganz neuen Gemeindestatuts an. Am 6. September wurden zu dem Ende 4 ermächtigte Deputirte der ev. Stadtgemeinde (Kreisphysicus Dr. Holz, Justizrath Melker, Kreisger.-Rath Goldstein, Kaufmann Ramitz) durch die 34 erschienenen städtischen Gemeindeglieder, sowie 2 dergleichen Deputirte (Baron v. Richthofen-Barzdorf, Gutsbesitzer Rohr-Pilgramshain) aus den Landgemeinden durch die 15 von dort Erschienenen, unter gegenseitiger Genehmigung der Wahl seitens der wählenden Gemeinde-Theile, gewählt, während der Magistrat zu seinem Repräsentanten den Bürgermeister Kauthe und die Stadtverordneten-Versammlung zu dem ihren den Stadtverordneten, Fabrikbesitzer Herm. Bartsch legitimirte. Die Genannten, vereint mit dem Kirchen-Collegium, errichteten am 12. October 1860, unter Leitung des Consistorial-Commissars Dr. Schneider, das

### Gemeindestatut.

§. 30. Es lautet, wie folgt:

§. 1. Die hiesige evangelische Kirche hat die Rechte einer Pfarrkirche.

§. 2. Zu derselben ist eingepfarrt: Die Stadt Striegau mit den Vorstädten, der Roh und dem Kaul-Anger und sind als Gastgemeinden zugeschlagen die evang. Eingepfarrten folgender Ortschaften: Gräben, Haibau, Altstriegau, Barzdorf, Ober-, Mittel-<sup>1)</sup> und Nieder-Stanowitz, Leichau, Thomasmaldau, Halbendorf, Pilgramshain, Eisdorf, Gehebeutel, Ober-Streit, Nieder-Streit, Brunau, Muhlrau, Järischau, sämmtlich im Striegauer Kreise, sowie Zedlig und Tschehen im Schweidnitzer Kreise.

§. 3. Patron der Kirche ist die evangelische Bürgerschaft in Striegau.

§. 4. Als solcher steht ihr die Pfarrwahl zu und liegt ihr ob, bei Baufällen der kirchlichen Gebäude, für welche die Kosten repartirt werden, ein Drittel der letzteren als praecipuum aufzubringen.

§. 5. Im Uebrigen liegt die Unterhaltung des Kirchen- und Pfarrsystems der Gemeinde ob nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen. Die Eingepfarrten der zugeschlagenen Ortschaften tragen bei Umlagen den 4. Theil desjenigen Betrages bei, der auf sie hätte vertheilt werden müssen, wenn sie mit vollen Rechten und Pflichten eingepfarrt wären.

§. 6. Organ und Vorstand der Gemeinde ist das bisherige Kirchen-Collegium, das aber die Benennung „Gemeinde-Kirchenrath“ annimmt.

§. 7. In Beziehung auf die Rechte und Befugnisse des Gemeinde-Kirchenraths

<sup>1)</sup> Stanowitz Agl. Anthl. ist ausgelassen, jedoch gemeint mit „Mittel-Stanowitz“.



gelten die Vorschriften der durch Allerhöchsten Erlass vom 29. Juni 1850 publicirten Grundzüge einer kirchlichen Gemeinde-Ordnung und des Allerhöchsten Erlasses vom 27. Februar 1860, betreffend die Fortbildung der evangelischen Kirchen-Verfassung in den östlichen Provinzen der Monarchie und die dazu ergangenen Verordnungen, jedoch unter den in nachstehenden §§. enthaltenen Modificationen.

§. 8. Der Gemeinde-Kirchenrath besteht 1. aus den beiden Geistlichen, von denen der Pastor prim. den Vorsitz führt und in Behinderungsfällen durch den zweiten Pastor, welcher Schriftführer ist, vertreten wird, 2. aus 4 Kirchenvorstehern und 3. aus 6 Kirchen-Deputirten.

§. 9. Die Kirchenvorsteher werden, im Falle einer oder der andere abgeht, von dem Gemeinde-Kirchenrath aus der Zahl der Deputirten gewählt.

§. 10. Von den 6 Deputirten gehören 4 der evangelischen Bürgerschaft an, einer dem Stande der Rittergutebesitzer aus den zugeschlagenen Ortschaften und einer dem Stande der Rusticalen aus eben diesen Ortschaften.

§. 11. Der Gemeinde-Kirchenrath hat bei der Deputirten-Wahl das Vorschlagsrecht in der Art, daß er drei qualifizierte Kandidaten zunächst der Klasse oder dem Stande, aus welchem die Wahl nach dem Vorstehenden geschehen soll, benominirt.

§. 12. Das Wahlrecht der Deputirten übt der betreffende Stand oder die betreffende Klasse für sich aus, ist dabei aber insoweit beschränkt, daß nur über die Vorgeslagenen abgestimmt werden kann und daß der gesammten stimmberechtigten Kirchengemeinde die Wahl zur Zustimmung oder Verwerfung unterbreitet werden muß.

§. 13. Den Kirchenvorstehern mit den beiden Pastoren steht die Verwaltung des Kirchenvermögens und die Betreibung der darauf bezüglichen Geschäfte zu.

§. 14. Speciell ist der erste weltliche Kirchenvorsteher Haupt-Kassen-Rendant, der zweite weltliche Kirchenvorsteher Kirchstands-Kassen-Rendant, der dritte Lanten-Kassen-Rendant und der vierte Bauvorsteher.

§. 15. Die Kirchenvorsteher legen alljährlich den Deputirten Rechnung ab. Die Deputirten prüfen und beschargiren die Rechnung.

§. 16. Verwaltungsgrundsätze, den periodischen Etat und Bauten zum Betrage von 30 Tlhr. können die Kirchenvorsteher nicht ohne Zuziehung der Deputirten feststellen, beschließen und resp. unternehmen.

§. 17. In allen übrigen ordnungsmäßig dem Gemeinde-Kirchenrath zugewiesenen Sachen wirken die geistlichen Mitglieder, die Kirchenvorsteher und Kirchen Deputirten zusammen.

§. 18. Dies Letztere gilt namentlich auch für die Bestellung der Probeprediger, deren Zahl auf 6 bestimmt wird und aus denen die evangelische Bürgerschaft die Wahl für das erledigte geistliche Amt nach Stimmmehrheit vollzieht.

§. 19. Desgleichen concurrirt der Gemeinde-Kirchenrath bei der Wahl des Kantors, die ganz in derselben Weise wie die der Geistlichen geschieht.

§. 20. Beide Glöckner und der Kalkant werden ohne Mitwirkung der Kirchengemeinde von dem Gemeinde-Kirchenrath gewählt.

§. 21. Die Wahl des Rectors der evangelischen Stadtschule ist in neuester Zeit auf Grund eines Abkommens, dessen Revision jedoch beantragt worden, so erfolgt, daß der Magistrat eine Virilstimme und das Kirchen-Kollegium eine Virilstimme gehabt und im Nichtvereinigungs-falle der beiden Stimmen das Loos entschieden hat. Verbleibt es bei diesem Modus, so übt der gesammte Gemeinde-Kirchenrath das Recht des bisherigen Kirchen-Kollegii aus.

§. 22. Die Ausstellung der Vocationen für die Geistlichen und die übrigen Kirchenbeamten und die Einreichung derselben zur Bestätigung geht gleichfalls von dem Gemeinde-Kirchenrath in seiner Gesamtheit aus.

§. 23. Rücksichtlich der Dotation der kirchlichen Aemter und der vorschriftsmäßigen Verwendung der Stiftungs-Kapitalien behält es bei den bisherigen Einrichtungen sein Bewenden.

## Bemerkungen.

§. 31. Kaufmann Kamitz hatte die Unterschrift des Statuts verweigert, weil durch dasselbe die Rechte der hiesigen evang. Bürgererschaft verletzt würden. Einen von ihm ausführlich entworfenen Protest erhoben die ev. Stadtverordneten einstimmig zu dem ihrigen und überreichten denselben der Behörde. Erfolg hatte dies nicht. Doch erhob die Königliche Regierung in Breslau gegen einzelne Bestimmungen des Statuts — gegen welche, blieb hier unbekannt — selber Bedenken, so daß zu deren Erledigung Verhandlungen zwischen Ober-Kirchenrath, Minister und Regierung eintraten und die Genehmigung des Statuts sich bis zum 8. April 1863 verzog. Nachdem dieselbe ertheilt war, lud Kaufmann Kamitz seine Wähler durch öffentliche Anzeige zu einer Versammlung — besucht von etwa 20 Theilnehmern — am 27. Mai 1863, berichtete über die Vergeblichkeit seines Protestes gegen das Statut und hob dabei hervor, die Communal-Behörden hätten des Patronats über die Kirche sich voreilig begeben, auch sei die Gemeinde in ihrem Wahlrecht beschränkt. Obwohl gegen beides Bürgermeister Kauthe sprach, befand man, die bevorstehende Wahl des Gemeinde-Kirchenraths anlangend, schließlich doch im Interesse der Gemeinde, an das Kirchen-Collegium die Zuschrift vom 2. Juni 1863 zu richten, welche §. 42 berührt.

Am 23. November 1863 wurde von den Pastoren und den 4 Kirchenvorstehern beschlossen, wegen der ihnen gesetzlich zustehenden Vermögens-Verwaltung für Gerichtsbarkeitsfälle die Benennung „Kirchen-Collegium“ fortzuführen, da die Benennung „Gemeinde-Kirchenrath“ erst im kirchlichen Verwaltungsbereich, noch nicht im richterlichen Sinne Geltung habe. Sämmtliche Deputirte gaben 7. December dem ihre Zustimmung. Die Kirchenvorsteher sind für sich allein nur am oben erwähnten 23. November zusammengetreten. Sonst war stets der ganze Gemeinde-Kirchenrath berufen und haben Kirchenvorsteher und Kirchendeputirte die Vorlagen ausnahmslos, mit einander vereint, erledigt, obwohl das Statut mancherlei den Vorstehern allein vorzunehmen gestattete. Wie bald die getroffenen Feststellungen einer wesentlichen Abänderung unterworfen wurden, findet in §. 43 seine Darstellung.

## Kirchen-Collegium.

§. 32. Bei Publication der Bethans-Concession (§. 1. 17. 20.) hat der in den Geschworenen bestehende Ausschuß der evang. Bürgererschaft am 8. December 1741 zum Kirchen-Collegium 4 Deputirte erwählt (§. 49 Nr. 1 — 4). Diesen „haben sich propria Auctoritate 4 Vorsteher adjungiret (§. 47 Nr. 1 — 4) und, wie die Rede ging, selbst gesetzt.“<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Nach §. 1 und 36 denn doch nicht recht wahrscheinlich! Indes giebt es so der Pastoralbericht von 1743. Derselbe Bericht führt daneben auch an, das hiesige Collegium sei nach Art der großen Kirchen-Collegien zu Schweidnitz und Jauer gebildet. Dort aber standen Vorsteher und Deputirte neben einander, dort gehörten auch



Als der Magistrat dieses Collegium bestätigte und die Geschworenen darein tacendo consentireten, hat dasselbe noch 2 Deputirte vom Adel erbeten (§. 50 Nr. 1—2), welche aber gar selten zu den Sessionibus invilitet wurden und bloße Deputati titulares, auch ohne Confirmation waren“ (§. 46). Im Frühjahr 1742 ging Dr. Krusche aus unbekannter Ursache ab; ihm folgte Dr. Walther nach. Die noch in Activitaet sich befindenden 6 Membra (Mitglieder) mußten, gemäß Befehl vom 28. September an die Gemeinden, welche das jus eligendi<sup>2)</sup> hatten, bei der kgl. Kriegs- und Domainen-Kammer in Breslau ihre Confirmation nachsuchen und erhielten sie, als sämmtlich Kirchen-Vorsteher, 7. November 1742. Städtische Deputirte<sup>3)</sup> gab es somit nicht mehr. Ein Vorsteher war Rassen-Rendant, einer Stellen-Rendant, einer Bauvorsteher. Der Pastor blieb von den Deliberationen ausgeschlossen. Schon 1742 beschwerte sich der Magistrat bei dem Kriegs- und Steuerrath Wernicke in Schweidnitz, daß die Kirchenvorsteher die Kirchensachen ohne die geringste Verbindung mit ihm ordneten und berief sich auf die Bethausbewilligung vom 4. December 1741 (§. 1), wonach mit ihm Abrede zu nehmen sei. Wernicke deutete 4. December 1742 den Kirchenvorstehern an, dem Magistrat, in welchen Seine Majestät nunmehr evangelische Rathsglieder<sup>4)</sup> hätte, den gebührenden Respect zu beweisen. Auch erlangte der Magistrat, daß eines seiner Mitglieder, der Bethausvorsteher Reymann, den Vorsitz im Kirchen-Collegium führte. Nach dem Rücktritt des Bethaus-Präses, „nunmehrigen“ Kammerers Reymann aus dem Collegium, 1747, wählte der Magistrat in öffentlicher Raths-session den Rathmann Dr. Krusche<sup>5)</sup> zu Reymanns Nachfolger und stellte durch ein Geschäftsstatut vom 13. März 1747 die Vorsteher und die Angelegenheiten des Bethauses unter Leitung des magistratualischen Präses, sowie unter seine Genehmigung. Sobald das Ober-Consistorium hiervon erfahren, befahl es 21. März dem Kirchen-Collegium, den von dem Magistrate eigenmächtig gewählten Kirchenvorsteher und Präses Dr. Krusche nicht zuzulassen. Dieser wurde jedoch, zugleich mit Dr. Walther und dem Kaufmann Mäntler als Actuaris 4. April 1747 dem Collegium beigesetzt. Das Ober-Consistorium unterwarf daher das Kirchenwesen einer commissarischen Untersuchung. Gleichwohl bestätigte es 2. November das neue Kirchen-Collegium „aus eigener Entschließung“. Nur sollte Pastor Spangenberg, was inbeß nicht geschah, zugezogen, hauptsächlich aber das Bethaus- und Schulwesen mit Genehmigung des

Geistliche zum Collegium. Vergleiche noch §. 60 Nr. 8, Anm. 13 und 15 der Bericht war also nicht recht genau. Ausgesprochenermaßen trug es Spangenberg schwer, nicht zum Kirchen-Collegium zu gehören.

<sup>2)</sup> Wahlrecht.

<sup>3)</sup> Doch findet sich häufig, daß, wo nöthig, „sämmtliche evang. Schöppen und Geschworene“, oder „evang. Bürger-Deputirte“, oder „die Repräsentanten der evang. Bürgerschaft, sämmtliche Schöppen und Gerichts-Geschworene“ auftreten.

<sup>4)</sup> Auf Befehl des General-Feld-Kriegs-Commissariats d. d. Breslau, 28. Juni 1741 mußten 2 evang. Rathsmitglieder als Supernumerarii in den Magistrat genommen werden. Hensel, S. 710—11. Stenzel, Script V. S. 438.

<sup>5)</sup> Nun hin und wieder als „Kirchen-Director“ aufgeführt.



Kirchen=Inspectors besorgt und bei einigermaßen bedenklichen Fällen Verhaltungsbefehl vom Ober=Consistorium eingeholt werden. Die Kundmachung dieser Bestätigung geschah in der Sitzung vom 4. März 1748.

§. 33. Die Streitigkeiten<sup>9)</sup> wegen der Bethaus=Einkünfte zwischen dem Kirchen=Collegium und der ev. Communität 1753—55 führten dazu, daß das ganze Collegium seine Entlassung forderte, von dem Visitator, Conf.=R. Hoyer, aber davon abgehalten wurde, endlich auch dazu, daß beide Geistlichen zu Mitgliedern des Collegiums bestimmt wurden. Sie wohnten 28. April 1755 zum ersten Mal der Sitzung bei, welche fortan im Pfarrhause stattzufinden hatte. Im Juli selbigen Jahres zog doch Dr. Krusche, darauf auch Dr. Walther sich zurück. Das Ober=Consistorium stand von der Wiederbesetzung der vacanten Stellen ab, da das Kirchen=Collegium dieselbe — 26. August — nicht erforderlich fand. In Stelle der Abgegangenen wurden unterm 4. September beide Pastoren vom Ober=Consistorium verpflichtet, das Interesse des Bethaus=Verars und der Bethaus=Angelegenheiten sich eifrigst angelegen sein zu lassen.

§. 34. Im Jahr 1761 wählte das Kirchen=Collegium zwei neue Vorsteher und machte davon dem Magistrat Anzeige. Er ließ sich nur den einen, den Stadtschöppen Thiel, gefallen, setzte aber statt des andern den Geschworenen und Stadtschöppen Klose, der erst seit einem Jahre von Neumarkt angezogen war, zum Kirchenvorsteher an und theilte wiederum die einzelnen Einrichtungen unter die Vorsteher aus. Da bei der gänzlichen Einengung der Stadt durch die österreichischen Truppen der Vorfall nicht vor die kirchlichen Obern gelangen konnte, traten beide Stadtschöppen 21. Juli in das Kirchen=Collegium ein. Klose wollte 1763 die bestehende oberconsistorialrätliche Ordnung bei der Ausgaben=Belegung nicht halten, so daß der Kassenrendant Sander eine Zahlung verweigerte, was die übrigen Vorsteher für ordnungsmäßig erklärten. Verlezt, belangte Klose das Kirchen=Collegium bei dem Magistrat. Nur der Kassenrendant Sander wurde vor die Rathssitzung gefordert, in welcher, trotz völliger Darlegung Sanders, Klose sich zu der Aeußerung fortreißen ließ, „er erkennte keine andere Obrigkeit über sich als den Magistrat“. Der Magistrat entschied, Sander sollte Klose Abbitte thun und befahl sogar, Sander habe alle Zettel Klose's künftig ohne Widerrede auszusahlen und wenn derselbe 100 Thlr. assigniren sollte. Beides wurde abgelehnt. Da Thiel bei dem Magistrat sein Vorsteheramt niederlegte, dimittirte dieser ihn und gab dem Kirchen=Collegium auf, zwei neue Subjecta zu präsentiren, um einen andern Stellen=Rechnungsführer wählen zu können. Pastor Thilo reichte nun — 21. Januar 1763 — Bericht bei dem Ober=Consistorium ein, da die beiden vom Magistrat zu Kirchenvorstehern verordneten Stadtschöppen gar nicht bestätigt waren. Der Magistrat wurde unterm 27. Januar zur Verantwortung aufgefordert, warum er sich einer ihm gar nicht gebührenden Autorität über die Anstalt des Bethauses zur Vernichtung der eingeführten Ordnung annahm, als: Vorsteher anzunehmen

und zu entlassen, die Vorschriften beim Rechnungswesen eigenmächtig zu ändern und überhaupt über die vorgeschriebenen Grenzen sich das Ansehen einer Instanz in Kirchensachen gebe. Er habe, erklärte der Magistrat 7. März, die Wahl mit Genehmigung der Bürgerschaft vorgenommen, entschuldigte das unterlassene Bestätigungsgeſuch damit, daß der Feind 1761 allen Briefwechsel bei Leibes- und Lebensstrafe untersagt hätte, auch zur Zeit beide Vorsteher auf ihrer Entlassung bestünden und bemerkte, wegen Bestellung eines Kirchenvorstehers sei wohl noch nirgends eine Grundherſchaft sowie hier angefeindet worden. Somit schlug Magistrat zu neuen Vorstehern Kaufmann Sackſe und Schneidermeister Bäckold, unter Antrag auf deren Bestätigung, vor. Allein das Ober-Conſistorium erkannte 17. März, daß das Vorschlagsrecht nicht dem Magistrat, sondern dem angeſetzten Kirchen-Collegium zuſtehe und Magistrat deſhalb ſich aller Eingriffe in deſſen Gerechtfame zu enthalten habe.

§. 35. Eine durchaus ungewöhnliche Stellung im Kirchen-Collegium erlangte der Land-Deputirte von Wagenhof auf Niederſtanowitz. Derſelbe blieb nämlich Land-Deputirter, auch, als er 1763 ſeinen Wohnſitz in Striegau in dem ſeiner Frau gehörigen Hauſe, Ring Nr. 18, nahm. Zum Deputirten-Amte hinzu erhielt er nun noch, jedenfalls 1769, das eines Kirchenvorstehers. Ja, er behielt dieſe Aemter und galt als Präſes<sup>1)</sup> des Collegiums bis an ſeinen Tod, ſelbſt ſogar, nachdem er 1774 nach Nieder-Damſdorf überſiedelt und gar nicht mehr Mitglied der Gemeinde war. Eine Stellenreſt-Mißheſſigkeit namentlich degoutirte ihn zwar ſo, daß er mittelſt eines Promemoria bei dem Kirchen-Inſpector Tiebe eröffnete, das Kirchen-Collegium möchte ſtatt ſeiner einen Andern zur Assistance choiſiren, der entweder mit mehrerer Geduld Beleidigungen erlitte, oder mehrere Autorität überkäme. Indeß achtete das Ober-Conſistorium 8. September 1775 bei ſeinem bezeugten Eifer für rathſamer, ihn bei der Kirchenvorſteherſtelle beizubehalten und gab dem Kirchen-Collegium auf, mehr Eintracht zu halten, da Einer ſoviel gelte als der Andere. Nach der Viſitation 1776 wünſchte Ober-Conf.=R. Tiebe in Schweidnitz, daß das Kirchen-Collegium, wegen Unzulänglichkeit der übrigen Mitglieder, um ein gelehrtes Mitglied vermehrt würde und brachte dazu den Proconſul Breitſprach in Vorſchlag. Das Kirchen-Collegium beſorgte jedoch, daß, wenn der Nachfolger des Syndicus Breitſprach deſſen gute Geſinnung nicht haben ſollte, es leicht in dieſelben Vorfälle gerathen könnte, von denen das Ober-Conſistorium es ſeit geraumer Zeit befreit hätte. Letzteres beſand nun 21. Auguſt 1776, daß es der Anſetzung eines neuen Vorſtehers nicht bedürfe.

§. 36. Indeß war in der ev. Bürgerschaft die Erinnerung nicht erloſchen, daß ſie einſt an der Vorſteherwahl Theil gehabt. Als daher

<sup>1)</sup> Präſes Collegii, Director der hieſigen Kirchen und Schulanſtalten, Ober-Kirchenvorſteher, Obervorſteher und Kirchen-Deputirter, wohl auch kurz: „Der gnädige Herr“, das ſind die immer wiederkehrenden Betitelungen deſ in der That ſehr verdienſten Mannes, wie ſie örtlich beliebt wurden. Die Behörden kannten nur: „Kirchen-Vorſteher“ und „Deputirter“.



das Kirchen-Collegium 5. Januar 1784 einen neuen Vorsteher zur allerhöchsten Bestätigung präsentirt hatte, lud der Magistrat die Vorsteher Bartsch und Scholz auf das Rathhaus und machte ihnen 9. Januar bekannt, daß die gegenwärtigen Schöppen und Geschworenen Namens der Communität wider die vom Kirchen-Collegium vorzunehmende Wahl eines Vorstehers protestirten, sofern sie zum Vorschlage und zur Wahl nicht zugezogen würden. Die beiden Vorgeladenen erklärten ihrem Auftrage gemäß, das allerhöchst eingesetzte Kirchen-Collegium richte sich nach den ihm ertheilten Vorschriften und werde dabei bis auf anderweite Vorschrift beruhen. Nun erfolgte: 1) 17. Januar die aus juristischer Feder geflossene Protestbeschwerde der Schöppen, Geschworenen und sämtlicher evangel. Communität — 63 Unterschriften stark — zum Schutz ihres Patronatsrechts und mit Antrag auf Wiederherstellung der ersten Einrichtung, gegen das bisherige Verfahren des Kirchen-Collegiums; 2) dessen Rechtfertigungsschrift vom 12. Februar; 3) die königl. Untersuchungs-Commission und 4) der Vergleich vom 24. Mai 1784. Derselbe lautete:

- „1. Es sollen, wie bei Errichtung des Kirchensystems, Vier Vorsteher sein, damit der Cassen- und Stellen-Rendant, imgleichen der Bauvorsteher, im Nothfall und bei Krankheiten vertreten werden könne.
2. Es sollen, wie ehemals, vier Deputirte dem Kirchen-Collegio beigesellet werden, welche unentgeltlich allen wichtigen Berathschlagungen und den Kirchen-Rechnungs-Abnahmen beizuhören.
3. Diese Deputirte aus der Bürgerschaft werden dergestalt gewählt, daß das Kirchen-Collegium zu jeder Wahl drei geschickte und friebliebende, auch unbescholtene Subjecta den Schöppen und Geschworenen in Vorschlag bringe, auf daß mit Zustimmung der Communität Einer daraus gewählt werde.
4. Aus diesen vier Deputirten wird, bei sich ereignender Vacanz, ein Kirchenvorsteher von dem gesammten Kirchen-Collegio, nämlich den Vorstehern, der Geistlichkeit und den Deputirten nach Mehrheit der Stimmen erwählt.“

Die Wahl der neuen Deputirten fand am 23. Juli durch die Schöppen und Geschworenen allein, nicht zugleich durch die Communität selbst statt. Beim erstmaligen Zusammentritt des neuengerichteten Kirchen-Collegiums, 2. August, protestirten die neugewählten Kirchen-Deputirten dagegen als gegen eine Vertragswidrigkeit, ließen aber für „diesmal“ die Wahlart sich gefallen. Das für künftige Fälle vorbehaltene Recht der Communität ist niemals geltend gemacht worden. Ein Mal — 27. Januar 1792 — übten selbst die Schöppen und Geschworenen es nicht allein, indem der Magistrat seine Stimmen mit den ihrigen vereinigte, ohne daß er einen Anlaß dazu gehabt, oder sie widersprochen hätten. Nach der letztbekannten Wahl durch die geschworenen Zunft-Aeltesten 1805 versagen die Nachrichten, gerade in der Zeit, in welche die Städte-Ordnung fiel. Nur das Ministerial-Rescript vom 24. Januar 1810, wonach Kirchenvorsteher von den Superintendenten vereidet werden mußten, wird angeführt. Wahlen haben damals stattgefunden, so gewiß 1813 und 1817. Nur ist Näheres nicht bekannt.

§. 37. Die Kirchencollegiums-Sache erhielt merklich eine stadt-communale Wendung. Im Jahr 1819, beim Ableben des Cassenrendanten Solbrig, nahm eine magistratualische Commission in Gegenwart des Kirchenvorstehers Mäntler — 16. Januar — die Kirchencapitals-



Instrumente und kirchlichen Papiere an sich. Am 21. Januar wurde in der Wohnung des Verstorbenen von sämmtlichen Mitgliedern des Magistrats und von dem ev. Stadtverordneten-Vorsteher Fädel der neue Cassenrendant in der Person des Kirchenvorstehers Mäntler gewählt. Ein mißverständlicher Passus im Visitations-Protokoll vom 6. October 1816 wurde von den ev. Stadtverordneten und dem Magistrat 5/6. Februar 1819 zu dem Anspruch benutzt, das Kirchen-Collegium hätte nicht nur die Deputirten, sondern auch die Vorsteher zur Wahl zu präsentiren. Die berichtigende Erklärung des Visitations-Protokolls seitens des Kirchen-Collegiums vom 10. Februar sah der Magistrat für willkürliche Auslegung an und beauftragte die Entscheidung der Regierung zu Reichenbach, welche 1. März nach der älteren Observanz verfügte, das Recht, ascendiren zu lassen und nur die Deputirten vorzuschlagen, müsse dem Kirchen-Collegium verbleiben. Daß die ehemalige Vierzahl der Deputirten ins Vergeffen gerathen, zeigt die Kirchenmatrikel vom 29. September 1825, welche, wenn auch höheren Orts nicht bestätigt, doch von Magistrat, Kirchen-Collegium und ev. Stadtverordneten vollzogen war. Dieselbe gab nur 2 Deputirte und die aus den vorgeschlagenen Personen zu treffende Wahl derselben durch Magistrat — auch eine Neuerung — und evang. Stadtverordnete als Ortsordnung an. Schon ausgeprägt zeigte sich das communalantliche Bewußtsein in dem Entlassungsgesuch des Kirchen-Deputirten K a m i z vom 10. Juni 1844, welches geradezu mit Berufung auf §. 198 der Städte-Ordnung an den Magistrat gerichtet wurde, der es jedoch, da kein rein städtisches Amt vorliege, an das Kirchen-Collegium wies.

§. 38. Im selben Jahre 1844 sollte das Kirchen-Collegium auf communalen Fuß gebracht werden, wobei ein Restausfall zum Anhalt biente. Die evangel. Stadtverordneten eröffneten 18. April dem Magistrat, wie folgt: „Da uns die zeitherigen Vertreter, 2 Deputirte, nicht mehr genügend erscheinen, so haben wir beschlossen, daß noch 4 dazu gewählt werden sollen, um dann 6 Deputirte bei unserem Kirchen-Collegium zu besitzen. Von diesen 6 Deputirten soll jedoch jährlich  $\frac{1}{3}$  ausscheiden und durch 2 neuzuwählende ergänzt werden. Die frühere Bestimmung — vom 6. October 1816 — hat zwar festgesetzt“ u. s. w., wie oben berichtet. „Diese Bestimmung wollen wir jedoch hiermit aufgehoben wissen, indem wir eine freie und unbeschränkte Wahl zu erhalten wünschen und es soll in Zukunft das ev. Kirchen-Collegium, der Magistrat und die ev. Stadtverordneten in Gemeinschaft den Wahlact in Ausführung bringen“. Das Kirchen-Collegium erklärte 5. Juni, die völlige Umformung der sanctionirten kirchlichen Verfassung auf den vagen Ausdruck hin, daß dafür in der Kirchengemeinde ein Wunsch laut geworden, hinderten die Würde kirchlicher Aemter, die Rechte der vereideten Kirchenvorsteher und die Ehre der dormaligen Deputirten. Es wäre die Unterschrift nicht einzelner Corporationen oder Vorsteherchaften, welche im Grunde gemischten Bekenntnisses wären und die Kirchengemeinde nicht vertreten könnten, sondern der ganzen evang. Communität oder doch der überwiegenden Mehrheit nachzuweisen gewesen.

Man verlange detaillirte Begründung der begehrten Aenderung, der Verächtlichung, sowie der künftigen Bevormundung und genaue Angabe über Rechte und Pflichten der in Aussicht genommenen Deputirten. Diese würden Zeugen sein über die Rechtllichkeit der Verwaltung, für die Schutzlosigkeit der Kirche und für die Ungerechtigkeit einer Kirchgemeinde, die bei Niederschlagung eines Restausfalles gewaltsame Umgestaltung einer 100 jährigen kirchlichen Verfassung zu wünschen den Muth hat, während sie sich nicht schent, ihren Verpflichtungen, welchen jede kleine Dorfgemeinde genügt, nicht nachzukommen und die Baulichkeit ihrer Schulhäuser, so wie die Salairirung der nicht kirchlichen Lehrer nicht zu übernehmen.<sup>1)</sup> Hier wäre ein Ersparniß für das Kirchenärar möglich, welches in einem Jahr einen 20 jährigen Restausfall deckte. Somit werde gegen jede Aenderung des recipirten Wahlmodus protestirt. Der Magistrat enthielt den ev. Stadtverordneten 17. Juli nicht vor, er wisse recht wohl, daß die Herren Stadtverordneten die Kirchengemeinde nicht vertreten, allein er habe dieselben als Organ der Gemeinde auch in Kirchen-Angelegenheiten gelten lassen. Hierauf wiesen 24. October die Stadtverordneten alle evang. Kirchen-Angelegenheiten bis zur Regierungs-Entscheidung zurück. Dagegen, daß das Kirchen-Collegium ihnen die Competenz bestreite und der Magistrat dem schein Folge geben zu wollen, machten sie auf Grund von §. 568 und 569, Tit. 11, Th. II A. L. R. das Patronatsrecht der Kirchengemeinde geltend, dessen Ausübung diese auf die städtischen Behörden übertragen (? s. §. 60, 3) hätte. Dieselben seien also nach §. 572 und 573 l. c. die effectiven Inhaber des Patronats. Noch wurden angezogen §. 179 der Städte-Ordnung, Ministerial-Rescripte vom 21. April 1809, 25. Juni 1811, 31. März 1821, 15. December 1823, Cabinets-Ordre vom 7. November 1811 und Gesetz vom 14. April 1832, wonach die fragliche Angelegenheit in den städtischen Verwaltungsbereich zu ziehen nicht nur zulässig, sondern geboten sei. Es habe daher nicht geringe Befremdung bei den Stadtverordneten hervorgerufen, vom Kirchen-Collegium als nichts geltend bezeichnet zu werden. Wenn sie jetzt nicht Repräsentanten der kirchlichen Communität seien, hätten sie auch bei Einziehung von Orgelbangelbern und Stellgeldresten nicht als solche betrachtet und benutzt werden können. Es trat eine Wendung in der Sache ein. Der Magistrat fand nämlich 1845 eine simple Abschrift des Vergleichs vom 24. Mai 1784 auf. S. §. 36. Nunmehr beruhigte auf die Anfrage der Stadtverordneten vom 12. April 1845 der Magistrat dieselben, er würde die ihm verfassungsmäßig und gesetzlich zustehenden Rechte als Patronatsbehörde durch das Kirchen-Collegium in keiner Weise kürzen lassen. Dieses selbst befragte er in der Absicht, die Streitfrage im Wege der Güte ohne höhere Entscheidung beizulegen, ob es, da über die in neuerer Zeit vorfindliche Abweichung von der Vierzahl der städtischen Kirchen-Deputirten nichts feststehe, mit 4 Deputirten nach dem 1784er Vergleich einverstanden wäre. Das Kirchen-Collegium besaß denselben sammt der Approbation

<sup>1)</sup> §. 61. — Näheres in der Schulchronik.



und Confirmation durch die Ober=Amts=Regierung vom 17. Juni 1784 im Original, aber, ohne es zu wissen. Es stützte sich daher auf die Kirchenmatrikel und behauptete fälschlich, was es vier Wochen später berichtigte, dieselbe sei bestätigt. Die wohlwollende Vermittelung des Magistrats zwischen den Stadtverordneten, welche die Wahl verweigerten und dem Kirchen=Collegium, welches — 11. 22. August — nicht nachgab, blieb erfolglos. Superintendent Thilo brachte die Sache — 28. August — vor die Regierung. Diese, zunächst — 12. September — den städtischen Wünschen abgeneigt, verfügte auf den erfordernten magistratualischen Bericht vom 10. October, nebst Abschrift des 1784er Vergleichs, endlich unterm 11. December die Vermehrung der Kirchen=Deputirten von 2 auf 4. Bemerkt sei, daß schon 1842 die Benennung „Patronats=Deputirter“ zum Vorschein kam, dann, daß zu Kirchen=Deputirten nur Bürger zugelassen wurden, so daß man gemäß Verhandlung des Magistrats und der Stadtverordneten am 20. Januar 1846 vom Kirchen=Collegium für den mit vorgeschlagenen Kämmerer Mausolff,<sup>2)</sup> da er nicht Bürger sei, was er nach der Matrikel sein müsse, eine Ersatzpräsentation verlangte, ferner, daß bei derselben Verhandlung Protest gegen das Stimmrecht derjenigen Magistrats=Mitglieder eingelegt wurde, welche zugleich im Kirchen=Collegium saßen. Da diese observanzmäßig immer<sup>3)</sup> mitgewählt hatten, weigerten sie sich, von ihrem Rechte abzugehen. Die angerufene Entscheidung der Regierung fiel 30. April lediglich zu Gunsten der Observanz aus. So erfolgte denn endlich 16. Mai 1846 die Wahl 3 neuer Kirchen=Deputirten.

§. 39. Da die Lösung der Patronatsfrage, welche sich ein Comité bürgerlicher Männer (§. 65) zur Aufgabe gemacht hatte, noch schwebte, ballotirten bei der Deputirtenwahl 17. Mai 1856 die Stadtverordneten nur mit dem Vermerk, daß sie durch die Betheiligung an der Wahl sich nicht zu präjudiciren glaukten, und von den Gewählten gab 24. Mai Kaufmann Opitz die Erklärung ab, daß die auf ihn gefallene Wahl zum Kirchen=Patronats=Deputirten nur bis zu Austrag der Patronatsfrage gültig sein könne. Dieselbe blieb in der Schwebe und die Wahl 1857 konnte nicht erfolgen, weil die Stadtverordneten 20. November ihre Mitwirkung versagten. Das Consistorium ließ nun das Kirchen=Collegium mit dem Magistrat in Verbindung treten. Dieser lehnte aber 18. Mai 1858 principaliter, so lange die Patronatsfrage nicht entschieden sei, seine Mitwirkung zur Wahl sogenannter Patronats=Deputirten ab und drang eventualiter darauf, der Stadtverordneten=Versammlung in ihrer Gesamtheit eine Mitwirkung zu übertragen, da der Begriff der evangelischen Stadtverordneten im Gesetz nirgends begründet sei, welch' Letzteres zwar vollkommen richtig war, nicht aber die daraus gezogene Folgerung in hiesiger Verfassung begründet. Es war so weit, daß vom evang. Communal=

<sup>2)</sup> Nämlich erging es bei der Pastirwahl 1791 dem Feuerbürgermeister Kothé, der als Nichtbürger nicht Beisitzer sein durfte.

<sup>3)</sup> Nämlich, seit die Neuerung entgegen dem Vergleich von 1784, aufgetreten, was jedenfalls erst nach 1810 geschehen sein wird.



Beamten die Nichtbetheiligung katholischer Stadtverordneten an der Wahl als eine Kränkung für dieselben vor der Behörde dargestellt wurde. Die kath. Stadtverordneten hatten indeß nicht das Recht mitzuwählen, wie in der Verhandlung der Stadtverordneten vom 5. Februar 1819 selber ausdrücklich festgesetzt war. Der Magistrat ging von der Ansicht aus, daß den Patronats-Deputirten der Patron zu wählen habe, d. i. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in ihrer Totalität, wenn die politische Stadtgemeinde Patron sei. Hierauf erfolgte: 1) 20. August die Verhandlung des Consistorial-Commissars Dr. Schneider mit dem Kirchen-Collegium einer und dem autorisirten Magistrats-Repräsentanten, commissarischen Bürgermeister von Uechtritz, in Assistenz des eben abgegangenen Bürgermeisters Fischer, andererseits; 2) das Resolut des Consistoriums vom 25. August, welches die Wahl der vorgeschlagenen Deputirten von Magistrat und evangelischen Stadtverordneten auf sämtliche stimmberechtigte städtische Mitglieder der Kirchengemeinde übertrug; 3) 2. December der hiegegen an das Königl. Ministerium gerichtete Refurs des Magistrats, der zwar einräumte, daß die evangelischen Stadtverordneten nicht juristische Person, nicht Vertreter der Stadtgemeinde, nicht eine Behörde seien, aber da er dies sei, beantragte, ihm die Wahl-Theilnahme zu verstatten; 4) das Resolut des Evangelischen Ober-Kirchenraths zu Berlin vom 10. Juni 1859. Dasselbe lautete im Wesentlichen dahin:

1) Daß das bisherige Wahlverfahren, abgesehen von dem ununterbrochen gleichmäßigen Hergange, in den davon berührten Kreisen als rechtlich hergebracht angesehen worden sei. Hierfür spreche das Visitations-Protokoll vom 6. October 1816, das Regierungs-Rescript vom 1. März 1819, das Superintendentur-Schreiben vom 20. Juli 1858, der auf die Observanzmäßigkeit sich stützende Antrag des Kirchen-Collegiums vom 8. November 1857. Dieses<sup>1)</sup> sei im Termin am 20. August 1858, ohne Bestreitung der Thatfachen, mit einer Anfechtung der Observanz herorgetreten.

2) Es komme nicht darauf an, daß der Magistrat in Vereinigung mit den Stadtverordneten evangelischer Confession die Eigenschaft einer juristischen Person oder einer Behörde habe, wenn der Wahlkörper nur sonst die zur Vollziehung seines Zweckes genügenden Elemente in sich vereinige.

3) Eben so wenig belangreich sei es, daß der Magistrat und ein confessioneller Theil der Stadtverordneten-Versammlung eine Repräsentation der Stadtgemeinde nicht bilde und deshalb angenommen werde, daß der Magistrat und der ev. Theil der Stadtverordneten ein Recht auf die in Rede stehende Wahlbetheiligung nicht hätten erwerben können. Der Besitz eines solchen Rechtes gehöre nicht zu den Erfordernissen der Local-Kirchenverfassung der evangelischen Gemeinde zu Striegau, der Mangel einer derartigen Befugniß der Stadtgemeinde verhin-dre also nicht, daß inner-

<sup>1)</sup> Wohl eigentlich der Commissar.

halb der kirchlichen Sphäre der hergebrachte Wahlmodus fortgesetzt werde.

4) Rücksichtlich der Erinnerung, daß die bezügliche Wahlvereinigung des Magistrats und der evangelischen Stadtverordneten unmorganisch, und der kirchlichen Ordnung und der Verfassung widerstreite, liege gegenwärtig nicht die Frage vor, ob das besagte Wahlverfahren als das Ergebnis einer in jeder Beziehung den kirchlichen Rücksichten entsprechenden Entwicklung anzuerkennen sei. Es handle sich blos darum, ob dasselbe einen solchen Widerspruch mit kirchlichen Grundsätzen in sich hege, welcher das rechtliche Bestehen ausschliesse. Dies sei zu verneinen, da die Wahl nur innerhalb der Vorschläge des lediglich aus evangelischen Mitgliedern zusammengesetzten Kirchen-Collegiums zu treffen sei und mit dem Grundsatz, welcher die Unterscheidung der kirchlichen und bürgerlichen Sphäre gebietet, nicht schlechthin unverträglich erscheine.

5) Die §§. 35 und 36 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 blieben ohne Einfluß, da die Stadtverordneten-Versammlung an den Wahlen zum Kirchen-Collegium nicht Theil nehme, und in §. 56 liege keine Beantwortung der Frage, ob die kirchliche Verfassung dem Magistrat die Theilnahme an der Wahl ferner gestatte. Es genüge, daß diese Theilnahme nicht untersagt sei.

6) Dagegen könne die Ergänzung des Kirchen-Collegiums bis zur Erlebigung der Meinungs-Verschiedenheit über den Kirchenpatronat nicht verschoben werden, da der Mangel dieser Erlebigung die Vornahme der Wahl nicht hindere und das Kirchen-Collegium nicht auf unbestimmte Zeit einer Hemmung ausgesetzt sei. — Das Consistorial-Resolut wurde schließlich dahin abgeändert, daß die Auswahl unter den von dem Kirchen-Collegium zu bezeichnenden 3 Candidaten für die Stelle eines in dasselbe aufzunehmenden städtischen Deputirten von dem Magistrat in Verbindung mit den evangelischen Stadtverordneten zu treffen sei.

§. 40. Das oberkirchenrätliche Resolut genügte dem Magistrat und den Stadtverordneten nicht, weil auf die Patronatsfrage nicht eingegangen war, dem Kirchen-Collegium nicht, weil die communal-kirchliche Mischverwaltung blieb. Letzteres glaubte, durch eine für den 5. August 1859 veranstaltete gemeinsame Besprechung aller drei körperschaftlichen Theile der Sache förderlich zu werden. Es wünschte 1) die Beseitigung der communalen Benennungen „Magistrat“ und „Stadtverordnete“ für die Wähler der Deputirten, dagegen den Zusammentritt der wählenden Mitglieder beider Körperschaften zu einem bloß kirchlichen Wahlkörper, 2) die Ausübung der Wahl nicht durch alle, sondern nur die evangelischen Mitglieder des Magistrats, 3) das Ruhen der Stimmen derjenigen Magistratualen und Stadtverordneten, welche zugleich Mitglieder des Kirchen-Collegiums seien. Die beiden ersten Punkte fanden zwar die Zustimmung sämmtlicher anwesenden Stadtverordneten, von den 5 anwesenden Magistratualen aber nur die eines einzigen; der dritte Punkt, den übrigens das Kirchen-Collegium nicht um seines Vortheils, sondern um der möglichsten Klärung der Sache willen aufgestellt hatte, wurde allerseits abgelehnt.



Vorgenannte 3 Wünsche bildete das Kirchen-Collegium zu Anträgen um und brachte sie bei dem Magistrat mittelst des Promemoria vom 9. August ein, in welchem, auf Grund aller Urkunden des Pfarrarchivs, von 1741 an, der genaue Beweis erbracht war, daß das dem dormaligen Magistrat oberkirchenrätlich zuerkannte unterschiedslose Wahlrecht nicht einmal dem ehedem durchweg evang. Magistrat zugestanden, sondern nachträglich, und dem Vergleich von 1784 (§. 36) zuwider sich eingeschlichen habe. Der Magistrat ließ durch Bürgermeister Nauthe von den angezogenen pfarrarchivalischen Urkunden Einsicht nehmen und erklärte nach wiederholten Berathungen 3. Januar 1860, wie er fast mit unzweifelhafter Gewißheit die Ueberzeugung gewonnen, daß das Patronat über die Kirche der evang. Bürgerschaft zustehe und der spätere Rechtszustand sich nur gebildet habe, indem die Uebung des ursprünglichen Rechtes unterlassen worden sei. Die factischen Zustände ließen sich nicht ändern und die Entscheidung der obersten Instanz müsse befolgt werden. Er werde die Kirchen-Deputirten mit einer Instruction versehen. Die Benennungen „Magistrat“ und „evangelische Stadtverordnete“ könne er des Resoluts wegen nicht wegfällen lassen, werde aber die Kirchen-Deputirten nicht als Behörde der politischen Stadtgemeinde, sondern als gesetlicher Vertreter der evang. Bürgerschaft wählen. Auch sei er einverstanden, daß nur die evang. Magistrats-Mitglieder mitzuwirken hätten. Der dritte Antrag, betreffs der ruhenden Stimmen, müsse als unbegreiflich und dem eigenen Interesse des Kirchen-Collegiums zuwider zurückgewiesen werden.

§. 41. Das Kirchen-Collegium erkannte sehr wohl das magistratualische Entgegenkommen, wünschte aber doch eine gründliche, allseitige Klärung der hiesigen Kirchenverhältnisse durchzuführen. Es reichte daher 6. März 1860 bei dem Evangelischen Ober-Kirchenrath gegen dessen Resolut eine Remonstration ein, unter Beilage des Promemoria an den Magistrat und der Rückklärung desselben. Die Remonstration wies nach, wie das fragliche Verfahren bei Deputirten-Wahlen als rechtlich hergebracht zwar lange Zeit angesehen und in den angeführten Actenstücken als verfassungsmäßig vorausgesetzt worden, gleichwohl nicht rechtlich und verfassungsmäßig gewesen sei, weil in dem Vergleich vom 24. Mai 1784 von einem Wahlrecht des Magistrats nichts gesagt sei, der Magistrat mit Ausnahme von 1792 auch niemals mitgewählt habe, daß aber die seit 1819 <sup>1)</sup> nachweislich von ihm mitausgeübt und bis 1856 fortgesetzte Wahlneuerung nach §. 632 Tit. 9 Th. I A. R. R. eine Verjährung des Rechtes der Kirche nicht begründe. Zudem sei confessionell der Magistrat nicht mehr der des vorigen Jahrhunderts, das dankenswerthe Zugeständniß des Magistrats vom 3. Januar aber durch die beabsichtigte Instructions-Ertheilung wieder eingeschränkt. Somit werde beantragt, die Deputirtenwähler mit Beseitigung der communalen Benennungen zu einer evang. Gemeinde-Vertretertschaft zu erheben, oder doch dem mit dem Magistrat erzielten Vergleich die Rechtsbeständigkeit zu verleihen.

<sup>1)</sup> Nach der Kenntniß d. J. 1860.



## Gemeinde-Kirchenrath.

§. 42. Nunmehr ordnete der Ober-Kirchenrath, mit Bezug auf die erbrachten neuen Aufklärungen einer- und die magistratualischen Zugeständnisse andererseits, 7. Mai 1860, die Aufstellung eines ganz neuen Gemeindestatuts (§. 30) an und zwar zugleich im Anschluß an den allerhöchsten Erlaß vom 27. Februar 1860, demzufolge aus dem Kirchen-Collegium der Gemeinde-Kirchenrath hervorging, wie im §. 29 schon angegeben. Hier sei noch Folgendes bemerkt. Es blieb: die Zahl der Mitglieder des Kirchen-Collegiums, der vom Gemeinde-Kirchenrath zu machende Vorschlag von 3 Candidaten für jeden zu wählenden Deputirten und die Berufung der Kirchenvorsteher aus den Deputirten durch Wahl des Kirchenraths. Neu war: die Theilnahme an innern Kirchen-Angelegenheiten, die Wahl nach Ständen (Bürgerschaft, Dominien, Landgemeinden), der Wegfall jeder communalen Mitwirkung, die Gleichstellung der ländlichen mit den städtischen Deputirten, die Abgrenzung der von den Vorstehern, der von den Deputirten und der von beiden gemeinschaftlich auszuübenden Befugnisse.

Als 1863 der neue Gemeinde-Kirchenrath bestellt werden sollte, ersuchten 22 Bürger mittelst Schreibens vom 2. Juni (§. 31) die Mitglieder des alten Kirchen-Collegiums, ihre Aemter niederzulegen und eine uneingeschränkte Wahl möglich zu machen. Nur 1 Vorsteher, 1 städtischer und 1 Land-Deputirter gingen in den Gemeinde-Kirchenrath über. Die Wahl von 3 Kirchen-Vorstehern, 3 städtischen Kirchen-Deputirten und 1 Rustical-Kirchen-Deputirten erfolgte am 16. August 1863 durch beziehentlich 28 städtische und 6 ländliche Wähler. Bei Bestätigung der Gewählten — 2. September — rügte das Consistorium, daß mehr als 4 Deputirte gewählt worden seien; der Kirchenvorstand hätte zunächst ergänzt werden, dann die abermalige Vervollständigung der Deputirten vor sich gehen sollen. Unbegründet sei auch die Annahme, daß der Kirchenvorstand nothwendig aus den städtischen Deputirten ergänzt werden müsse. Die öffentliche Einführung und Verpflichtung des Gemeinde-Kirchenraths vollzog Pastor prim. Bäck Sonntag, 20. September; die erste Sitzung fand 28. September, die Uebergabe der Aemter 9. November 1863 statt. Bei den Deputirten-Wahlen am 24. Juni und 29. Juli 1866, wie am 21. Februar und 25. April 1869 waren beziehentlich 33, 12, 10 und 9 Wählende, einschließlich des Wahlvorstandes, erschienen.

## Neuer Gemeinde-Kirchenrath und Gemeinde-Vertretung.

§. 43. Der erste Gemeinde-Kirchenrath hatte nach 10 jähriger Wirksamkeit zurückzutreten. Behufs Durchführung der Kirchengemeinde-Ordnung vom 10. September und gemäß der Instruction vom 31. October 1873 mußte ein neuer Gemeinde-Kirchenrath und eine Gemeinde-Vertretung gebildet werden. Dabei griff ein Vorschlag der zu Wählenden, eine Wahl der verschiedenen Gemeinde-Stände in sich, auch eine Scheidung in Vorsteher und Deputirte nicht mehr Platz.

Vielmehr hatte die Gemeinde von Stadt und Land, ohne Unterschied, so wohl die Gemeinde-Altesten, als die Gemeinde-Vertreter frei zu wählen. Während der abtretende Gemeinde-Kirchenrath amtlich die Wahl einleitete, durch Vorverhandlungen mit dem Consistorium, durch Kanzel-, Kreis- und Stadtblatt-Bekanntmachungen, durch Besprechung am 27. December 1873 in der Kirche mit der Gesamtgemeinde, wobei diese vorläufig — abschließlich 4. Januar 1874 — bestimmte, es sollten, vorbehaltlich künftiger anderweiter Feststellung, von den 10 Altesten 8 aus der Stadt, 2 vom Lande und von den 30 Gemeinde-Vertretern 18 aus der Stadt, 12 vom Lande sein, ferner durch Vorbefprechung — 28. December — in der Kirche mit der evang. Bürgerschaft, um diese über die ihr obliegende Wahl des 1 Altesten von Patronats wegen zu verständigen, endlich durch die Besprechung am 29. December in der Sacristei mit frei erschienenen Vertrauensmännern aus den Landgemeinden, wie dies seitens der Dorffschaften am 27. December gefordert worden war: wirkten außeramtlich Versammlungen im „deutschen Hause“ am 23. November, 26. December 1873 und 2. Januar 1874, welche durch Aufruf des Kreisgerichtsraths Goldstein, Bürgermeisters Linde, Arztes Dr. Haberling vom 18. November 1873 veranlaßt, und von dem ernannten Comité für die kirchliche Wahl abgehalten worden, endlich gedruckte Wahlzettel eines Bürgers und andere des Comité's mit. Ziel die Wahl nicht ganz im Sinne des Comité's aus, so wäre es doch un wahr zu sagen, sie sei im Sinne der Orthodorie ausgefallen. Die Comité-Wahlzettel, welche Namen ländlicher Gemeinde-Vertreter nicht enthielten und die vollständigen Wahlzettel des erwähnten Bürgers stimmten rücksichtlich der städtischen Vertreter bei 8 Namen überein und wichen bei 10 Namen von einander ab. Betreffend die Namen der 9 zur Wahl empfohlenen Altesten zeigte sich in 5 Fällen Uebereinstimmung, in 4 Fällen Abweichung. Von den vorhandenen 6 Mitgliedern des scheidenden Gemeinde-Kirchenraths wurden wieder gewählt zu Altesten 2 und zu Vertretern auch 2. Die Neuwahl von 9 Altesten und 30 Vertretern erfolgte am 4. Januar 1874. Sie ergab, daß von 280 städtischen Wahlberechtigten 175 Wähler, von 311 ländlichen Wahlberechtigten 213 Wähler, zusammen von 591 in die Wählerliste Eingetragenen 388 Wähler gestimmt hatten. Die Stimmenmehrheit für die Altesten bewegte sich zwischen 383 und 357, für die Vertreter zwischen 369 und 358. Die 3483 gültigen Stimmen für die Altesten hatten sich auf 26 städtische und 5 ländliche, die 11,472 gültigen Stimmen für die Vertreter sich auf 69 städtische und 26 ländliche Wahlsfähige vertheilt. Die Einführung und Verpflichtung der 8 Altesten, welche die Wahl angenommen hatten, fand Sonntag, 25. Januar 1874, durch Superintendent Bäck, die erste Sitzung des neuen Gemeinde-Kirchenraths am 30. Januar statt. Die Ersatzwahl für Kaufmann E. G. Ditz, welcher abgelehnt hatte, wurde nach Weisung des Consistoriums auf den 22. Februar anberaumt. Bei derselben fielen von 37 städtischen Stimmen 20, von 82 ländlichen Stimmen 74, zusammen von 119 Stimmen 94 auf Sanitätsrath Dr. Holz.

§. 44. Die Lebhaftigkeiten, welche bei der oben beschriebenen Haupt-



wahl bemerkt worden, bestimmten den abgehenden Gemeinde-Kirchenrath wesentlich, die Wahl des 1. Aeltesten von Patronats wegen lediglich der ev. Bürgerschaft selbst anheimzustellen. Dieselbe trat jedoch nicht zusammen. Statt ihrer that, diese Wahl betreffend, der Stadt-Magistrat unter Vorantritt des Bürgermeisters Linde am 22. Januar bei dem Consistorium Anfrage und erhielt unterm 26. Januar 1874 — ohne, daß der Gemeinde-Kirchenrath gehört worden, — zum Bescheide, das Wahlverfahren regle sich nach den für die Vornahme von Communalwahlen gegebenen Vorschriften. Der Magistrat stellte die Rolle der ev. Bürger — 523 Nummern — auf, die Stadtverordneten-Versammlung hatte über Einwendungen gegen dieselbe laut 3 maliger Stadtblatt-Bekanntmachung zu beschließen und ernannte den Wahlvorstand. Die Wahl — 22. April — fiel bei 21 Wählern mit Mehrheit von 13 Stimmen auf Bürgermeister Linde. Welches Inhalts die von ihm entworfene Anfrage vom 22. Januar gewesen, ist nicht bekannt. Seiner eigenen Aussage nach hatte er, bei seinem erst 9 monatlichen Aufenthalt hier, noch nicht Zeit gehabt, die hiesigen Kirchenverhältnisse actenmäßig kennen zu lernen, hielt aber Anfangs dafür, er als Bürgermeister sei Repräsentant der Patronats-Bürgerschaft.<sup>1)</sup> Jedensfalls indeß war bei der Wahlleitung, der kirchlichen Ortsverfassung nicht entsprechend, die ev. Bürgerschaft, die Inhaberin des Kirchenpatronats, aufgefaßt nicht als eine kirchliche Communität, die sie ist, sondern als eine communale Körperschaft, die sie nicht ist. Da hiermit die Aussicht eröffnet war, es möchten die kirchlichen Angelegenheiten nicht nur in den früheren, ungeklärten Zustand zurück, sondern unter denselben herabgebracht werden, griff der neue Gemeinde-Kirchenrath 12. März 1874, auf Grund von §. 3 des Statuts, wie der einschlägigen Acten, einstimmig zum Recurs bei dem k. Consistorium und beantragte, es solle für jetzt mindestens Nichtevangelischen und namentlich der Stadtverordneten-Versammlung als solcher keine Mitwirkung bei Vorbereitung der Wahl einräumen, für künftig aber einen patronatischen Wahlvorstand aus der ev. Bürgerschaft sich bilden lassen. Der Consistorialbescheid vom 11. April ging auf den Antrag nicht ein. „Die Mitwirkung der Stadtverordneten-Versammlung beziehe sich lediglich auf die Feststellung der Liste der stimmberechtigten Bürger, habe aber mit dem Wahlverfahren selbst nichts zu thun. Unzweifelhaft stehe fest, daß die Wahl von der evang. Bürgerschaft vorzunehmen sei und nur das formelle Verfahren dabei in Frage stehe. Eine Schädigung der kirchgemeindlichen Interessen könne dabei um so weniger obwalten, als deren Gerechtsame in der Wahl der übrigen Aeltesten ihren Ausdruck gefunden hätten, während die Ernennung des Patronats-Aeltesten lediglich eine der evang. Bürgerschaft zustehende Patronatsbefugniß involvire, bezüglich deren die Mitwirkung derjenigen Organe nicht ausgeschlossen werden könne, welchen die Feststellung der communalen Stimmberechtigung nach der Städte-Ordnung übertragen sei.“ Der Gemeinde-Kirchenrath

<sup>1)</sup> Daher die Einzeichnung „qua Patron“.



beschloß am 23. April hiegegen Recurs bei dem Evangelischen Oberkirchenrath einzulegen. Verzögerungshalber erfolgte die Recursvorstellung erst unterm 25. November 1875. Dieselbe stützte sich darauf: daß 1) die hiesige Kirchenverfassung einmal nichts von einer bloßen Bürgerschaft, sondern nur von einer evangelischen Bürgerschaft wisse, wobei das Wort „Bürgerschaft“ selbstverständlich nicht den Begriff eines communalen Rechts-Subjectes bezeichnen könne, vielmehr nur die gelegentliche Benennungsform sei für die Gesamtheit der Bürger evangelischen Glaubens, welche die Bethaus-Concession 1741 nachgesucht und erhalten hätten; daß 2) die Städte-Ordnung ihrerseits, wohl die neuere Gesetzgebung überhaupt, den Begriff Bürgerschaft, vollends den einer ev. Bürgerschaft gar nicht kenne, vielmehr dieser Begriff erst nach §. 5 der Städte-Ordnung abstrahirt werden müsse, als die Composition derjenigen Stadtbewohner evangelischen Bekenntnisses, welche den dort aufgeführten Wahl-Kategorien zufallen; daß 3) nach §. 35 der Städte-Ordnung die Bethätigung der Stadtverordneten bei andern als communalen Angelegenheiten jedenfalls ungesetzlich, somit unzulässig sei, während den dazu besonders ertheilten Auftrag der Gemeinde-Kirchenrath ins Künftige eben abgestellt sehen wolle; daß 4) nach Analogie des Erlasses des Departements für den Cultus und den öffentlichen Unterricht im Ministerio des Innern vom 28. Januar 1811 scheine verfahren werden zu müssen — S. den Wortlaut §. 60 Nr. 11 am Ende; — daß 5) das Resolut des ev. Oberkirchenraths vom 10. Juni 1859 auf die Recurs-Vorstellung des hiesigen Magistrats vom 2. December 1858. — S. oben §. 39, — wenn schon damals ein etwas anderer Gegenstand vorlag, bei Passus 4 und 5 erkennen ließe, die höchste Kirchenbehörde werde einer Einwirkung nichtevangelischer Communal-Elemente auf rein evang. Gemeindefachen keinen Zugang gestatten. Das Gesuch schloß mit dem Antrag auf Abänderung des Consistorial-Bescheides vom 11. April 1874, sowie auf eine dahin gehende Anordnung, daß die Wahl des Ältesten von Patronats wegen nicht von den confessionell gemischten Communal-Behörden, sondern von einem durch die patronatische evang. Bürgerschaft eigends bestellten Organe geleitet werde. Die oberkirchenräthliche Entscheidung hierauf vom 8. März 1876, ging auf keinen der vorerwähnten Gründe ein, widerlegte auch keinen, sondern erklärte einfach, das Statut vom 12. October 1860 gebe keinen Anhalt, daß zur Ausübung der darin der evang. Bürgerschaft zugeschriebenen Patronats-, insbesondere patronatischen Wahlrechte ein leitendes Organ durch besondere Wahl der evang. Bürgerschaft geschaffen<sup>2)</sup> werde; es sei daher für jetzt nur dem Kgl. Consistorium darin beizupflichten, daß es mit der Bestellung des die Wahl eines Patronats-Ältesten leitenden Organes in der bisher üblichen<sup>3)</sup> Weise gehalten

<sup>2)</sup> Weil die Statut-Errichter 1860 noch nicht wissen konnten, was das 1873er Gesetz bedingen würde, soll die durch letzteres erforderlich gewordene Modification unangänglich sein?

<sup>3)</sup> Ueblichkeit setzt eine Mehrheit von Wahlfällen voraus. Hier ist vor dem bis jetzt einzigen der Einspruch erhoben worden.

werden müsse, im Uebrigen sei das gedachte Statut in einem wesentlichen Theile, nämlich soweit es die innere Verfassung der Patronats-Gemeinde betrifft, durch die Vorschriften der Kirchengemeinde-Ordnung und des Gesetzes vom 25. Mai 1874 bereits unhaltbar<sup>1)</sup> geworden, und könne nur empfohlen werden, die Revision des Statuts von 1860 in's Auge zu fassen u. s. w. Der Gemeinde-Kirchenrath, von der wenig eingehenden Bescheidung nicht zufrieden gestellt, war in der Sitzung vom 16. März 1876 allseitig geneigt, Abhülfe suchend, sich an den Cultus-Minister zu wenden, setzte jedoch, behufs weiterer Informirung in der Sache, den Beschluß noch aus.

### Deputirten-Stellung.

§. 45. Nachdem vorstehend der Uebergang vom Kirchen-Collegium zum Gemeinde-Kirchenrath ohne Unterbrechung zur Darstellung gekommen, seien, nochmals auf das Kirchen-Collegium zurücksehend, einige Bemerkungen betreffs der Deputirten nachgetragen.

Anlangend die städtischen Deputirten ist nirgends eine Feststellung zu entdecken, worin eigentlich ihre Befugnisse bestanden. Aus der kurzen Zeit des ersten Bestehens von Deputirten (§. 32) 1741—42 läßt sich bloß darthun, daß sie Berufungs-Urkunden und Verträge vor den Vorstehern unterschrieben und daß das hiesige Kirchen-Collegium eine Art Nachbildung der großen Kirchen-Collegien der Friedenskirchen war. An diesen vertraten allerdings die Deputirten<sup>1)</sup> „die wichtigsten Sachen, darinnen sich die Gemeinde ihr Recht vorbehält“, bis zur Verschickung an den kaiserlichen Hof. Bei Wiederherstellung der Deputirten 1784 ist über deren Verrichtungen auch nichts weiter bekundet, als was (§. 36) Absatz 4 des damals abgeschlossenen Vertrages besagt. Da sie „Deputirte der Bürgerschaft“ heißen und „von den Schöppen und Geschworenen mit Zuziehung der Communität gewählt werden“ sollten, obschon auf Vorschlag des Kirchen-Collegiums, und obgleich in Sachen von Belang die Communität selber eingriff, so dürften sie wohl als ständige Vertreter der evang. Bürger-Communität beim Kirchen-Collegium aufzufassen sein, dessen wirkliche Mitglieder sie waren. Das Kirchen-Collegium gab 19. August 1805 dem Ober-Consistorium an, sie seien „von der Communität beauf-

<sup>1)</sup> Genau das Gegentheil, daß nämlich das hiesige Localstatut „für die Patronatsverhältnisse noch maßgebend“ sei, erklärte das Königl. Consistorium mittelst Specialverfügung vom 10. December 1873 an Superintendent Bäck. Vergl. K.-Gem.- und Synod.-Ordn. vom 10. Septbr. §. 22—24 und Instruction vom 31. October 1873 unter 34, Abs. 2, auch Nachtrags-Insfr. des Ev. Ob.-Raths vom 20. Juni 1874, Nr. 5 und 10 bis 12. — Das oben alleg. Ges. vom 25. Mai 1874 (Ges.-Smlg. S. 147) handelt in Artikel 8 nur von patronatistischen Rechten betreffs der Verwaltung des Kirchenvermögens, nicht betreffs der Wahlen. Ueberhaupt, das projectirte Patronatsgesetz, welches die Patronatsverhältnisse ändern soll, steht erst zu erwarten. S. §. 77, Schlußvermerk.

<sup>1)</sup> Goguel: Geschichtliche Denkschrift betreffend die evang. Friedenskirche u. vor Schweidnitz. Schweidnitz. 1852. S. 66.



trägt, die Patronatsrechte derselben im Kirchen-Collegium zu behaupten.“ Superintendent Thilo berichtete 28. August 1845 der Regierung in Breslau: „die Deputirten waren bisher mehr beobachtenden Verfahrens und die Organe gewesen, durch welche man in eintretenden Fällen — an die Entscheidung sämmtlicher Mitglieder des Patronats appelliren mußte“. Daß um diese Zeit die Deputirten selbst sich Patronats-Deputirte nannten, ist §. 38 und 39 erwähnt.

§. 46. Betreffend die Land-Deputirten, so waren dieselben allerdings zuerst (§. 32) „aus Achtung gegen das platte Land“ zugewählt. Ihr Amt bestand lediglich darin, daß sie, nach von Wagenhofs eigenem Bericht, — 2. August 1775 — jährlich der Abnahme der Rechnungen bewohnten. Doch wurden sie auch zur Visitation 1755 geladen, ebenso am 5. März 1754 und 17. Januar 1765 bei Auswahl der Probeprediger zugezogen. Dies war doch wohl mehr als Ehre, auch wenn die Deputirten einmal am Erscheinen behindert waren und ihre Unterschriften fehlen. Dagegen kann auf die Rechte, die von Wagenhof ausübte, kein Gewicht gelegt werden, weil er zugleich Kirchenvorsteher war. Die Beisitzung bei der Wahl 1765 (§. 71) ist zwar auffällig genug, doch durch nichts als verfassungsgemäß belegt. Das Kirchen-Collegium wählte die Land-Deputirten, präsentirte späterhin dieselben auch dem Ober-Consistorium zur Bestätigung. Sie sollten auch bei den Kirchen-Rechnungen admittirt werden, wie die Bestätigung des Vergleichs von 1784 dem Kirchen-Collegium vorschrieb, obwohl der Vergleich ihrethalben nichts besagte. Nach 1769 wurde kein zweiter Deputirter mehr gewählt, was mit der Abzweigung der Parochie Groß-Rosen zusammenhing. Als nach von Wagenhofs Tode dessen Nachfolger die Vorrechte des Doppelamtes, die man von Wagenhof, um seiner vielen Verdienste willen, nicht bestritten hatte, nicht nur weiterüben, sondern selbst Archiv, Siegel und Kassenschlüssel auf's Land übergeben haben wollte, mochte das Kirchen-Collegium nicht mehr einräumen, als was das Ehrenamt sonst mit sich gebracht hatte, und das Ober-Consistorium bewilligte 8. December 1792 dem neuen Land-Deputirten die erbetene Entlassung. Ueber 12 Jahr blieb aus Rücksichten die Stelle unbesetzt, bis auf Wünsche vom Lande das Kirchen-Collegium eine Neuwahl vollzog. Laut Verhandlung auf dem Rathhause vom 19. Mai 1805 bestritt jetzt die evang. Communität dem Kirchen-Collegium das Recht der Land-Deputirtenwahl, unter Berufung auf die Stiftungs-Urkunde vom 4. December 1741 und den Vergleich vom 24. Mai 1784, worin indeß von der Wahl der ländlichen Deputirten nichts enthalten. Das Ober-Consistorium wies die beabsichtigte Wahländerung 28. November zurück. Dennoch — man vergleiche die mehrfach communale Wendung der hiesigen Kirchenverwaltung in der Zeit des Kirchenbanes — wurde 1818 die Wahl des Dominial-Deputirten nicht vom Kirchen-Collegium allein, sondern von diesem gemeinschaftlich mit dem Magistrat vollzogen. Der Zuschlagungs-Vertrag vom 4. October 1821 setzte in §. 6 fest, daß 2 Abgeordnete vom Lande, wie ehemals, und wieder durch Wahl des Kirchen-Collegiums mit allen Rechten und Pflichten der älteren Mitglieder dem Collegium beitreten sollten. Bei



der Revision 1825 wurde am 15. September als zweiter ländlicher Abgeordneter der erwählte Rustical-Deputirte Göllicher aus Haidau durch Superintendent Scherer in das Kirchen-Collegium eingeführt. Thatsächlich ist von den Land-Deputirten bis zur Errichtung des Gemeinde-statuts 1860/63 keine Befugniß weiter ausgeübt worden, als daß sie alljährlich der Abnahme der Kirchlassen-Rechnung bewohnten.

### Verzeichniß der Kirchenvorsteher.

- S. 47. 1) 1741—61. Häußer, Joh. Casp., Kaufmann. † 6. Mai.
- 2) 1741—84. Sander, Joh. Georg., Bäckermeister. Legte nieder. Als Ehrenmitglied † 7. November 1790.
- 3) 1741—64. Müller, Gottfr., Fleischer-Oberältester. † 24. Mai.
- 4) 1741—71. Scholke, Christian., Kiemer-Oberältester. † 31. Aug.
- 5) 1742—47. Heymann, Heinr., Kaufmann. Ging ab.
- 6) 1742—47. Mäntler sen., <sup>1)</sup> Peter Immanuel, Accis-Einnehmer und Stadthauptmann. † 1. Mai 1749.
- 7) 1747—55. Krusche, Karl Christ., Dr. med., Kreis- und Stadtphysicus, Adjunct des Königl. Collegii medici in Breslau. Ging ab.
- 8) 1747—55. Walther, Joh. Jacob, Dr. med. Ging ab.
- 9) 1747. Mäntler, George Friedr., Kaufmann. Schied wieder aus.
- 10) 1761—63. Thiel, Karl Gottfr., Chirurg. Legte nieder.
- 11) 1761—63. Klose, Daniel Gottlieb, Tabakfabricant. Legte nieder.
- 12) 1763—87. Bartsch, Gottfr., Lohgerber-Oberältester. † 29. Mai.
- 13) 1763. Gerstmann, Gottlieb, Leinwandhändler. † 2. October.
- 14) 1765—93. Scholke, Christ., Seifensieder-Altester. Legte nieder.
- 15) 1769—91. von Wagenhof, Joh. Samuel, Rittergutsbesitzer. † 18. November.
- 16) 1784—87. Sander, Karl Friedr., Bäcker-Oberältester. Ging ab.
- 17) 1784—93. Kleemann, Joh. Sam., Kraftmeißfabrikant. Legte nieder.
- 18) 1787—1803. Andreaä, Adam, Gürtlermeister. † 14. Februar.
- 19) 1792—18?? Höhlmann, Joh. Christoph. Fleischer- u. Metzgermeister. † 14. Jan.
- 20) 1793—97. Krause, Joh. Christ., Lohgerber-Oberältester. Ging ab.
- 21) 1793—1819. Solbrig, Joh. Ernst, Stadtapotheker. † 14. Jan.
- 22) 1793—1817.? Thomas, Joh. Heinr., Steinfretschmer.
- 23) 1797—1804. Weber, Karl Sigism., Buchdrucker. † 15. Mai.
- 24) 1803—42. Mäntler, Joh. Heinr., Kaufmann. Legte nieder.
- 25) 1804—?? Roschwig, Georg Friedr., Seifensieder-Altester.
- 26) ?—?. Thomas, Joh. Friedr., Vorwerksbes. vor dem Zauerthor.
- 27) 1812—19. Hellge, Samuel, Posamentirer. Legte nieder.
- 28) 1812—17. Bartsch, Joh. Sam., Rothgerbermeister. Legte nieder.

<sup>1)</sup> Nicht zu verwechseln mit Kaufmann Peter Immanuel Mäntler, von dem eine Tochter an Past. Rittmeister in Hohenfriedeberg und eine an Past. Sommer in Netschau sich verheirathete.

- 29) 1817—21. Hanke, Joh. Sam., Kaufmann. Schied aus.  
 30) 1819—34. Weichert, Christian Gottlieb, Seifensiedermeister.  
 † 23. October.  
 31) 1819—38. Kamig, Karl Benj., Kaufmann. †.  
 32) 1821—32. Barthel, Karl Gottlieb, Buchbindermstr. † 1. Septb.  
 33) 1833—63. Heymann, Christ. Gottlieb, Kaufmann, Gutsbesitzer  
 und Stadt-Altefter. Legte nieder.  
 34) 1835—38. Gründler, Joh. Gottlieb, Seifensiederemstr. Ging ab.  
 35) 1838—51. Nagel, Joh. Gottlieb, Tuchfabrikant.  
 36) 1842—47. Pethran, Friedr., Riernermeister. Ging ab.  
 37) 1842—57. Braun sen., Georg Friedr., Tuchfabrikant und Stadt-  
 Altefter. Ging ab.  
 38) 1851—62. Schröter, Christ. Gottlob, Tuchfabrikant. Zog nach  
 Schweidnitz.  
 39) 1851—63. Hapel, Louis, Kaufmann. Ging ab.  
 40) 1857—74. Urban, Joh. Gottlieb, Klempnermeister.  
 41) 1863—74. Goltz, Julius, Dr. med. und Kreisphysikus.  
 42) 1863—68. Bartsch, Hermann, Fabrikbesitzer. Zog nach Lauban.  
 43) 1863—65. Mäntler, Hermann, Kaufmann. Legte nieder.  
 44) 1866—73. Braun, Robert, Tuchfabrik. und Senator. † 25. April.  
 45) 1869—74. Reimann, Bernhard, Kaufmann.

### Vorsteher-Aemter.

§. 48. Kirchfassen-Rendant war:

1742—61 Häußer, bis 1784 Sander, bis 1787 Bartsch, bis 1793 Scholke,  
 bis 1819 Solbrig, bis 1842 Mäntler, bis 1863 Heymann, bis 1874 Goltz.

Stellfassen-Rendant war:

1742—61 Sander, bis 1763 Thiel, bis 1784 Bartsch, bis 1787 Sander,  
 bis 1803 Andreä, bis 1804 Weber, bis 1819 Mäntler, bis 1821 Hanke,  
 bis 1834 Weichert, bis 1838 Gründler, bis 1846 Pethran, bis 1863 Hapel,  
 bis 1865 Mäntler, bis 1874 Urban.

Läutefassen-Rendant war:

erst außer dem Collegium 1815—19, dann in demselben 1819—38 Kamig, bis 1851  
 Nagel, bis 1862 Schröter, interimistisch bis 1863 Wende, bis 1866 Bartsch,  
 bis 1869 Braun, bis 1874 Reimann.

Bauborsteher war:

bis 1761 Müller, bis 1762 Klose, 1763 Gerstmann, bis 1765 Bartsch, bis  
 1787 Scholke, bis 1793 Kleemann, bis 1813 (?) Höhlmann, bis 1817  
 Bartsch, bis 1819 Hanke, bis 1821 Weichert, bis 1838 Kamig, bis 1842  
 Heymann, bis 1857 Braun sen., bis 1866 Urban, bis 1868 Bartsch, bis  
 1873 Braun, bis 1874 interimistisch Urban.

### Verzeichniß der Kirchen-Deputirten aus der Stadt.

- §. 49. 1) 1741—42. Krusche. C. §. 47, Nr. 7.  
 2) 1741—42. Walther. do. 8.

- 3) 1741–42. Meymann. C. S. 47, Nr. 5.
- 4) 1741–42. Mäntler. do. 6.
- 5) 1784. Sander. do. 16.
- 6) 1784. Kleemann. do. 17.
- 7) 1784–87. Zobel, Sam. David, Kaufmann. Ging ab.
- 8) 1784–93. Thomas. C. S. 47, Nr. 22.
- 9) 1784–87. Sander, Christ. Gottlieb, Bäckerinfr. Ging ab.
- 10) 1784–92. Höhlmann. C. S. 47, Nr. 19.
- 11) 1787. Andrea. do. 18.
- 12) 1787–92. Sander. do. 16.
- 13) 1787–93. Krause. do. 20.
- 14) 1792–1803. Mäntler. do. 24.
- 15) 1792–93. Solbrig. do. 21.
- 16) 1794–1800. Hoppe, Ernst Sigism, Kaufmann. † 1. Jan.
- 17) 1794–97. Weber. C. S. 47, Nr. 23.
- 18) 1800–1812. Bartsch. do. 28.
- 19) 1800–1804. Roschwitz. do. 25.
- 20) 1803–?? Thomas. do. 26.
- 21) 1804–?? Sander, Gottfried, Bäcker-Meister.
- 22) ??–1812. Hellge. C. S. 47, Nr. 27.
- 23) 1815?–17. Hande. do. 29.
- 24) 18??–19. Weichert. do. 30.
- 25) 1817–19. Ramitz. do. 31.
- 26) 1819–35. Thomas, Joh. Gottfried, Schwarz- und Schönsfärbermeister.
- 27) 1819–21. Barthel. C. S. 47, Nr. 32.
- 28) 1821–29. Mäntler, Karl, Kaufmann. †.
- 29) 1829–33. Meymann. C. S. 47, Nr. 33.
- 30) 1833–38. Nagel. do. 35.
- 31) 1835. Gröndler. do. 34.
- 32) 1835–42. Pethran. do. 36.
- 33) 1838–42. Braun. do. 37.
- 34) 1842–56. Mende, Karl Aug., Apotheker. Zog nach Gölitz.
- 35) 1842–44. Ramitz, Karl Gottlieb, Kaufmann. Ging ab.
- 36) 1846–52. Hohberg, Christ. Gottlieb, Tischlerinfr. Ging ab.
- 37) 1846–51. Hapel. C. S. 47, Nr. 39.
- 38) 1846–51. Schröter. do. 38.
- 39) 1851–74. Unverricht, Joh. Karl Wilh., Rittmeister a. D.
- 40) 1851–57. Urban. C. S. 47, Nr. 40.
- 41) 1856–63. Opiß, Carl Gustav, Kaufmann. Ging ab.
- 42) 1856–63. Wende, Karl Aug., Seifensiederinfr. Ging ab.
- 43) 1863–66. Braun. C. S. 47, Nr. 44.
- 44) 1863–73. Rauthe, Heinrich, Bürgermeister. Zog nach Dresden.
- 45) 1863–66. von Rohrseid, Richard, f. Landrath. Zog nach Stanowitz.
- 46) 1863. Mäntler. C. S. 47, Nr. 42.



- 47) 1866—69. Rosemann, Friedr., Partikulier. Ging ab.
- 48) 1866—74. Roschwig, Friedr., Seifenfabrikant.
- 49) 1869. Reimann. S. S. 47, Nr. 45.
- 50) 1869. Rühn, Wilh., Zimmermeister. † 24. Aug.

### Verzeichniß der Kirchen-Deputirten vom Lande.

#### §. 50. Dominial-Deputirte.

- 1) 1741—48. Wagner von Wagenhof, Konrad, auf Nieder-Stanowig. Ging ab.
- 2) 1741—67. von Sehdlitz, Karl Egidem., auf Pilgramshain, Landrath. † 22. April.
- 3) 1748—91. Wagner von Wagenhof, Joh. Samuel, auf Nieder-Stanowig, 1763—74 alhier, dann auf Nieder-Damsdorf. † 18. November.
- 4) 1767—69. Freiherr von Richthofen, Karl Ludwig, auf Kohl-höhe, Landschafts-Director. Zog sich zurück.
- 5) 1791—92. Freiherr von Richthofen, Joh. Ernst Christoph, auf Oberstreit. Dankte ab.
- 6) 1805—18. Unverricht, Joh. Heinr., Erbherr auf Eisdorf. Legte nieder.
- 7) 1818—33. Hohberg, Joh. Georg, Rittergutsbesitzer auf Nieder-Stanowig. Legte nieder.
- 8) 1833—70. von Unverricht, Joh. Heinr. Traugott, Hauptmann a. D. und Landes-Altestes, auf Eisdorf. Nobilitirt 1861. Legte nieder 8. August 1870. † 1. Mai 1873.

#### §. 51. Rustical-Deputirte:

- 1) 1825—46. Gölner, Karl Samuel, Gerichtscholz in Haidau.
- 2) 1846—63. Pittmann, Joh. Karl, Lehngutsbesitzer in Gräben. Schied aus.
- 3) 1863—74. Opitz, Wilhelm, Gutsbesitzer in Tschchen.

### Verzeichniß der Altesten

seit 1874.

#### §. 52. Aus der Stadt:

- 1) 1874—Lommel, Louis, Fabrikbesitzer.
- 2) 1874—Reimann, Bernhard, Kaufmann.
- 3) 1874—Broßmann, Wilh., Tuchfabrikant.
- 4) 1874—Schneider, Friedr., Kürschnermeister.
- 5) 1874—Schmidt, Paul, Kaufmann.
- 6) 1874—75. Mäke, August, Kaufmann. † 14. April.
- 7) 1874—Dr. Goltz, Julius, Sanitätsrath.
- 8) 1874—75. Linke, Wilh., Bürgermeister (s. S. 18).

## §. 53. Vom Lande:

- 1) 1874 — Hielscher, Gottlieb, Wirthschafts-Inspector in Eisdorf.
- 2) 1874 — Dpiß. S. §. 51, Nr. 3.

**Ältesten-Aemter.**

- §. 54. Kirchfassen-Neubant wurde Ältester Dr. Golz 1874.  
 Stellfassen-Neubant, Ältester Broßmann 1874.  
 Fäntefassen-Neubant, Ältester Reimann 1874.  
 Bauvorsteher, Ältester Schneider 1874.

**Verzeichniß der Gemeinde-Vertreter.**

## §. 55. Aus der Stadt:

- 1) 1874 — Rincke, Adolph, Weißgerbermeister.
- 2) 1874 — Roschwig, Friedr., Seifensiedermeister.
- 3) 1874 — Bethran, August, Riernermeister.
- 4) 1874 — Rake, Bruno, Fabrikbesitzer.
- 5) 1874 — Rist, Samuel, Schuhmächermstr.-Ältester.
- 6) 1874 — Seidel, Heinr., Steinbruchbesitzer.
- 7) 1874 — Urban, Gustav, Mühlenbesitzer.
- 8) 1874 — Thomas, Oswald, Färbermeister.
- 9) 1874 — Meißner, Paul, Kaufmann.
- 10) 1874 — Bartsch, Rudolph, Commerzienrath.
- 11) 1874 — Schneider, Karl, Tischlermeister.
- 12) 1874 — Thamm, Adolph, Rector der höheren Töcherschule.
- 13) 1874 — Rühn, Hermann, Wirthschaftsbesitzer.
- 14) 1874 — Schäfer, Heinr., Vorwerksbesitzer.
- 15) 1874 — Dr. Kößler, Robert, Rector der höheren Bürgerschule.
- 16) 1874 — Günkcl, Heinrich, Sattlermeister.
- 17) 1874. Rärger, Heinrich, Posamentierer. † 23. November.
- 18) 1874.  $\frac{4}{1}$  —  $\frac{22}{2}$  Dr. Golz. S. §. 52, Nr. 7.
- 19) 1874. Hänel, Bernhard, Kr.-Ger.-Rath. An das Appellgericht Magdeburg versetzt.

## §. 56. Vom Lande:

- 1) 1874—75. Hoffmann, Hermann, Wirthschafts-Inspector in Stanowitz. Kam nach Groß-Rosen 6. Juli.
- 2) 1874 — Ludewig, Ernst, Gutsbesitzer in Halbenorf.
- 3) 1874 — Bluschke, August, Mühlenbesitzer in Jedlitz.
- 4) 1874 — Schubert, Heinr., Gutsbesitzer in Alstrieau.
- 5) 1874 — Reiser, Theodor, Fabrikbesitzer in Gräben.
- 6) 1874 — Proll, Gottlob, Stellbesitzer in Grunau.
- 7) 1874 — Frhr. von Riehtshofen, Ulrich, auf Barzdorf.
- 8) 1874 — Perseck, Karl, Stellbesitzer in Thomaswalbau.
- 9) 1874 — Schacher, Karl, Stellbesitzer in Fehbeutcl.

- 10) 1874— Drescher, Gottlieb, Gutsbesitzer in Eschechen.  
 11) 1874— Tänzer, August, Häusler in Oberstreit.  
 12) 1874— Penzholtz, Friedr., Wirthsch.-Inspector in Pilgramshain.

### Patronat.

§. 57. Fast ausnahmslos galt die Annahme, daß die evang. Kirche hier einen Patron habe. Nur, wenn das Patronat zustehe, ist verschieden beantwortet worden.

### Angaben.

§. 58. Die Kgl. Kriegs- und Domainen-Kammer hatte mißfällig wahrgenommen, daß Pfarrtheken ohne Anfrage bei ihr besetzt worden waren. Sie befahl daher 11. October 1746 sämmtlichen Magisträten, denen das Jus Patronatus zustehe, daß sie jede Vacanz sich anzeigen und daß sie allein in ihrer Gegenwart die Wahl zc. vornehmen lassen sollten. Durch Currende des Kriegs- und Steuerraths Wernicke in Schweidnitz vom 20. October j. 3. aufgefordert, förderfamst anzuzeigen, über welche und wieviel Pfarrtheken jeder das Jus Patronatus<sup>1)</sup> habe, erklärte der hiesige Magistrat 29. October: Demnach bei ihm kein anderes jus patronatus als über das aus Königlichcr Gnade zu erbauen verstattete Bethaus hierorts befindlich, er sich ereignenden Falls dergestalt verhalten werde, daß ohne vorhergegangenen Bericht nichts veranstaltet oder geendigt werden solle. Unterm 30. Januar 1747 setzte der Magistrat auseinander, daß Niemandem Andern das jus Patronatus als der (ev.) Bürgerschaft zustehe und hat sein „daraus besitzendes Jus Patronatus“ zu schützen. Im Jahr 1765 ließ er als Patron den Landesherrn (§. 71) erscheinen, 10. Juli 1787 die ev. Communität, während ihm 9. August 1789 die Vocations-Förmlichkeiten völlig gleichgültig erschienen, wenn nicht ihm, sondern lediglich der ev. Bürgerschaft das Jus Patronatus zustehe. Doch schrieb er besagtes Recht laut der Kundgebungen vom 21. und 24. Novbr., 7. und 12. März, sowie 8. Juni 1791, bei welsch' letzterer bemerkt wurde, daß Magistrat und Kirchen-Collegium, mit einander verbunden, der Bürgerschaft präsidirten, ebenso laut der Erklärung vom 24. April 1797 der ev. Bürgerschaft zu. Im Jahr 1824 äußerte 7. December der Magistrat wieder, nicht nur als Patron der Kirche, sondern als Behörde eine Stimme zu haben. Am 12. April 1845 nannte er sich Patronatsbehörde.

§. 59. Neben den magistratualischen Auslassungen kommen zahlreich andere vor, nämlich von Seiten der ev. Schöppen und Geschworenen, der ev. Stadtverordneten, mehrerer Körperschaften am Orte zugleich, der evang. Bürgerschaft, des Kirchen-Collegiums, der Pastoren und der Ober-Behörden. Die Musterung dieser Angaben liefert ein buntes Bild. Vorherrschend heißt es von der ev. Communität oder der evangelischen (hie und da steht „lutherischen“) Bürgerschaft, — einigemal ist auch zu lesen „die evangelischen Bürger“ — sie sei der Patron, der bisher

<sup>1)</sup> Patronatsrecht.



eigentliche Patron, das Patrocinium, die Patronats-Commune, die Patronats-Communität, oder sie habe das Patronatsrecht, das jus Patronatus, das jus Electionis et Vocationis.<sup>1)</sup> Seltener findet sich als Patronats-Inhaber bezeichnet: der Magistrat, der Magistrat als Repräsentant des Patronats, der Magistrat im Namen der ev. Communität. Nur spärlich lassen sich Ausdrücke antreffen, wie diese: Die Bürgerschaft ist Patron und Magistrat die erste Behörde der Bürgerschaft, Magistrat und Commune oder: die Stadtbehörden sind es. Einmal (1789) nennt das Ober-Consistorium das Kirchen-Collegium (neben dem Magistrat) den Mit-Repräsentanten der vocirenden Gemeinde. Das Patronatsrecht hat die ev. Gemeinde, führt Zimmermann<sup>2)</sup> an. Aus dem Irrgarten entgegen-gesetzter Meinungen zu kommen, muß der

### Thatbestand

nach landrechtlicher Bestimmung aufgenommen werden.

§. 60. Es kann der Zweck nicht sein, hier eine juristische Ausführung zu liefern. Nur sollen die Merkmale, welche gesetzlich Jemand zum Patron machen, aufgezählt und mit diesen die patronatische Bethätigung zusammengehalten werden, wie sie hierorts gewaltet hat. Nur so scheint ein Urtheil gewonnen werden zu können. Die Fragen, um die es sich handelt, sind folgende:

#### 1. Wer hat die Kirche erbaut und unterhalten? A. L.-R. II. 11, §. 569.

Der Magistrat hat 30. Januar 1747 bezeugt, daß die evang. Bürgerschaft das Bethaus erbaute. Die §. 81 und 100 — 104 erzählte Gründungs- und Baugeschichte der ersten, wie der jetzigen Kirche weist auch als deren Erbauerin dieselbe Bürgerschaft nach. Außerdem fehlt nicht nur alle Kunde, daß der Magistrat etwas für die Erhaltung der Kirche gethan oder auch nur 1817 — 19 das Dritttheil der Baukosten getragen hätte, wie es dem Patron zukommt. Vielmehr ergibt sich aus §. 104, daß das mit der Schulsumme verschmolzene Patronats-Dritttheil, ohne Befremden zu wecken, ebenfalls zunächst der Bürgerschaft, schließlich der Kirchklasse aufgelegt worden ist. Erbauer der Kirche war daher nicht der Magistrat oder die Stadtcommune, sondern die evang. Bürgerschaft. Genau so ist es bezüglich der Pfarrhäuser gewesen. Allein, wer eine Kirche erbaut und unterhält, hat gesetzlich nur ein Recht auf das Patronat, es aber noch nicht selber. Es muß die Verleihung seitens des Staates erfolgen.

#### 2. Wem ist das Patronatsrecht verliehen worden? A. L.-R. II. 11, §. 573. 615.

Eine eigentliche Verleihung hat nicht stattgefunden. Wäre sie erfolgt, wäre ihrer Erwähnung gedenken. Unbedenklich wurde indeß fast allseits von der allerhöchsten Gnade des Patronatsrechts, auch dem allermitdest verliehenen oder geschenkten Patronatsrecht gesprochen. Alle derartigen Auslassungen zielen auf das Urpatent vom 4. December 1741 (§. 1) zurück. In einem nicht datirten verantwortlichen Bericht auf die Kammerverfügung vom 20. December 1745 erwies der Magistrat seine Possession (von Schulrechten) daraus und im Bericht an das Oberamt vom 21. November 1789 leitete er aus demselben das jus Patronatus der ev. Bürgerschaft her.

<sup>1)</sup> Wahl- und Berufungsrecht.

<sup>2)</sup> Beiträge zur Beschreibung von Schlesien, Bd. V., S. 204.

### 3. Ist das Patronat durch Verjährung erlangt und von wem? A. L.-R. II. 11 §. 574.

Von einer Verjährung des Patronats enthalten die Acten nicht das Geringste. Während des vorigen Jahrhunderts bis in das jetzige hat der Magistrat selbst einerseits das Patronatsrecht wiederholt (§. 58) der ev. Bürgerschaft zugeschrieben, andererseits mit der Aufnothigung eines Statuts für das Kirchen-Collegium 1747 (§. 32), wie mit dem Bahleingriff 1763 (§. 71—76) keinen Erfolg gehabt, bei dem Baustreit (§. 90) den bloßen Zuschauer abgeben wollen und außerdem an Kriegsrath Heinrich 9. April 1797 berichtet: „daß die hiesige evang. Kirche und Schule von dem hiesigen evang. Kirchen-Collegio unter Direction des Kgl. hochpreisslichen Ober-Consistorii zu Breslau verwaltet und dirigirt wird und daß Magistratus hierbei gar nichts zu sagen hat, wovey wir nur bemerken, daß nach Ausweis der Acten die ehemaligen Magistrate unter Protection Grv. Wohlgeboren Antecessoren in officio<sup>1)</sup> und der Königl. hochpreisslichen Kriegs- und Domainen-Cammer sich zwar in das Kirchen- und Schulwesen einmischen wollen, aber von dem Königl. hochpreisslichen Ober-Consistorio mit harten Verweisen und Abnugungs-Drohungen zurückgewiesen worden sind.“ Hiernach war für den Magistrat der zur Verjährung erforderliche Zeitraum nicht vorhanden. Rückichtlich der ev. Bürgerschaft reichte derselbe. Stand dem Magistrat ein Patronatsrecht bei Eintritt der Städte-Ordnung nicht zu, so konnte diese es ihm nicht plötzlich geben (§. 60 Nr. 11), um es alsdann verjähren zu lassen. Stand es der ev. Bürgerschaft zu, so konnte es dieselbe landrechtlich nicht ohne besondere Verhandlung<sup>2)</sup> abgeben und dem Magistrat zuweisen. Eine solche Uebertragung hat nicht stattgefunden. Nach Einführung der Städte-Ordnung übten gleichwohl durch mehr denn 30 Jahre Magistrat und ev. Stadtverordnete einen bedeutenden Einfluß auf die kirchlichen Angelegenheiten aus, namentlich bei Vorbereitung, Ausführung und der Nachwirkung des Kirchenbaues. (§. 100. 104.) Beide Körperschaften pflogen zusammen mit dem Kirchen-Collegium — manchmal ohne dieses — Verhandlungen, stellten gemeinsam Schuldscheine aus, vollzogen gemeinsam die vom Pastor Philo entworfene Matrikel, wirkten bei Umlage und Erhebung der Baubeiträge, bei Einziehung von Resten. Sonst hat, den Magistrat betreffend, derselbe Gelber auf Anordnung der Regierung — z. B. vom 17. October 1822, 27. März 1824, 8. November 1825 — eingezogen. Oft bleiben Zweifel, ob die Bethätigung des Magistrats einem patronatischen Rechte oder einem oberverwaltungsbehördlichen Auftrage entsprungen sei. Wenn Magistrat, Stadtverordnete, Kirchen- und Schulen-Deputation, wie am 14. Februar 1816, zusammentreten, so deutet dies auf städteordnungsmäßigen Verwaltungsdienst, nicht auf patronatische Autorität hin. Die Annahme einer Patronats-Verjährung zu Gunsten des Magistrats wird nicht Platz greifen können. Anlangend die ev. Stadtverordneten, kann es solche nach der Städte-Ordnung gar nicht geben. Die Stadtverordneten-Versammlung aber hat nach §. 35 der Städte-Ordnung<sup>3)</sup> mit andern als communalen Angelegenheiten sich nicht zu befassen. Der Magistrat hat (§. 38) die Stadtverordneten an ihre mangelnde Befugniß erinnert.

### 4. Wer hat bei Pastorats-Vacanzen die Probepredigten vergeben? A. L.-R. II. 11, §. 324—329.

Ob 1742 solche ausgeschrieben worden, fehlt es an Nachrichten. Wäre es der Fall gewesen, so ist an eine Mitwirkung des Magistrats dabei nach dessen Bericht vom 5. October 1743 schwerlich zu denken. 1747 hatte die ev. Bürgerschaft 3 Candidaten zu Probepredigten bestimmt. Es hätte aber nach Meinung des Magistrats dem Kirchen-Collegium obgelegen, mit Zuziehung des Magistrats Zeit und Ordnung der Predigten richtig zu determiniren. Das Kirchen-Collegium wandte sich an den Inspector Cons.-Rath Minor in Landeshut, der einen vierten Bewerber zuführte und

<sup>1)</sup> Amtsvorgänger.

<sup>2)</sup> A. L.-R. II. 11, §. 610.

<sup>3)</sup> Ges.-Samml. 1853, S. 275.



mit Bürgermeister Charreton alles Nöthige vertraulich verabredete. 1751 wurden, nach Convocation des Kirchen-Collegiums und sämmtlicher Geschworenen und Ältesten aus der Communität ad Curiam<sup>4)</sup> zum Vortrage des Magistrats, 4 Probeprediger gewählt. Allein die Verhandlung ist ohne Unterschriften geblieben, daher kaum beweiskräftig. 1754 hat laut Berichts des Rathhaus-Collegiums — vom 5. März — dieses mit Zuziehung der obigen Deputirten vom Lande, in Gegenwart einer ausgebetenen Raths-Commission über die in die Wahl zu nehmenden Subjecta gehörig deliberiret, sobald die in Vorschlag genommenen 4 Candidatos der Bürgerschaft zu Rathhaus bekannt gemacht und der Communität Meinung abgehört, wo denn von den Schöppen und Geschworenen ein Probeprediger weggelassen und ein anderer an seine Stelle ernannt worden sei. Die Bekundung des Magistrats vom 12. März enthält nichts dem Widersprechendes. 1765 sind 17. Januar 4 Probeprediger durch Magistrat und Kirchen-Collegium, auch Deputirte der Bürgerschaft — wohl „die Gemeinde“, wie der damalige Land-Deputirte von Wagenhof sich ausdrückt — bestellt worden. Die Land-Deputati waren zugezogen, aber am Erscheinen verhindert gewesen. 1791, 1796 und 1828 wurden die Probeprediger durch Magistrat<sup>5)</sup> und Kirchen-Collegium bestimmt; nur waren 1828 die evang. Stadtverordneten ohne ersichtlichen Grund mit zugezogen. Noch 18. Decbr. 1827 hatte Superintendent Scherer zu Jauer die Auswahl der Probeprediger, durch Magistrat und Kirchen-Collegium allein, der Regierung als die Observanz bezeichnet. 1849 beschloßen Magistrat und Kirchen-Collegium, von ihrem observanzmäßigen Rechte „für dieses Mal“ keinen Gebrauch zu machen<sup>6)</sup> und dasselbe in die Hände der wahlberechtigten Bürgerschaft zu legen. Gemäß Feststellung der berufenen Versammlung erfolgte die Vergebung der Probeprediger durch Magistrat, Kirchen-Collegium und einem Ausschuß der Bürgerschaft von 12 Mitgliebrn. 1856 wurden durch Magistrat und Kirchen-Collegium die ev. Stadtverordneten auf Grund actenmäßiger Darlegung des Bürgermeisters Fischer ausgeschlossen, weil die Stadtverordneten-Versammlung nicht einen Theil der (Stadt-) Gemeinde, sondern die Totalität derselben vertrete und die ev. Stadtverordneten ebenfalls nicht zur Vertretung der evangelischen, sondern der politischen Stadtgemeinde gewählt seien. Daß die Stadtverordneten an die Stelle der Schöppen und Geschworenen getreten seien, habe seine Schwierigkeit, weil man vor 1808 eine Vertretung der gesamten Stadt nicht kannte, sondern nur die Künfte und Geschlechter vertreten waren. Der modus der Kirchenvorsteherwahl stehe in keinem Bezuge zur Auswahl der Probeprediger, weil Magistrat und Kirchen-Collegium die Befugniß zu letzterer nicht ex lege oder dem Patronatsrecht, sondern aus der Observanz beanspruchten. Das Verfahren von 1828 sei durch das von 1849 factisch aufgehoben und die Stadtverordneten hätten nicht protestirt. Die Stadtverordneten-Versammlung legte zum Schuß der Rechte, die ihr genommen werden sollten, 26. April Protest und Berufung auf die Entscheidung der Oberbehörde ein, wobei auch 3 Nichtevangelische sich unterschriftlich theilnahmen. Das Consistorium erachtete 25. Juni 1856 die Beschwerde der Stadtverordneten als nicht begründet, da diesen eine Concurrenz bei Wahl und Befegung der Stellen der Prediger nicht zustiehe (v. Kampf, Annalen B. 5, S. 79) und 1828 nur die evang. Stadtverordneten zur Auswahl der Probeprediger gezogen worden. Bei Berufung auf die Matrifel übersähen sie, daß diese von den geistlichen Oberen nie bestätigt worden. Wären die Stadtverordneten nur 1828 zugezogen worden, weil nur damals eine Vacanz eingetreten, so wären die Umstände für Bildung einer Observanz ungünstig gewesen. Für die Behauptung, daß die Stadtverordneten an die Stelle der früher zugezogenen Geschworenen getreten seien, fehle jeder Beweis.

<sup>4)</sup> Zu Rathhaus.

<sup>5)</sup> Laut Berichts des Pastors Thilo an Superintendent Stubenrauch vom 11. Juni 1856 traten, vor wie nach Erwerbung der jetzigen Kirche, zur Auswahl der Probeprediger der Magistrat, „nämlich dessen evang. Mitglieder“ mit dem Kirchen-Collegium zusammen.

<sup>6)</sup> Sedenfalls aus Rücksicht auf die damalige Zeitstimmung.



## 5. Wer hat die Geistlichen gewählt? u. L.-R. II. 11, §. 327. 353.

Die Besetzung eines Pastorats ereignete sich 14, streng genommen, 15 Mal. Ein Aufsteigen zum Primariat hat 1748 eigentlich nicht stattgefunden, da das Secundariat erst entstand. 1754 war das Aufsteigen des zweiten Pastors mit der Wahl des neuzubrufenden Secundarius verbunden worden. Die Wahl vom 30. Juni 1796 war nur ein Beschluß des Magistrats und des Kirchen-Collegiums, den zweiten Pastor in die erledigte erste Pastorstelle aufzurücken zu lassen. Der Beschluß muß von den Wahlberechtigten wohl gut geheißen gewesen sein, denn die ungewohnte Verfahrensweise blieb ohne Widerspruch, wahrscheinlich wegen Hantsche's Beliebtheit bei der Gemeinde. Abgesehen von diesen drei Fällen sind die übrigen 12 Wahlen in unmittelbarer Urwahl, in 10 Fällen aus der Zahl der gehörten Probeprebig, in 2 Aufstufungsfällen ohne Probeprebig, nach Mehrheit der Stimmen, welche viritim und, mit Ausnahme der Zettel-Votirung 1791, zu der man griff, weil 2 Stadtkinder in der Wahl waren und der Wahl 1857, mündlich abgegeben wurden, durch die wahlberechtigten ev. Bürgerschaft vollzogen worden. Nur 1857, also nach Einführung der neuen Städte-Ordnung d. h. nach Vermischung der Bürger und Schutz-Bewandten, ist als Wahlkörper, in Stelle der früheren Bürgerschaft, nicht die nach §. 5 der Städte-Ordnung (Ges.-Samml. 1853, S. 264) zu nehmende neue Bürgerschaft getreten, sondern sind — der hiesigen Wahlverfassung nicht entsprechend — die „wahlberechtigten Mitglieder der evang. Kirchengemeinde“ in der Stadt der Wahlkörper gewesen. Schwerlich dürften (§. 44) die 710 Wähler der Stimmliste, von denen nur 307 in der Wahl erschienen, aus der Patronats-Bürgerschaft aufzubringen gewesen sein. Es lag eine wesentliche Abweichung gegen früher vor; sie scheint indeß nicht bemerkt worden zu sein. S. §. 65.

## 6. Wer hat die Vocation der Pastoren ausgefertigt? u. L.-R. II. 11, §. 376.

1742 das Kirchen-Collegium, 1747 Bürgermeister und Rathmanne wie auch Schöppen und Geschworene,<sup>7)</sup> 1751 dieselben „im Namen der ev. Bürgerschaft“, 1754 Bürgermeister und Rathmanne, Bethausvorsteher, sowie Schöppen und Geschworene<sup>8)</sup> 1765 das Ober-Consistorium,<sup>9)</sup> 1791 und zweimal 1796 Directores, Proconsul und Rath, Kirchenvorsteher und Deputirte nebst Schöppen und geschworenen Junft-Aeltesten im Namen der allhiesigen evang. Bürgerschaft, 1828 zweimal und 1850 Magistrat, Kirchen-Collegium und<sup>10)</sup> Stadtverordnete im Namen und von wegen der hiesigen ev. Bürgerschaft, 1857 zweimal Magistrat und Kirchen-Collegium<sup>11)</sup>.

## 7. Wer hat die Präsentation der vocirten Geistlichen vorgenommen? u. L.-R. II. 11, §. 387.

1742 die ev. Gemeinde<sup>12)</sup>. 1747 Magistrat und Bürgerschaft („Vorsteher“),

<sup>7)</sup> Dies Hervortreten des Rathes allein war wohl in dessen kluger Benützung der kriegsräthlichen Currende vom 11. October 1746 (§. 58) und der schwebenden Zwistigkeiten in der Gemeinde gegründet, handgreiflich aber durch die untern 28. und 30. Januar 1747, theils bei dem Aderamt, theils bei Kriegsrath Wernicke, beziehentlich bei der Kammer (vgl. §. 58), erfolgten Bemühungen des Magistrats, wobei derselbe das Patronatsrecht der Bürgerschaft einfach als sein „besitzendes Jus Patronatus“ behandelte und zu schützen hat, während er gemäß der Kammerverfügung vom 17. Januar nur berichten sollte, ob es der „Evang. Bürgerschaft competire“.

<sup>8)</sup> So gemäß Verordnung des Ober-Consistoriums — an den Magistrat auf dessen Antrag vom 12. März und an das Kirchen-Collegium auf dessen Vorstellung vom 5. und 28. März — vom 21. März i. J., daß es wie bei andern Bethäusern gehalten werden solle.

<sup>9)</sup> Wegen hier verweigerter Ausfertigung.

<sup>10)</sup> Alle 3 Male finden sich natürlich nur ev. Namen.

<sup>11)</sup> Auf Beschluß der ev. Kirchengemeinde.

<sup>12)</sup> So laut Confirmation d. d. Breslau, 22. Februar 1742. Als ausführendes Organ der Gemeinde darf wohl das Bethaus-Collegium gedacht werden.

1751 der Magistrat im Namen der ev. Bürgerschaft, 1754 der Magistrat, von 1791 an Magistrat und Kirchen-Collegium. Ueber die Präsentation von 1765 vgl. §. 77.

8. Wer hat die Rectoren, die ursprünglich zu Katecheten und Predigtgehilfen bestimmt waren, die Cantoren, auch die Lehrer gewählt und berufen?

Der Rector ist 1741 durch das neue Kirchen-Collegium und die Junft-Keltesen,<sup>13)</sup> — vgl. §. 1 — 1791, 1792, 1824 und noch 1828 durch Stimmenmehrheit der wählenden ev. Bürgerschaft, bis 1792 in der Kirche, später in den 4 Bezirken der Stadt, gewählt, berufen aber worden 1742 durch das Kirchen-Collegium<sup>14)</sup> 1791 und 1792 durch Magistrat, Kirchen-Collegium wie auch Schöppen und Junft-Keltesen im Namen der althiesigen ev. Bürgerschaft, 1824 und 1828, nur daß die Schöppen verschwunden sind, wogegen 1824 die Stadtverordneten, 1828 die evang. Stadtverordneten aufgeführt werden, durch dieselben im Namen und von wegen der ev. Bürgerschaft. Die weit abweichenden Wahlfälle 1860, 1866 und 1869 bei welchen Magistrat und Kirchen-Collegium wählten, beruhen auf besonderer Abmachung. Vergl. Schulchronik.

Die Wahl der Cantoren geschah erstmalig durch das Bethaus-Collegium und die Junft-Keltesen,<sup>15)</sup> in den übrigen Fällen, mit Ausnahme desjenigen von 1822, bei dem, ausnahmsweise, die Wahlberechtigten das Aufsteigen eines Schul-Collegen eintreten lassen zu können, dem Magistrat, Kirchen-Collegium und den ev. Stadtverordneten nachgaben, durch die evang. Bürgerschaft und in der Kirche, wo die verschlossenen Stimmzettel aus jeder Junft durch deren Keltesen abgegeben wurden.

Die Vocation ertheilten: 1742 die Bethausvorsteher, 1774 Kirchen-Collegium und Magistrat, 1789 Director und Rath, auch Schöppen und Geschworene nebst den verordneten Vorstehern der Kirche, im Namen der ev. Bürgerschaft, 1822 und 1843 Magistrat, Kirchen-Collegium und ev. Stadtverordnete. Doch sind 1822 noch die Schul-Deputirten mitaufgeführt.

Betreffs der Lehrer sind die Vocationen 1798, 1808, 1812 und 1814 wie bei den Cantoren ausgestellt, nur daß 1812 und 1814 nicht mehr Schöppen vorkommen, sondern Deputirte bei Kirche und Schule und sämtliche Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung, doch sind diese letzteren 1814 weggelassen. Unter weiteren Lehrer-Vocationen innerhalb der Jahre 1820—1858, also bevor die neueren Festsetzungen zur Anwendung kamen, waren die von 1849, 1852 und zwei 1856 vom Magistrat bezhsw. Gemeinde-Vorstand allein, die übrigen 10 vom Magistrat und Kirchen-Collegium, zugleich aber 6 darunter — 1820, zwei 1822, 1828, 1834, 1842 — von den ev. Stadtverordneten, 3 darunter — 1828, 1834, 1852 — von Stadtverordneten bezhwl. Gemeinderath, 1 davon — 1828 — von sämtlichen Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung, 2 davon — 1828, 1842 — noch von Schul-Deputirten bezhsw. „Schul-Collegium“ ausgefertigt.

<sup>13)</sup> Pastor Spangenberg im Bericht de 1743 sagt, Rector Grundmann sei vom Kirchen-Collegium allein, ohne Zuziehung der übrigen Bürgerschaft, geseket worden. Spangenberg war nicht Augenzeuge. Vielleicht hatten Bürger ihm mitgetheilt, daß nicht alle Bürger zur Wahl (formell) zugezogen gewesen seien, wie bei der seinigen. Vergl. Anmkg. 15.

<sup>14)</sup> Die Confirmation vom 6. Juli 1742, also auch eine Urkunde, sagt: „Magistrat und Bürgerschaft“. Ein Widerspruch mit der wenige Tage zuvor erlassenen Examinations-Ordnung, wie mit der Vocation selbst.

<sup>15)</sup> Past. Spangenberg im amtlichen Bericht de 1743 gab an, daß der Cantor von der sämtlichen ev. Bürgerschaft per plurima Vota erwählt worden. Die Confirmation der Kriegs- und Domainen-Kammer vom 19. Juli 1742 sagt: „Von dafiger Bürgerschaft und Kirchen-Vorstehern“ — anders kann es nach §. 1 und 2 auch bei dem Rector füglich nicht gehalten worden sein — „vermöge hiermit in originali beykommender Vocation ordentlich erwählt und berufen“.



## 9. Wer hat die Glöckner bestellt? u. L.-R. II, §. 556.

Ueber deren Berufung ist aus 1741 und 1744 nichts bekannt. Doch s. §. 1 und 2. Im ersten Fall wird sie erfolgt sein, wie bei dem ersten Rector und Cantor, durch das Kirchen-Collegium. 1758 ertheilte sie, laut Angaben im Sessionsbuch des Kirchen-Collegiums vom 13. Juni dieses, laut Hinweises des Magistrats und Kirchen-Collegiums vom 16. August 1799 auf die 1758er Vocation beide Collegien vereint. So geschah es wirklich 1799. Seit man Lehrer zu Oberglöcknern nahm, war deren Doppel-Berufung 1812, 1828, 1830 und 1852 nicht gesondert worden — was so nahe gelegen hätte — vielmehr Lehrer- und Glöcknerberufung eines und gleichlautend, so daß dem berufenden Magistrat und Kirchen-Collegium die Kirchen- und Schulen-Deputirten und sämtliche Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung beziehentl. (1852) der Gemeinderath zutraten, also in rein kirchlichen Angelegenheiten der communalamtlichen Einwirkung abermals eine Thür sich öffnete. Endlich, als 1857 die Oberglöckner-Vocation wieder zugleich als ein und dieselbe mit der Lehrer-Vocation ausgefertigt werden sollte, lehnte, der Regierungs-Verfügung vom 3. August gegenüber, der Magistrat dies ab, weil der Oberglöckner aus Communalmitteln nichts genieße, ihm also nichts garantirt werden könne. Die Regierung übertrug 27. September die Ertheilung der Vocation dem Kirchen-Collegium allein.

## 10. Wer hat die Kirchen-Vorsteher und Kirchen-Deputirten ernannt? u. L.-R. II, §. 552.

Hier kann auf die genaue Darstellung §. 32—41 verwiesen werden.

## 11. Wer hat die Verwaltung des Kirchenvermögens bestellt und die Rechnungslegung von den Kirchenvorstehern gefordert? u. L.-R. II, § 585.

Schon 5. October 1743 forderte der Magistrat den Kirchen-Vorstehern die Kirchfassen-Rechnungen seit 1741 ab. Da man indeß „nicht das Mindeste“ davon „zu sehen“ bekam, sie vielmehr 1744 „rotund abgeschlagen“ wurden, und deshalb endlich die ev. Bürgerschaft 5. April 1746 und wiederholt 25. September j. J. Beschwerde bei dem Magistrat als der rühmlich regierenden Obrigkeit anbrachte, hielt Magistrat das Kirchen-Collegium zur Einreichung der Rechnungen an und erhielt sie Anfangs October in plena Sessione. Die Schöppen und Geschworenen zogen monita wider den Rathungsleger, was vorläufig thun zu dürfen, der Kriegsrath Bernicke, bis er, zur Abnahme der Accise-Rechnungen nächstens kommend, die Bethaus-Rechnungen mit-abnehmen würde, 15. October auf Vorstellung des Magistrats zuließ. Bei diesem Verfahren berief sich der Magistrat nur auf verschiedene emanirte Edicta an sämtliche Magisträte, gute Polizei und Ordnung in ihren Städten zu unterhalten, namentlich auf die Kammer-Verfügung vom 22. November 1742, vermöge deren die Kirchen-Rechnungen durch die Commissarios locorum und einen in loco anzuordnenden Ober-Amts-Commissarius abgenommen werden sollten, auch auf eine dergleichen Verfügung vom 21. October 1743, wonach dem Magistrat aufgegeben sein sollte, die Bethaus-Rechnungen in Gegenwart des Commissarii loci gehörig abzunehmen. Allein das Ober-Consistorium, von der magistratualischen Forderung in Kenntniß gesetzt, erließ an das Kirchen-Collegium unterm 9. Januar 1747 folgende Rüge: „Wir vernehmen mit höchstem Mißfallen, wie Ihr Euch begeben lassen, in Kirchen- und Schulen-Sachen, welche, wie Euch nicht unbekannt sein sollte, alleinige reservata Unseres hiesigen Ober-Consistorii sind, vom dortigen Magistrat Befehle anzunehmen und die Rechnungen ohne Vorberufung hiesiger Instanz einzuhändigen. Wie nun dieses unüberlegte Betragen nichts als Unordnung und Verantwortung vor Euch, als die Ihr von hiesigem Ober-Consistorio dependiret, folglich selbigem allein zu gehorsamen und Rechenschaft zu geben schuldig seid, nach sich ziehen kann, als befehlen wir Euch hiermit ernstlich, künftig in Kirchen- und Schul-Sachen von dem Magistrat nicht die mindeste ordre anzunehmen, noch weniger aber solcher irgend partition zu leisten, vor der Hand aber die noch unabhgenommenen Kirchen-Rechnungen binnen 8 Tagen a die recepti<sup>10)</sup> in originali anhero einzusenden.

<sup>10)</sup> Vom Tage des Empfanges an.



Das Ober-Consistorium (eigentlich wohl seit 1750 nur in Concurrenz<sup>17)</sup> mit diesem die Kriegs- und Domainen-Kammer, die aber der „Oberaufsicht sich begeben zu haben schien“) überwachte das Kirchassen-Wesen mit Hülfe der geistlichen Kreis-Inspectoren ungestört, bis im Jahr 1800 alle Rechnungen von kath. und ev. Kirchen, Hospitälern und Stiftungen mit alleiniger Ausnahme der „Gnaben“-Kirchen zu Schweidnitz und Landeshut vom 1. Januar 1801 ab der Kriegs- und Domainen-Kammer zu Breslau unterstellt wurden und die Magistrate die Etats zu liefern hatten. Jetzt erst trat wieder der Magistrat hervor, indem er das Kirchen-Collegium anging, ihm Einsicht in die Kirchassen-Rechnungen zu verstaten. Eine weitere Mitwirkung des Magistrats bildete sich in Folge der Städte-Ordnung von 1808. Allein mit ihm sieht man häufig zugleich die ev. Stadtverordneten bei Kassen-Sachen mitthätig. Schon im Jahr 1810 hatten die Stadtverordneten beschlossen, zu einem Schulbau aus dem Kirchenvermögen 400 Thlr. zu nehmen. Die beiden Pastoren, um sich vor Verantwortlichkeit zu sichern, fragten 15. Juni 1810 bei der kgl. Regierung an, wie sie mit Bezug auf §. 189 sub 3 der Städte-Ordnung sich zu verhalten hätten. Die regierungsseitige Belehrung vom 24. Juni besagte: Zu einzelnen Ausgaben aus dem Kirchen-Peculium sei nur bei Kirchen landesherrlichen Patronats die besondere Genehmigung der obern geistlichen Behörde nachzusuchen; Verwendung städtischen Kirchenvermögens, ohne besondere Einwilligung des Kirchen-Collegii könne nicht erfolgen, vielmehr müssen die Ausgaben für die Schule aus dem besonderen Schulfonds, oder, wenn keiner vorhanden ist, aus dem örtlichen Communal-Vermögen besorgt und die nöthigen Fonds von dem Magistrat und von den Stadtverordneten herbeigeschafft werden.

Der Erlaß des Departements für den Cultus und den öffentlichen Unterricht im Ministerio des Innern vom 28. Januar 1811 erklärte, daß die Städte-Ordnung den Magisträten und den erst durch sie constituirten Stadtverordneten keine neuen Rechte in Beziehung auf die im Umfange der Stadt gelegenen Kirchen, deren Güter und Verfassungen gebe, besagte aber auch: Nur da, wo der Magistrat schon vorher zufolge seines Patronats- oder eines anderen Rechtes über die in sensu strictiori<sup>18)</sup> sogenannten städtischen Kirchen das Recht der Revision der Rechnungen und andere jura honorifica<sup>19)</sup> besessen hat, behält er diese und übt sie durch eine Kirchen- und Schul-Deputation ohne Concurrenz der Stadtverordneten. Danach ist die hierorts geübte Mitbetheiligung der ev. Stadtverordneten geradezu unberechtigt in Aufnahme gekommen. Die Berechtigung des Magistrats aber bleibt zweifelhaft, weil er vor der Städte-Ordnung keine Rechte bei Verwaltung der Kasse hatte, die hiesige Kirche eine städtische Kirche im strengeren Sinne nicht ist und die Patronatsfrage eine damals noch ungelöste Frage war. Hinsichtlich der Theilnahme des Magistrats an der kirchlichen Vermögens-Verwaltung kann somit nur an einen von Oberaufsicht wegen demselben ertheilten verwaltungsbehörlichen Auftrag, nicht an eine patronatische Unterlage gedacht werden. Auch Zimmermann<sup>20)</sup> sagt 1785: Das Kirchenvermögen wird von 4 Vorstehern, denen noch 4 Deputirte von der Bürgerchaft beigelegt sind, administriert.

## 12. War ein Kirchenstuhl des Patrons vorhanden? u. l.-R. II. 11, §. 588.

Der Magistrat hat in der alten Kirche eine Loge gehabt und hat in der jetzigen eine solche noch. Aus §. 87 ergibt sich aber, daß der Besiß der Rathsloge ein Ehrenrecht war, welches nicht dem Magistrat, als dem Patron, sondern dem Magistrat als der Ortsobrigkeit, von der Verwaltungsbehörde zugesprochen worden ist.

## 13. War der Patron in das Kirchengebet eingeschlossen? u. l.-R. II. 11 §. 589.

Im Kirchengebet wird des Magistrats seit lange keine Erwähnung mehr gethan, Früher war es der Fall. Daß die Sitte aufhören konnte, mag dies geschehen sein.

<sup>17)</sup> Ob-Consist.-Verf. an das hiesige Kirchen-Colleg. vom 23. Octbr. 1800.

<sup>18)</sup> im strengeren Sinne.

<sup>19)</sup> Ehrenrechte.

<sup>20)</sup> Beitr. z. V. S. 204.

seit Aufhebung des alten Städtewesens 1809, oder seit Einführung der neuen Agenda 1830, oder wann sonst, spricht nicht für das Patronat des Magistrats. Das alte Kirchengebet führt auch den Magistrat nicht als Patron auf. Seine Erwähnung will wohl nur als Ehrenbezeugung gegen die Ortsobrigkeit gelten.

Die Worte lauten:

„Deiner Obhut und Beystand, o treuer Gott, befehlen wir die hohen  
 „Königlichen Landes-Collegien und andere hohe und niedere Civil-Bediente,  
 „die hier und anderswo des Königs und des Vaterlandes Bestes treulich  
 „suchen und befördern, sowohl den Königlichen Herrn Landrath dieses  
 „siriagauiischen Weichbildes nebst dessen vornehmen Angehörigen, wie auch die  
 „sämmlichen hochgräflichen, hochfreiherrlichen, hochadeligen und andere resp.  
 „Herrschaften, welche sich hierher zu unserem Gottesdienste halten, zusamt  
 „derselben hohen Unverwandten und vornehmen Zugehörigen, ingleichen den  
 „Herren Land-Deputirten bey unsern hiesigen Kirchenanstalten, Einen  
 „hochEblen Magistrat dieser Königlichen Stadt, die Herren Schöppen, und  
 „Geschworenen, die Herren Vorsteher unseres Gotteshauses. Verleihe ihnen  
 „allen Gnade und Segen u. s. w.“

Das Wesen des Patronats ist in obigen Fragen erschöpft. Die geschichtliche Beantwortung derselben führt schon jetzt zu folgendem Ergebniss. Dem Magistrat oder auch der Stadt-Commune gehen die obersten Kennzeichen des Patronats ab. Unleugbar aber ist, daß der Magistrat patronatistische Befugnisse in bedeutender Zahl und durch übergeraume Zeit ausübte. Ebenso gewiß jedoch ist, daß er diese Befugnisse nicht allein ausübte, sondern theilweis in Gemeinschaft mit den evang. Schöppen und geschworenen Kunst-Veltesten oder mit den ev. Stadtverordneten (§. 104). Die Mitwirkung der Schöppen und Geschworenen beruhte zuweilen auf behördlicher Anordnung, auch auf dem Vergleich von 1784 (§. 36). Derjenigen der ev. Stadtverordneten stand keine rechtliche Begründung zur Seite. Dagegen hat die patronatistischen Befugnisse welche der Magistrat hatte, das Kirchen-Collegium ebenfalls gehabt. Wenn daraus Niemand schließen wird, daß das Kirchen-Collegium Patron war, so muß eine solche Schlussfolgerung auch rücksichtlich des Magistrats aufgegeben werden. Der Gesichtspunkt, lediglich die ev. Bürgererschaft als Patron anzusehen, hatte das Meiste für sich. Indes fehlte die

### Regelung.

§. 61. Eine solche bahnte sich an, als die Behörden die Einparrung der Landgemeinden betrieben. Zum Zweck der Durchführung der Sache am hiesigen Ort wurden von der Geistlichen Kirchen- und Schulen-Deputation der Kgl. Regierung zu Breslau 16. September 1811 Landrath Frh. v. Richthofen auf Stanowitz und Superintendent Kunowski in Schweidnitz zu Commissarien ernannt. Bei der Verhandlung mit den Dominen und Landgemeinden 25. November 1812 hatten diese förmlich dagegen protestirt, daß pro futuro <sup>1)</sup> Bau und Reparaturen der Schule aus der Kirchkasse bestritten würden, da diese Ausgaben der Communal-kasse oblägen und alle und jede Gerechtfame verlangt, auch, ob sie wohl

<sup>1)</sup> künftighin.



auf allen Antheil an dem Patronatsrecht Verzicht leisteten, gefordert, daß 3 Deputirte der Dominien und 3 Deputirte der Landgemeinden mit gleicher Stimme, wie die Deputirten in der Stadt, den Zusammenkünften des Kirchen-Collegiums beizuwohnen, und bei der Wahl der Geistlichen jeder ev. Wirth eine Stimme, wie die Bürger, geben sollte. Nachdem die Ansprüche der Landgemeinden dem Magistrat, Kirchen-Collegium und den Stadtverordneten bekannt gemacht waren, erklärten dieselben gemäß Verhandlung hieselbst, 10. December 1812, im Namen der gesammten hiesigen ev. Bürgerschaft als wirklichen Patrons, sich wohl im Allgemeinen und unter gewissen Modificationen günstig. Nur bleibe die eigentliche Administration der Kasse den vereideten Kirchenvorstehern. Die Schulhäuser seien zugleich Amtswohnung der Kirchendiener und gehörten zum Kirchenvermögen, die Stadt könne sie als Geschenk nicht annehmen, noch weniger das Land sie als solches weggeben. Betreffend die Predigerwahl dachte es genug, wenn jedes Dominium und jede Gemeinde 1 Stimme habe, da nicht jeder Wirth possessionirt sei. Um Geneigtheit zu zeigen, entschlossen sich die Verhandlungen, zur Bewilligung des Begehrens unter folgenden Bedingungen. Unsere Landgemeinden präsentiren aus den vom Kirchenpatron allein zu bestimmenden Probepredigern demselben 3 Subjecta durch Stimmenmehrheit sämmtlicher ev. Hauswirthe. Alsdann aber behält sich die Bürgerschaft als Kirchenpatron das Recht vor, aus den 3 Vorgesetzten durch Stimmenmehrheit in sich zu wählen. Den Dominien bewillige zum besondern Beweise der Hochachtung die Bürgerschaft und zwar jeder eingepfarrten Grundherrschaft eben eine solche Stimme, wie jeder einzelne Stadtbürger hat und habe, was diesen Punkt betrifft, zur Compatronatschaft ein. Dies, aber nicht mehr einzuräumen, seien sie fest entschlossen. Größere Forderung sei unbillig, weil die Landgemeinden wohlbedächtig und nach förmlicher Verzichtleistung auf allen Antheil am Patronatsrecht sich wohl zu einigen, aber nicht zu allen damit verbundenen Lasten verstanden hätten und sonst dem Kirchenpatron nichts übrig bliebe, als der leere Name und die Hauptlast, ohne das geringste Vorrecht. „Vor Allem“, hieß es schließlich, „das bei Errichtung des Kirchensystems der hiesigen ev. Bürgerschaft landesherrlich bestätigte und mehrmals von der hohen Landes-Regierung derselben bei jeder Gelegenheit anerkannte Patronatsrecht sichert uns fortwährend die gerechte Behauptung desselben, und wenn wir bei Beherzigung der Zeitumstände uns einige Umbildung desselben gefallen lassen, so geschieht es nur, um in einem freiwilligen Vergleich den Willen der hohen Regierungs-Behörde zu ehren und uns den Wünschen der werthen Landgemeinden anzubequemen, keineswegs aber, um unser wesentliches Recht darüber aufzugeben“. Mittelfst General-Berichts der Commissarien vom 31. Januar 1813 wurden der Königl. Regierung zu Breslau obige Verhandlungen vorgelegt. Der Krieg schnitt das Weitere ab.

§. 62. Inzwischen verfiel die alte Kirche immermehr, was zum Umbau der geschenkten Carmeliterkirche drängte. Behufs Beschaffung der Mittel war eine gesetzlich gültige Bestimmung über die Concurrenz der Gastgemeinden gar sehr zu wünschen. Doch sagten die Zugeständnisse

von 1812, welche wesentliche Patronatsrechte in die ländliche Gemeinde hinaustrugen, in der Stadt nicht zu. Die ev. Stadtverordneten, welche 17. März 1815 die Bildung eines aus Magistrat, Kirchen-Collegium, Stadtverordneten und Bürgerschaft bestellten Comité's beschloffen, wollten die Landgemeinden und Deputirten ohne Verletzung des Patronatsrechtes hören und erklärten 1. Mai und 15. August 1817 ausdrücklich, sie wünschten ihr städtisches Patronatsrecht unverändert beizubehalten, da die Landgemeinden, von der Nothwendigkeit des Baues überzeugt, sich mit milden Beiträgen und Hülfsleistungen theilnehmen würden; das dann noch Fehlende müsse erborgt und garantirt werden. Das Consistorium unterm 14. December 1817 und die Regierung zu Reichenbach unterm 29. März 1818 ließen „auf dringendes Ansuchen der Gemeinde“ die Einsparungs-Verhandlungen von 1812 durch die ernannten Commissarien. Landrath von Hocke hier und Superintendent Scherer in Zauer, mit Zuziehung der Ortspfarren wieder aufnehmen und schrieben einen Vertrag zwischen der Muttergemeinde und den neu zuzuschlagenden Gemeinden über Abgaben und Beiträge sowie ihre Theilnahme am Wahlrecht aus. Landrath Frh. von Rietthofen auf Barzdorf hielt die Zuziehung der Geistlichkeit nicht für durchaus erforderlich, Superintendent Scherer für sehr zweckmäßig, gab jedoch nach. So erschienen die Mitglieder des Magistrats und die Deputirten der Bürgerschaft als des bisher eigentlichen Patrons der ev. Kirche zu Striegau, sowie die Dominien und Landgemeinden in ihren Vertretern zum Commissions-Termin am 9. Juli 1818 auf dem Landrathsamte. Nachdem dem „Auschuß der Bürgerschaft unter Zuziehung des Magistrats“ von den Commissarien bemerkt war, wie die Bürgerschaft allein bloß Kirchenpatron und die Deputirten der Stadt qu. zu wählen hätten, ob sie ihr bisher rechtlicher Weise besessenes Kirchenpatronats-Recht („in sensu strictiori“) zur Mittheilnahme an die Dominien der Gastgemeinden unter Verstattung des allgemeinen Wahlrechts aller, alsdann einzupfarrenden Gemeinden ganz aufgeben, oder mit Zuschlagung gedachter Dominien und Gemeinden sich begnügen wollten, wurde der Vorschlag von 1812 ganz unpassend gefunden und das Letztere gewählt. Die Verhandlung trug die Unterschriften in zwei Gruppen: 1) Von Seiten der Stadt. 2) Von Seiten des Landes.

Die Regierung gab 30. Juli die Verhandlung zurück, sie faßlicher und bestimmter dahin zu vervollständigen, daß „die zugeschlagenen Dominien und Gemeinden als Gäste der ev. Kirche zu Striegau in Recht und Pflicht betrachtet werden, und hiernach das bisherige Patronats-Recht unverändert bleibe“ Unerlebte Förmlichkeiten bei Vollmachten für Vertreter des Grundbesitzes Minderjähriger verzögerte den Abschluß.

§. 63. Die ev. Commune und das Kirchen-Collegium wünschten 1821 dringend die Beendigung der gesetzlichen Zuschlagung. Am 4. October 1821 kam die Sache zur Erledigung. Das abschließende Verhandlungs-Protokoll wurde aufgenommen und außerdem die von der Commission entworfene, abgesonderte Vertrags-Urkunde über die gastweise Zuschlagung der Landgemeinden vollzogen. Das Protokoll besagt im Eingange, daß



der Entwurf der Vereinigungs-Urkunde „zwischen der evangel. Stadtgemeinde Striegau und den zeither sich zu dieser Kirche haltenden Landgemeinden von der Commission gebildet, und dessen Mittheilung an sämtliche Dominien und Gemeinden, ebenso an den „Magistrat zu Striegau als Repräsentanten des Patrons der dasigen Kirchengemeinde“ geschehen sei. Im Abschnitt von der Prüfung betreffs Bevollmächtigung der Verhandelnden heißt es, daß erschienen waren „der Magistrat von Striegau durch die unterzeichneten Mitglieder desselben und einige Deputirte der ev. Gemeinde.“ Die Unterschriften des Protocolls wurden wieder in Gruppen geleistet, nämlich 1) Von Seiten der Stadt und 2) Von Seiten des Landes, a. Dominien, b. Gemeinden. Im Vertrage selbst heißt es zwar, von Vorstehendem abweichend, er sei geschlossen zwischen dem Wohlblöblichen Magistrat und der resp. Stadtverordneten-Versammlung an einem und am andern Theile den Grundherrschaften und Gemeinden der Ortschaften zc. Allein die Abweichung ist, obwohl auffällig, von keinem Belange, weil es Worte sind, welche nur der schon im September 1818 angefertigte, superintendentliche Vertrags-Entwurf angewendet hatte, weil derselbe zwar von den verhandelnden Parteien am 4. October 1821 einmüthig angenommen, aber ausdrücklich doch nur auf der Basis der früheren Verhandlungen (vom 9. Juli 1818) und als übereinstimmend damit angenommen wurde und weil selbstverständlich die Vertrags-Urkunde lediglich im Sinne des zur gleichen Stunde vollzogenen Vertragsaufnahme-Protocolls verstanden werden darf. Es liegt eine Ungenauigkeit des Ausdrucks vor, wie die ist, daß der Vertrag, der nur ein Zuschlagungs-Vertrag war, selbst von der Behörde wieder ein Einpfarrungs-Vertrag genannt wurde. Die Unterschriften erfolgten abermals gruppenweis, zuerst „Von Seiten der Stadt“ — 12 Namen — mit der Nachschrift: „Namens der ev. Stadt-Gemeinde Sander“, was nur unsere eben gegebene Erläuterung bestätigt, sodann: „Von Seiten des Landes“, zuletzt: „Von Seiten der Landgemeinden.“ Die Bestätigung der betreffenden „Einpfarrung“ (Zuschlagung!) ertheilte die Regierung unterm 9. August 1822 als Vertrages zwischen dem Magistrat und mehreren Landgemeinden, also mit Uebergehung der Stadtverordneten.

§. 64. Der hier wichtige §. 1 des Zuschlagungs-Vertrages lautet wörtlich dahin, „daß die zugeschlagenen Dominien und Gemeinden der namentlich hier angeführten Ortschaften Striegauer und Schweidnitzer Kreises als Gäste der evangelischen Kirche zu Striegau in Recht und Pflicht fortan betrachtet werden sollen. Das bisherige Patronats-Recht verbleibt daher der Stadt Striegau nach wie vor ohne alle Umänderung. Eben so wie auch gedachte Stadt Striegau wie bisher allein nur als eingepfarrt und selbst mit Ausschluß der in dem obigen Namens-Verzeichniß hier zuerst aufgeführten drei städtischen Landgemeinden zu betrachten ist.“ Die Sache ist wohl an sich selbst klar. Dennoch werde Folgendes bemerkt. Deutlich 1) ist ein wirkliches Patronat gemeint. Dies zeigt sich an dem §. 2 des Vertrages erwähnten Patronats-Drittheil bei Lasten zur Unterhaltung der Kirche. Ebenso sicher 2) ist, daß durchaus

das Patronat kein neues werden, sondern unverändert ganz und gar das alte bleiben, mit andern Worten, daß jedes 1812 den Landgemeinden gemachte Zugeständniß (§. 61) zurückgenommen sein, namentlich die Wahl der Pastoren also auch künftig lediglich der ev. Bürgerschaft zustehen sollte. Unwidersprechlich 3) ist zwar, daß unter der „Stadt Striegau“ die politische Stadtgemeinde verstanden werden kann, aber ebenso unwidersprechlich, daß sie nicht darunter verstanden werden muß, ja nicht verstanden werden darf, wenn, wie hier, der ganze Verlauf der Verhandlungen dies gar nicht an die Hand giebt, sondern schlechtweg verwehrt. Wenn es im Zuschlagungs-Vertrage dicht neben einander von der „Stadt Striegau“ heißt, daß „gedachte Stadt Striegau“ allein als eingepfarrt gelte, so wird 4) sofort handgreiflich, daß die „Stadt“ und die „eingepfarrte Stadt“ Ein und Dasselbe vorstellt. Die „Stadt Striegau“ des §. 1 ist nichts als, im Gegensatz zur ländlichen Kirchen-Gemeinde, der in der Stadt wohnende Theil der Gesamt-Kirchengemeinde. Nur wird man die Gemeinde in der Stadt gleichwohl als die ev. Bürgerschaft zu nehmen haben. Andernfalls hätte — das aber war die Meinung nicht — die Bürgerschaft ihr Patronatsrecht denn doch abgeändert und mit Andern getheilt, weil zur eingepfarrten Stadtgemeinde neben den Bürgern ja auch die Schutzverwandten gehörten.

§. 65. Der Unterschied, den die alte Städte-Ordnung zwischen Bürgern und Schutzverwandten machte, wurde durch die neue Städte-Ordnung aufgehoben. Dies führte zu einem weiteren Regelungs-Versuch in Betreff der Patronatsfrage. Das Kirchen-Collegium fragte 19. Jan. 1854 bei dem Magistrat an, wen es nach Einführung der Städte-Ordnung vom Jahr 1853 in der Gesamt-Commune der Stadt als die Patronats-Berechtigten der hiesigen ev. Kirche anzusehen habe, ob die ehemals geltende ev. Bürgerschaft das Patronatsrecht wieder erlangt habe oder welche andere Einrichtung getroffen worden sei. Der Magistrat erwiderte 21. Febr., daß von einem Kirchenpatronat im gesetzlichen Sinne bei der hiesigen ev. Kirche nicht die Rede sein könne, vielmehr die hiesige ev. Gemeinde alle Rechte habe, welche sonst gesetzlich dem Patron zustünden. §. 568, 387, Tit. 11, Th. II. A. L.-R. fanden hier nicht statt. Vergl. §. 38. Am 20. April 1854 traten 31 ev. Männer der Stadt — unter ihnen erschien auch Superintendent Thilo — zusammen, um die Frage zu entscheiden, wer berechtigt sei, das Patronat, welches zeitlicher die evang. stimmberechtigte Bürgerschaft ausübte, ferner auszuüben. Zum Betriebe der Sache wurde ein Comité gewählt, mit dem Apotheker Menck als Vorsitzendem. Es reichte 26. April einen Bericht, den selbigen Tags 25 auf Einladung erschienene Bürger billigten, bei der Kgl. Regierung zu Breslau ein. Derselbe besagte, daß die ev. Bürgerschaft vom Jahr 1741 das Patronatsrecht bis zum heutigen Tage ungestört ausgeübt habe. Der überwiegendste Theil der Bürgerschaft sei ev. gewesen, der Magistrat habe nur aus ev. Mitgliedern bestehen dürfen. Es hätte so keine Schwierigkeit gemacht, daß die Angelegenheiten der ev. Kirche in die Hände des Magistrats übergingen und der Magistrat die ev. Bürgerschaft vertreten



konnte. — Die Städte-Ordnung habe im Jahr 1869 nichts geändert, da alle von den früheren Schöffen oder Bürger-Repräsentanten abgemachten Sachen in die Hände der ev. Stadtverordneten „stillschweigend“ (§. 60, 3 und 4) übergingen. Jetzt aber übe die Vermehrung der katholischen Bevölkerung Einfluß auf die Wahlen und vor kurzer Zeit habe das Magistrats-Collegium zur Hälfte, den Bürgermeister an der Spitze, aus kath. Mitgliedern bestanden. Die neue Städte-Ordnung löste ganz besonders das schon gelockerte Band zwischen dem Magistrat und der ev. Kirche. Der Magistrat habe das Kirchen-Collegium 1) auf Antrag, die Wahl eines Kirchen-Deputirten durch die Stadtverordneten vornehmen zu lassen, abschlägig, 2) auf die Frage, wer nach der neuen Städte-Ordnung das Patronatsrecht ausüben hätte, so gut wie gar nicht beschieden. Die Regierung solle daher prüfen und bescheiden:

- 1) Wer jetzt als Bürger bei Ausübung des Patronats- und des Stimmrechts in der ev. Kirche berechtigt sei,
- 2) Welche Rechte und Lasten den Eximirten zukommen,
- 3) Nach welchem Wahlmodus Kirchen-Collegium und städtische Patronats-Deputirte gewählt werden sollen,
- 4) Wer bei Lasten für die Kirche die Repartition und nach welchen Principien anzufertigen habe und mer gesetzlich zur Bestenerung anzuziehen sei.

Erst auf erneuerte Anfrage erklärte die Regierung 30. November 1854, daß die Entscheidung zunächst davon abhängig gemacht werde, ob das Patronat der Stadtgemeinde als solcher oder der ev. Bürgerschaft zustehe, daß zu einer principiellen Beantwortung der aufgeworfenen Fragen keine ausreichende Veranlassung vorliege, daß die Entscheidung — namentlich betreffend das Wahlrecht — überwiegend dem Consistorium competire, daß auf bloß theoretische Untersuchungen nicht eingegangen, sondern überlassen werde, bei sich darbietender praktischer Veranlassung jeden einzelnen Fall zur Entscheidung vorzutragen, daß — sofern abweichende Localverhältnisse nicht nachzuweisen — das der politischen Stadtgemeinde etwa competirende Patronat durch die Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 keine Aenderung erlitten habe, das Patronat dagegen nach Aufhebung des Unterschiedes zwischen Bürgern und Schutzverwandten nummehr sämtlichen selbstständigen ev. Wohnern der Stadt zuständig sein dürfte. Das Comité berief daher die ev. Bürger und alle hiesigen selbstständigen ev. Einwohner zum 7. Januar 1855, mittelst Bekanntmachung im Wochenblatt und von der Kanzel, in den Confirmantensaal. Die 36 Erschienenen bestellten ein Comité von 9 Mitgliedern, welchem Kaufmann Kamitz zum Vorsitzenden gegeben wurde. Dasselbe ließ durch Kreisrichter Goldstein eine Denkschrift aus den magistratualischen Acten entwerfen, über die Frage, 1) wer zur Ausübung des Patronatsrechtes befugt sei, 2) welche Rechte und Pflichten den künftig zu wählenden Patronats-Bevollmächtigten übertragen werden sollten. Diese Denkschrift knüpfte an das Allg. L.-R. Th. II Tit. 11 §. 568 — 617 und von Ranphs Annalen B. 5 S. 79 (Vergl. §. 60, Nr. 4) an, gab dann eine Beantwortung der Fragen, wer die Kirche

gebaut oder dotirt, wem der Staat das Patronat über die Kirche verliehen, seit welcher Zeit und aus welchem Grunde der Magistrat das Patronatsrecht und in welchem Umfange ausgeübt habe. Wenn gleich für den gewünschten Zweck die Acten keineswegs gefüge waren und die Denkschrift mehrfach dasselbe anzuführen hatte, was unsere Darstellung S. 60 bringen mußte, immerhin schien die durchschlagende, darum auch geltend gemachte Bestimmung S. 1 des Zuschlagungs-Vertrages vom 4. October 1821 zu sein. S. oben S. 64. Dort fand sich der Satz: „Das bisherige Patronatsrecht verbleibt daher der Stadt Striegau nach wie vor ohne alle Umänderung.“ In der That schloß die Denkschrift mit folgender Beantwortung der gestellten Fragen:

- 1) Zur Ausübung des Patronats-Rechtes über die ev. Kirche ist nur die politische Stadtgemeinde befugt.
- 2) Erledigt sich, da nach Lage der Acten die ev. Bürgerschaft als solche niemals Patronatsrechte ausgeübt hat und sich im Besitze des Patronatsrechtes niemals befunden hat. Vgl. S. 84, Z. 6 v. u.

Obgleich dieser Anstellung sich das S. 64 Bemerkte hätte entgegen halten lassen, daß ad 1 unter der Stadt Striegau die politische Stadtgemeinde nicht zu verstehen sei, mithin auch die daraus gezogene Folgerung ad 2 nicht zutreffe, traten am 16. Februar 1855 die Comité-Mitglieder nach Einsicht der einschlägigen Acten der Denkschrift doch bei.

S. 66. Dagegen erwuchs der Bemühung, das Patronat dem Magistrat zuzuführen, anderweit eine Hemmung, indem der Magistrat selbst 9. Jan. 1855 dem Kirchen-Collegium eröffnet hatte, daß in Folge der Einführung der neuen Städte-Ordnung das Patronats-Recht von ihm auf die Gemeinde übergegangen sei. Das Comité meinte, die magistratualische Ansicht beruhe auf einem Irrthum, da ja in der Sache durch die neue Städte-Ordnung nach dem Regierungs-Rescript vom 30. November 1854, — S. 65 — wenn die politische Stadtgemeinde Patron, sich nichts geändert habe, auch nach S. 610, Tit. 11, Th. II, A.-L.-R. sich nichts ändern konnte und gab 1. Mai 1855 mittelst Vorstellung von 47 evang. Bürgern dem Kirchen-Collegium anheim, die Feststellung der schwankend gewordenen Verhältnisse, aber unter Zugrundelegung der 2c. Denkschrift, in die Hand zu nehmen. Das Kirchen-Collegium ging darauf ein und wendete sich 11. Mai in diesem Sinne an den Magistrat. Derselbe, nachdem er 18. Juli die ev. Bürgerschaft berufen und von dieser das Patronatsrecht aufs Neue in die Hände gelegt erhalten hatte, schrieb selben Tages zurück, daß, da eine Aenderung der Verhältnisse nicht eingetreten, er das Patronat nach wie vor ausüben werde, beauftragte auch 4. Septbr. den Kirchen-Deputirten Urban, den Patron bei der Kirchen-Visitations-Conferenz mit dem Kirchen-Collegium zu vertreten. Allein das Königl. Consistorium wollte — 31. October — die Uebertragung des Patronats auf den Magistrat so lange als gar nicht geschehen ansehen, bis die diesfällige Genehmigung gebührend nachgesucht und ertheilt sei. Und nun beschloß der Magistrat — Sitzung vom 23. November — wie folgt: Da wir nur in Berücksichtigung einer früheren Annahme des Magistrats,



als sei das Patronat des letzteren durch Einführung der neuen Städte-Ordnung aufgehoben, was wir nicht als zutreffend erachten konnten, das Patronat anerkannt haben, wir aber durchaus kein Verlangen tragen, im Bestreitungsfall auf der Behauptung des Rechtes wegen der damit verbundenen Verbindlichkeiten zu beharren, finden wir keine Veranlassung, wegen Erledigung der Patronatsfrage weitere Schritte zu thun. Daher lediglich ad acta. Die Königl. Regierung ihrerseits bedeutete auf die Visitationsberichte das Kirchen-Collegium 17. Novbr. 1855, sie könne, anlangend die zur Sprache gekommene Uebertragung des Patronats von der Gemeinde auf den Magistrat, sich nur auf ihre Verfügung vom 30. Novbr. pr. an die Herren Mende und Genossen beziehen. §. 65.

§. 67. Bei dieser Sachlage trat das Comité wieder mehr hervor. Es wurde 6. Decr. 1855, um die Entscheidung betreffs des schwankenden Patronats-Verhältnisses herbeizuführen, bei der Königl. Regierung laut Inhalts seiner Denkschrift vorstellig. Statt der Regierung eröffnete das Consistorium 4. Juni 1856 den Herren Kamitz und Genossen, daß, da sie weder die Vertreter der Stadtgemeinde Striegau, noch der ev. Kirchengemeinde wären, es sich nicht veranlaßt finden könne, eine Erörterung über das angeblich streitige Patronatsrecht anzustellen, zumal die angeblich mit einander Streitenden bisher es nicht angegangen hätten, die generelle Bestimmung im Falle eines Streites aber nach §. 577 II. 11. A. L.-R. dem weltlichen Richter gebühre. Die Comité-Mitglieder versuchten 13. Juni 1856 nochmals an das Ziel zu kommen, aber das Consistorium ging — 25. Juni — darauf nicht ein, da aus dem Vortrage nur erhelle, daß einzelne Bürger zusammengetreten seien und ein Comité zur Erörterung der Patronatsfrage gewählt hätten, nicht aber, daß dies Seitens der Kirchengemeinde geschehen sei, und daß die Gewählten die Kirchengemeinde vertreten. Die Thätigkeit des Comité's mußte hiernach erlöschen, der Gedanke des magistratualistischen Patronats blieb.

§. 68. Im Jahr 1856 gelangte äußerlich zur Kenntniß des Magistrats, daß bei der Kirche 700 Thlr. Stellgeldreste aufgelaufen seien und er hielt, deren Eintreibung von dem Kirchen-Collegium zu verlangen, sich für berechtigt. Die Mehrheit des Magistrats war nämlich der Ansicht, der Magistrat sei Patron der ev. Kirche. Der Bürgermeister Fischer erklärte sich für diese Ansicht nicht. Der Magistrat ersuchte daher 14. Juli 1856 die Regierung, zu entscheiden, welche von den beiden im Schooße seines Collegiums vertretenen Ansichten die richtige sei. Im desfallsigen Bericht des Bürgermeisters Fischer sagt dieser unter Anderem: Er glaube nicht, daß der Magistrat sich als Patron geriren, also auch nicht ein Aufsichtsrecht (über die Kirchasse) geltend machen könne. Den Acten nach habe ein klar geordnetes Verhältniß zwischen dem Magistrat und der hiesigen evang. Kirche nicht bestanden, insoß der Magistrat einzelne Patronatsrechte ausgeübt und namentlich bei der Acceptation einer der Kirche gemachten Behörde sich selbst als Patronatsbehörde bezeichnet. Hieran nun eröffnete die Regierung dem Kirchen-Collegium 15. Novbr. 1856, daß der Magistrat in seiner Eigenschaft als städtische Behörde oder Guts-

herrschaft der Kammereidörfer zwar nicht verpflichtet sei, bei der Einziehung der Kirchstellen=Gelder=Keste mitzuwirken, wegen seines obwaltenden „Patronats-Interesses“ aber auf Ersuchen sich gewiß gern bereit zeigen würde, hilfreiche Hand zu leisten. Als Entscheidung der Hauptfrage war dies schwerlich anzusehen. Die Patronatsache zeigte sich fortan nur noch berührt, wo es sich um die Wahl der sogenannten Patronats-Deputirten, beziehentlich um die Gemeinde=Verfassung handelte.

§. 69. Das dahin Gehörige ist bereits §. 29—31 und 39—41 berichtet. Hier bleibt daher nur noch hervorzuheben, daß am Ende der Verhandlungen betreffs der Kirchenverfassung sowohl der Magistrat als die Stadtverordneten Beschluß gefaßt hatten, jede Mitwirkung bei Angelegenheiten der Kirche aufzugeben. Die Entscheidung bei der Aufstellung des Statuts am 12. October 1860 war denn auch die, daß alle zur Errichtung des Gemeindestatuts befugten Abgeordneten der Gemeinde — Einen ausgenommen — als Patron der Kirche die ev. Bürgerschaft anerkannten. Dieselbe wurde als solcher bei Genehmigung des Gemeinde=Statuts (§. 30) unterm 8. April 1863 mitbestätigt.

### Mitwirkende Umstände.

§. 70. Der alte Magistrat war nicht bloß, wie jetzt, die Verwaltungs- und Polizei-, sondern auch die Justiz=Behörde der Stadt, somit die ganze Obrigkeit. Kaum mochte eine solche Beamten=Körperschaft einflußlos bleiben wollen, als mit der ev. Kirche ein neues öffentliches Gemeinwesen am Orte aufkam. Der Magistrat vermerkte es 5. October 1743 übel, daß das Kirchen=Collegium irrequisito Magistratu <sup>1)</sup> die Zünfte und Zechen <sup>2)</sup> zusammenkommen ließ, Häuserkäufe und Bauereien ohne seine Wissenschaft willkürlich vornahm, eigenmächtig den Gotteslasten, ohne eine Nachricht zu geben, ausräumte und schließlich, da ein Mittagsprediger gewählt werden sollte, daß „die Bürgerschaft vor und an sich selbst das jus Praesentandi cum Exclusionem Magistratus <sup>3)</sup> haben wollte und verlangte (— §. 1 —), während doch jedes Ortes Obrigkeit derlei Sachen zu präsentiren hätte. Da das Kirchen=Collegium die Grabstellen in der Kirche verkaufte und der Preis (10 Thlr.) dem Magistrat zu hoch erschien (§. 88), erklärte derselbe 16. Aug. 1771 der Oberamts=Regierung seine Unzufriedenheit in dem Ausruf: „Nithin sollen wir und die ganze Communité uns der Discretion eines aus Bürgern und uns untergebenen Einwohnern bestehenden Collegii unterwerfen und uns pro lubitu <sup>4)</sup> schätzen und taxiren lassen, welches aber nur lediglich die Sache des magistratus ecclesiastici vel ejus, qui jurisdictionem in loco exercere potest <sup>5)</sup>, ist und sein kann. Die Kirchenvorsteher waren der Stadtohrigkeit unter=

<sup>1)</sup> Ohne Zuziehung des Magistrats.

<sup>2)</sup> Selbstverständlich werden es nur deren ev. ang. Mitglieder gewesen sein.

<sup>3)</sup> Das Präsentationsrecht mit Ausschluß des Magistrats.

<sup>4)</sup> Willkürlich.

<sup>5)</sup> Kirchen=Oberen oder dessen, der die Gerichtsbarkeit am Orte zu üben hat.



than und zwei von ihnen Anfangs Mitglieder des Rathes, geschäftlich ihm nicht gewachsen, auch nicht immer einig. Die ev. Zunftmitglieder suchten in Streitfällen selber Unterstützung beim Magistrat. Der magistratualische Einfluß konnte um so eher Platz greifen, da die Königl. Kammer sich günstig bewies. Der Pastor gehörte noch nicht zum Kirchen-Collegium. Die Separat-Eingaben desselben erschienen leicht persönlich und sein Eifer bot Gelegenheit zu Angriffen. Der Magistrat ließ für die Bettelente beider Confessionen Büchsen vor die Kirchthüren stellen, an denen auch für das Bethaus Gaben erbeten wurden und beharrte trotz eingelegter Vorstellung dabei, obwohl der Bettelvogt zwei Mal in der Woche Haus zu Haus sammelte. Auch stellte der Magistrat das Schul-Examen an und lud den Pastor nur zur Beiwohnung ein. Die Kammer wies 21. Septbr. 1744 auf Spangenberg's Beschwerde „diesen unruhigen Prevdiger zurück, mit der Drohung, ihn anderweitig zu translociren, falls er den Magistrat „bei der ohnedem unruhigen Bürgerschaft verächtlich machen würde“. Da Pastor Spangenberg sich dabei nicht beruhigte, sondern zu weiterer Anzeige schritt und Magistrat unter Anderem die Schöppen und sämtliche Geschworene von beiderlei Confession convocirt hatte, drohte dem Magistrat das Ober-Consistorium mit scharfer Ahndung, sollte er sich über die hiesigen Schulen vermessene Eingriffe in dessen Jura anmaßen. Auch 1745 ertheilte — 9. Septbr. — das Ober-Consistorium auf die versuchten Aenderungen der eben erst durch eine Königl. Commission errichteten Schulordnung dem Magistrat eine Rüge. Indeß forderte die Kammer 20. Decmbr. 1745 den Magistrat auf, seine Gedanken über die neue Schulordnung zu erklären. In den Beschlüssen und dem Bericht desselben vom 7. März 1746 wird, was uns anziehend ist, Alles aufgeführt, worauf der Magistrat sein Recht gründete. Er meinte, daß die Inspection der Schulen dem zeitigen und künftigen Pastori übergeben, schwäche seine Autoritas Jurisdictionalis,<sup>6)</sup> daß das rathshäusliche Reglement das Kirchen-, Schul- und Armen-Wesen dem Consul dirigenti und dem Dr. et Senatori Krusche in specie als Departement antweise, daß in dem ersten Rescriptum des Feld-Kriegs-Commissariats vom 4. December 1741 dem Ober-Consistorio nichts zu finden, sondern die Bürgerschaft an den Magistrat verwiesen sei, wegen des Ortes mit solcher (?) Abrede zu nehmen und die Schul-Bebienten-(Verusung) zur Confirmation einzusenden (?), daß die Kammer ihm 19. Juli 1742 die Publication der Cantor-Vocation,<sup>7)</sup> 21. October 1743 das Directorium im Kirchen-, Schul- und Armen-Wesen, 15. Juli und 28. September 1744 die Schul-Examina anzustellen übertragen,<sup>8)</sup> 13. October ihn angewiesen

<sup>6)</sup> Gerichtsbarkeits-Ansehen.

<sup>7)</sup> „Die Vocation des Rectoris wäre auf keine andere Weise geschehen, wenn er nicht zugleich als Catechete vociret wäre.“

<sup>8)</sup> „Da wir nicht begreifen können, daß der Herr Pastor mehr als Magistratus, welcher (?) nebst Bürgerschaft ihn zum Pastorem vociret, in diesem Passu zu sprechen haben sollte und ohnerachtet der gesuchten turbation in seiner Possession von höherer Macht geschützt worden ist.“

hätte, Vigore Officii<sup>9)</sup> dem Pastori nichts Unbefugtes einzuräumen. Die Kammer berichtete wegen Abänderung der Schulordnung 29. April und nochmals 18. October 1746 an die Ober-Amts-Regierung. Erfolg zeigte sich nicht. Wenn der Magistrat Trinitatis 1744 eine Kammer-Ermächtigung zur Abhaltung des Schul-Examens nicht hatte, dem Pastor sie vorzeigen zu können, eine solche aber nachfolgendes (Juli) durch Kriegsrath Wernicke zu „veranstalten“ wußte; wenn der Magistrat auch sonst mit dem Kriegsrath auf dem Fuße gegenseitiger Gefälligkeit (§. 71) stand; wenn bei einem auf Ausschließung des Kirchen-Collegiums von der üblichen Vocations-Ertheilung (1789 Cantor) berechneten magistratualischen Bericht die Behörde besonders darauf aufmerksam gemacht werden konnte, daß die Unterschrift des Bürgermeisters, auch des ältesten Raths-Mitgliedes fehle und nur die des Titular-Polizei-Directors und der übrigen neuen Rathsmitglieder gegeben seien; wenn Beschwerden aus der Gemeinde beim Magistrat angebracht wurden zur Zeit, da sie ihm gelegen kommen mußten, und wenn das zufällig so geschah: so taucht zuweilen der Gedanke auf, der Zufall habe der Einwirkung städtischerseits wohlgewollt. Indeß, sollte der Bürgerschaft-Patron in Masse seine Obliegenheiten verrichten? Brauchte er nicht eine vollmachthabende Vertretung? Da keine geschaffen wurde, stellte als Aushilfe die Ortsbehörde sich ein. Das Auftreten des Magistrats in späterer Zeit und namentlich das der evang. Stadtverordneten dürfte nicht am wenigsten aus dem Umstande mit herrühren, daß die Ueberlassung der Carmeliterkirche an die Stadt (§. 98) erfolgte und als das Werk eines Vergleichs zwischen der proceßführenden Stadt-Commune mit dem Fiscus zu Gunsten eines Dritten, der ev. Kirchgemeinde, gelten kann. Drückt doch die Geistliche und Schulen-Deputation der Königl. Breslau'schen Regierung bei abschriftlicher Zufertigung des diesfälligen Cabinets-Befehls (§. 98) an Superintendent Kunowski sich unterm 10. März 1813 geradezu dahin aus: „des Königs Majestät haben allergnädigst geruhet, der Stadt-Commune in Striegau die dortige geschlossene Carmeliter-Kirche und Kloster-Gebäude Behufs ihres Gottesdienstes, zur Schule und zu Prediger- und Schullehrer-Wohnungen — — zu überlassen. Jedenfalls wird dies Einfluß auf das Bewußtsein eines Anrechts auf Mitverwaltung der Kirche gehabt haben. Oft bezeichnen auch kleine Züge die Auffassung der Dinge. So wollten die Stadtverordneten 29. April 1820 die nachmittägigen Kirchen-Offertorien beseitigen, weil dabei die Stadtgemeinde doppelt, die ländliche nur einfach zu geben hätte. Das Kirchen-Collegium muß zuweilen ganz übergangen worden sein. Denn es äußerte sich 22. März 1828, als der Lehrer und Oberglöchner Brendel dauernde Vertretung brauchte, gegen den Magistrat dahin: „Schon mußten wir glauben, Ein Wohlthätlicher Magistrat halte unser Collegium für ganz gestorben, weil es Wohlthätigem gefallen hat, reine Kirchen-Angelegenheiten für sich allein und ohne uns gebührend hinzuzuziehen, abzumachen, und wir waren nahe daran, die hohe Behörde um einige Erinnerungen an unsere wohlervorbenen

<sup>9)</sup> Kraft des Amtes.



Rechte da, wo es Noth thäte, zu ersuchen, als wir uns jetzt in Zufertigung eines Protokolls über eine uns zur Hälfte angehende Sache wieder als lebend anerkannt sehen. Nun in der That, wir leben und fühlen uns noch als ein hier Niemand subordinirtes, seine Rechte wie seine Pflichten aufrecht haltendes Collegium, wollen jedoch — — — ganz gern in jener Zeit für todt gehalten sein.“ Ob der immermehr sich Bahn brechende Umschwung in politischer wie kirchlicher Hinsicht angethan war, die Stimmung wohlwollend werden zu lassen, bleibe dahin gestellt. — Man darf auch annehmen, daß auf die Persönlichkeit der Bürgermeister etwas ankam, ob nämlich dieselben unternehmende oder ruhige Naturen waren und ob sie wünschten, bald um des kath. Bekenntnisses willen von den ev. Mitbürgern nicht mißverstanden zu werden, bald, das Landrecht allein entscheiden zu lassen, hier, die Verwaltung zu klären, wohl auch Bedenkllichkeiten katholischerseits gegen etwaige patronatische Belastung der Stadt vorzubeugen, da wieder, die kirchlichen und die communalen Angelegenheiten zu sondern. Wie dem sei, dem Magistrat ist die Leitung des Kirchenwesens nur theilweis zugefallen. Der Versuch, sie in vollem Umfange zu erlangen, schlug, wie der Wahlstreit von 1765 zeigt, fehl. Dieser darf angesehen werden als wahrer

### Entscheidungsfall.

§. 71. Die Sache verhielt sich folgendermaßen. Vier Bewerber um das zweite Pastorat standen in der Wahl:

- 1) M. Thiele in Breslau, dem Magistrat durch Ob.-Conf.-Kath Burg und des dirigirenden Ministers in Schlesien, Grafen von Schlabrendorf, Excellenz empfohlen,
- 2) Schul-College Winckler zu Schweidnitz, von dem Magistrat gewünscht,
- 3) Candidat Müller, Hofmeister bei Oberstwachmeister von Koller hier, dem Magistrat durch Kriegs- und Steuerrath Eversmann in Schweidnitz zur Berücksichtigung empfohlen, mit dem Versprechen, diese Gefälligkeit bei allen Occasionen zu vergelten,
- 4) Candidat Herrmann, seit 4 Jahren Hofmeister des Kirchen-Deputirten von Wagenhof hier, der Gemeinde durch Wandel wie Predigt bekannt.

Der Wahltermin war, „gut ausgedacht“, vom Magistrat dem Kirchen-Collegium erst am Vortage der Wahl angezeigt worden. Von den adeligen Deputirten war von Sehlitz verreist, von Wagenhof am Wahltag — 14. März — mit einer Commission in Kreis-Angelegenheiten befaßt. Von den Kirchenvorstehern dringend ersucht, schob er sein Geschäft auf und begab sich mit ihnen in der Stille in die Kirche. Der Magistrat erschien unter Trompeten- und Paukenschall, die Bürger in schwarzen Mänteln. Nach Gesang und Altarrede des Pastors Thilo schritt man zum Wahlstisch vor dem Altar. Syndicus Ruhn, welcher für Wincklers

Wahl persönlich interessirt war, rückte die Schreib-Gegenstände vom obern an das untere Ende des Tisches, aber von Wagenhof setzte sich dennoch, vermöge seines Amts,<sup>1)</sup> die Stimmen mitzuzählen, dicht neben ihn, dem Accis-Einnehmer König und Rathmann Schmidt gegenüber. Die Kirchenvorsteher nahmen in gehührender Scheu an der andern Ecke des Tisches Plak. Abgegeben wurden 168 Stimmen; davon erhielt 122 Herrmann, 44 Winkler, 2 Thiele. Das Kirchen-Collegium trug sofort — 15. März — auf Herrmanns Confirmation an. Der Magistrat beantragte — 16. März — bei Minister von Schlabrendorf Verhaltungs-Ordre und berichtete per Expressen: Bei dem Wahlmodus könne eine vernünftige Absicht niemals gelingen. Es sei, der Himmel weiß wie, möglich gemacht worden, daß von 168 Stimmen 122 auf Herrmann gefallen. Dieser besitze gar nichts Vorzügliches vor den übrigen Bewerbern; von Wagenhof habe dem Wahlactui<sup>2)</sup> von Anfang bis Ende beigewohnt, das votum der von Seydlitz'schen Miterben für seinen Hofmeister abgegeben und viel Neugier und Unruhe verrathen. „Es sei dem aber, wie ihm wolle“, äußerte der Magistrat, „so können doch wir den unerwarteten Ausgang dieser Wahl nicht eher genehmigen, bis wir überzeugt, daß solches ohne unsern Nachtheil geschehen kann und mag. Denn, obwohl die wider selbe angemerkten Bedenlichkeiten von der Erheblichkeit nicht sind, daß wir daraus wider die ganze Handlung eine nachtheilige Folge zu machen im Stande, so — — unterlegen wir diese Begebenheit und wie weit diese Wahl bestehen und gelten oder unter billigen Einschränkungen mit ohne fehlbarem Erfolge wiederholt werden soll, Ew. Excellenz. — Wir sind auch dem Thiele die Vocation ungesäumt zu übermachen bereit, wenn Ew. Excellenz dieselbe und uns wider die zu erwartenden Anfertigungen zu unterstützen geruben“. Der Minister, nachdem er ersehen, in welchen Terminis das Wahl-Geschäfte stehe, war nicht Willens, sich weiter davon zu meliren. Nun suchte — 28. März — der Magistrat Hülfe bei dem Ob.-Conf.-Rath Burg in Breslau. Nachdem Herrmann als der schlechteste der Bewerber dargestellt worden, heißt es: „Was wir fühlen, wenn wir und die angesehensten Einwohner eine Handlung gut heißen müssen, die aus Dummheit erzeugt und durch abgeschmackte Mittel zur Vollkommenheit gebracht worden. Daß aber durch die bisherige Einrichtung der Wahl Verstand und Einsicht dem Unverstande und der Dummheit unterworfen, ist — erweislich. Und so lange diese Art der Wahl bestehet und das votum des Einfältigsten so viel wie das votum des Weisesten gelten muß, wird bei so einer Communität, wie die hiesige, die nicht zum vierten Theile Leute von Ueberlegung hat, das Gute selten die Oberhand behalten. Inzwischen möchte die Einrichtung noch fernerhin gelten, wenn nur statt der dummen Mehrheit der Stimmen eine vernünftige Einschränkung eingeführt und Ein Königl. Ober-Consistorium sich gefallen lassen wollte, aus dem Grunde des dem höchsten Landesherrn bei den neuen Kirchen

<sup>1)</sup> Vergl. §. 60 Nr. 4. §. 75. 71. 46.

<sup>2)</sup> Handlung.



vorbehaltenen Juris Patronatus<sup>3)</sup> aus Einigen, die bei der Wahl die mehrsten Stimmen erhalten, den Würdigsten zur Vocation zu bestimmen. Durch dieses Mittel würde der Vorwurf, daß die Wahl eines Predigers der Dummheit des Pöbels überlassen, einigermaßen gemäßiget und uns sowohl, als denen, die mit uns gleicher Gedanken, würde es weit erträglicher sein, von der Entschließung eines erleuchteten Collegii, als von einem blinden Zufall oder von den unglücklichen votis der einfältigsten Menge abzuhängen. Um uns nun aus allem Kummer zu bringen, in den wir uns durch die letzte unglückliche Wahl versetzt sehen, wären wir dieses bei Einem Königl. Ober-Consistorium anzutragen Willens. Wir finden aber vorhero Ew. Magnificenz gütigsten Beirath und Erklärung zu erbitten nöthig, ob Dieselben uns zu unterstützen geruhen werden. Burg's Antwort — 31. März — verbarg dem Magistrat nicht, daß bei der generellen Fassung, nach welcher der Communität, auf deren Kosten diese neuen Systemata alle errichtet seien, das Recht zugestanden worden, theils vorzuschlagen, theils hernach zu votiren, kaum Rath sei, wie eine generale Abänderung oder auch nur eine speciale Ausnahme davon zu machen, bei dem Ober-Consistorium sollte erhalten werden.

§. 72. Der Magistrat blieb unentnuthigt und gab die Vocation für Herrmann nicht, so daß das Kirchen-Collegium — 18. April — in Breslau beantragte, Ordre dazu dem Magistrat zu ertheilen. Nun gab derselbe seinen Candidaten auf, that jedoch einen kühnen Schritt. Der Magistrat berief den Ausschuß der Bürgerschaft auf das Rathhaus, ließ dort bei verschlossenen Thüren eine neue Wahl<sup>1)</sup> vor sich gehen, nöthigte die Bürger, theils durch Furcht, theils durch Ueberredung, ihre Stimmen dem M. Thiele zu geben und fertigte für diesen sofort die Vocation aus. Bürgermeister Geißler übergab sie in Breslau unverzüglich selbst, suchte auch Unterstützung bei Minister von Schlabrendorf. In der Vorstellung an ihn — vom 22. April — griff der Magistrat den Fehler des Kirchen-Collegiums, daß es — 15. März — Herrmanns Confirmation allein beantragt hatte, auf und berichtete als neuen Vorfall, daß Herrmann von seinem Patrono von Wagenhof mit Zuziehung der beiden Kirchenvorsteher zur Confirmation präsentirt worden. Da nun dieses uns, fährt Magistrat fort, nicht aber einem in Kirchen-Sachen anmaßlichen Deputirten zukommende Unternehmen die d. d. 16. März angeführten Bedenken außer allen Zweifel setzet — — und wir nicht über uns behalten können, daß durch dergleichen ungebührliche Bemühungen — — wir zu einem Prediger genöthigt werden sollen, der die Stelle am wenigsten verdient, so haben

<sup>2)</sup> Die Vocationen wurden früher von Berlin aus im Namen des Königs als des „Christen Collators“ bestätigt.

<sup>1)</sup> Beim Nachhausegehen von der Wahl hatte der Riemermeister \*\* vor seiner Thür, entgegen des Magistrats Handlung, die allerniederträchtigsten Steben ausgestoßen, auch vielmal in Brantweinhäusern wiederholt. Eben so übel erging es dem Meister Kilbel, da er sich vom Magistrat hatte brauchen lassen, in der Wahlstache nach Breslau zu reisen. Rathmann Schmidt machte Anzeige, weil ein so schändliches Vergehen zum Exempel der frevelhaften Bosheit bestraft werden mußte.

wir nicht nur mit dem Beifall derer Schöppen und Geschworenen den Mag. Ernst Sigismund Thiele zu der vacanten Prediger-Stelle zu vociren und vor denselben der von Wagenhoffschen unsre Praesentation entgegen zu setzen befunden, sondern wir hoffen auch, daß, da wir nebst Schöppen und Geschworenen die ganze Communität in allen andern Fällen ohne Ausnahme vorstellen und repraesentiren, dieses auch bei Besetzung einer Prediger-Stelle gelten und die wahrscheinlicher Weise ersichene Mehrheit der Stimmen so wenig wie die v. Wagenhoffsche Praesentation der auf diesem Grunde beruhenden Vocation nichts derogiren wird. Damit wir aber unserer Absicht destomehr versichert sein können, unterlegen und empfehlen wir diese unsere Vocation Ew. Excellenz gnädigster Unterstützung.“ Ebenfalls 22. April reichte Magistrat die Vocation für Thiele zur Confirmation bei dem Ober-Consistorium ein, wobei es wieder hieß, mit Herrmann sei der Schlechteste gewählt, in Thiele der Würdigste zu vociren.

§. 73. Allein v. Wagenhof und das Kirchen-Collegium sahen dem außerordentlichen Vorhaben des Magistrats nicht müssig zu. Vielmehr berichteten auch sie an eben jenem 22. April dem Ober-Consistorium in Kürze Folgendes. Der Magistrat, der seine Vota, nebst einigen Creaturen von ihm, für Winckler abgegeben, habe, da die Wahl nicht nach seinem Sinn ausgefallen, die Vocation für Herrmann auszufertigen sich geweigert, ohnerachtet er gleich nach geschehener Wahl Solches durch zwei Deputatos versichern lassen. Die Consistorial-Ordre vom 28. März wegen Einreichung der Vocation hätten die Kirchenvorsteher Sander und Bartsch dem Magistrat producirt, der Bürgermeister aber Sander verständigt, Magistrat gäbe die Vocation Herrmann nicht, weil ihn das Kirchen-Collegium, ohne es vorher dem Magistrat zu insinuiren, präsentirt hätte. Der gleichen Cabalen würden blos aus rancune gespielt, dem Kirchen-Collegium die ihm allein ertheilte Besorgung der Kirchensachen völlig zu entziehen, ohnerachtet dem Magistrat vor einigen Jahren (§. 34) verboten worden, sich in Kirchensachen zu meliren. Eifere der Magistrat wegen seiner vorgeblich beleidigten Ehre, so sei nur, damit der Gottesdienst nicht leide, die baldige Besetzung der Stelle gesucht worden. Wenn aber der Magistrat so weit gehe, wie oben beschrieben, um sich dadurch die Gnade Sr. Excellenz des wirklichen dirigirenden Ministers v. Schlabrendorf zu acquiriren, an den von hier ein falscher Bericht ergangen, wie Thiele mit vielem Applausu hier sollte gepredigt haben, so hoffe das Kirchen-Collegium, das unrechte Unternehmen des Magistrats werde auf keine Weise gebilligt, vielmehr die Bürgerschaft bei der ihr einmal bewilligten Freiheit der Wahl allergerechtest geschützt werden, so daß dieselbe auch bei der igit geschehenen Wahl ihren Wunsch erlange und obbemeldten Herrmann, auf den sie und die ganze Nachbarschaft vom Lande alle ihr Vertrauen gesetzt haben, zum zweiten Prediger erhalten. Außerdem schickte von Wagenhof den erwählten Herrmann nach Breslau zum Präsidenten der Ober-Amts-Regierung und des Ober-Consistoriums, Grafen von Carmer, mit besonderem Begleitbericht. Herrmann erhielt zur Antwort von Carmer: „Gehen Sie in Gottes Namen zurück. Sie sind der rechtmäßig erwählte



zweite Pastor in Striegau, Niemand als das Königl. Ober-Consistorium hat hierbei etwas zu sagen.

§. 74. Nunmehr liefen die Entscheidungen — 26. April — ein. Das Kirchen-Collegium erhielt einen Verweis, daß es inscio Magistratu<sup>1)</sup> sich einer Präsentation angemaaßt und also vielleicht selbst zu Irrungen Anlaß gegeben habe. Der Erlaß an den Magistrat aber lautete: Wir wollen euch hiermit nicht verhalten, daß es zu Unserem höchsten Mißfallen gereicht, wenn Wir wiederum bei dieser Sache wahrnehmen müssen, daß ihr, denen deshalb in alten und neuen Zeiten an euch ergangenen Ermahnungen ohnerachtet, euch noch immer beugehen lasset, in dortige Kirchen-Sachen euch weiter zu meliren, als euch gebührt<sup>2)</sup>. Denn da es per num. 1 des unter dem 21. Mart. 1754 ergangenen decreti feststehet, wie es eigentlich mit den Vocationen gehalten werden solle, ihr auch noch zum Ueberfluß in der Resolution vom 28. Februar c. auf dieses decretum, da Wir euch die Art und Weise, wie die Vota bei der Prediger-Wahl abgegeben werden sollten, vorgeschrieben, nochmals ausdrücklich verwiesen worden und in gegenwärtiger Supplique von euch selbst angeführt ist, daß die Mehrheit der Stimmen auf den p. Herrmann ausgefallen und diese Mehrheit der Stimmen nach Anzeige des Kirchen-Collegii von dem unterscheidenden Verhältniß gewesen, daß der Herrmann 122 Stimmen, der von euch vocirt und praesentirt werden wollende Thiele aber nur 2 erhalten, auch alle diejenigen, denen die einmal eingeschrittene Wahl und ihre dabey gegebene Stimme nunmehr gereuen wollte, ihren Irrthum sich selbst beymessen müssen: so findet euer ordnungswidriger Antrag und die gegen die in obigem decreto wohlbedächtig geschehene Vorschrift, wegen Ausfertigung der Vocation, euch eigenmächtig angemaaßte Ausstellung derselben auf ein Subjectum, so nur 2 Stimmen erhalten, keine Statt und verdient euer ungebührliches Vornehmen einen ernststen Verweis. Diesemach sollet ihr binnen 8 Tagen eine auf den per plurima freiwillig und ordentlich erwählten Herrmann von euch dem Magistrat, denen Deputirten

<sup>1)</sup> Ohne Wissen des Magistrats.

<sup>2)</sup> In Guhrau war um das Patronat ein Prozeß geführt worden. Die ergangenen Sentenzen 1. und 2. Instanz, welche in Instantia revisionis pure confirmirt worden, hatten dem Ober-Consistorium zu Glogau Anlaß gegeben, der ev. Bürgerschaft in Guhrau ein für allemal ein „Königliches Reglement,“ — d. d. 28. Febr. 1763 — betreffend Wahlen und Kirchen-Collegium, errichten zu lassen. In demselben heißt es, „daß das Jus patronatus eigentlich der ev. Bürgerschaft, als welche die ev. Gemeinde constituiret, zustehe und der Magistrat nicht qua Magistratus, sondern nur, in so ferne derselbe evang. Membra auch zugleich Mitglieder der evang. Gemeinde sind, ebenfalls daran Theil zu nehmen vermöge. In so weit demnach die ev. Raths-Membra die vornehmsten des die ev. Gemeinde constituirenden Corporis sind, in so weit erstrecke sich auch nur das vorzügliche Exercitium juris Patronatus abseiten derselben, und sei dergestalten die Concurrentz der denenselben nachstehenden ev. Bürgerschaft zu verstehen, außerdem aber müsse ein jedes Individuum dieser letzteren mit den ersteren zu gleichen Theilen dabey „concurriren.“ Dieses Reglement hatte Herr Friedrich Vollrath von Schöpp, Con-Civ. zu Guhrau, 1763 in Breslau drucken lassen. Es kam auch in das hiesige Pfarrarchiv. Ob die Justiz-Entscheidung der Glogauer Ober-Amts-Regierung einen Einfluß auf die Entscheidungen des Breslauer Ober-Consistoriums im hiesigen Streitfall ausgeübt habe, muß dahingestellt bleiben.

und Vorstehern der dortigen Ev. Kirche, ingleichen von denen Schöppen und Geschworenen ausgestellte Vocation ohnfehlbar einreichen oder widrigenfalls, nach Ablauf dieses Spatii, zu gewärtigen haben, daß solche vor den Herrmann, ohne weitere Präsentation zu erwarten, ex officio von dem Ober-Consistorio werde ertheilet und der unordentliche Vorgang der Sache an Unser Geistliches Departement zu Unserem Hoflager berichtet und bey solchem auf des Herrmanns Confirmation angetragen werden.

§. 75. Der Magistrat indeß trat keineswegs zurück. Er zeigte — 11. Mai — der Ober-Amts-Regierung die Beschaffenheit der Sache des Näheren an und bat um mildeste Entscheidung folgendergestalt: Unsre Pflicht erfordert, allen ungebührlichen Zumuthungen um des gemeinen Besten willen uns mit Nachdruck zu widersetzen. Müller hat keine Stimme erhalten, weil er seine wohlausgearbeitete Predigt gelesen und sein Principal im Verdacht stehet, daß auf seine Vorstellung die Stadthore vor beständig verschlossen bleiben. Herrmanns Predigt war nach dem Zeugniß der Vornehmen und Niebern schlecht, aber, weil nicht gelesen, ersetzte dieser Umstand und eine angenommene Höflichkeit gegen die Unansehnlichsten der Gemeinde die Fehler der Predigt. Thiele war den Einwohnern zu weich und vor hochmüthig gehalten. Winkler predigte mit allgemeinem Beifall, allein in den letzten Tagen vor der Wahl wurde die Calummie von Creaturen ausgebreitet, seine guten Predigten kämen aus Branntweinhäusern. So mußte die Mehrheit der Stimmen dem Schlechtesten und Einfältigsten zufallen“. Nachdem der Magistrat unter Anderem bemerkt, er könne noch nicht glauben, daß er wider seine Ueberzeugung sich — einen schlechten Prediger beifügen müsse und auf die „erschlichene Mehrheit“ hingewiesen hatte, fuhr er, da bei der Vocation für Thiele außer der Mehrheit und der fehlenden Unterschrift der beiden Kirchenvorsteher nichts zu erinnern sei, fort: So werden wir das uns und denen Schöppen und Geschworenen zukommende Jus vocandi et praesentandi<sup>1)</sup> mit den Vorstehern der Kirche weder in diesem, noch einem anderen Falle niemals theilen können. Wir sind vermöge unserer geleisteten Eidespflichten verbunden, die uns anvertrauten Rechte zu allen Zeiten ganz und unverletzt zu halten. Wir würden dieser unserer Obliegenheit zu nahe treten müssen, wenn wir das Recht, Prediger zu vociren, so uns in vorigen Zeiten, bis auf die letzte, dem nummehr abgegangenen M. Burg ertheilte vocation, allein — Vergl. §. 60 Nr. 6. 7. — zukommen, mit einem zu Verwaltung des Kirchen-Aerarii bestellten Vorsteher oder mit einem in Kirchensachen aunaaflichen Deputato, wie der v. Wagenhof, der unseres Wissens zu unsern Kirchensachen keinen andern Beruf vor sich anzuführen hat, als daß ihn sein Vater bei seinem Leben in seine Stelle substituïret, gemeinschaftlich gebrauchen wollten. Ew. Königl. Majestät haben die hiesige Kirche keinem Deputato oder einem Vorsteher, sondern der hiesigen Ev. Bürgerschaft Allergnädigst zu verleihen geruhet. Solange wir also die Vorgesetzten dieser Bürgerschaft sein und heißen sollen, solange werden wir

<sup>1)</sup> Berufungs- und Präsentationsrecht.



auch in Kirchen=Sachen keine andern Repräsentanten der Bürgerschaft annehmen und neben uns dulden, als diejenigen, die in allen Fällen davor gegolten haben und noch gelten. Denn obzwar die dem Mag. Burg in Anno 1754 ertheilte Vocation die einzige, so von Kirchenvorstehern, nicht aber von einem Deputato zugleich mitunterschieden, so ist doch dieser „einzige“ (C. S. 60, 6. 7.) „Vorfall damals aus Liebe zum Frieden und guten Vernehmen, und weil überhaupt unsre Hoffnung von dem erwählten Mag. Burg die nunmehrige von Herrmann bei weitem übertroffen, geschehen. Nunmehr aber und nachdem die Kirchenvorsteher es nicht nur dahin zu bringen gewußt, daß ihnen, und nicht uns, die zu haltende Wahl und nach derselben die Einsetzung der Vocation, gleich als ob wir zu allen diesen Sachen gar nicht nöthig, aufgegeben worden, selbige sich auch sogar schon einer Praesentation ohne unser Wissen unterzogen, so werden wir die Unterschriften der Kirchenvorsteher bei keiner Vocation zu unserer und unseres Amtes Nachtheil weiter zulassen können, sondern, wenn die Gültigkeit der Vocation eines Predigers von der Genehmhaltung und Unterschrift der Vorsteher oder Deputirten abhängen muß, und unsre Einsicht in Kirchen=Sachen dem Urtheil der Kirchenvorsteher oder des und jenes Deputirten untergeben sein soll, so werden wir es vor die Allergrößte Gnade annehmen, wenn Ew. Königl. Majestät ohne unser Zuthun zu einem Prediger berufen und bestätigen, wen Allerhöchstdieselben zur gegenwärtigen und künftigen Vacanz vor würdig halten werden und wir werden uns sodann unbesorgt sein lassen, ob eine Kirche oder Schule, oder ein Prediger und Lehrer in Striegau vorhanden und nöthig. Nun, vor's Gegenwärtige, und da wir uns mit der Vocation des M. Thiele einmal meliret, diesem auch nach dem Befall unseres Gewissens und derer, die mit uns gleicher Meinung sind, vor dem von denen Vorstehern und einem sein wollenden Deputirten praesentirten Herrmann der Vorzug gebühret, so sehen wir uns Ew. Königl. Majestät Allerfußfälligst zu bitten genöthiget, Allerhöchstdieselben geruhen, uns mit dem oft gedachten Herrmann Allergnädigst zu verschonen u. s. w.

Auf diese Auslassung ohne Datum, welche in Breslau am 13. Mai einging, erhielt der Magistrat schon unterm 25. Mai eine allerdings „sehr starke Dosis Mercurii“. Die Ober=Amts=Regierung erwiderte nämlich: Wir haben aus eurem sub praes. 13. hujus in der dasigen Prediger=Wahl anhero erstatteten Bericht mit äußerstem Mißfallen ersehen, daß ihr aller ernstlichen euch bereits gegebenen Verweise ohnerachtet, dennoch fortsetzet, euch eines mehreren Rechtes in den dasigen Kirchen=Angelegenheiten anzumaßen, als euch wirklich zustehet, ja, anstatt euch in den Schranken der in alten und neuen Zeiten an euch ergangenen Verordnungen zu halten, euch so weit vergehet, daß ihr durch ganz unanständige und gleichsam dictatorische Ausdrücke den dem von Uns Allerhöchst euch vorgesezten Ober=Consistorio schuldigen Respect aus den Augen setzet und demselben durch die Androhungen, auch künftighin wider desselben Verordnungen den vorgeschriebenen modum vocandi nicht zu beobachten, gleichsam allen Gehorsam aufsetzet, auch überall eine privat Passion, besonders

gegen den von Wagenhof und eine sonderbare Empfindlichkeit darüber äußert, daß die Wahl nicht nach eurer Gesinnung auf den Schweidnitzer Schul-Collegen Windler ausgefallen ist. Nun seid ihr mehrmals bedeutet worden, daß euch qua Magistratui nicht das geringste Recht bei der Wahl oder Vocation eines Predigers zustehe, sondern hierbei die Magistrats-Personen lediglich als Mitglieder der Evangelischen Gemeinde zu betrachten sind. Auch ist nicht die mindeste Ursache vorhanden, warum es in Striegau nicht ebenso wie bei allen andern dergleichen ev. Kirchen gehalten werden sollte. Diesem zufolge und nach Maafgabe des euch mehrmals schon erinnerlich gemachten Rescripti vom 21. Mart. 1754 N. 1 competiret euch keine andre Gerechtsame, als daß ihr bei der Wahl eines Predigers euer votum gleich den andern Ev. Bürgern ablegen und sodann für denjenigen, auf welchen majora vota ausgefallen, die Vocation nebst den Kirchen-Vorstehern, den Schöppen und Geschworenen ausstellen und unterschreiben und solche zu fernerer Verfügung an Unser hiesiges Ober-Consistorium einsenden möget. Nachdem nun geständlich die Wahl per majora mit 122 Stimmen für den Herrmann ausgefallen und nur 2 Stimmen dem Thiele zu Theil geworden, die Mehrheit der Stimmen aber das Wesentliche der votando zu veranlassenden Vocation ausmachet, nach der Natur und Eigenschaft eines Voti hingegen, nach dessen erfolgter Abgabe, die Erörterung der Ursache ganz überflüssig ist und es höchst widerrechtlich sein würde, die Mehrheit der Stimmen bloß deswegen ihrer Gültigkeit zu entsetzen, weil die Wahl nicht nach eurem Wunsch auf den Windler ausgefallen, so werdet ihr hiermit bedeutet, daß von Seiten Unsres Ober-Consistorii die Vocation für den Herrmann, nach dessen vorgängigem Examine, werde ausgefertigt werden.

§. 76. Wenn das Kirchen-Collegium seinerseits 13. Mai an die Oberbehörde berichtete, so war dies wohl schon zu spät, um zu wirken.

Doch wurde zur Anzeige gebracht, es sei nur der Bescheid vom Magistrat zu erlangen gewesen: „Magistratus hat bereits die Vocation ausgestellt, folglich giebt er dem Herrmann keine“. Auch legte das Kirchen-Collegium Nachdruck darauf, daß Magistratus capable, den Respect gegen die Allerhöchsten Verordnungen aus den Augen zu setzen und solche nicht befolgen wolle, destomehr und ungescheuter alle zeitherigen Cabalen gespielt habe, um die Prediger-Wahl nach eigenem Gefallen zu tractiren und sich das Jus Patronatus und alle Gewalt des Kirchenwesens anzumaassen, aus dieser Ursach auch dem Kirchen-Collegio, dessen Absicht es doch nicht gewesen, viel weniger dieses einigen Anlaß zu dergleichen Irrungen gegeben hätte, die Schuld beizumessen, als ob habe dasselbe in des Magistrats jura praesentandi durch den damalig gethanen Bericht wegen geschehener Wahl Eingriff gethan, so dem Magistrat doch niemals allein zukommen, wie auch demselben wiederholt anbefohlen worden sei, sich nicht weiter darein zu meliren, als ihm gebühre. Dammhero, schließt das Kirchen-Collegium, stehen wir, uns selbst und die Bürgerschaft nicht allein bei der ehemals erteilten Allergnädigsten Freiheit Allergerechtest zu schützen,



sondern auch vermöge aufhabender Allerhöchster Königlichcr Macht und Gewalt die Sache in Ansehung der Vocation vor den Herrmann zu seiner Satisfaction zu Ende zu bringen, da die Schultern des Pastors Thilo zu schwach sind, die Last der Arbeit noch länger allein zu tragen.

§. 77. Das Ober=Consistorium eröffnete 22. Mai dem Magistrat und dem Kirchen-Collegium, allen weiteren Irrungen vorzubeugen, sei die Vocation für Herrmann ausgefertigt und theilte noch das Protokoll über Herrmanns Examen — 21. Mai — dem Magistrat mit, daraus derselbe den Grund seiner Beschuldigung und seines Widerspruchs entnehmen könne. Die Prüfung war in allen Stücken sehr günstig ausgefallen. Das Protokoll wurde dem Magistrat mit dem Befehl bekannt gemacht, daß er sich seiner Schuldbiligkeit gemäß betragen oder widrigenfalls gehörige Abnüdung gewärtigen solle.

Im Sitzungsbuch des Kirchen=Collegiums hat von Wagenhof seine Mittheilungen über den Vorfall und die Etourderie<sup>1)</sup> des Magistrats mit folgenden Worten geschlossen: Die empfindlichen Verweise an den Magistrat und die Ihnen durch dieses ungerechte Beginnen zugezogene Schande kann dormalen noch nicht verdauet werden, welches bey allen vom Zaune gebrochenen Gelegenheiten geäußert wird; doch ich freue mich im Herrn über den Triumph dieser gerechten Sache und danke seiner Güte, daß ich als ein unschuldiges Werkzeug etwas habe bestragen können, daß seit dieser Zeit unsere beyden würdigen H. Pastores in der größten harmonie mit vielem Segen gemeinschaftlich in dem Weinberge Gottes arbeiten. Der Herr verleihe Ihnen langes Leben und Gesundheit aus Gnaden.

Bei der nächstfolgenden Pastor=Wahl — 9. Juni 1791 — wies in der Berathung am 7. März Synbicus Zellner auf die Wahl von 1765, die er aus der Erzählung kenne, zurück, in einer Ansprache, welche jenes unregelmäßige Gebahren, wodurch das Patronats=Recht der luth. Bürgerschaft und die daraus gebührende freie Wahl gekränkt und die Berufung des Seelforgers entehrt wurde, ganz der Vergessenheit übergab und die Eintracht verkündigte. Ja, für den Zug zur Kirche bei der Wahl bewilligte der Magistrat dem als Kirchenvorsteher und Deputirten noch lebenden von Wagenhof den Rang vor sich selber, wenngleich sub Reservatione, daß das Kirchen-Collegium keine Folge daraus ziehen könne noch solle, und daß Magistrat die Präferenz vor jenem habe. Es darf bezeugt werden, daß überhaupt die Wahlhandlung 1791 wie eine Versöhnungsfeier vor sich ging. Raths- und Kirchen-Collegium haben 11. Juni j. 3. an das Ober=Consistorium berichtet, der vom damaligen Magistrat begangene Fehler sei am Grabe Herrmanns ausgelöscht. —

Schlussvermerk. Betreffs der Zukunft des hiesigen Kirchenpatronats enthält der §. 44 berührte Bescheid des Ober=Kirchenrathes vom 8. März 1876 einen verständlichen Wink in folgenden Worten: „Es wird daher eine

<sup>1)</sup> Unbesonnenheit.

Umgestaltung desselben (des Gemeindestatuts von 1860) erforderlich sein und sich empfehlen, diese auf die ganze innere Organisation der Gemeinde zu richten, zumal es mindestens sehr zweifelhaft ist, ob nach der heutigen Lage der Gesetzgebung die evangelische Bürgerschaft einer Stadt, in ihrer Zusammenfassung, als Rechtssubject, wie vorliegend als Inhaberin eines Patronatsrechts, hingestellt werden kann.“





# Ev. Kirchengrundstück zu Striegau nach 1742. Flanskizze.

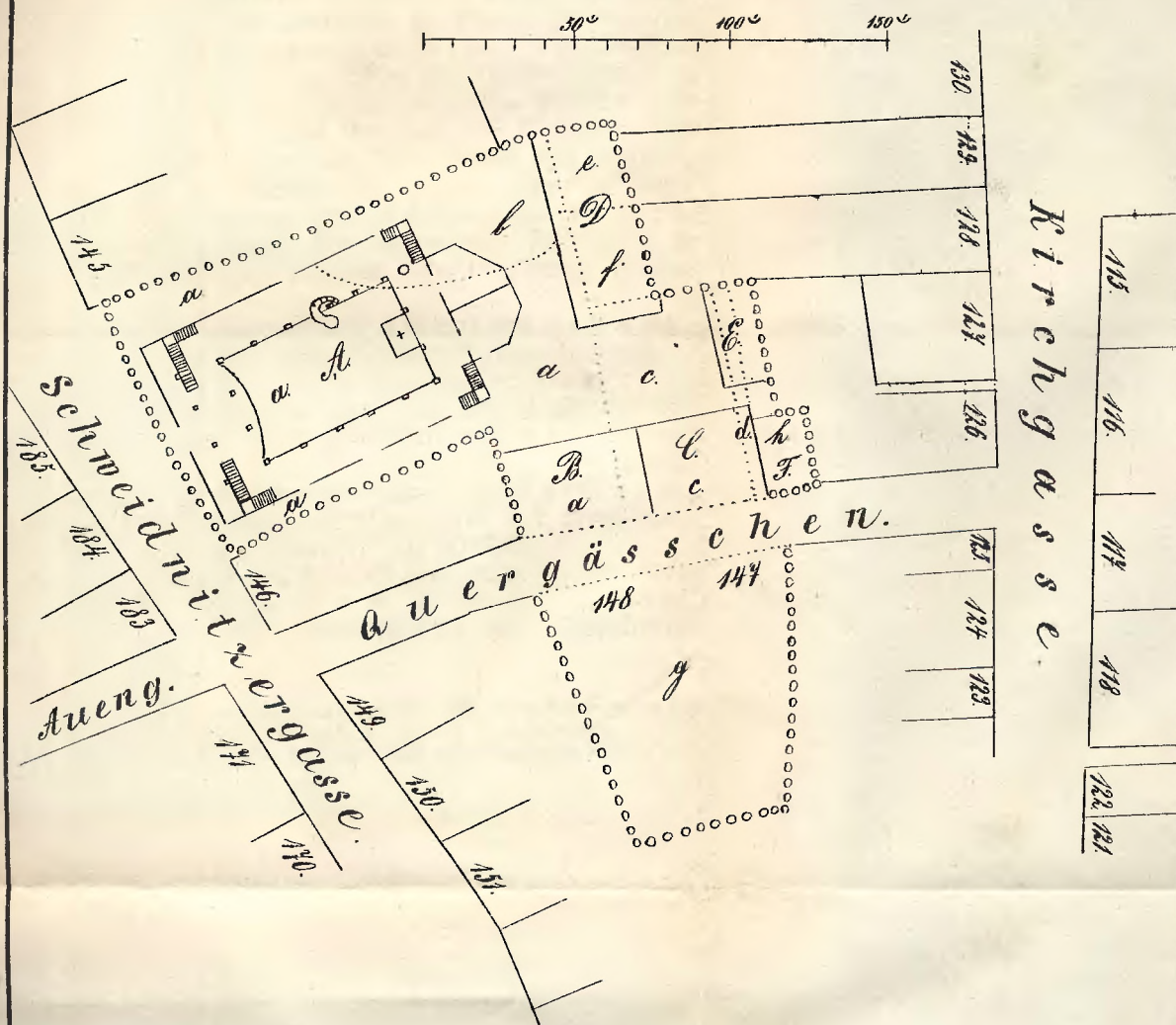
Beilage zu § 18 der Chronik.

## Erworbene Grundstücke.

- a.a.a.a. Zimmer.
- b. Hantsche.
- c.c. Kurtzer.
- d. Über
- e. Hantsche.
- f. Beer
- g. Feige und Breit.
- h. Reusner.

## Nachbargrundstücke.

- Nº 126. Über. Reusner.
- , 127. Ulbrich. Kohl.
- , 128. Lischner. Beer.
- , 129. Dopler.
- , 130. Glätzel. Hantsche.
- , 143. Grundmann. Türcke. Schamicke.
- , 146. Schmidt. Meissner.
- , 149. Langin. Bernhardt.



## Zeichenerklärung.

- ..... Abgrenzung des Gesamtgrundstücks.
- ..... " der einzelnen Grundstücktheile.
- ..... " kirchlichen Gebäude.
- A. Kirche. B u C. Pfarrhäuser. D. Glöcknerhaus. E u F. Holzställe.

# Kirchengnt.

## Grundstücke.

§. 78. Zuerst waren dazu im Anschlage die in der Neugasse belegenen 7 wüsten Stellen.<sup>1)</sup> Das Kirchen-Collegium wendete sich behufs Erlangung derselben per Deputatos Pet. Imm. Mäntler, Joh. Sander, Gottfr. Müller und Christ. Scholke sub Sessione 2. Mai, dann durch Dr. Walther mit Joh. Sander in Commissione 7. Mai 1742 an den Magistrat. Die beiden letztgenannten Mitglieder des Kirchen-Collegiums reichten 8. Mai im Namen der sämmtlichen ev. Bürger ihr Bittgesuch bei der Kriegs- und Domainen-Kammer zu Breslau ein. Der Magistrat hatte gemeint, die angekehrten 7 wüsten Stellen nicht füglich abschlagen zu können, aber auch der Kammer berichtet, daß „der erküfte Platz der cath. Pfarrkirche so nahe gelegen sei, woraus Störungen und Mißverständnisse kommen möchten.“ Deshalb beschied das Ober-Consistorium die evang. Bürgerschaft dahin, daß die Bittsteller sich mit dem Magistrat wegen eines andern ebenso commoden und etwa gleichfalls wüsten Platzes vereinbaren sollten. Bemühungen der Art scheinen nicht stattgefunden zu haben. (§. 70). Das Kirchen-Collegium erkaufte vielmehr folgende Grundstücke:

a. 15. Juni 1742 von Hans George Zimmer das „in dem sogenannten Ower Gäßel<sup>2)</sup> zwischen Benj. Schmiedt's<sup>3)</sup> und Meister Hans George Kurzer gelegenes Häußel in seinen alten reinen und Gränzen“ für 40 Thlr. Schles., unter Verzicht auf das beim Abbruch sich ergebende Holz. Der unbebaute Flügel dieses Grundstücks lag an der Schweidnitzer Gasse.

b. Mittelft desselben Kaufvertrages vom 15. Juni 1742 zugleich, um „die Gleichheit heraufzubringen, des Meister Joh. Jak. Hantschen sein farbe Hauß nebst dem Stückel Gärthel“ für 20 Thlr.

Die Lage dieser Parcellen läßt sich nicht mehr genau angeben. Doch ist das Farbe-Haus mit Gärthchen, weil es Zubehör von Nr. 130 der Kirchstraße gewesen sein muß, unmittelbar vor dem Glöcknerhause (§. 112 — 113) zu suchen.

<sup>1)</sup> Die jetzigen Häuser der Güntherstraße Nr. 99—102, sowie die dahinter am Kirchhof liegenden 3 Stellen, nämlich die, getheilt, mit den Vorderhäusern Nr. 101 und 102 zusammengeschlagene, die 1865 mit dem neuen Pfarrschulhause bebaute und das Haus Nr. 96.

<sup>2)</sup> Von der Schweidnitzer zur Kirchstraße.

<sup>3)</sup> Nr. 146 der Schweidnitzerstraße, jetzt Tuchfabrikant W. Broßmann gehörig.



c. 27. December 1742 vom Züchner Joh. George Kurzer dessen „in dem quer gäſſel zwischen wahl. Hanß George Zimmer, aniso aber dem Evangelischen Bethaus gehörigen und Christian Über's wüſtem Breu-Haus<sup>4)</sup> gelegenes Haus“ für 65 Thlr. Schles., wogegen der Verkäufer die Wohnung bis Ostern und beim Einreißen das entfallende Holzwerk sich vorbehielt.

d. Laut Protokolls vom 14. April 1747 vom Büttnermeister Über<sup>5)</sup> ein Stück Gärtchen, 3½ Elle breit, für 6 Thlr. Schles.

e. 14/17. März 1772 „vom Tuchmacher Hans Adam Hantsche<sup>6)</sup> den in seinem Garten befindlichen wüſten Stellenplatz von 14½ Ellen in der Länge und 13¾ Ellen in der Breite, für 8 Reichsth. Derselbe lag unmittelbar, sowohl hinter Nr. 129 als neben Nr. 130 der Kirchstraße.

f. 3/11. August 1778 von der Frau des Kunstpfeyfers Matthias Beer, Clara geb. Fischer<sup>7)</sup>, „ein Stück von ihrem Garten von 14 Ellen breit und 13 Ellen lang, so gegen der Holz-Ställe derer ev. Herrn Geistlichen gelegen, für 12 Reichsth. 15 Sgr., wobei Verkäuferin sich verpflichtete, im Fall der verkaufte Fleck bebaut würde, in ihren noch übrigen Garten treffende Fenster „mit eisernen Gegattern“ ungehindert zu dulden.

Dieses Gartenstück grenzte an die Südseite des bei e genannten wüſten Places.

g. 31. December 1781 vom Magistrat die Valentin Feigesehe und Nicolaus Breitsche „niedergeschlagenen, unter Nr. 147 und 148 in dem sogenannten Pfarrgäſſel, den evang. Pfarrhäusern gegenüber, hinter Tobias Bernhardt's<sup>8)</sup> Hause gelegenen wüſten Stellen“ für 30 Thlr.

h. Im Jahr 1810 wurde noch ein Fleck Baugrund, am Quergäſſchen zwischen dem Kirchengrundstück und dem Hause Nr. 126 der Kirchstraße gelegen, jedenfalls von Büttnermeister Reusner aberkauft. Preis unbekannt.<sup>9)</sup>

Abgesehen von dem Grundstück Nr. 189 der Schweidnitzerstraße (Schulhaus) machten die vorgenannten, zum Gesamtpreis von nicht viel über 155 Thlr. Preuß. erworbenen Stellen den Grundbesitz aus, welchen die hiesige ev. Kirche zuerst inne gehabt hat.

§. 79. Nach Abbruch der ersten Kirche verkaufte das Kirchen-Collegium den freigeordneten Platz — 89' breit, 128' tief — gemäß Beschluß vom 16. Febr. 1826 dem Schneidernstr. Beegolt für 50 Thlr. Das so entstandene neue Grundstück wurde 22. Febr. übergeben und erhielt die Nummer 266. Das noch verbliebene Restgrundstück, sammt und sonders, überließen die Vertreter der Kirche und die Deputirten der Kirchengemeinde mittelst Abkommens vom 23. April 1857 der ev. Schulgemeinde

<sup>4)</sup> Jetzt Hinterhaus von Nr. 126 der Kirchstraße.

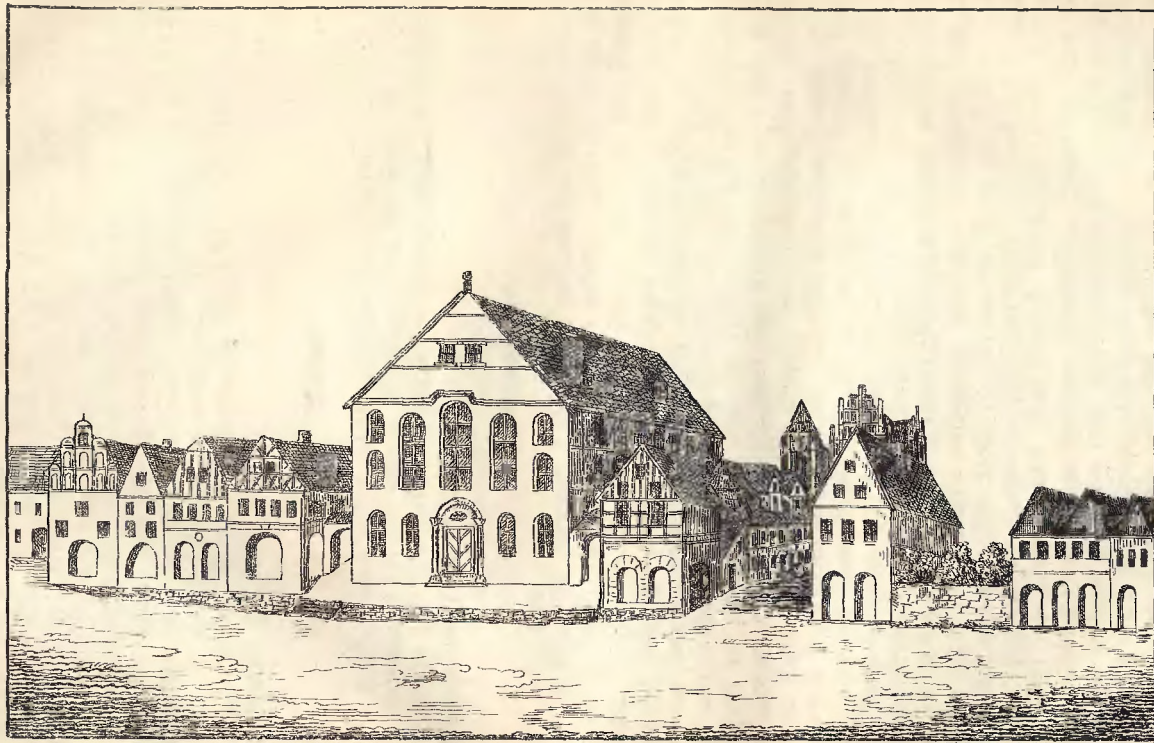
<sup>5)</sup> Kirchgasse Nr. 126, wie bei c.

<sup>6)</sup> Kirchgasse Nr. 130.

<sup>7)</sup> Kirchgasse Nr. 128, jetzt Tischlermeister C. Schneider gehörig.

<sup>8)</sup> Schweidnitzerstraße Nr. 149, jetzt Schlossermeister Fromm gehörig.

<sup>9)</sup> Kirchenrechnung 1810 ist verloren.



*Schweidnitzergasse mit dem ev. Bethause und Quergässchen mit den ev. Pfarrhäusern  
in Striegau um 1750.*



zum freien Eigenthum und schlossen, nachdem (20. Juni) die ministerielle Genehmigung erfolgt war, den Abtretungsvertrag mit den Bevollmächtigten der Schulgemeinde am 25. October 1857 gerichtlich ab.

Während das vorbezeichnete, von der Schweidnitzerstraße an bis in das Quergäßchen gehende Grundstück sich noch in den Händen der Gemeinde befand, war es derselben schon beschieden gewesen, anderweit Grundeigenthum zu erlangen. Das gegenwärtige Grundstück sei indeß, um Wiederholungen zu vermeiden, erst zur Sprache gebracht in den Abschnitten, welche von Kirche (§. 98. 100), Pfarrhaus (§. 111) und Garten (§. 116) handeln.

### Rathsaal.

§. 80. Zum ersten gottesdienstlichen Versammlungsort wurde vom 10. December 1741 bis zum 9. December 1742 der Saal des damaligen Rathhauses (§. 1) — jetzt Kreisgericht — benutzt, welchen der Magistrat der Gemeinde eingeräumt hatte.

### Bethauskirche.

§. 81. Im Sommer 1742 wurde auf dem von Zimmer erkauften Plage (§. 78,a) ein eigenes Bethaus erbaut. Dasselbe — 52 Ellen Bresl. Maaß lang, 31 Ellen breit und  $18\frac{3}{4}$  Ellen bis an den Dachstuhl hoch — hatte eine massive Frontmauer gegen die Schweidnitzerstraße, war aber im Uebrigen nur Fachwerkbau und mit Schindeln gedeckt. Laut Aussage von Augenzengen befand sich inmitten der Südseite des Bethauses, in Höhe der ersten Empore, auch ein Ausbau, der bis zur nachbarlichen Grenzmauer reichte und so gleichsam eine Durchfahrt unter sich beließ. Dieser Ausbau war das Soldatenchor, eine rückwärtsgehende Erweiterung des sogenannten Officierchors. Ob diese Anlage im Bauplan gelegen habe, oder aus einem späteren Bedürfniß herrührte, läßt sich nicht sagen. Der Umgang längs der Kirche war bei der Nähe nachbarlicher Häuser schmal, gleichwohl bei dem erwähnten Ausbau an der Grenzmauer von Nr. 146 noch ein Schleppdach angebracht, unter welchem die Feuerlöschgeräthe nebst Wasserpumpen aufbewahrt wurden. Im Innern hatte die Kirche 2 Emporen. Die Decke der Kirche war flach, der Fußboden mit Ziegeln abgeflastert. Baumeister und Werkmeister sind unbekannt.<sup>1)</sup> Doch darf wohl an Zimmermeister Karl Joseph Rudolph gedacht werden, welcher 1744 von hier zum Bau des Neumarkter Bethauses, eines Abbildes des hiesigen, nach dem dazu selbstentworfenen Riß, berufen wurde.<sup>2)</sup> Die Kosten lassen sich ebenfalls nicht mehr angeben. Das Kirchen-Collegium führte den Bau allein aus. Es deckte, da die ev. Bürgerschaft die Handarbeit größtentheils verrichtete, auch die Bürger Hans George Kurker

<sup>1)</sup> Vergleiche indeß §. 111 Anm. 2 mit §. 84.

<sup>2)</sup> Jacobi, Denkschrift der ev. Kirche zu Neumarkt. 1845. S. 19.

und Neugebauer eine Sammlung von Gaben (im Betrage von 130 Thlr.) in der Bürgerschaft ausgeführt hatten, die Kosten Anfangs durch die Einlagen in den Klingelbeutel, den Gotteskasten und die Becken vor der Thür, sodann durch „etliche so viel nöthig“ aufgenommene Darlehne, wozu die evang. Zunft=Ältesten nomine der sämmtlichen Communität 3. Septbr. 1742 die Vollmacht ertheilt hatten. Verzinsung und Abstoßung der Schulden lasteten auf dem Kirchen=Verar durch Jahrezehnte, so daß das Kirchen=Collegium 12. Februar 1784 (§. 36) nicht unrecht sagen konnte: „die Kirche hat sich von selbst erbaut“. Die ländlichen Gemeinden hätten außer den Einlagen in den Klingelbeutel nach eigener Angabe aus dem Jahr 1787 (§. 91) gar nichts contribuiert. In Wahrheit haben jedoch einige Dörfer etwas Freiwilliges von ihrem wenigen Vermögen zum Bethausbau beigetragen, die übrigen sind besonders mit Führen, doch auch mit Handarbeit beigeprungen. So berichtete Pastor Spangenberg 1743. Von den Grundherrschaften finden sich mehrere als große Wohlthäter bezeichnet.

§. 82. Der Altar, vor der östlichen Empore, im Spät-Renaissancestil erbaut, mit dem großen Crucifixus<sup>1)</sup> in der Mitte, dem auf das Nachtmahl hinweisenden Weinranken um die Säulen und den zwei das Gesetz und das Evangelium vorstellenden Figuren, ist eine Stiftung des Grundherrn auf Stanowitz, Konrad von Wagenhof, der nach einer 1747er Angabe 130 Thlr. nach einer 1787er Angabe mehr als 300 Thlr. darauf verwendet hat.

§. 83. Der vom Bethausvorsteher Gottfried Müller geschenkte Taufstein neben der nördlichen Sacristeithür in Form eines knieenden, die Taufbecken=Umrahmung haltenden Engels, nebst dem über demselben hängenden Aufsatz mit — Johannes den Täufer, den Glauben, die Liebe und die Hoffnung darstellenden — Figuren, war Holzschnittwerk. Ein Wohlthäter aus der Stadt ließ 1779 den Taufstein von dem hiesigen Maler Simon staffiren.

§. 84. Die Kanzel, vor der 4. Säule der nördlichen Empore aufgestellt, kann zuerst nur eine Interimskanzel gewesen sein. Die „neue fertigte 1743 Tischler Joh. Friedr. Fischer hier für 60 Thlr.; sie wurde noch mit Schnittwerk=Darstellungen der 4 Evangelisten in den Feldern der Brüstung, sowie der Trinität auf dem Schalldeckel und eines preussischen Adlers ausgestattet. 1763 ließ der Getreidehändler Gottlieb Hoffmann die Kanzel durch den Maler Hepner aus Schweidniz malen.

§. 85. Die Orgel hat jedenfalls 1741 — 42 ein Positiv zum Vorgänger gehabt. Wohl das dem Orgelbauer Herbst abgekaufte kleine Werk, welches 1748 für die Currentschüler zu deren Exerctium in die Schule gesetzt werden sollte. Dies scheint nicht geschehen zu sein, wenigstens nicht auf die Dauer, da das Positiv zwischen Orgel und Orgelchorbrüstung

<sup>1)</sup> Arbeit des Bildhauers Franz, vorzüglich und sehenswerth. Zimmermann, Beitr. V. S. 204.



gestanden hat. Die Orgel kann als eine Stiftung des Erb- und Lehns-  
herrn auf Halbendorf, Ernst Friedr. von Noh gelten, welcher 200 Thlr.  
dazu bewilligte, wenn auch Todes halber nur 150 Thlr. zahlte. Das  
Werk wurde vom Orgelbauer Kaspar Neumann aus Hahnau 1742  
erbaut, doch, weil mifsrathen, durch Kürzung des contractlichen Betrages  
nur mit 290 Thlr. vergütet. August bis December 1748 wurde durch  
Orgelbauer Gottfried Herbst aus Petersdorf unterm Rynast die jezt noch  
vorhandene Orgel, gegen Angabe der Neumannschen, zu 50 Thlr. ver-  
kauften, für 850 Thlr. baar aufgebaut. Reparaturen erfuhr dieselbe zum  
Betrage von 230 Thlr. schwer Courant 1772 und von 49 Thlr. 1791  
durch Orgelbauer Gottlob Meinert aus Lahn und von 170 Thlr. 1807  
durch den hiesigen Orgelbauer Joseph Schinke. Die Staffirung der  
Orgel und des Positivs geschah 1779, zufolge Legats des Apothekers  
Ritter hier — §. 120 — für 115 Thlr. schwer Courant, durch Maler  
Abraham Gottlieb Ziegler aus Rohnstock. Gleichzeitig wurde eine von  
einem Hertwigswaldauer Tischler gefertigte Glorie über der Orgel ange-  
bracht und mitstaffirt, was 24 Thlr. kostete.

§. 86. Die Logen überließ das Kirchen-Collegium den Erwerbern  
erb- und eigenthümlich zur Einrichtung und Verbesserung mit Zierath nach  
eigenem Gefallen für den üblichen Preis von 20 Thlr. bei 2 Thlr  
jährlichem Zins. Wohlthätern der Kirche, wie in Niederstanowitz und  
Halbendorf, wurden sie ohne Kaufpreis auf Lebenszeit und selbst zu  
ermäßigtem Zins verschrieben. Beim Uebergange der Logen an neue Be-  
sitzer bezog von diesen das Aerar 10 Thlr. Relutionsgeld. Die  
königliche Loge oder das Ständechor, gemeinlich Officierchor  
genannt, weil die hier in Garnison stehenden Officiere und deren Frauen  
es benutzten, hatte Landrath von Seydlitz auf Pilgramshain 1743 mit  
53 Thlr. 10 Sgr. bezahlt. Die meisten Logen gehörten den abeligen  
Landherrschaften, unter denen sich noch die von Fehementel, Grunau, Mittel-  
autschdorf, Niedergutschdorf und Koblhöhe befanden, etliche, die auf gleiche  
Weise erworben, wie oben bemerkt, städtischen Familien, eine dem Kirchen-  
Collegium, die übrigen Ehre den Zünften. Die Verhandlung wegen der  
Schuldknechtbank im J. 1769 zeigt, daß auch die Gesellen bestimmte Plätze  
hatten und Zins dafür geben mußten, den nicht die Zunft erlegte.

§. 87. Betreffend die Rathsloge, die Schöppenbank und  
die Raths-Frauenloge, hatte dieselben der Magistrat bei Erbauung  
des Bethauses sich zugeeignet, „ohne einigen Heller dafür zu zahlen oder  
künftig zahlen zu wollen.“ Da die Bethausvorsteher „aus Schüchtern-  
heit sich nichts einzuwenden wagen wollten“, erhob der Pastor Spangen-  
berg 1744 Beschwerde bei der Ober-Amts-Regierung, welche auch 3. Sep-  
tember dem Magistrat untersagte, in die Jura ihres Ober-Consistorii  
unerlaubte Eingriffe zu thun. Schließlich aber entschied die königliche  
Kammer 21. September, es sei nicht abzusehen, wie dem Magistrat das  
Kirchengestülhe wider die durchgängige Gewohnheit disputiret werden möge.  
Als 1777 das Kirchen-Collegium, wie es vor geraumer Zeit schon mit  
der Schöppenbank gesehen, in der Bank der Rathsfrauen, deren damals

nur eine vorhanden war, Sitze vermietet hatte, protestirte der Magistrat zur Wahrnehmung seiner Gerechtsame dagegen und hob hervor, wie auch in der Mattheser-Pfarrkirche, obgleich er bekanntermaßen sich nicht<sup>1)</sup> zur kath. Religion bekenne und doch wohl Keiner aus seiner Mitte dem öffentlichen Gottesdienst daselbst beizuhöhen, ihm Plätze offen gehalten würden. §. 105. Die Rathsloge war, zur Absperrung gegen die Umstehenden, mit schiebbaren Gittern versehen, in Weiß-Blau-Gold schön verziert, auch baldachinartig überdeckt. Die hohen apostolischen Lehnstühle im kleinen Conferenzzimmer, bis 1863 vom Kirchen-Collegium benutzt, waren Ueberreste aus derselben. Kirchstellen zählte die Kirche 749, wenn nämlich die laufende Nummer der vermieteten Stellen mit der vorhandenen zusammenfiel.

§. 88. Grüfte und Grabstellen im Bethaus wurden abgelassen, bis um 1790 das Begraben in Kirchen allgemein untersagt wurde. Der Preis für eine Stelle war fast durchweg 10 Thlr., 1745 zwei Mal auch 6 Thlr. Von dem Streitfall 1771, bei dem der Magistrat (§. 70) als Justizbehörde beharrlich und wiederholt gegen die Gebühr auftrat, nahm das Ober-Consistorium Anlaß, 3. October 1771 ein für alle Mal festzusetzen, daß für jede Grabesstelle in der Kirche 10 Thlr. zu nehmen seien. Im Jahr 1787 waren 42 in der Kirche beerdigte Leichen. Nur noch einige wenige kamen hinzu. So wurde zuletzt — 5. April 1795 — Frau von Wagenhof geb. von Seydlitz in die schon 1756 für sie mitangelegte Pilgramshainer Gruft hinter dem Altar bestattet, wozu die ausnahmsweis gegebene oberbehördliche Erlaubniß schon unterm 7. April 1791 erlangt war. In der Kirche lagen unter andern begraben die in der Hohenfriedberger Schlacht Gefallenen: Oberst von Düring von der Königl. Garde und Oberst von Massow Regiments von Haack, die nach der Schlacht an ihren Wunden hier Gestorbenen<sup>1)</sup>: Oberst-Lieutenant von Kleist Regiments von Haack und Oberst-Lieutenant von Schmiesky unter Prinz von Sachsen-Gotha. Sonst waren z. B. in der Kirche begraben worden die Pastoren Hoffmann und Spangenberg, vor dem Altar; Cantor Schüller, neben der südlichen Orgeltreppe bei der Arndtschen und Barzdorfer Loge; die Kirchenvorsteher Häuser und Müller, im Quergange der Kanzel gegenüber. Im Mai 1819 wurden die Ueberreste des Grafen von Rostiz auf Ober-Etanowitz, Freiherrn von Rhythofen auf Oberstreit, Landraths von Seydlitz und Frau (auf Pilgramshain) in gemauerten Gräbern, wofür das Aerar 30 Thlr. verausgabte, gleichzeitig wohl auch die Reste aller Leichen in der Kirche,

<sup>1)</sup> Die Mitglieder des Magistrats waren vor 1808 tatsächlich evangelisch. Daß sie es hätten sein müssen, besagt der §. 84 Z. 3 u. 4 v. u. erwähnte Bericht von Kr.-R. Goldstein. Doch ist eine dies vorschreibende Verordnung in 21 Bänden der Korn'schen Edict.-Smig., wie in Vater's Repertorium zc., auch in Möller's Schles. Edict.-Smig. vergeblich gesucht worden. Vergl. §. 51 Anmk. 4. S. 95 Anmk. 2.

<sup>1)</sup> Als solche, aber nicht in der Kirche begrabene, lassen sich noch anführen: Capitain von Wegner, Sächsischen „Malkier'schen“ Kürassier-Regiments und Capitain von Thos, Königl. ungarischen Graf Grünneschen Grenadier Regiments.



auf dem Friedhose beigesetzt. Dasselbe, wie hier gleich mitangegeben werde, war nach Räumung der Gruft unter der ehemaligen Carmeliterkirche mit den dort vorgefundenen Gebeinen schon im October 1817 gesehen.

### **Kleinbauten.**

§. 89. Nach dem Aufbau der Orgel 1748 wurde das Orgelchor durch einen Unterzug mit zwei Säulen zu Seiten der Hauptthür gehoben.

1769 wurde über der Decke der Kirche ein Estrich geschlagen, wozu der Vorwerksbesitzer von Rittersberg<sup>1)</sup> in der Schweidnitzer-Vorstadt von seinem „Viehtriebe“, der „von Rittersbergischen Anhöhe“ den Lehm zu nehmen gestattete. Ueber die vorgängige Untermauerung der Kirche dabei berichtet §. 80.

1777 wurde zunächst dem Fehdebutler Chor und neben dem Orgelchor der Raum zwischen dem Treppenabsatz und der Frontmauer zu einer Loge eingerichtet. Auch fing man an, die Säulen der Emporen zu verkleiden.

1779 wurde das neue Chor (Loge) hinter dem Altar über (hinter?) den Sitzen der Kirchenvorsteher erbaut.

1780 wurde bei Erbauung des Glöcknerhauses diesem da, wo die zwei Zimmer angelegt waren, also wohl, wo die Thür ist, ein Fundament gegeben derart, daß mit der Zeit ein Thurm darauf gesetzt werden konnte.

1782 im Herbst oder 1783 im Frühjahr wurde die hölzerne Halle vor der Hauptthür der Kirche nach einer Zeichnung des Bauinspectors Tiebe in Reichenbach erbaut. Die Genehmigung dazu war trotz der Einsprache des Magistrats, der eine Straßen-Verengung befürchtete, ausgemirkt worden. Die Kirchenfront stand nicht in der Fluchtlinie der Lauben der benachbarten Häuser, sondern um die Laubentiefe zurück.

1783 wurde die Vertäfelung der Decke über dem Mittelschiff, wie bereits über dem Orgelchor ein Anfang gemacht war, durch Tischler Gottfr. Urban für 50 Thlr. Arbeitslohn ausgeführt.

### **Baufreie.**

§. 90. Bei Errichtung des Bethauses hatte man unterlassen, den Baugrund gehörig zu untersuchen; die Folge war, daß die Kirche bei Zeiten anfang, sich zu senken. Zwar wurde im Juli 1769 die nördliche Längenseite derselben untermauert, auch bei der gegenüberliegenden nachgeholfen. Schließlich drohte die Kirche doch den Einsturz. Die massive Frontmauer war hin und wieder geborsten, die hinteren nebst den Seitenwänden gewichen, so daß die Kirche auf der Mittagsseite mehr denn eine

<sup>1)</sup> Schon 1745 besaß dieses „Güthel“ eine Frau von Rittersberg; 1777 war es nicht mehr in den Händen der Familie von Rittersberg. Besitzer in neuester Zeit: bis 1865 C. G. Meymann († 12. Januar 1865. §. 47, 33), seitdem dessen Schwiegersohn, Lieut. Zul. Fichtner.

Elle überneigte, das Dach aus seiner Lage geschoben, das Sacristei-mauernwerk durchgehends gekorsten. Im Innern waren verschiedene Säulen gesunken, die Thüren beinahe nicht mehr zu öffnen. Das Kirchen-Collegium beabsichtigte eine Haupt-Reparatur, zugleich die Anlage einer dritten Empore. Es erlangte 1786 eine Haus- und Kirchen-Collecte in Schlesien im Betrage von 343 Thlr. 3 Pf., nachdem schon 1784 wie 1786 Materialien angefahren waren und noch 1787 Hölzer für 114 Thlr. 25 Gr. angekauft wurden. Allein der Aufschlag<sup>1)</sup> des Zimmermeisters Niesel von Rohnstock belief sich auf 4568 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf., das Peculium der Kirche nur auf 2335 Thlr. 12 Sgr. 10 Pf. So mußte die Sache an die ev. Communität gehen und am 31. Jan. 1787 dem Magistrat communiciret werden. Am 6. Febr. erklärten sich 9 Zünfte für die Reparatur, 4 für eine neue Kirche. Indes schon für den 12. Febr. wurde eine nochmalige Botirung zu Stande gebracht, bei welcher nur noch 5 Zünfte für die Reparatur, 8 aber für eine neue Kirche auf einem andern Platze<sup>2)</sup> waren. Nun erhob sich der Streit. Für den Reparaturbau traten ein das Kirchen-Collegium und an dessen Spitze der Vorsteher von Wagenhof auf Niederbamsdorf, die Pastoren, obgleich sie ihre vota abzugeben deprecirten, der Obergeldkner<sup>3)</sup>, verschiedene Geschäftstreibende der Schweidnitzer Gasse, die „adhaerenten“ derselben, Gemeindeglieder und namentlich Landherrschaften, welche ihre Gräfte in der Kirche hatten und die Leichen darin unberührt wissen wollten, sowie Solche, die sonst aus Pietät am alten Gotteshause hingen. Verfechter des Neubaus war der weitaus größte Theil der Bürgerschaft, an dessen Spitze die Schöp-pen Bäckermsr. Gottfr. Hallgans und Kaufmann C. Gottfr. Nürm-berger, sowie der Bürgerschafts-Vorsteher, Bäckermeister C. Gottfried Sander, Schwiegersohn des genannten Hallgans, wirkten. Der Magistrat stand auf Seiten der Neubaupartei, aber, da ihm mehrfach befohlen worden, in Kirchensachen sich nicht zu mischen, sprach er, dies 4. Mai selbst anführend, aus, auch in diesem Falle nur stummer Zuschauer von den unüberlegten Handlungen des Kirchen-Collegii sein zu können. Doch, ob er gleich — 10. Juli 1787 — dem Kirchen-Collegium erklärte, daß er sich keinesweges in die Angelegenheiten der Kirche mischen wolle, meinte er doch zugleich, der Communität, die seinen Beistand nachgesucht habe, will-fahren zu sollen, weil die Gründe der Vernunft, welche den neuen Kirchen-bau forderten, nicht unterliegen dürften. Er ließ wesentlich seine Feder zum Streit.

<sup>1)</sup> Bei Feststellung desselben waren Stadtzimmermsr. Schimke und die Maurermstr. Blasche und Trautmann zugezogen worden.

<sup>2)</sup> Nämlich auf den unter den Namen Christoph Glöckel und Esaias Langner geführten, seit dem 30j. Kriege liegenden wüsten Stellen der Webergasse Nr. 233, 234 und 235, welche die Stände der Erbfürstenthümer Schweidnitz und Jauer 1729 behufs Errichtung eines Zucht- und Spinnhauses gekauft hatten, deren Nutzungen aber —  $7\frac{1}{4}$  Biere gegen 4 Flor. 21 Kr. 2 Den. Geschoß und 2 Thlr. Gartenzins — da aus der Sache nichts wurde, das hiesige Steueramt verrechnete, bis die Stellen 1768 der Metablislements-Kasse hier wieder zufließen.

<sup>3)</sup> Besitzer des Nachbarhauses Nr. 146.



§. 91. Unterm 19. Februar und 28. März war seitens der Kirche eine Untersuchungs-Commission beantragt worden. Das Ober-Consistorium bestellte dazu den Kirchen-Inspector Conf.-R. Tiede, Justiz-Commissionsrath Stadt-Director Strube und Bauinspector Herfert, sämmtlich von Schweidnitz. Bei der Verhandlung der Commission mit dem Kirchen-Collegium und den vorgeladenen Repräsentanten der Bürgerschaft am 11. April wurde gegen die Reparatur geltend gemacht: die Unzulänglichkeit des Anschlags, der schlechte Grund, die wenigen Plätze (106) der neuen Empore, die Leistungsweigerung der Gastgemeinden, die beengte, feuergefährliche Lage der alten Kirche, endlich die Bequemlichkeit und Größe des Platzes auf der Webergasse. Der Neubau sei allerdings, bei Ermangelung der Fonds, in Hoffnung auf Wohlthäter, nicht übereilt zu führen, sondern nach Proportion der erfolgenden Beiträge zu poussiren. Diesen Aufstellungen wurde entgegen gehalten, daß sie unbegründet oder unerheblich oder beim Reparaturbau berücksichtigt wären und durch ihn behoben würden, sowie, daß der vorgeschlagene langsame Neubau auf der Webergasse, der 12—14000 Thlr. fordern würde, nicht möglich zu machen sei, die Pfarrwohnungen entfernt stünden, die Beschaffung der Leichen in der Kirche Anstoß gäbe. Für den Neubau entschieden sich 2 Schöppen und 6 Vorgeher der Bürgerschaft, für den Reparaturbau 4 Vorgeher der Bürgerschaft und 8 Mitglieder des Kirchen-Collegiums. Die Repräsentanten zeigten zugleich an, daß ihre Mittelsglieder nicht völlig einig wären, sie also ihre Stimmen nur nach der Stimmenmehrheit in der Zunft abgegeben hätten. Bis zur nächsten Verhandlung sollten beide Plätze im Fundamente untersucht, Anschläge gefertigt und ein Ausschuß aus sämmtlichen Dörfern bestellt werden, obgleich diese die Zuziehung zum gegenwärtigen Termin sich verboten hätten. Die Commission erkannte, daß es bei dem äußerst schlechten Fundament der alten Kirche — bei 12 „Ellen“ Tiefe noch kein tauglicher Grund — viel gewagt sein möchte, sie mit massiven Mauern zu versehen, auch, daß Riedels Anschlag die Grundtiefe zu gering, die Mauern zu schwach, die Ziegeln zu wohlfeil, die Sacristei als stehen bleibend angenommen und das Fuhrlohn ausgelassen hatte. Herfert's Anschläge lauteten für die Reparatur auf 7030 Thlr. 12. 10., für den Neubau auf 7207 Thlr. 15. 11. Bei Fortsetzung der Commissions-Verhandlung am 8. Mai wurde viritim abgestimmt. Für den Reparaturbau entfielen 71 Stimmen — 70 von der Stadt mit 60 Thlr. 4 ggr. Beitrag und 1 Stimme vom Lande — für den Neubau 144 Stimmen — 129 mit 412 Thlr. 8 ggr. Beiträgen aus der Stadt und 15 Stimmen mit 156 Thlr. (100 vom Lehngutsbesitzer Hoffmann in Haidau) Beiträgen vom Lande. Die Landgemeinden bestritten, daß sie eingepfarrt seien und bewilligten zum Theil nichts oder wenig und Unbestimmtes.<sup>1)</sup> Bemerkenswerth ist, daß gerade der Kirchen-

<sup>1)</sup> J. B. konnte Landrath Baron v. Rhythofen auf Oberstanowitz zu einem bestimmten Beitrage sich nicht resolviren, wollte sich aber als eingepfarrt ansehen lassen, wenn er bei vorkommenden Kirchbauten und Rechnungs-Abnahmen zugezogen,

vorsteher von Wagenhof auch nicht zum Reparaturbau einen Beitrag leisten wollte, da er hier nicht eingepfarrt sei. Realgaben waren selbst von Katholiken — wie von Dr. Wiehl und Genossen 100 Fuhren — in Aussicht gestellt.

§. 92. Nachdem das Ober-Consistorium das Stimmenverhältniß und den geringen Kostenunterschied ersehen, bewilligte es — 24. Mai — den Neubau. Hiegegen wurde indeß das Kirchen-Collegium — 11. Juni — ernst vorstellig, und wies hin: auf die Vorspiegelungen derjenigen von der Communität, welche aus Uebermuth eine neue Kirche haben wollten, auf die unglaubliche Niedrigkeit des Herfert'schen Anschlages, unter Anführung der warnenden Baustillstände in Waldburg und Giesmannsdorf, auf die Schwäche des Peculii; darauf, daß die Meister Riebel und Schinke sich engagiret hätten, die alte Kirche in durablen Stand, gleich wie eine neue, zu setzen; auf die verlorenen Arbeitsstunden oder die Unmöglichkeit des Gottesdienstes bei Uebertragung des Gespärres u. s. w. zur neuen Kirche, auf die Keller unter dem neuen Bauplatz und den dort ebenfalls sehr tiefen Grund, auf die beschwerte Verrichtung der geistlichen Functiones von den dann entfernten Pfarrhäusern aus, zumal im Winter, auf die Frage, wie etwa zu erkaufende Bürgerhäuser zu Pfarrhäusern aptirt werden sollten, auf die vielen Leichen — 42 — unter der Kirche, wo, wenn sie blieben, wegen Abscheues kein Keller angebracht werden könnte, während, sollten sie herausgerissen und anderwärts, man wisse nicht wo, verscharrt werden, die noch lebenden Familien ihre Rechte auf die selbsterbauten Gräfte zurückfordern würden; auf des von Wagenhof Schwiegervater dabei namentlich, den verdienten Landrath von Seydlitz und dessen Gemahlin, welche in der Gruft hinter dem Altar ruhten; auf den Schaden der Kirche, wenn viele der vorgeblich Eingepfarrten sich wegwendeten, wie denn auch Frh. v. Richthofen auf Oberstreit hautement<sup>1)</sup> declariret habe, daß er, unter Zurückforderung der behufs Anlage einer Gruft für ihn schon bezahlten 100 Thlr. nebst Interusurio,<sup>2)</sup> sich mit seiner Gemeinde niemals mehr hierher zur Kirche halten wolle, während Major v. Seydlitz auf Pilgramshain mit seiner Gemeinde, ebenso der Besitzer von Eisdorf, Unverricht, sich nach Rohnstock zu halten vorhätten. Das Ober-Consistorium fand — 21. Juni — die Bedenken des Kirchen-Collegiums, namentlich die augenscheinliche Niedrigkeit des Herfert'schen Anschlages, die zu groß werdende Schuldenlast der Communität, die Entlegenheit der Pfarrhäuser, die Verursachung neuer Kosten bei Aufbau neuer Pfarrwohnungen so gegründet, zumal der neue Platz von der Kammer nicht gratis hergegeben werde, daß es nunmehr den Bau der neuen Kirche nicht nachgeben könne; nur eine vollständige

---

ihm auch das Jus patronatus und zugleich in der neuen Kirche eine von ihm zu erbauende Loge der Kanzel gegenüber und ein Begräbniß unter der Loge mit accordiret würde.

<sup>1)</sup> Hoch, laut.

<sup>2)</sup> Binsen.



Reparatur der alten Kirche zum Anschlage von 4823 Thlr. sei baldmöglichst in Entreprise zu geben.

Diese Entscheidung, so schnell nach der ersten, zusagenden, reizte nur. Die neubaugefinnten Communitäts-Repräsentanten Sander und Hallgans und 109 andere Unterzeichner, gestützt auf die Zunft-Stimmenmehrheit von 2 Dritteln, zugleich der Mitwirkung des Magistrats versichert, traten mit einer sehr erregten Protestvorstellung — 17. Juli — bei dem Ober-Consistorium hervor. Sachlich lautete sie dahin, daß Herfert's Anschlag nicht zu niedrig und es bosshafte Unwahrheit sei, die Meister Riedel und Schimke hätten für 4823 Thlr. die Reparatur ausführen wollen. Selbst der Magistrat, der sich nie in die Kirchensachen mische, favorisire sie. Die Aunberwandten der Todten offerirten nichts und die Erborgung des Capitals sei ihre, nicht Sache des Kirchen-Collegiums. Unterm 19. Juli folgte noch ein besonderer Protest von 55 Bürgern gegen den Reparaturbau, dahin gehend, daß sie für aufzunehmende Capitalien und Zinsen nicht haften. Unterm 25. Juli beschieden, daß ihr Suchen nicht stattfinde, zumal ein großer Theil der Gemeinde schlechterdings protestire, sie also bei der auf guten Gründen fußenden Verfügung sich zu beruhigen oder zu gewärtigen hätten, daß man die unter ihnen befindlichen unruhigen Köpfe zur Raison zu bringen wissen werde, reichten die Repräsentanten gleichwohl eine mit 160 Unterschriften bedeckte Vorstellung unterm 15. August ein, außer dem schon Bekannten des Inhalts, daß bei dem Neubau die alte Kirche zum Gottesdienst belassen bleiben könne und Herfert seinen Anschlag unter Caution auszuführen garantire, daß diejenigen, die auf der Schweidnitzer Gasse wohnen und deren Bluts- und Gemüthsfreunde nur aus Eigennutz Einspruch erheben. Die große Zahl der Gegner rühre daher, daß jene auch die vorstädtischen Unterthanen zur Unterschrift gezogen hätten, sie aber nicht.

Der Bescheid an die evangelischen Bürger und Parochianos Sander, Hallgans, Nürnberger und Consorten — 25. August — war, es habe bei der Reparatur sein unabänderliches Bewenden und Bürgermeister Kretschmer in Freiburg Auftrag, solche minus Licitanti in Entreprise zu geben. Dagegen brachten die Bürger den Streitfall — 14. September — an den Justiz-Minister Graf v. Dandelsmann in Breslau und, an das Geistliche Departement in Berlin verwiesen, unterm 1. November an dieses; sie erzielten auch eine Ordre d. d. Berlin, 16. und Breslau, 27. November, daß die Reparatur in Anstand bleiben mußte. Inzwischen hatte die Licitation — 21. November — stattgefunden, wobei die Dissidenten, da auf ihr Prolongationsgesuch nicht Rücksicht genommen wurde, sich aus dem Termin entfernten, und unter den tiefenden Meistern Wredow mit Hennig aus Hirschberg, Brosche aus Freiburg und Schimke mit Blasche hier die letzteren im zweiten Nachgebot mindestens mit 5850 Thlr. geblieben waren.

§. 93. Aber zufolge Weisung vom Königl. Hoflager beauftragte das Ober-Consistorium — 4. December — die Commission Tiede-Struve, unter Zuziehung des Bauinspectors Isemer in Piegritz, als

unparteiſchen Sachkundigen, nochmals Herfert's Anſchlag zu revidiren. Dies geſchah 25. Januar 1788. Es ergab ſich, daß viel ſchicklicher, als der Platz der alten Kirche, der Platz auf der Webergasse ſei, wenn die darauf noch ſtehenden 2 Bürgerhäuser nebst der daneben liegenden wüſten Stelle zu Hilfe genommen würden, daß aber die alte Kirche, nach der vom Kirchen-Collegium ausgeführten Abſteifung, ohne weitere große Reparatur, noch 20 und mehr Jahre ſtehen könne, während der von Ffemer gelieferte Neubau-Anſchlag ohne die 2 Bürgerhäuser 8416 Thlr. 5. 4. erfordere. Ffemer ſubmittirte, ob es nicht für die arme Bürgerſchaft von Striegau ſchicklicher ſein möchte, noch 20 Jahre in der alten Kirche ohne Schulden ihre Andacht, als in der neuen Kirche, mit einer ziemlichen Schuldenlaſt behaftet, ihr Seelenheil zu ſuchen. Dennoch ſtellte Herfert 2. Februar die Conditiones der Entreprise-Ausführung ſeines Anſchlages auf. Ffemer zog — 28. Februar — ſich von der Sache zurück und Baudirector Pohlmann aus Breslau beſichtigte Ende Juni oder Anfang Juli die Kirche. Die Reſolution zögerte, obwohl ſchon im April eine Commiſſion decretirt und nur verhindert worden, die Sache zu erledigen. Zum Zweck der Beſchleunigung wendete ſich die Communität — 14. Juni — an das Geiſtliche Departement in Berlin und — 26. October — an Juſtiz-Minister Graf von Dancelman in Breslau. Das Kirchen-Collegium war ſeinerſeits thätig, der Sache zum Ende zu helfen, was übrigens Minister von Wöllner — Berlin, 25. Juli — dem Ober-Conſiſtorium ſchon aufgegeben hatte. Das Kirchen-Collegium hatte Urſache zur Eile. Das auf dem Ringe lagernde Bauholz litt Schaden, zumal der Magiſtrat die Einbarnung nicht geſtattete, endlich aber auf Räumung des Ringes drang. Es fand auch ſchließlich ſeinen Lagerplatz vor dem Schweidnitzer Thore. Die Geſuche von Wagenhof's nomine des Kirchen-Collegii — 8. März, 6. Auguſt, 15. September — an das Ober-Conſiſtorium um Vorbeſcheidung blieben unbeantwortet. Da nun eine Untermauerung der 4 ſchadhaften Säulen noch vor Winter nöthig ſchien, ſuchte v. Wagenhof — Damsdorf, 9. October — die Zuſtimmung der Communität, damit die Arbeit nicht für eine „reelle Reparatur“ erachtet würde. Er wurde — 12. October — kurz abgewieſen mit dem Bemerken, die Untermauerung gäbe gegen die Schneelaſt auf dem Dache keinen Halt, es ſeien ohnehin 6 Stützen angelegt, das Kirchen-Collegium ſei, da der Neubau ſchon approbirt geſewen, von den Verzögerungen causa efficiens<sup>1)</sup> und müſſe es ſich zur Pflicht gemacht haben, eigenmächtig zu handeln. Das Kirchen-Collegium reichete das übelwollende Sentiment für ſeine gute Meinung bei dem Ober-Conſiſtorium — 2. November — ein und erlangte nun — 6. November — Erlaubniß, um allen Streit und Vorwurf des zu theuren Einkaufs zu beheben, das Bauholz — ſei es ohne allen oder mit geringem Rabatt möglich, zu verkaufen. Dies gelang erſt Auguſt 1789 ſo, daß die Ausgabe von 206 Thlr. 11 Sgr. durch 207 Thlr. 26 Sgr. Verkaufspreis gedeckt wurde.

<sup>1)</sup> Urſache.



§. 94. Am 1. December 1788 endlich stellte sich die bereits im April ernannte Commission ein. Sie bestand aus Justizrath v. Mutius auf Altwasser, Bauinspector Tiede zu Ohlau, in Vertretung des erkrankten Baudirectors Pohlmann zu Breslau, und Justiz-Secretair Unverricht in Schweidnitz. Es galt die Anschläge von Herfert und Isemer und die Frage, ob Neu- oder Reparaturbau, zu untersuchen. Der Befund war, daß der Reparaturbau wegen des schlechten Grundes, des engen Platzes und der schadhaften Vordermauer gar nicht wohl stattfinden könne, solle aber die Kirche noch geraume Zeit conservirt werden, sie durch 5 kurze und 5 lange Stützen, durch Verzwickung der Vordermauer und Instandsetzung des Daches gesichert sein müsse, was 113 Thlr. 22. 6. kosten werde. Für Neubau wäre der beste Anschlag der Herfert'sche. Die Deputirten der Bürgerschaft wollten, falls der Neubau aufgeschoben würde, daß der Platz auf der Webergasse affervirt bleibe. Die Deputirten des Kirchen-Collegiums waren in Abwesenheit des Herrn v. Wagenhof zu keiner Erklärung, weder wegen Reparatur-, noch wegen Neubaus zu bewegen. Zu einigen waren die Parteien nicht. Wiederum zögerte die Resolution, so daß v. Wagenhof — Damsdorf 19. Mai 1789, nochmals 13. März 1790 — die Genehmigung der commissarisch nothwendig befundenen Reparatur erbat, zumal der Chef hiesiger Garnison, wegen Gefährdung seiner Leute beim Gottesdienst, mit Klage drohe und Beschwerde angebracht worden sei von den herrschaftlichen Inhabern derjenigen Bogen, welche über den 4 gesunkenen, mehr als 3 Zoll auseinandergegangenen Säulen sich befänden, worauf endlich das Ober-Consistorium — 25. März 1790 — die Reparatur nachgab. Da nun aber 1788 das Kirchen-Collegium den vorderen Giebel hereingezogen und verflammt, 1789 auch auf Dachreparatur 26 Thlr. 29. 2. verwendet hatte, so erklärte eine Deputation der Communität vor dem Magistrat — 23. April 1790 — zu Protokoll, mit Ansetzung der Stütze 1788 und der Arbeit am Dach die commissarisch erforderte Reparatur für vollführt.

Hier verstummen die Akten. Offenbar erlosch der Streit. Bemerkt sei noch Folgendes: 1) Kriegs-rath Gallasch in Schweidnitz hatte — 21. Juni 1787 — als Bedingung für die Abtretung des Platzes auf der Webergasse bezeichnet: Uebernahme der Geschoßgelder seitens des Aerarii, desgleichen Abtretung und Ebenung des Platzes der alten Kirche, die Kammer — 29. Juni — sich günstig erklärt. 2) Das Geistliche Departement in Berlin hatte — 16. Novbr. 1787 — entschieden dem Herfert'schen Neubau-Anschlage den Vorzug gegeben. 3) Das Ober-Consistorium hatte — 13. Februar 1789 — höchsten Ortes berichtet, beide Herfert'sche Anschläge seien ihm unglaublich vorgekommen und es sei wegen Armut der Communität und Protestes der Vermögenssten für eine kleine Reparatur gewesen. 4) Die Kammer in Breslau theilte — 21. April 1789 — dem Kriegs-rath Gallasch mit, daß, weil die Erbauung der Kirche auf einem andern Platze für unumgänglich nothwendig befunden worden, bei dem geringen Aerar ein königliches Gnadengeschenk beantragt

sei, und verhandelte — 19. Mai 1789 — mit dem Ober=Consistorium, wieviel die Gemeinde aufbringen könnte.

Hieraus geht hervor, daß die Behörden für den Neubau waren und derselbe nur aus Rücksicht auf die geringen Mittel der Gemeinde fiel.

§. 95. Um eine deutliche Anschauung von der damaligen, erregten Stimmung zu geben, dienen nachstehende Mittheilungen.

In der Protestvorstellung vom 17. Juli 1787 (§. 92) hatten die 111 Communitäts=Mitglieder unter Anderm sich geäußert, wie folgt: Das Kirchen=Collegium hat vor ungefähr 8 Jahren, unter welcher Benennung und Vorspiegelung, weisen Acta aus, mit erlangter Genehmigung ein Conferenzhaus (§. 112) gebaut. Von jeher hat das Kirchen=Collegium in der Behauptung des jedesmaligen ersten Pastoris seine Conferenzen gehalten. Da aber der Pastor Thilo das zur Winterszeit zur Beheizung der Stube nöthige Holz und denen Kirchenvorstehern den während der Conferenzen benötigten Tabac, Pfeifen und Bier nicht mehr umsonst hergeben, sondern, wie billig, aus dem Aerario Ecclesiae vergütet haben wollte, so kam das Kirchen=Collegium auf den stolzen Einfall, ein besonderes Conferenzhaus zu erbauen und zum größten Unglück der Communität und Aerarii Ecclesiae projectirte das Kirchen=Collegium die Ausführung des lediglich auf Stolz gegründeten Baues so glücklich, daß nunmehr ein völlig unnützes Gebäude existirt, worüber wir zeitlebens seufzen und uns über unser damaliges Stillschweigen die gegründestn Vorwürfe machen müssen. Es ist himmelschreiend unverantwortlich, daß das Kirchen=Collegium sich nicht mit einer Stube begnügt und die geringen Mittel nicht sorgfältigst für die den Einsturz drohende Kirche zusammengehalten hat. Das Conferenzhaus ist mit schweren Kosten (§. 112) erbaut und kann, so lange die Kirche auf ihrem jetzigen Plage steht, nicht einmal zur Wohnung des niedrigsten Kirchen=Bedienten gebraucht werden. Diese mit Bestande der Wahrheit angeführte Veranlassung constirt freilich nicht aus den bei Nachsuchung der Approbation eingereichten Berichten des Kirchen=Collegii. Allein, um den auf Stolz gegründeten Endzweck zu erreichen, mußte es Sr. Kgl. Majestät und uns die Wahrheit verschweigen.

Wenn wir bei der Intendirung desselben nicht in dem allzu sichern Vertrauen auf die Rechtchaffenheit unserer Kirchen=Administratoren geschlafen hätten, so hätten die falschen Vorspiegelungen des Kirchen=Collegii uns sicher nicht entgehen können, wo wir dann dieselben mit leichter Mühe in der wahren Gestalt vorgelegt und solchergestalt diesen unnützen Bau verhindert hätten. Dieser schädliche Conferenzhausbau hat uns auf die Handlungen des Kirchen=Collegii aufmerksam gemacht und überzeugt, daß das Kirchen=Collegium uns nunmehr noch unverantwortlicher hintergehen und den höchst nöthigen Bau einer neuen Kirche hintertreiben will. So müssen wir das der Communität verliehene Jus Patronatus geltend machen und die Kirchenvorsteher, die lediglich von der Communität dependirende administratores sind, in ihre Administrations=Gränzen zurückführen. Die wahren Gründe, warum das Kirchen=Collegium den Bau der neuen Kirche mit möglichsten Kräften zu vernichten sucht, sind lediglich



Eigensinn, übertriebene Herrschsucht und endlich, daß die Schande der Erbauung des völlig unnützen<sup>1)</sup> Conferenzhauses nicht einem jeden noch einleuchtender werden soll, weil es nicht mit der Kirche translociret werden und folglich in der Zeitfolge den vorgespiegelten Grund zu einem Thurm nicht abgeben kann. Diese wahren Gründe hat das Kirchen-Collegium in seinem Bericht vom 12. m. pr. freilich nicht eröffnen dürfen, daher auf andre scheinbare Gründe denken müssen. Der Ton der Protestvorstellung bestimmte — 25. Juli — das Ober-Consistorium, durch Bürgermeister Kretschmer von Freiburg deren Verfasser erkunden zu lassen. Es ergab sich der Syndicus bei hiesigem Magistrat, Zellner, welcher — 16. Aug. — sein Bedauern einberichtete, sollte seine Concipirung mißfällig sein und bemerkte, die Eingabe vom 15. August habe er nicht concipirt. —

Andererseits finden sich v. Wagenhof's Klagen, daß Hans omnis herrsche, daß der Neubau ein „doller Einsall“ verschiedener Bürger der Communität sei, die sich noch nicht an die 200 Mann belause und wovon die mehrsten in pauvren Umständen, daß die verhandelten Sachen sogleich ausgeplaudert und im Bierhause raisonnirt werde und Solches zu Factionen Anlaß gäbe, daß Cabalen gespielt seien, und daß ihm die Verfassung des hiesigen Systems schon längst odieuse geworden. In einem an von Wagenhof gerichteten Briefe seines Neffen v. Seydlitz-Pilgramshain — Schweidnitz, 18. Juli 1787 — nennt dieser die Neubaugefinnten blinde Patrioten, die seinem Onkel einen sehr großen Dank sagen möchten, daß er sie aus dem Versinken in eine übermäßige Schuldenlast errettet hätte. Auch wird Auflösung des Räthfels gewünscht, wie die Vernunft, auf die Magistrat sich berufen hätte, bei einer unüberdachten und blinden Handlung Gründe hervorbringen wolle.

Am Schluß des Kirchenjahrs — 25. November 1787 — waren beide Pastoren, von welchen, den Baustreit betreffend, sonst keine Zeile sich vorfindet, in der Predigt für die alte Kirche eingetreten, Thilo Vor-, Herrmann Nachmittags. Thilo hatte namentlich gesagt, daß der größte Theil der Gemeinde dem Gotteshause gram geworden und ihm schändliche Namen beilege, daß er aus Hochmuth, Eigensinn, Trotz und Eigennutz eine neue Kirche wolle, ja, er hatte die Anhänger des Neubaus als Narren angerebet und schließlich geäußert, wenn sie von ihren Sünden

<sup>1)</sup> Das Urtheil im Kirchen-Visitations-Bericht des Cons.-R. Tiede vom 10. Juni 1782 lautet: „Was aber das neuerbaute Glöcknerhaus betrifft, so wäre gegen diesen verhungten Bau viel zu erinnern. Das Resultat von allen Dehatten darüber war: Wenn der Weißgerber Kerger“ — Kirchgasse Nr. 130 — „ein Stück seines Gartens der Kirche verkaufte, (dazu ist aber noch kein Ansehen) so könnte das baufällige Schulhaus verkauft und dies neue Glöcknerhaus zum Behuf der Schule ausgebaut werden. Bis dahin bleibt es ein Conferenz-Zimmer, eine Remise für die Kirchenbaugeräthe und, wenn der Glöckner es bedarf, seine Glöcknerwohnung, aber ohne Hof u. s. w. Die dicken, zum Thurm angelegten Mauern bleiben der Nachkommenschaft zum Besten, um einst ein Glockenhaus darauf bauen zu können. Kurz, es scheint, der alte etliche 80-jährige Rendant Sanber habe den Bauegeist gehabt, aber etwas ohne Kopf gebaut. Dieser versicherte dagegen, daß die Kirche keinen Schaden davon haben könne, weil das Haus ohne Onera wäre und also leicht einen Käufer fände“. Das Kirchen-Collegium hat indeß die Genehmigung des Baues nachgesucht.

nicht abstünden, würde Gott sie zeitlich und ewig verwerfen. Die Betroffenen, beleibt und auf eine „verdiente Zurechtweisung“ dringend, gaben ihre Beschwerde — 27. November — vor dem Magistrat zu Protokoll. Von einem Erfolg ist nichts zu bemerken.

Bei dem Commissions-Termin — 25. Januar 1788 — hatten außer den geladenen Bürgerschafts-Repräsentanten sich, ungerufen, als Zuschauer zugleich andere Bürger, bei der alten, wie auf dem Platz zur neuen Kirche eingefunden. Auf letzterem geschah es, daß jene Zuschauer die Kirchenvorsteher Kleemann, Scholz und Thomas nicht zu Wort kommen ließen, ja Posamentirer Baum den Steinkretschmer Thomas im Wortwechsel so insultirte, daß die Kirchenvorsteher, um mehreren Spectacle zu verhüten, weggehen mußten. Ein Antrag auf Satisfaction unterblieb nicht und es stand Termin am 5. Februar an. Die Belangten erklärten, daß Bürger, welche für die alte Kirche portirten, ebenfalls zugesehen hätten. Baum würde gar nichts gesagt haben, hätte Thomas dem Heller nicht zugeredet, er solle zum Neubau von seinem Garten nichts ablassen. Die für die alte Kirche portirten, erregten die größte Unordnung und Zwietracht in der Communität. So habe Gastwirth Erbe öffentlich erklärt, für Bauinspector Isemer sei das Quartier bei ihm bestellt, ihm auch vom Kirchenvorsteher Scholz gesagt worden, er solle dem Isemer alles geben, was derselbe verlange<sup>2)</sup> Noch habe Scholz beigefügt: „Und ich werde ihn schon stempeln.“ Der Magistrat stellte frei, die Injurienklage gerichtlich bei ihm anzubringen, fand sich aber veranlaßt, mittelst Currende vom 5. Februar die auffallenden Unterhaltungen über die Reparatur und den Bau der Kirche bei 1 Thlr. Strafe zu untersagen.

§. 96. Zum Schluß sei bemerkt, daß das Kirchen-Aerar an Commissionsgebühren und Unkosten 102 Thlr 3. 1. hatte zahlen müssen. Der für den Neubau wirkende Theil der Communität hatte aber auch Ausgaben gehabt, für Copialien, Porti, Botenlöhne, 3 Mal zwei Reitende nach Altwasser zu Justizrath v. Mutius, 1 Reise nach Rapsdorf zu Minister v. Zedlitz, 1 Reise nach Ohlau zu Bauinspector Tiede, 3 Reisen nach Breslau zum Chefspräsidenten, Justizminister Graf v. Dancelmann und zum Baudirector Pohlmann, 4 Reisen nach Schweidnitz zu Conf.-Rath Tiede und Bauinspector Herfert, auf Zinsen für das Betriebs-Darlehn u. s. w. Diese Ausgaben beliefen sich zusammen auf 104 Thlr. 7. 5. Die Vorschußgeber, Bäckermeister und Schöppe Christ. Gottl. Sander und Züchner-Altester Lange wollten das Geld aus dem Kirchenärar erstattet haben, da, wenn der Neubau auch nicht gänzlich reussirt hätte, die Bemühungen dafür niemals für ganz unstatthaft erklärt worden wären. Trotz der Verwendung des Kirchen-Collegiums vom 27. August 1794 wurde das Verlangen vom Ober-Consistorium — 4. September — abgewiesen, weil die Wittsteller nicht negotiorum gestores<sup>1)</sup>

<sup>2)</sup> Die Rechnung betrug 2 Thlr. 28. 9 Den.

<sup>1)</sup> Geschäftsführer.



der Kirche gewesen, ihre Liquidationsfäge aber theils mit nichts bescheinigt seien, theils keine Rücksicht verdienten. Die Interessenten pflogen noch vergebliche Verhandlungen mit der Wittve des theilhaftig gewesen en Nürmberger. Eine gemeinschaftliche Bitte des Magistrats, des Kirchen-Collegii und der ganzen (ev.) Bürgerschaft vom 21. März 1798, um, wie es heißt, dieser äußerst unangenehmen Sache sich zu entledigen, bewirkte, endlich, daß das Ober-Consistorium — 19. April — die Erstattung der Vorschlässe aus dem Aerar bewilligte, da von der ganzen Bürgerschaft das Kirchen-aerarium bei künftiger etwaniger Unzulänglichkeit doch auf jeden Fall zu vertreten sein würde. Der Friede war hergestellt. Die Haupt-Reparatur unterblieb, der Neubau auch. Kein Theil der Streitenden war Sieger, keiner Unterlieger. Gewinner waren die Commissarien, Verlierer war das Kirchen-Aerar.

### Maltheserkirche.

§. 97. Die übelständige alte Kirche blieb eine Mahnung, eine bessere zu erlangen. Nirgends aber findet sich eine Andeutung, daß auf den Besitz einer katholischen gerechnet worden wäre. Lediglich mündlich hat sich eine Kunde erhalten, daß während des Baustreits die Ueberweisung der Maltheserkirche an die evang. Kirch-Communität befürchtet worden sei und hiermit das Interesse katholischerseits für den Neubau zusammengehangen habe, so wie, daß der Commendator und die Abtissin sich dabei mit Darlehen hätten theilhaben wollen. Der Reichstags-Deputations-Hauptschluß vom 25. Februar 1803 und die damaligen Bewegungen überhaupt führten jedoch begünstigende Zeitumstände herbei und wirklich richteten Magistrat, Kirchen-Collegium und die gesammte Communität — 2. Juli 1805 — ein Gnabengesuch an den König behufs „Wiedereinräumung der von 1525 — 1629 in ihrem Besitz gewesen en kath. Maltheser-Pfarrkirche“. Weit entfernt, ihre kath. Mitbrüder, mit denen sie immer im guten Vernehmen gestanden hätten, in ihrem Gottesdienst zu beeinträchtigen, führten die Wittsteller aus, daß die kath. Gemeinde außer 3 kleineren 2 größere Kirchen am Ort besitze, von denen die Carmeliter-Kirche sie vollkommen fassen dürfte, da sie nur etwas über  $\frac{1}{4}$  der evang. Gemeinde stark und daß auch gar kein Pfarrer an der Maltheserkirche vorhanden sei, indem die pfarramtlichen Geschäfte von Carmelitern versehen würden. Auf Allerhöchsten Special-Befehl — Berlin, 25. Juli — wurde die Untersuchung eingeleitet. Allein es zeigte sich der Reihe nach, daß der Commendator Graf von Wengersky vom fürstbischöflichen Vicariats-Amt in Breslau nicht ressortirte, daß er selbst verreist war, daß er seinen Bruder in Pilschowitz zu seinem General-Bevollmächtigten bestellt hatte, daß die Vollmacht sich nicht auf Ordenssachen erstreckte und endlich, daß auf das Maltheserordens-Groß-Priorat in Prag verwiesen wurde. Mit diesem hatte eine preussische Behörde füglich nicht in Verbindung zu treten. Leicht konnte es zudem nicht befunden werden, das Gnabengesuch zu bewilligen, da in der Stadt noch viele

Katholiken existirten. Ueberhaupt machte der Erlaß vom 12. November 1805, der sämtliche Untersuchungen wegen Zurückgabe katholischer Kirchen sistirte, auch der hiesigen Verhandlung ein Ende. Nach der Säkularisirung der Klöster bewarben die evang. Mitglieder des Magistrats und die evang. Stadtverordneten im Namen der evang. Kirchgemeinde mittelst Immediat-Gesuchs vom 12. December 1810 sich nochmals um die bisherige Maltheserkirche. Die kath. Gemeinde trug die Besorgniß, ihre Pfarrkirche abtreten zu müssen — 26. Juni 1811 — der k. Regierung in Breslau vor und wurde — 8. Juli — beschieden, ihre Besorgniß sei voreilig und ganz ungegründet. In der That war das Immediat-Gesuch vom Departement des Cultus für unstatthaft befunden worden. Die Gemeinde sah — 29. November 1811 — schließlich selber von Erlangung der Commende und Maltheser-Pfarrkirche ab.

### Carmeliterkirche.

§. 98. Dies geschah deshalb, weil die Haupt-Commission zur Aufhebung der Stifte und Klöster in Schlesien nahe daran war, über die Carmeliterkirche zu verfügen. Diese anlangend waren schon 24. September 1811 Magistrat und Kirchen-Collegium gefragt worden, was sie, wenn die Carmeliterkirche unentgeltlich überlassen werden sollte, für das nach dem Materialwerth auf 3542 Thlr. 16 ggr. taxirte Klostergebäude zu geben gedächten.

Am 12. August 1812 wurde ein von Pastor Thilo abgefaßtes Gesuch des Magistrats, der Stadtverordneten, der Kirchen- und Schulen-Deputation, um unentgeltliche Ueberlassung der ehemaligen Carmeliterkirche und deren Gebäude, an den Staats-Kanzler Freiherrn v. Hardenberg gerichtet und diesem selbigen Tages in Mülhausen, wo er sich damals aufhielt, durch eine Deputation überreicht. An denselben erging hierauf folgende Königliche Cabinets-Ordre:

„Auf Ihren Mir gemachten Vortrag genehmige Ich die unentgeltliche Ueberlassung der geschlossenen Carmeliterkirche nebst dem dabei sich befindenden Klostergebäude zu Striegau an die dortige evangelische Gemeinde zur Einrichtung für ihren Gottesdienst, für die Schule und zu den Prediger- und Schullehrer-Wohnungen unter der Bedingung, daß dagegen die dortige Stadt-Commune sofort dem wegen der nachgeforderten Kriegs- und Einquartierungs-Beiträge mit 1904 Thlr. 21 Sgr. gegen das aufgehobene Benedictiner Jungfrauen-Stift eingeleiteten und gegen den Fiskus fortgesetzten Proceß mit Uebernahme aller und jeder Kosten entsage, sowie auch auf den Fall, daß diese Proceßsache in der Zwischenzeit noch abgeurteilt werden sollte, auf dasjenige Quantum, welches der Stadt hierauf etwa noch zugesprochen werden sollte, mit gleichmäßiger Uebernahme aller Kosten auf rechtsverbindliche Weise Verzicht leiste.

Charlottenburg, den 12. December 1812.

Friedrich Wilhelm.“



Diese Botschaft, durch den Administrator der säcularisirten geistlichen Güter zu Striegau 6. Januar 1813 dem Magistrat und Stadtverordneten-Verein communicirt, wurde am 8. Januar zu Rathhause den ev. Stadtverordneten und dem Kirchen-Collegium verkündigt, und von der Stadt-Commune die erforderliche Entfugungs-Urkunde ausgefertigt. Schwierigkeiten machte dies nicht, weil der beregte Proceß inzwischen für die Stadt in erster und zweiter Instanz verloren worden und die Commune bei letzterem Urtheil sich schon beruhigt hatte. Die Uebergabe von Kirche und Klostergebäude, nebst dem §. 114 bezeichneten Theile des gewesenen Klosterhofes, erfolgte am 10. Februar durch Kriegsrath von Cölln an den Magistrat und zwei zuerforderte Deputirte der Stadtverordneten. Offenbar war in die Uebergabe nebst dem innern Rhythofe auch der von einer Mauer umfriedete Vorhof vor der Kirche eingeschlossen. Denn die steinerne Marien-Statue auf der Vorhofmauer „obig der Thür“ ist zum Besten des Baues verkauft worden<sup>1)</sup>.

### Jungfrauenkirche.

§. 99. Der Umbau der Carmeliterkirche wurde durch die Kriegsverhältnisse hingehalten. Auch ließen die ungenügenden Räumlichkeiten der Carmelitergebäude, die verbunkelte, seinerzeit noch sehr hohe Stadtmauer, die Unruhe der Haupt- und Poststraße, die damalige Enge der Fauer gasse, veranlaßt durch den in dieselbe vorspringenden Vorhof der Kirche, die Schwierigkeit der Aufstellung von Löschgeräthen bei Feuersgefahr und der Umstand, daß bei der geschlossenen Benedictiner-Jungfrauenkirche kein Thurm zu bauen wäre, es wünschenswerth erscheinen, diese gegen die Carmelitergebäude eintauschen zu können. Magistrat, Kirchen-Collegium und Stadtverordnete bemühten sich darum — 28. März 1816 — bei dem Großkanzler Fürsten Hardenberg. Grundrisse beider Klostergebäude und Nachweise der erforderlichen Kirchstellen und Wohnräume mußten eingereicht werden. Doch gab das Ministerium des Innern — 8. Juli — dem Antrage nicht Statt, da die Inconvenienzen der Carmeliterkirche noch in größerem Maße bei der Jungfrauenkirche eintreten, bei ersterer durch zweckmäßige bauliche Einrichtung gehoben werden könnten und über das Jungfrauenkloster zu einem andern Behufe disponirt werden würde.

Gegen den baldigen Einsturz der alten Kirche hatte man 1811 noch einmal Vorkehrungen getroffen. Auch 1817 sollten wieder Stützen und Verklammerungen helfen. Die Königl. Regierung zu Reichenbach befaßl aber — 30. August — unabänderlich die Schließung der Kirche. Der letzte Gottesdienst darin fand am Michaelisfest — 28. September — statt. Hierauf begann der Abbruch. Vom 1. Octbr. 1817 bis Anfang Novbr. 1819 diente die gewesene Jungfrauen-Klosterkirche zur Stätte der Andacht. Der wohlwollende Königl. Generalpächter hier und Gutsbesitzer auf Stanowitz, Hohberg, hatte provisorisch die Kirche zur

<sup>1)</sup> An Erbscholz Steiner in Offig.

Benutzung hergegeben. Diesen eigenmächtigen Gebrauch der Jungfrauenkirche rügte — 8. October — die Reichenbacher Regierung ernst und gebot unverweilt Räumung, genehmigte indeß — 17. Octbr. — das Gesuch des Kirchen-Collegiums, die Kirche auf ein Jahr höchstens benutzen zu dürfen; sie war aufs Kostenlofeste (218 Thlr.) eingerichtet worden.

### Jezige Kirche.

§. 100. Erst auf wiederholte Nöthigung seitens der Regierung schritt man zum Umbau der Carmeliterkirche. Dieselbe war von ursprünglich gothischer Anlage. Die beiden Gewölbe der Kirche, sowohl das des Schiffes, als das des einzigen Seitenschiffes (am Hofe) nebst der sie tragenden Pfeilerreihe, der das Seitenschiff auf der Stelle der jezigen Taufhalle um das letzte Gewölbjoch kürzende, niedrige Thurm,<sup>1)</sup> die beiden Giebel der Kirche, das Dach derselben, wie das des Hochchors, auch die Vorhofmauer fielen noch im Herbst 1817 dem Abbruch anheim. Nur die Umfassungsmauern blieben zum Theil. Der Raum, den sie umschlossen, wurde durch eine Quermauer derartig gesondert, daß der Schluß des früheren Hochchors zu einer achtseitigen Sacristei<sup>2)</sup> von 28' Länge, 26' Breite und einem darüber — bis zum Stern an 144' hoch — aufsteigenden Thurm mit Durchsicht, der Vordertheil aber zu einem Kirchen-Innern von 104½' Länge, 49½' Breite und im Mittel 47' Höhe mit 3 Emporen sich umbauen ließ. Treppenhäuser wurden an der Südseite der Kirche nächst dem Orgelchor, bis in das Pfarrhaus eingreifend, und neben der Taufhalle; an der Nordseite der Kirche zwischen zwei Strebe-pfeilern, desgleichen östlich der Sacristei, zu den über dieser befindlichen 3 Thurmsfluren führend, angelegt. Altar, Taufstein, Kanzel und Orgel wurden aus der alten Kirche in die neue genommen und staffirt. Der Altar, in den die Kanzel zu stehen kam, konnte den großen Crucifixus in seiner Mitte nicht behalten, die Kanzel ihres Einbaues wegen nicht die Figuren des Schalldeckels. Der Crucifixus fand in der Taufhalle (süd-östliche Ecke der Kirche) Aufstellung. Die Figuren bewahrte man auf dem obern Thurmsflur auf. Die Orgel wurde durch Orgelbauer Kober von Schweidnitz 1819 für die Accordsomme von 640<sup>3)</sup> Thlr. wieder aufgestellt, reparirt und in dieselbe das Positiv aufgenommen.

Die Säulen der Durchsicht des Thurmes, verbunden durch hölzerne Stabgeländer, wurden weiß, die beiden Schuppen-Helme grün gestrichen, Knopf, Fahne und Stern (beztgl. 40, „32“ und 5 Pfd.) wurden vergoldet.

§. 101. Der ganze Bau ist in etwa zwei Jahren fertig gestellt worden, da der theilweise Abbruch der Carmeliterkirche von 1817 zu 1818

<sup>1)</sup> Das daneben befindliche Treppenthürmchen steht noch jetzt.

<sup>2)</sup> Von der Inschrift am Sacramentshäuschen sind bis jetzt die Worte: „Salu. alus mundi verba patris hostia . . . ma“, von den Worten an der Kette der Console ist noch nichts entziffert.

<sup>3)</sup> Einschließlich der Nebenkosten 701 Thlr. 11 Sgr. 5 Pf.



vor sich ging, die Grundsteinlegung am 3. März 1818, die Einweihung am 7. Novbr. 1819 stattfand und der Thurm 1820 vollendet wurde.

Die Ausführung des ganzen Baues erfolgte durch den Stadtmaurermeister Blasche nach dessen Pläne, den der Königl. Departements-Bauinspector Kahlert nur unwesentlich geändert hatte, und durch die Stadtzimmermeister Leopold und Kamitz <sup>1)</sup>. Der Anschlag lautete ursprünglich, ohne Hand- und Spanndienste, auf 4700 Thlr., der Kahlertsche Revisionsanschlag vom 19. Januar 1818 auf 8942 Thlr. 20 Sgr. Die Leitung des Ganzen war bei dem Magistrat nebst dem Kirchen-Collegium und den ev. Stadtverordneten, welche die Gemeinde schon 19. Aug. 1817 dazu mit Vollmacht versehen hatte. Gleichzeitig leistete dieselbe einstimmig Garantie für die Kosten, obwohl sie nicht genau anzugeben waren. Für die eigentliche Bauleitung war 29. August 1817 eine besondre Kirchbau-Deputation erwählt und mit Geschäftsordnung versehen worden. Zu derselben sollte der Land-Kirchen-Deputirte Unverricht auf Eisdorf, außerdem noch Ehrenmitglieder vom Lande zugezogen werden. Daß es geschehen wäre, ist nicht zu bezweigen. Pastor Hantsche bezeichnnete sie einigemal als städtisch. <sup>2)</sup>

§. 102. Zum Bau floß das Kirchenvermögen von 3080 Thlr. Die wiederholten Bemühungen um eine Provinzial-Haus- und Kirchen-Collecte scheiterten. Die beim Gottesdienst an den Kirchthüren aufgestellten Sammelbecken trugen vom 30. April 1818 bis 31. October 1819 156 Thlr. 25 Sgr. 1 Pf., bei der Grundsteinlegung 30 Thlr., bei der Einweihung der Kirche 77 Thlr. 20 Sgr. ein. An freien Geschenken kamen 665 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf. auf, nämlich aus der Stadt 421 Thlr. 12 Sgr. 10 Pf. — worunter von Frau Tuchmachermeister Scharf 100 Thlr., Frau Oberamtmann Rosemann 50 Thlr., den (Karl) Sanderschen Ebelenten 150 Thlr., — vom Lande 233 Thlr. — worunter von den Gutsbesitzern: Matthäi in Halbendorf 30 Thlr. und Hohberg-Stanowik 100 Thlr. — und von Auswärtigen 20 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf. Zur Anschaffung neuer Glocken erfolgten 181 Thlr. 13 Sgr. 7 Pf. freiwillige Beiträge, davon aus der Stadt — die Kirchen-Collecte von 20 Thlr. 20 Sgr. 5 Pf. mit zugerechnet — 117 Thlr. 9 Sgr. 11 Pf., vom Lande 64 Thlr. 3 Sgr. 8 Pf. Der Erlös aus dem Verkauf von Abbruchs-Gegenständen war 1154 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf., aus dem Verkauf der Kirchstellen 3813 Thlr., des Grundstücks Nr. 189 (Schulhaus) 1210 Thlr., des Platzes hinter dem alten Brauhause (§. 114) 25 Thlr. Hierzu wurden die Läu tegelder von 1816 — 1820 und Miethen geschlagen, zusammen 324 Thlr. 13 Sgr. 1 Pf., so daß im Ganzen 10,717 Thlr. 22 Sgr. 3 Pf. Courant Baugelber

<sup>1)</sup> Constige Werkmeister waren die Schmiede: Rigisch, Barnowski, Banke, Habermann, Nibel, Rober, Stuß, Peuckert, Förster; die Tischler: Helfer, Dertel, Friedrich, Blasche, Röhmhild; die Glaser: Pöggold, Paschke, Stoll; die Schlosser: Epik sen. und jun., Lichtenberg, Zäusler, Klein; Kupferschmied: Meißel; Klempner: Pohl (Landeshut); Maler: Scholz.

<sup>2)</sup> S. Anmerk. zu §. 104.

bereit lagen. Außerdem flossen noch Spenden zur innern Ausschmückung der Kirche, aus:

	Herrschaft.			Gemeinde.		
	thl.	sg.	pf.	thl.	sg.	pf.
Striegau . . . . .	—	—	—	430	19	2
Altstriegau . . . . .	—	—	—	41	25	—
Barzdorf, Fehr. von Nichthofen . . . . .	50	—	—	4	13	9
Giesdorf, Rittergutsbesitzer Heinr. Unverricht	120	—	—	20	—	—
Fehdebeutel, desgl. Sam. Unverricht . . . . .	100	—	—	—	19	—
Gräben . . . . .	—	—	—	28	25	—
Grunau . . . . .	—	—	—	3	23	6
Haibau . . . . .	—	—	—	18	12	—
Halbendorf, Rittergutsbesitzer Schwabe . . . . .	50	—	—	12	9	3
Järschau, desgl. Kleinwächter . . . . .	15	—	—	—	—	—
Muhrau, Justizrath Steinbeck . . . . .	20	—	—	1	10	—
Niedersreit, Justizrath Stuppe . . . . .	20	—	—	2	—	—
Obersreit, Oberst von Düsterlho . . . . .	40	—	—	3	20	—
Pilgramshain, Frau von Seyblitz . . . . .	40	—	—	11	2	6
Stanowitz, Rittergutsbesitzer Hoberg . . . . .	40	—	—	24	4	—
Teichau . . . . .	—	—	—	3	5	6
Thomaswalbau, Lieutn. Louis von Mutius . . . . .	11	—	—	15	22	6
Tscherchen . . . . .	—	—	—	35	3	6
Zedlitz . . . . .	—	—	—	5	—	—
Lüssen (Samuel Prasse) . . . . .	—	—	—	10	—	—
	506   —   —			672   4   8		

zusammen 1178 Thlr. 4 Sgr. 8 Pf.

§. 103. So frisch das Werk unternommen worden und in seiner Vollendung den Beifall der Gemeinde hatte, sollte es gleichwohl nicht ohne Tadel dastehen. Die Chorbalken waren zu kurz geschnitten. Bauinspector Rahlert ließ zwar denselben Auser durchwerfen, erklärte das aber doch für Flickwerk. Besonders indeß erweckten nach Revision der vom Rämmerer Sander gelegten Baurechnung — 14. November 1821 — die Kosten von 27,764 Thlr. 4 Sgr. viel Mißstimmung. Zwar konnten von dem gemachten Aufwande wohl zurückgerechnet werden die Beträge für Einrichtung der Jungfrauenkirche §. 99, Erwerb des Brauhauses §. 114, Beschaffung des Gefäßes §. 106, Reparatur der Orgel §. 100, Rückzahlung von 1500 Thlr. Schulcapital und 1404 Thlr. 23 Sgr. 2 Pf. Verzinsung der mit 17,289 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf. erborgten 29 Capitalien. Aber auch so blieben noch 21,346 Thlr. 18 Sgr. Ausgabe, worin freilich wieder die Kosten für den Pfarrhausbau (§. 111) und für Reparaturen an den alten Pfarrhäusern, beziehentlich für deren Umbau zu Schulhäusern mit inbegriffen waren. Im Besondern stellten sich die Ausgabeposten, wie folgt:

	thl.	sg.	pf.
Maurer-Arbeitslohn . . . . .	2163	26	—
Zimmer-Arbeitslohn . . . . .	2247	27	6
Fuhrlohn . . . . .	306	8	6
Handlangerlohn . . . . .	1964	8	3



		thl.	sg.	pf.
Tischler:	} Arbeit . . . . .	1261	12	9
Schmiede:		587	9	—
Schlosser:		328	8	8
Glafer:		507	6	2
Klempner:		258	—	8
Töpfer:		296	20	1
Nägeln . . . . .		1471	26	10
Ziegeln . . . . .		2120	18	6
Holz, Bretter, Latten . . . . .		4582	20	5
Kalk . . . . .		1331	19	5
Sand, Rohr, Gyps, Draht . . . . .		208	22	6
Diäten, Botenlohn, Reisekosten, Trinkgelber u. f. w. . . . .		508	16	5
Steinhauer- und Brunnenarbeit . . . . .		152	5	8
Thurmknopf, Thurmanstrich, Bligableiter . . . . .		311	1	10
Staffiren . . . . .		415	10	—
Verschiednen Professionisten und Insgemein . . . . .		322	18	4

§. 104. Behufs der Schuldentilgung übernahm, nachdem das Verbindlichkeits-Verhältniß von Stadt und Land (§. 29. 64) festgestellt worden, das Land einen Beitrag von 2000 Thlr. und leistete 1822 und 1823 Zahlung bis auf einen dominialen Rest von 75 Thlr. 8 Sgr. 11 Pf., welcher erst 1833 beigetrieben wurde. Die Stadt hatte das Fehlende mit 12,941 Thlr. zu tragen, wofür rund 13,000 Thlr. angesetzt wurden. Jetzt hoben Magistrat, Kirchen-Collegium und ev. Stadtverordnete 5. Febr. 1822 die seitherige Kirchbau-Kasse<sup>1)</sup> auf, vereinigten sie wieder mit der Kirchenkasse und entwarfen den Tilgungsplan dahin, daß die Stadtgemeinde 3000 Thlr. im Wege einer Umlage binnen Jahresfrist aufzubringen hätte. Die Sache sollte durch eine Repartitions-Commission — bestehend aus 1 Magistratualen, 4 Stadtverordneten, 1 Kirchenvorsteher und 4 Bürgern — nach dem Princip des gesammten Vermögensstandes der Beitragspflichtigen, bei Eintheilung derselben in 12 Klassen, geregelt werden. Die Verzinsung und die Abbüdung des Restes von 10,000 Thlr. wurde der Kirchenkasse aufgelegt. Das Kirchen-Collegium bedang sich allerdings zwar aus, daß, wenn die Kirchenkasse außer Stande sei, 500 Thlr. jährlich Zinsen zu liefern, das Fehlende von der evang. Commune aufgebracht werde; allein es übernahm<sup>2)</sup> doch die geforderte Leistung, obgleich es 1818 nachgewiesen hatte, daß das Alerar ca. 150 Thlr. jährlich erübrigen könnte. Den Tilgungsplan genehmigte die Königl. Regierung zu Breslau unterm 25. Februar 1822. Diese Regierungs-Genehmigung war von großer Bedeutung, für die Patron-Bürgerschaft, für die Stadtgemeinde, für das Kirchen-Alerar, für

<sup>1)</sup> Erst 24. September 1821 fand die Königl. Regierung in Folge einer Rechnungs-Revision für nicht passend, daß eine besondre städtische Deputation die Kirchbaukasse verwalte, als eine Einrichtung bei Schulden, welche die ev. Gemeinde contrahirt habe.

<sup>2)</sup> Ob dieser nach Lage der Kasse schwer verständliche Beschluß wirklich vom Kirchen-Collegium gefaßt worden, oder ob es als Minorität in einem größeren Berathungs-Körper — neben mitanwesenden 4 Magistratualen und 14 Stadtverordneten — ihn einfach anzunehmen hatte, ist nicht zu ermitteln gewesen. Beispiele der Minoritätsstellung des Kirchen-Collegiums s. hier §. 104 weiter oben, §. 105. 114.

die Landgemeinde. Die patronatische Bürgerschaft entging dadurch der Zahlung der Patronats-Drittel-Baubeihilfe von 5000 Thlr. Die Stadtgemeinde war dadurch frei gemacht von Zahlung weiterer 5000 Thlr. Baubeiträge. Das Kirchen-Vlexar war auf unbordenkliche Zeit hinaus von Schulden erstickt. Die Landgemeinde hatte wegen dieser Beschlagnahme der Kirchenkasse zwecks Entlassung nicht der ganzen, sondern der städtischen Gemeinde die Patronats- und stadtgemeindlichen Schulden mittelbar mitabzutragen. Die Ermäßigung der patronatischen und gemeindlichen Baulast von 13,000 Thlr. auf 3000 Thlr. befriedigte in der Stadt nicht. Um der Gemeinde in der Stadt auch noch die Abtragung dieser 3000 Thlr. zu erleichtern, hatten die evang. Stadtverordneten — 21. Februar — vorgeschlagen: Erhebung von 5 pC. Verzinsungs- und 5 pC. Amortisationsbeitrag, Erhöhung der Kirchstandmiethe, desgleichen der Stolzgebühren und Verkauf des alten Brauhauses. Das Kirchen-Collegium erklärte 4. März, es habe dazu nicht die Macht; die Repartitions-Commission 27. März, es sei am geeignetsten, in 3 Terminen je 1000 Thlr. abzzahlen; der Magistrat 2. April, die Vorschläge seien schwer auszuführen. Dabei zeigte der Magistrat den evang. Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung an, daß an das Collegium der Stadtverordneten nichts weiter erwähnt werden würde, da die Regulirung der Angelegenheit ein Gegenstand der ev. Mitglieder der Stadtverordneten in Vereinigung mit dem Magistrat und Kirchen-Collegium, nicht aber des ganzen Stadtverordneten-Collegii sei. Die ev. Stadtverordneten erklärten 16. Juli, die Ausgabe der Zahlungsscheine mache in der Gemeinde solche Sensation, daß sie gezwungen wären zu ersuchen, die entworfene Repartition wieder aufzuheben und die p. 3000 Thlr. successive bezahlen zu dürfen. Sie hoben hervor, welche Erbitterung der Zwang verursache und welche Kälte gegen die Kirche. Zur Erklärung aufgefordert, äußerte — 17. Juli — das Kirchen-Collegium, es bliebe am besten bei der Repartition und sei Ernst nöthig um Solcher willen, die oft mehr aus bösem Willen die gute Sache hinderten, als aus wirklicher Armuth. Der Magistrat beschied 29. Juli die evang. Stadtverordneten, er müsse zweifeln, ob das dieselben Männer seien, die vor 2 Monaten Alles mit festgesetzt hätten, zweifeln, daß noch ein Funke von Liebe für die kirchlichen Anstalten in Männern, die nicht im Stande seien, ein so kleines Opfer zu bringen. Sollte der Communal-Beamte heute beschließen und morgen verwerfen? Der Magistrat sprach von Eigenbünkel und von Vielrednern, welche ihre Rednerbühne in den Bierhäusern aufschlagen, bezeugte seine Verwunderung, daß, was von den Antragstellern vorgebracht würde, seit einigen Wochen erst ihnen eingefallen sei und bat schließlich, ihn mit Antwort zu verschonen. Die nicht ausbleibende Erwiderung — 1. August — besagte, nicht mehr alle seien dieselben Stadtverordneten, die Unterschriften seien halb gedrungen gewesen, wie beim Anfang des Baues, wo in Gegenwart des Landraths von Hocke kein Widerspruch hätte stattfinden dürfen. Wie groß wäre der Kostenbetrag geworden; sie übernahmen die Schuld nicht. Die erste Ratenzahlung von 1000 Thlr. kam mit September 1822 indeß noch zu



Stande. Dann aber stieß die Erhebung der Baubeiträge auf ganz ungemeine Schwierigkeiten. Die Regierung drängte den Magistrat stets aufs Neue; sie ging von dem Grundsatz aus, daß, da die ländlichen „Eingepfarrten“ ihrer Rate nachgekommen, es auch die städtischen müßten, dies gebiete die gegenseitige Achtung. Gegen den Tadel, daß der Magistrat nicht mit Ernst verfahren sei, rechtfertigte sich derselbe durch Einsendung der Executionsverfügungs-Verzeichnisse. Wir überschlagen diese düstern Blätter, lassen auch den herben Spruch ruhen, den Bgmstr. Salomon über die schwer erlangten Baubeiträge gethan hat. Ebenso bleibe der Einblick in die damalige Haltung der Bürgerschaft unberührt, welcher dem Schreiber dieses im Jahr 1858 durch mündliche Erläuterung des einstigen Justitiars der hiesigen Maltheser-Commende und nachmaligen Besitzers von Muhlran, Geh. Ober-Vergraths Steinbeck gewährt worden ist. Genug, die Zahl der Zwangs-Mandate überstieg noch im Jahr 1826 200. In mehreren Fällen kam es zum Aeußersten. So gingen denn 1823 700 Thlr., 1824 200 Thlr., 1826 300 Thlr., endlich 1828, nachdem 209 Thlr. 29 Sgr. 10 Pf. als unbeitreiblich niedergeschlagen worden waren, der Rest ein.

Zuletzt ergab sich noch, daß der am 23. August 1828 verstorbene Rechnungsführer, Registrator H. Unregelmäßigkeiten in der Kasse hatte entstehen lassen. Anfangs wollte der Magistrat, daß das Kirchenärar den Ausfall von 665 Thlr. 20 Sgr. 1 Pf. trüge. Das Kirchen-Collegium mochte aber — 18. December — für den Fehler eines städtischen Beamten nicht aufkommen. Der Magistrat entschloß sich dann mit den evang. Stadtverordneten — 14. Januar 1829 —, 500 Thlr. Schulden der Kirchkasse zu übernehmen und von den neuen Bürgern einen Beitrag <sup>3)</sup> zu erheben.

§. 105. Logen und Kirchstellen wurden erb- und eigenthümlich zu beliebiger Weiterveräußerung mit dem Bedinge verkauft, daß die Kirche von jedem Plaze einen jährlichen Zins und bei Verkauf, Vertauschung oder Schenkung der Stelle an einen Nachbesitzer von diesem  $\frac{1}{6}$  des Kaufpreises als Reluktionsgeld, bei Vererbung an Ascendenten, Descendenten und Geschwister aber keine Reluktionsgebühr bezöge. Nur dem Magistrat fiel eine Raths-Herren- und eine Rathsfrauen-Loge, desgleichen eine Loge dem Kirchen-Collegium, je eine Freitank beiden Pfarrfrauen, eine den Lehrerfrauen zu. Mit der städtischen Gemeinde ordnete die Sache eine Commission, bestehend aus 1 Magistratualen, 2 ev. Stadtverordneten und 2 Kirchenvorstehern, mit den Landherrschaften das Kirchen-Collegium allein. Was dasselbe feststellte <sup>1)</sup> und daß es zum zweiten Commissionsgliede nicht einen bestimmten, sondern zu jeder Verhandlung einen Kirchenvorsteher abwechselnd stellte, veranlaßte den Magistrat — 31. August 1819 — zu erklären, daß er das Kirchen-Collegium nicht als diejenige Behörde erkenne, welche dergleichen festzusetzen ermächtigt

<sup>3)</sup> Wohl das „Kirchengeld“ (2 thl.), welches noch in den 1840er Jahren die Kämmerer von neuen Bürgern einzog, und das mit 256. 18. 6. schon März 1834 „disponibel liegt.“ Sein Eingang zur Kirchkasse, wie der vorgedachter 500 Thlr., nicht ersichtlich.

<sup>1)</sup> Nachlaß von 2 Thlr. für die ganze, von 1 Thlr. für die halbe Loge.

sei. Das Kirchen-Collegium protestirte 3. September, indem es nicht angewiesen sei, die magistratualische Stadtbehörde in solcher Eigenschaft als seine Patronatsbehörde anzuerkennen. Die evang. Communität sei der wahre ausschließliche Kirchenpatron. — Im Jahr 1859 schob das Kirchen-Collegium 2 und 1863 noch 1 neue Bank mit den Stellen Nr. 9 bis 12b, Nr. 352 — 359b und 286 — 292b ein. An Kirchstellen sind vorhanden: A. (Schiff) 660, B. (1. Empore) 374, C. (2. Empore) 256, D. (3. Empore) 200, zusammen 1490. Im Jahr 1819 — 29 October — erbot sich, auf Veranlassung des Landraths Frh. von Richthofen auf Barzdorf, der Magistrat, den Kreis-Secretair, den Kreis-Officier und etwa künftig hier garnisonirende Officiere in seiner Loge aufzunehmen. Er wies aber 9. Januar 1855, da in Folge der Städte-Ordnung von 1853 das Patronat von ihm auf die Gemeinde übergegangen und er kein Recht mehr auf einen besondern Stand in der Kirche habe, den Landrath von Rohrscheidt wegen Miethung einer Stelle an das Kirchen-Collegium. Nachdem dieses Plätze in den Magistratslogen vermiethet hatte, forderte der Magistrat — 19. August 1862 — beide Logen zurück, da, wenn auch 1855 in der Zeit des kth. Bürgermeisters Scheider darauf verzichtet worden sei, doch zur Zeit des ev. Bgmstrs. Fischer auf Ersuchen des Kirchen-Collegiums vom 11. Mai 1855 der Magistrat — 18. Juli j. 3. — sich bereit erklärt hätte, das Patronat wieder zu übernehmen. Es käme zu dem auf die Patronatsfrage nicht an, sondern es stünde ihm als Ortsobrigkeit die Loge zu, wie auch in der kth. Kirche, obgleich er deren Patron nicht sei, eine solche für ihn vorhanden. Im Rückblick auf die Vorgänge von 1744 und 1777 (§. 87) erkannte der Gemeinde-Kirchenrath — 9. Decbr. 1863 — dem Magistrat beide Logen in der Voraussetzung zu, daß, wie bisher geschehen, auch ferner hier weilenden Standes- oder ihnen gleich zu achtenden Personen die Mitbenutzung<sup>2)</sup> auf Antrag seitens der Kirche gestattet werde. Der Magistrat nahm 12. Januar 1864 diese Erklärung bestens an; er ließ die Loge mit 10 neuen Stühlen versehen.

§. 106. Geläut. Schon bei der Bethauskirche war (§. 119b) eine kleine, wohl nie gebrauchte Glocke gewesen und aufbewahrt worden. Auf dem Thurm des ehemaligen Carmeliterklosters befanden sich zwei Glocken. Das auf dem Klosterthurm zusammengesetzte Geläut kam 13. Juli 1815, beim Ausläuten für den verstorbenen Herrn von Seydlitz auf Pilgramshain, zum ersten Mal in Gebrauch. Der Klang des Geläutes mag nicht befriedigt haben, da der Magistrat laut Beschlusses der Stadtverordneten dem Kirchen-Ministerium 25. Juli schrieb, das Geläut wäre durch Umguß harmonischer zu machen. Als 1817 der Kirchthurm abgebrochen werden mußte, wurde eine Art Noththurm<sup>1)</sup> in der Mitte des südlichen Pfarrhausdaches errichtet. Auf diesem wurde die gegen Angabe der beiden kleinsten Glocken angeschaffte, nachmalige Mittelglocke mit der

<sup>2)</sup> Der Vorbehalt wegen Vermiethung für den Magistrat unbenöthigter Plätze wird hier übergangen.

<sup>1)</sup> Derselbe soll einem Sommerhäuschen ähnlich anzusehen gewesen sein.



größeren Carmeliterglocke als Geläut angebracht. Beide Glocken wurden am 16. Juli 1819 vom Noththurm abgenommen und nebst der neuerschafften großen Glocke durch Zimmermeister Leopold und Ramitz in Gegenwart des Magistrats, des Kirchen-Collegiums und der Stadtverordneten — zweifelsohne wohl auch vieler andern Zuschauer — unter Trompeten- und Paukenschall bei stiller Witterung auf den neuen Kirchturm glücklich aufgezogen, so daß Sonnabend, 17. Juli, die Feier des kommenden Tages eingeläutet werden konnte. Für das Kind des Bäckers Thomas ließ der Stadtverordnete Krause am 18. Juli mit dem neuen Geläut zum ersten Male 3 Pulse läuten.

Die kleine Glocke — etwa 4 Centner schwer — stammt aus der Klosterzeit, zeigt auf der Vorderseite zwischen 2 Figuren das Chronogram:

„Sancta  
Dei Mater pro  
peccatoribus  
ora.“<sup>2)</sup>

auf der Rückseite einen Crucifixus und darunter die Worte: Gegossen von E. B. Meyer in Riegnitz 1807.

Die Mitteltglocke (Sterbeglocke), zu welcher Tuchmachernstr. Nagel das Kronholz schenkte, wiegt 8 Ctn. 17½ Pfd., wurde zwischen dem 11. und 14. Juli 1817 angefahren, kostete 626 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf., und zeigt in lateinischen Majuskeln die Inschrift:

„Tochter hoffnungsreicher Zeiten,  
Heilig schallen deine Stimmen  
In ein Herz, dem Herrn geweiht.  
Läut' uns in des Lebens Krümmen  
Oft den Ton: Unsterblichkeit.“

Darüber, am Kronrande, stehen die Worte: Gegossen in Hirschberg bey Joh. Gottfr. Böhner 1817.

Die große Glocke, 14. November 1818 vom Bauer Gottfried Schmidt in Gräben unentgeltlich angefahren, wiegt 15 Ctn. 53 Pfd. Breslauer Gewicht, kostete 1151 Thlr. 6 Sgr. Courant, und zeigt in lateinischen Majuskeln die Inschrift:

Der Kirche hohen Bau zu schmücken, prangt diese neue Glocke hier,  
Vollendet steht vor unsern Blicken nun unser Gotteshauses Zier.  
Mit Mühe wollt' es uns gelingen, wir mußten, arm durch Kriegeswuth  
Und hilflos, große Opfer bringen, des lieben Städtchens letztes Gut.  
Mit schwacher Kraft begannen wir dies Heiligtum zu bauen,  
Doch thaten wirs zur Ehre Dir, o Vater, voll Vertrauen.  
Auch diese neue Glocke zeugt, wie unser Herz vor Dir sich beugt.

Darüber stehen die Worte: Gegossen in Hirschberg bei Joh. Gottfried Böhner im October Anno 1818. Das Geläut kostete in Allem 1686 Thlr. 28 Sgr. 2 Pf.

§. 107. Die Orgel (§. 85. 100. 109.) erfuhr Reparaturen im Betrage von 371 Thlr. im Jahr 1838 durch Orgelbauer Friedr. Müßfig aus Zauer und von 701 Thlr. 8 Sgr. im Jahr 1844/45 durch Orgel-

<sup>2)</sup> Heilige Mutter Gottes, bitte für die Sünder.

bauer Schlag aus Schweidnitz. Bei letzterem Bau blieb der Plan, die Orgel auf die Bühne hinter und über der Kanzel zu versetzen, glücklich unausgeführt. Die Kosten sollte mit 500 Thlr. die Stadt mittelst Umlage, das Land mit 80 Thlr. durch freiwillige Beiträge, welche das Kirchen-Collegium vorzog, decken. Die Dominiien spendeten 76 Thlr., die Gemeinden 47 Thlr. 7 Sgr. 5 Pf., das Land zusammen also 123 Thlr. 7 Sgr. 5 Pf. Die Erhebung der städtischen Beiträge machte wieder Mühe, da zwei Drittel der Besteuereten nicht zahlen wollten und deshalb selbst Solche, die schon gezahlt hatten, das Eingezahlte zurückverlangten. Endlich hatte der gewählte Erheber, Kämmerer Mausolf, doch 476 Thlr. 5 Sgr. 3 Pf. eingezogen. Die Nachweisung über 25 Thlr. 26 Sgr. 3 Pf. Rückstände führte 19 Restanten, darunter 12 Rgl. Beamte auf.

Nachdem die Regierung — 2. Sptbr. und 28. Octbr. — die Festsetzung eines Interimisticums für noch nicht angezeigt befunden und der Magistrat — 13. Novbr. 1844 — mittelst Insinuations-Currende 13 Rgl. Beamte aufgefordert hatte, zu zahlen oder die Weigerungsgründe anzugeben und Interimisticum zu gewärtigen, ließen drei Beamte unterm 25. Novbr. 1844 eine ausführliche, strengjuristische Erklärung ihrer Zahlungsweigerung dem Magistrat zugehen, des Inhalts: sie seien eximirt, zudem hätten die Stadtverordneten willkürlich beschlossen, der Magistrat hätte deren Beschlüsse die Bestätigung und Ausführung versagen sollen. Die von der Stadtverordneten-Versammlung beliebte und vom evang. Kirchen-Collegium angenommene Beitrags-Vertheilung sei durchaus ungesetzlich. Die Stadtgemeinde bilde nicht die Kirchgemeinde; in Angelegenheiten der Kirche könnten gültige Beschlüsse nur durch die Mitglieder der Kirchgemeinde angeordnet werden; einen ihnen angemessen scheinenden freiwilligen Beitrag hätten sie nicht verweigert, wenn sie dazu von dem Kirchen-Collegium auf eine geziemende Weise aufgefordert worden wären. — Der Magistrat hielt die Weigerung für begründet. Es hatten diesmal nicht bloß die evangelischen Stadtverordneten, sondern es hatte die Stadtverordneten-Versammlung mitgewirkt. — Im Jahr 1865 wurde die Orgel abermals durch Orgelbauer Schlag aus Schweidnitz reparirt und der Kostenbetrag von 273 Thlr. aus dem Kirchenärar bestritten.

### Außere Kirchen-Renovation.

§. 108. Die sehr schadhast gewordene Kirche wurde 1858 im Außern durch alle Theile vollständig renovirt, dabei der Thurmhelm über der Durchsicht, statt der bisherigen hölzernen Schuppen, mit Zink gedeckt. Letztere Arbeit konnte der Kirche äußerst gefährlich werden. Lößkolben bewirkten — 12. August — einen Funkenfall auf das Schuppendach des untern Thurmhelms, und die Schuppen fingen Feuer. Die augenblickliche Wahrnehmung und Handanlegung der Arbeitenden erstickte die Gefahr <sup>1)</sup>).

<sup>1)</sup> Es war auf Glockenschlag 12 Uhr, gerade noch ehe die Arbeiter zur Mittagsestunde abgingen.



Sonntags — 15. August — geschah in der Kirche eine Dankfagung durch Pastor Bäck. Im Innern der Kirche erfolgte nur eine neue Dielung der Sacristei. Letztere machte der Dominial-Kirchendeputirte, Hauptmann Unverricht auf Eisdorf durch Schenkung eines eisernen Ofens (28 Thlr.) heizbar, und Kaufmann Kamitz ließ sie malen. Die Baulichkeit kostete rund 1100 Thlr. Durch Sammlung freiwilliger Liebesgaben waren dazu aufgebracht worden, aus:

	Herrschaft.			Gemeinde.		
	thl.	sg.	pf.	thl.	sg.	pf.
Striegau . . . . .	—	—	—	213	3	3
Altstriegau . . . . .	—	—	—	19	17	6
Barzdorf, Frh. Utr. von Richtshofen . . . . .	25	—	—	7	12	—
Eisdorf, Hauptmann Unverricht . . . . .	100	—	—	9	—	—
Frau Hauptm. Marie Unverricht geb. Einckh . . . . .	50	—	—	—	—	—
Fräulein Ernestine Unverricht . . . . .	25	—	—	—	—	—
Fehbeutel . . . . .	—	—	—	2	16	6
Gräben . . . . .	—	—	—	39	2	6
Grunau . . . . .	—	—	—	3	—	—
Haibau . . . . .	—	—	—	16	17	—
Halbendorf, Rittergutsbes. Martin Weßky-Wüstegiersdorf . . . . .	25	—	—	11	3	6
Muhrau, Geheim. Ober-Bergrath Steinbeck in Breslau . . . . .	15	—	—	1	20	—
Niederstreit, Frh. von Richtshofen-Brechelschhof . . . . .	5	—	—	3	—	—
Oberstreit, Rittergutsbesitzer von Dheimb . . . . .	5	—	—	3	20	6
Pilgramshain, Kammerherr von Seydlitz . . . . .	50	—	—	13	28	6
Oberstanowitz, Frh. Wolkow v. Richtshofen-Gr.-Rosen . . . . .	10	—	—	6	27	—
Niederstanowitz, Rittergutsbes. Mendel Samuel Berliner . . . . .	3	—	—	14	5	6
Stanowitz, Königl. Anth. . . . .	—	—	—	1	24	—
Zeichau . . . . .	—	—	—	2	2	6
Thomaswalbau, Rittmstr. Louis von Mutius . . . . .	11	—	—	12	19	3
Tschechen, Rittergutsbes. Ed. von Kramsta-Freiburg . . . . .	25	—	—	39	11	—
Zedlig . . . . .	—	—	—	8	23	—
	349	—	—	429	13	6

zusammen 778 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf.

Das Fehlende gab das Aerar her.

Zu vorgenannter Summe hatten, außer den in der Liste schon genannten Gebern, beigetragen, aus der Stadt: 10 Thlr. Kirchenvorst. C. G. Meymann, 6 Thlr. Landes-Altester Hohberg, je 5 Thlr. Fr. Insp. Schönfeld, Dr. Holz, Fabrikbesitzer Friedrich Bartsch Söhne, Kaufmann Krause, Kaufmann Köhler, Kirchenvorst. Schröter, Rittmstr. Unverricht; dann folgten 1 Gabe zu 4 Thlr., 4 zu 3 Thlr., 18 zu 2 Thlr., 51 zu 1 Thlr. u. s. f. Vom Lande liefen ein: je 5 Thlr. von Vormerksbesitzer Hennig und Lehngutsbesitzer Ritter in Altstriegau, Fabrikbs. Reser in Gräben, Mühlenbs. Hainke in Tschechen, Dominialpächter Harmening in Thomaswalbau, demnächst 6 Gaben zu 3 Thlr., 16 zu 2 Thlr., 46 zu 1 Thlr. u. s. w. Dem vollständigen Abdruck der Geber-Listen tritt deren Umfang (1091 Gaben) in den Weg.

Freifuhren hatten geleistet, aus der Stadt:

Lieutenant J. Fichtner und Canditor Ludwig wiederholt, Gutsbesitzer

Schäfer, Seifensiedermeister Roschwitz, Mühlenbesitzer Conrad und Fuhrmann Persing; aus Gräben: Lehnsholz Littmann und Gutsbesitzer Beutner wiederholt, Erbscholtiseibesitzer Hanke; aus Altstriegau: Gutsbesitzer Hennig, Schubert, Ritter, Brochmann und Sul. Wartsch; aus Tscheden: Gutsbesitzer Scholz und Müllermeister Hainke.

Weil zur Bestreitung der Kosten vorerwähnter Reparatur der „magistratualische Patron“ nicht mit dem Patronats-Drittel herangezogen, legten 5 magistrats=patron=gesinnte Gemeindemitglieder aus der Stadt — 20. Juni 1858 — gegen die Sammlung freiwilliger Gaben Beschwerde bei der Regierung ein, und auch ein Mitglied des Kirchen-Collegiums protestirte — 6. Mai — aus gleichem Grunde gegen die Unternehmung. Auf die Widerlegung der Beschwerde seitens des Kirchen-Collegiums, vom 25. Juli, gab die Regierung dem erhobenen Einspruch keine Folge.

Im Jahr 1864 wurde der untere Helm des Thurms zur Accordsumme von 350 Thlr. durch Klempnermeister Urban, statt der seitherigen Holzschuppen, mit Zink<sup>2)</sup> gedeckt und so die letzte noch vorhandene Holzbedachung der kirchlichen Gebäude beseitigt.

April und Mai 1876 kam ein Neubau des brüchig gewordenen Daches auf dem Orgelchortreppenhause, so wie desjenigen auf dem Taufhallentreppenhause durch Maurermeister Mann und Zimmermeister Lissel zur Ausführung. Beide Dächer wurden mittelst Erhöhung der Umfassungsmauern flacher gelegt, die Kehlen zwischen den alten Dächern und dem Pfarrhausdache cassirt, letzteres in die Treppenhausdächer eingefastelt, gegen dieselben durch Brandmauern abgesperrt und die Mure vor den Thüren zur dritten Empore geräumiger und heller gemacht. Die Kosten, einschließlich verschiedener Reparaturen an Thurm, Kirche und Pfarrhaus, im Betrage von 1603 Mark 44 Pf. bestritt das Kirchenärar.

### Jubiläums-Bau.

§. 109. Die umfänglichste Unternehmung seit Erbauung der Kirche war die Haupt-Renovation derselben im Jubiläumsjahr 1869. Der Gemeinde-Kirchenrath bildete, mittelst Verstärkung durch 6 Mitglieder, welche die Gemeinde frei zu wählen hatte, sich zu einer Jubelfeier=Commission<sup>1)</sup> um. Diese verbreitete — 1. April — eine gedruckte Ansprache, welche das Vorhaben der Gemeinde erklärte und deren kräftige Unterstützung erbat. Die durch Gemeinde-Mitglieder ausgeführte allgemeine Sammlung hatte erfreulichen Erfolg.

<sup>2)</sup> Beim Brande der Tschiersig-Thamm'schen Besizung am Schießberge, am Abend des 28. Octobers 1864, stand der Thurm im Windstich eines starken Funkenfalles. Die Zinkbedeckung war jedoch schon vollendet.

<sup>1)</sup> Die Zugewählten waren, da 2 Ablehnungen einliefen, Zimmermstr. W. Kühn, Kaufm. Tglau, Kaufm. Hapel, Maler Kolmiz, Frh. v. Richthofen-Barzdorf, Gutsbes. Rohr-Pilgramshain.



## Es spendeten:

	Dominium			Gemeinde.		
	thl.	fg.	pf.	thl.	fg.	pf.
Striegau . . . . .	—	—	—	1288	16	—
Altstriegau . . . . .	—	—	—	72	11	6
Barzdorf, Frh. v. Richthofen . . . . .	100	—	—	11	24	9
Giesdorf, Landes-Ältester Hauptm. v. Unverricht . . . . .	300	—	—	17	14	6
Fräulein Ernestine Unverricht . . . . .	—	—	—	150	—	—
Zehebeutel . . . . .	—	—	—	5	11	6
Gräben . . . . .	—	—	—	105	23	6
Grunau . . . . .	—	—	—	9	24	—
Haibau . . . . .	—	—	—	33	—	—
Halbendorf, Rittergutsbesitzer Dr. Egmont Websky-Wüste- Giersdorf . . . . .	20	—	—	23	9	—
Järschau . . . . .	—	—	—	2	7	3
Muhrau . . . . .	—	—	—	4	19	6
Niederfreit, Frh. von Richthofen-Brechelschhof . . . . .	12	—	—	5	7	9
Obersreit, Rittergutsbes. v. Oheimb . . . . .	25	—	—	8	24	6
Comm.-Rath v. Kulmiz-Saarau . . . . .	—	—	—	10	—	—
Pilgramshain, Kammerherr v. Seyblitz . . . . .	100	—	—	36	5	—
Stanowiz, Frh. v. Richthofen-Groß-Rosen . . . . .	30	—	—	34	18	—
Zeichau . . . . .	—	—	—	3	23	6
Thomaswalbau . . . . .	—	—	—	25	6	9
Zschewen, Comm.-Rath Ed. v. Kramsta-Freiburg . . . . .	100	—	—	84	21	6
Zebitz . . . . .	—	—	—	22	10	—
zusammen	687	—	—	1955	8	6
im Ganzen <sup>2)</sup>				2642	8	6

<sup>2)</sup> In der Stadt gaben: 150 Thlr. Kaufm. Scharke, je 100 Thlr. Fabrikbes. Pommel, Fabrikbes. Naeke, 50 Thlr. Oberamtmann Friedr. Rosemann, 30 Thlr. Fräulein Anna, Laura und Sophie Steinbeck, je 25 Thlr. Bürgermstr. Rauthe, Rittmeister Unverricht, je 20 Thlr. verw. Rittergutsbes. Carol. Rosemann, Lieutn. J. Fichtner, Dr. Holz, 15 Thlr. Gutsbes. Schäfer, je 10 Thlr. Ger.-R. Hänel, Frau Landes-Älteste Hohberg, Kaufm. Zglau, Frau Kfm. Radler, Kfm. Köhler, Past. Lummert, Mühlenbes. Urban, Superint. Bäck, Kaufm. Urban, G. R. geb. Th., Fabrikbes. R. Bartsch, Brauermeister Nicolmann, Frau Pasche, Kaufm. Hapel, Tuchfabrikant. Braun, Mühlenbes. Conrad, je 6 Thlr. Frau Gasthoffbes. Gräber, Färbermstr. Thomas, Leberhndl. Kühnel, je 5 Thlr. Kaufm. Krause, Tuchfabrikant. Nagel, Justizrath Lange, Stadthalter Schmid, Seifensieder mstr. Roschwig, Gutsbes. Ludwig, Justiz-R. Melker, Postmstr. Rutsch, Sattlermstr. Gängel, Frau Brauermstr. Claar, Kfm. Dieze, Fabrikant Wittmann, Zimmermstr. Kühn, Klempnermstr. Urban, Maurermstr. Kühn, Zimmermstr. Kühn sen., Kaufm. Reimann, Gastwirth Schmid, Kaufm. Meißner, Kaufm. Hochhäuser, Major a. D. Wehrig. Demnächst folgten 4 Gaben zu 4 Thlr., 16 zu 3 Thlr., 51 zu 2 Thlr., 118 zu 1 Thlr. u. s. w.

Vom Lande gaben (außer den in obiger Liste schon bezeichneten Spendern) 20 Thlr. Fabrikbes. Kaser in Gräben, 15 Thlr. Lehngutsbesitzer Ritter in Altstriegau, je 10 Thlr. Vorwerksbes. J. Bartsch, bezgl. Hennig, Oberamtmann Preu in Altstriegau, Gutsbes. Gottfr. Seidel, Gutsbes. Kühn in Gräben, Inspect. Hielscher in Giesdorf, Kirchen-Deputirter Spiß in Zschewen, 7½ Thlr. Müller mstr. Rückner in Stanowiz, je 6 Thlr. Gutsbesitzer Scharf in Gräben, Mohr in Pilgramshain, Pnsch in Haibau, Müller mstr. Hainke in Zschewen, je 5 Thlr. Guts-

Hierzu kamen von:

	im Ganzen	thl.	fg.	pf.
a) der Kirche		600	—	—
b) ehemaligen Gemeindegliedern <sup>9)</sup>		84	—	—
c) fremden Wohlthätern		3	—	—
d) Rugungen		118	18	1

Summa 3447/26 7

Nummehr führte die Commission, unter Oberleitung des Königl. Bauinspectors G a n d t n e r in Schweidnitz, die meisten der beschlossenen Arbeiten aus. Es waren folgende.

Am Außern der Kirche: Massive Vorhalle vor der Mitteltür im Hofe. Giebel mit Satteldach auf dem nördlichen Treppenhause, statt des überflüssigen Schleppdaches, sowie größere, spitzbogige Fenster, und 3 neue Treppen im genannten Treppenhause. Herstellung der 3 hohen Frontfenster mit gothischem Maßwerk in gebranntem Thon. Granit-Abdeckung der 13 Strebepfeiler. Ergänzung der Krabben und der Kreuzblume am Hauptportale. Theilweise Neu- und Umdeckung des durch den Sturm — 7. Decr. 1868 — beschädigten Kirchendaches. Neue Abfärbung der Kirche sammt Thurm. Plattenpflaster vor der Kirchenfront und vor der neuen Seitenhalle. Erneuerung des Zauns zwischen den Strebepfeilern.

Im Innern wurden folgende Arbeiten ausgeführt: Erneuerung des Kalkabputzes. Pflasterung des Altarplatzes, des Hauptganges und theilweis der Seitengänge mit schwarzen belgischen Marmor- und weißen Solenhofener Quaderfliesen. Neue und erhöhte Portale und Kirchthüren am mittleren Quergange. Neuer Altarpodest und Umänderung des Altargeländers. Neue Umfriedung der Taufhalle, gemustertes Thonfliesenpflaster und BuntglASFenster in derselben. Neue Brauthalle. Abfärbung und Malerei der Wände, Decke und Emporenbrüstungen nebst Ausweisung sämtlicher Treppenhäuser und Thurmflure. Staffirung von Altar, Kanzel, Taufhalle und Orgel. Nelfrich der Wände und Logenwandungen des Erdgeschosses und der ersten Empore, desgleichen sämtlicher Thüren und Fenster, wie auch der Säulen. Neue Manual-Claviaturen, Zungen zur Trompete 8 Fuß, sowie Hebelstimmungs-Apparat in der Orgel<sup>10)</sup> und Renovation derselben, da sie beim Bau arg zu leiden hatte. Elf neue Gotteskasten.

besitzer Melzer und Greulich in Gräben, Landrath v. Rohrscheidt-Stanowitz, Ob. v. Kramsta, Grundbes. in Tschechen, Lieutenant Klose in Thomaswalbau, Müllermeister Bluschke in Jedlitz, Frau Gutsbesitzer Scholz und Gutsbesitzer Bluschke in Haibau. Weiter kamen 9 Gaben zu 4 Thlr., 12 zu 3 Thlr., 20 zu 2 Thlr., 59 zu 1 Thlr. u. s. w.

Hier und zu §. 110 Anmfg. 1 sei hervorgehoben, daß leider davon abgestanden werden mußte, die Gabenlisten vollständig zu veröffentlichen, da dieselben, über die angekündigten 474 Foliospalten Manuscript der Chronik hinaus, weitere 108 dergl. Foliospalten umfassen.

<sup>9)</sup> Fabrikbes. Herm. Bartsch in Lauban, Kr.=Ger.=R. Müller in Dels je 25 Thlr., Lieutn. Ritter in Breslau, Kaufm. Osw. Meymann in Berlin je 10 Thlr. Die von allen zuerst (11. April) eingelaufene Gabe (5 Thlr.) war die der Stiftesdame, Fräul. Ida v. Schöpp zu Kloster Lindow.

<sup>10)</sup> Dieselbe hat gegenwärtig 30 Stimmen, davon 12 im Hauptwerk (Bordun 16', Principal 8', Flaut trav. 8', Flaut amabile 8', Quintaton 8', Salicet 8', Flaut 8', Octave 4', Nachthorn 4', Superoctave 2', Quinta 2 $\frac{1}{2}$ ', Mixtur 4fach), 9 im Oberwerk (Principal 8', Gamba 8', Portunalslöte 8', Fugara 8', Flaute 8', Gemshorn 8', Trompete 8', Principal 4', Flaute 4'), 9 im Pedal (Violon 16', Posaune 16', Principal 16', Gamba 16', Subbaß 16', Flautbaß 8', Octavbaß 8', Principal 8', Octavbaß 4'). Manualkoppel.



Die Arbeiten wurden geliefert von den Steinmetzmeistern Bungenstab in Breslau und Bänisch hier, Steinbruch-Inhabern P. Bartisch hier und v. Kulmiz in Oberstret, von den Thonwaaren-Fabriken Silber in Königszell und Friedenthal in Tschaußwitz, von Maurermstr. Mann, Zimmermstr. W. Kühn, Tischlermstr. Paucksch jun. (Taufhalle), Schneider (Thüren), Kenner (Brauthalle) und Hielscher, Glaseremstr. Exner hier, von dem Glaseret-Etablissement Seiler in Breslau, Klempnermstr. Urban, Maler Tinzmann und Kolmiz hier und Orgelbauer Schlag in Schweidnitz.

Die Ausgaben betrugen für:

	thl.	sg.	pf.
Marmorfliesen, Granitdeck- und Pflastersteine	783	22	3
Mauer- und Dachziegeln	207	4	8
Thon- Mahwerk, Ziegeln, Fliesen	174	24	6
Maurerarbeiten	1397	3	1
Zimmerarbeiten	206	10	7
Tischlerarbeiten	238	18	—
Glaserarbeiten	140	10	6
Klempnerarbeiten	49	28	6
Malerei, Staffirung, Delftrich	978	11	2
Orgelbau	122	—	—
Kleinere Arbeiten, Lieferungen, Frachten, Znsgemein	233	19	—
Summa	4532	2	3

Allerdings war so ein Vorschuß von 1084. 5. 8. entstanden. Schon wurde an eine Nachsammlung gedacht, als die patriotischen Collecten im Kriegsjahr 1870 dies unthunlich machten. Später schien eine solche Sammlung nicht mehr geeignet. Der Vorschuß ist dem Kassirer Dr. Golz, welcher keine Verzinsung beanspruchte, aus dem Kirchenärar erstattet worden, 1870 mit 600 Thlr., 1872 mit dem Rest.

Bei der Jubelfeier gingen noch folgende Geschenke ein, von:

Oberamtmann Friedr. Rosemann hier 1 neusilbernes Taufbecken, 1 dergl. Collectenbecken, 2 dergl. Lichtpußscheeren nebst Tabletten, 1 dergl. Trauringteller, 1 Trauringteller von Glas.

Frau Oberamt. Charl. Rosemann, geb. Thilo die ihrem Vater zum 50. Jubiläum gewidmeten 2 silbernen Armleuchter (S. 128 d). Kreisphysikus Dr. Golz 5 Vorhallenlampen. Pofamentirer Rärger 1 Signalglöckchenzug (Sacristei) und 3 Kronleuchterquasten. Seifenfabrkt. Koschwig 2 Altar- und 28 Kronleuchterkerzen, Frau Kaufmann Adler, Wittve Pohl mit Schwester Beate Raabe und Frau Ponde Guirlanden und Kränze. Zimmermstr. W. Kühn Leihung von Müstsparen und Brettern. Kaufmann Sglau 2, Mülleremstr. Urban, Kiedel und Klose, Lederhändler Schmidt, Seifenfabrkt. Koschwig je 1, Gutbes. Wilh. Dpiz in Tscheden 2 Freisuhren.

§. 110. Neben der Jubelfeier-Commission sorgten Frauen und Jungfrauen für die innere Ausschmückung der Kirche. Dieselben unternahmen ebenfalls, persönlich von Haus zu Haus gehend, eine besondere Sammlung freiwilliger Beisteuern. Es gingen ein, aus:

	Herrschaft.			Gemeinde.		
	thl.	sg.	pf.	thl.	sg.	pf.
Striegau (dabei von den Dienstmädchen 8 Thlr. 5. 6.)	—	—	—	315	23	6
Altstriegau	—	—	—	35	11	6
Barzdorf, Frein v. Nüchthofen	5	—	—	3	10	6
Giesdorf, Frau Anna v. Unverricht, geb. v. Poser-Näblich	10	—	—	4	9	—
Fräul. Ernestine Unverricht	—	—	—	10	—	—
Dieselbe, zweite Gabe	—	—	—	25	—	—
Gräben	—	—	—	46	10	—
Haidau	—	—	—	4	27	6
Halbendorf	—	—	—	10	5	—
Muhrau	—	—	—	1	6	6
Niederfreit	—	—	—	2	1	—
Oberfreit, Frau von Dheimb	4	—	—	3	16	—
Pilgramshain, Frau Kammerherrin von Seydlitz	5	—	—	5	22	6
Dieselbe, zweite Gabe	25	—	—	—	—	—
Stanowiz	—	—	—	13	26	6
Thomaswalbau	—	—	—	6	14	3
Tschchen, Frauen	—	—	—	17	1	—
Jungfrauen	—	—	—	7	12	6
Zedlitz	—	—	—	4	10	—
zusammen	1	49	20	516	27	3
Herrschaften				49	20	—
im Ganzen				566	17	3
hierzu von Auswärtigen				2	15	—
Nutzungen				56	16	10
Summa <sup>1)</sup>				625	19	1

Hiervon wurden nachstehend verzeichnete Gegenstände beschafft: Neuer Taufstein<sup>2)</sup> von schwarzem, schlesischen Marmor. Altarbibel, aus der Sammlung der Dienstmädchen nach deren Wunsch. 1 Eisen-Altarcrucifix nebst drei Paar dergl. Altarleuchtern. 2 marmorne Altarvasen mit Blumen. 2 Altarvasen von Milchglas. 3 tuchene Altar-, Kanzel- und Stufen-Einkleidungen in Roth mit Gold-, in Grün und Schwarz mit Silber-Ganbillen, nebst gleichem Kreuz von Zresse am Antependium. 1 dergleichen schwarzsammetne Einkleidung. 2 Tournay-Altar-Teppiche. 1 Paar Mahagoni-Brantessel mit Stickerei. 1 Paar gestickte Kniekissen. 1 Paar zweiarmlige Kanzelleuchter von Messing. 1 Paar schwarzsammetne Klingelbeutel mit Goldborte. Ergänzung und Renovation der 3 Glas-Kronleuchter.

<sup>1)</sup> Darunter waren aus der Stadt: je 10 Thlr. von Frau Landes-Älteste Hohberg, von Fräul. Anna, Laura und Sophie, Geschwister Steinbeck, Frau Kaufmann Scharke, Frau Oberamt. Rosemann geb. Thilo; je 5 Thlr. von Frau Rittmeister Unverricht, Fräulein Henr. Rölke, Frau Fabrikbesitzer Albert. Bartsch, Frau Fabrikbes. Rade, Frau Sanitäts-Rth. Holz, Frau Bürgermstr. Rauthe, Frau Oberamt. Carol. Rosemann geb. Claar, Frau Fabrikbesitzer Kommel; ferner 4 Gaben zu 4 Thlr., 5 zu 3 Thlr., 21 zu 2 Thlr., 71 zu 1 Thlr. u. s. w. Vom Lande flossen, außer den in der Liste schon genannten Gaben, Beiträge zu 10 Thlr. von Frau Fabrikbesitzer Reiser in Gräben, zu 8 Thlr. von Frau Lehngutsbesitzer Mitter in Altstriegau, zu 5 Thlr. von Frau Gutsbesitzer Bartsch ebenda, demnächst 4 Spenden zu 4 Thlr., 1 zu 3 Thlr., 10 zu 2 Thlr., 39 zu 1 Thlr. u. s. w.

<sup>2)</sup> Etablissement Bungenstab in Breslau. Die Umschrift am Fries ist:  
 „Ihrer Kirche zur Jubelfeier am siebenten November 1869 die evang.  
 Frauen von Striegau Stadt und Land.“



Die Ausgaben stiegen auf 664 Thlr. 21 Erg. 1 Pf., so daß die fehlenden 39 Thlr. 2 Egr. von der Haupt- Baufasse der Commission übertragen werden mußten.

Dem Frauenverbande fielen auch Sachgeschenke zu von: Frau Fabrikbes. Commel und Frau Fabrikbes. Rache 1 großer Altarteppich nebst 1 dergl. Stufenteppich. Frau Senator Braun 2 Milchglas-Altarvasen zu Passionsblumen. Ungenannt 2 Passionsblumen-Bouquets. Frau Hausbesitzer Tropic geb. Krebs 1 goldbrokatene Frauenkappe. Schnittwaarenhändlerin Christ. Urban 1 Partie Leinwand. Posamentirer Rärger 2 Klingelbeutelquasten nebst Schnur. Von den ehemaligen Pensionairinnen der höheren Töchterschule des Rectors Thamm, nämlich Marie und Theresie, Geschwister Eyraud aus Neuhaldensleben, Paula und Ida, Geschwister Rau aus Neumarkt, Auguste Peuckert aus Canth, Anna Peuckert aus Peterwisch bei Canth, Emma Bratke aus Kubowa, Elisabeth Gräber hier, Pauline und Auguste, Geschwister Weiß aus Quolsdorf 1 Kaselonskische Postionskapsel. An Handarbeiten lieferten frei: Fräulein Clara, Hedwig, Elfriede und Bertha, Geschwister Hohberg hier die Weißstickerei der Fest-Altardecke. Fr. Kreisphysicus Holz und Fräul. Elisabeth Thielisch Ausfüllungsstickerei je eines Brautessels. Fräul. Elisabeth Kosche und Anna Littmann Ausfüllungsstickerei je eines Kniekissens. Fräulein Auguste und Marie, Geschwister Urban Weißstickerei einer Altardecke. Ungenannt Umarbeitung der alten Altarbouquets. Sattlermeister Maier Anfertigung der grünen und rothen Altarbekleidung, auf ausdrücklichen Wunsch seiner Frau, einer der Sammlerinnen zum Fest, die es nicht mehr erleben sollte. Sattlermeister Günzel Anfertigung der neuen Kniekissen.

### Pfarrhäuser.

§. 111. Zuerst war der Pastor in Miethwohnungen untergebracht, so 1745 und 46 im Hause von Hans Christoph Sachs' Mündern, Ring Nr. 16,<sup>1)</sup> dann im Hause des Schneidermeisters Mäntler.

Die beiden Pfarrhäuser im Quergäßchen der Schweidnitzerstraße wurden auf dem von Zimmer, Kurzer und Ueber (§. 78 a, c und d) erkauften Grund und Boden im Jahr 1747 massiv, mit Schindeldach, erbaut.<sup>2)</sup> Durch eine Scheidewand getheilt, bildeten sie gleichwohl ein Ganzes unter einem Dache. Der Schweidnitzerstraße zunächst war das Pfarrhaus des ersten, der Kirchstraße zunächst das des zweiten Pastors. Die Kosten, von denen aus zerstreuten Erwähnungen nicht viel mehr als 2000 Thlr. sich ermitteln lassen, sind unbekannt. Nur 73 Jahre dienten die Häuser zu Pastoralwohnungen. Die Geistlichen verließen die alten Pfarrhäuser Ende Juli 1820 und bezogen das neue Pfarrhaus im ehemaligen Carmeliter-Klostergebäude (§. 98). Magistrat, Kirchen-Collegium und Stadtverordnete hatten dessen Umbau 9. Juni 1819

<sup>1)</sup> Da auch das Haus Ring Nr. 18 Hans Christoph Sachs' Mündern gehörte und das jetzt Kreisihierarzt Schild'sche 1873/4 umgebaute Haus Ring Nr. 18 außer den von Seydlitz'schen Wappen noch den Stein mit der Inschrift „Christoph Sachs 1709“ trägt, so kann die damalige Nr. 16 am Ringe nur die Nr. 16 der jetzigen Fauerstraße gewesen sein.

<sup>2)</sup> Als Werkmeister finden sich genannt: Stadt- und Land-Maurermeister Christoph Geisler, Stadt- und Land-Zimmermeister Karl Joseph Rudolph, Tischlermeister Joh. Friedr. Fischer (§. 84) und Tobias Leber, Schlossermeister Gottlieb Ludwig. Zum Bauschreiber wurde 1747 Hans George Schneider angenommen.

beschlossen. Der Kirchbau=Deputation war er zur Ausführung überwiesen. Der Bau ging nach dem vom Bauinspector Kahlert revidirten Risse des Maurermeistrs. Blasche vor sich. Zugleich erhielt das neue Pfarrhaus ein Ziegeldach und war so hergestellt, daß außer beiden Pfarrwohnungen im Obergeschoß auch Wohnungen im Erdgeschoß für den Ober-, den Unterglöckner und den Calfanten bereit standen. Die Kosten des Umbaues können aus der Kirchbau=Rechnung nicht mehr scharf ausgesondert werden, dürften wohl aber nicht unter 3000 Thlr. betragen haben. Die früher getrennt gelegenen Wohnräume des Oberglöckners wurden durch Wechsel zweier Räumlichkeiten 1872 zu einer zusammenhängenden Wohnung hergestellt. Das Dach des Pfarrhauses ist auf den Hofseiten im Jahr 1868, auf sämtlichen Außenseiten 1872 umgedeckt worden.

### Nebengebäude.

§. 112. Schon im Jahre 1776 <sup>1)</sup> hatte — laut Visitations=Protokolls vom 16. Mai — das Kirchen=Collegium ein Gebäude in Vorschlag gebracht, welches oben einen Glockenthurm, unten eine Wächterwohnung abgeben sollte, der Kirchen=Inspector aber gerathen, das kostbare Project aufzuschieben. Da der Oberglöckner Meißner, der sein eigenes Haus (§. 78 a, Anm. 3) neben der Kirche hatte, oft äußerte, sein Amt niederlegen zu wollen, und das Kirchen=Collegium nicht wußte, wo, nahe der Kirche, ein anderer unterzubringen wäre, auch keinen schließlichen Ort zu seinen Zusammenkünften, so wie zur Aufbewahrung der Registratur und keinen Raum zum Lagern der Baumaterialien besaß, beantragte es beim Ober=Consistorium 27. September 1779 die Genehmigung zum Bau einer Glöcknerwohnung, welche c. 380 Thlr. kosten würde. Zugleich ging es den Kirchen=Inspector Tiede an, das Gesuch zu unterstützen, da er die Absicht des Kirchen=Collegiums selbst gebilligt habe, und bemerkte, es habe, ehe, bis die Resolution ankomme, die Zeit zu sehr verlaufe, ad interim den Anfang mit dem Grundlegen machen lassen, damit wenigstens die Beschränke der Nachbarn aufgehoben würde, auf deren Grund und Boden ein großer Theil der Steine liege und daß, sollte dem Gesuch nicht stattgegeben werden, die Mauern, eingedeckt, den Nachkommen überlassen werden könnten. Bei einer unterm 30. April 1780 ausgeschriebenen Verhandlung der Commission Tiede=Struve mit „der ev. Land= und der ev. Stadt=gemeinde hatte erstere sich erboten, mit Führen hilfreiche Hand zu leisten. Mit Bezug hierauf, wie auf den „allerhöchsten Bescheid“ auf die vorjährige Bitte, es sei mit dem Bau wenigstens auf ein Jahr Anstand zu nehmen, suchte das Kirchen=Collegium 22 Mai 1780 die Approbation des Baues nochmals nach, um zu einer Wohnung für den Glöckner, einer Conferenz= und Registraturstube und einem Bau=Utensilienstuppen zu kommen. An eben dem Tage ließ das „sämmliche“ Kirchen=Collegium durch

<sup>1)</sup> Vielleicht schon 1772. Vergl. §. 78, e. f.



Maurermstr. Gottfr. Blasche und Zimmermstr. Joh. Joseph Schimke von hier, welche den Bau ausführen sollten, zu dem Maurermstr. Burghart in Freiburg eine Zeichnung lieferte, den Bauplatz vermessen und beschloß, das Gebäude solle ein gleiches Viereck<sup>2)</sup> werden von der Stärke, daß in Zukunft darauf ein Glockenthurm in die Höhe zu führen sei. Dieses Thurmhaus solle unten, neben dem Eingange, Stube, Kammer und Küche für den Glöckner, im obern Stock den Saal (Flur), Conferenztube nebst Vorgeheize und einen Kocven erhalten. Neben diesem Gebäude solle ein Durchgang bleiben, dann an den Ställen der Geistlichen der Schuppen mit einem Schleppdach zu stehen kommen. Bau=Kendant Scholz habe wegen Räumung des Platzes und wegen Grundgrabens unverzüglich Vorkehr zu treffen. Die Approbation für den Bau eines Glöcknerhauses erfolgte unterm 6. Juli 1780. Nach einer Antwort des Conf. R. Tiebe vom 15. August 1780 hat an diesen wegen Genehmigung des Glockenthurm=Baues das Kirchen=Collegium sich weiter gewendet. Tiebe erklärte den beabsichtigten Thurm jedoch für so versteckt, daß die kleine Glocke wenig Wirkung thun könnte und den Verkauf der Glocke für rathsam. Der im Jahr 1780 ausgeführte Bau des schon S. 89 und 95 besprochenen Glöcknerhauses wurde auf den den Nachbarn Hantsche und Beer abgekauften Grundstück=Parzellen (S. 78, e. f.) errichtet und kostete 515 Thlr. 18 Sgr. Das Glöcknerhaus blieb Anfangs unbewohnt und erwies sich erst später, durch den 1810 erfolgten Verlängerungsba<sup>3)</sup> behufs Aufnahme von Schulklassen, als nützlich. Im Jahr 1860, nach Verlegung der Klassen, wurde es zum Waisenhaus bestimmt; seit dessen Aufhebung ist es Miethhaus.

S. 113. Mit oder nach Erbauung der Pfarrhäuser 1747 wurden, der Rückfront derselben gegenüber, für die Geistlichen Holzställe angelegt, welche im März 1749 noch nicht völlig ausgebaut waren und 1750 fertig werden sollten. Ganz verfallen, kamen dieselben 1810 zum Abbruch, um Raum für die Erweiterung des alten Glöcknerhauses zu schaffen. Im selben Jahr wurden auf dem neuzugekauften nachbarlichen Platz (S. 78, h) 2 neue Holzställe gebaut, der eine am Quergäßchen zwischen Pfarrhaus und dem Grundstück Nr. 126, der andere, weiter nördlich, an dasselbe Grundstück und an Nr. 128 stoßend.

S. 114. Das Carmeliter=Brauhaus, an der Morgenseite des hintern Klosterhofes, war der evang. Gemeinde nicht mitüberlassen, sondern von der Säkularisations=Commission 1811 für 800 Thlr. an die Frau=Commune verkauft worden. Dabei wurde die Grenze zwischen Kirche und Brauhaus d. h. die Theilung des gewesenen Klosterhofes so bestimmt: „Von der Ecke des Thors — vom Pferdeestall anfangend —

<sup>2)</sup> In Wirklichkeit muß denn doch ein längliches Viereck zum Grundriß genommen worden sein. S. S. 113 und Anmkg 3 hier. Das Dach des Schuppens dürfte an das Glöcknerhaus angeschleppt gewesen sein.

<sup>3)</sup> Die Verlängerung, nach Süden hin, betrug  $3\frac{1}{2}$  Elle. Wird diese zurückgerechnet, war die Grundfläche des ursprünglichen Baues immer noch oblongisch.

45' Rhl. bei der Tischlerwohnung<sup>1)</sup> herauf, und vom Ende des Brauhauses an den Schuppen<sup>2)</sup> 39' Rhl. weit herauf“. Der Magistrat sollte zu einem neuen Brauhause der Brau-Commune einen Platz bestimmen, wollte es aber erst, wenn die evang. Commune definitiv erklärt hätte, daß sie das „gegenwärtige Bran-Local“ unumgänglich nöthig zum Bau der Kirche und der Schulhäuser brauche und zu diesem Behufe abgetreten zu haben wünsche. Laut Verhandlung des Kirchen-Collegiums, der ev. Stadtverordneten (resp. 6 und 15 Anwesende) und des Magistrats am 6. April 1819 wurde abgemacht: Die Kirche entsagt dem Local, was gegenwärtig die Brau-Commune besitz, völlig, desgleichen dem auf der Zauergasse zum Brauhause gehörenden Brunnen, begnügt sich mit dem in Stand gesetzten Ziehbrunnen im Klosterhofe, benützt das Klostergebäude allein zur Wohnung der Geistlichen und Kirchendiener, die Kirche und diese Wohnungen werden vom Brauhause „durch eine Mauer und einen in den Hof führenden Fahrweg gänzlich separirt.“

Am 16. April einigten sich noch die Kirchbau-Deputation und die Brau-Deputation Namens der Brau-Commune — beide Theile bevollmächtigt — behufs besserer Begrenzung dahin, daß vom (Süd-) Ende des Brauhauses an der Grenzmauer des Senators Sander (Ring Nr. 23) 50' Rhl. herauf der Grenzstein gesetzt, dagegen von der äußern Ecke, beim Durchgang in den Garten, bei der sogenannten Tischlereiwohnung 24' Rhl. herauf der zweite Grenzstein gesetzt würde. In der Richtungslinie beider Steine sollte eine Grenzmauer auf Kosten der ev. Gemeinde geführt, Reparaturen gemeinschaftlich bestritten werden. Mit Entsagung auf den Brunnen entbinde sich die ev. Gemeinde aller Bau- und Reparaturkosten für denselben. Der Brau-Commune werde, so lange das Brauhaus ihr Eigenthum, erlaubt, eine gewöhnliche Eingangsthür durch die zu führende Seiten-Mauer anzulegen, vier durchzutragen, auch Rinnen zu legen. Das Material von dem eingerissenen Seitengebäude oder der Tischlerwohnung werde unter beide Theile gleich vertheilt. Allein die Kirchen-Deputation erkannte interm 21. März 1820, daß ohne den Besitz des Brauhauses eine hohe Grenzmauer gezogen, bei der ehemaligen Tischlerei ein Thorweg und außerdem die höchst nöthigen Stallungen und Schuppen erbaut werden müßten, diese aber im Brauhause anzulegen wären und durch Abtragen der vorhandenen Schuppen<sup>3)</sup> (an der südlichen Grenzmauer des Hofes) und der Tischlerei (an der Stadtmauerseite) noch mehr Material käme. Da nun das Brauhaus für den 18. April 1820 zum öffentlichen Verkauf gestellt worden, beschloßen Magistrat, Kirchen-Collegium und ev. Stadtverordnete — 7. April — das Brauhaus Namens der ev. Commune durch Kirchenvorsteher Mäntler, Stadtverordneten-Vorsteher Meisner und Stadtverordneten Friedr. Bartsch, erstehen zu lassen, wenn das Meistgebot etwa so viel wie der Bau der Mauer,

1) Jetzt Holzstall des Pastor I. an der Ostseite des Thurmtrittenhauses.

2) Auf Säulen ruhende Schleppdächer, da, wo jetzt die Federviehhöfen sind.

3) S. Anm. 2.



der Remisen u. s. w. betrage. Das Brauhaus wurde für 706 Thlr. erstanden. Weil aber die Geistlichen erklärten, die Verpachtung eines Theiles desselben würde stören, gingen die ev. Stadtverordneten, da so das Haus nur zu 2 Schuppen dienen könnte, den Magistrat 2. October an, es wieder zu verkaufen, 2 Ställe in der Tischlerei anzulegen und eine Mauer mit Thorweg zu ziehen, oder aber, wenn bedeutender Verlust beim Verkauf, zu verpachten. Das Kirchen-Collegium erklärte — 3. October — dem Magistrat, der entbehrliche Theil des Brauhauses sei an ruhige Miether zu vermietthen, die Vermietthung aber wolle es allein haben. Beim Circuliren dieser Eingabe fand sich bezüglich der geforderten alleinigen Vermietthung zc. die Unterschrift: „das Kirchen-Collegium will ja allein ohne <sup>4)</sup> Magistrat und Stadtverordnete agiren“.

Von diesem Grundstücke wurde 29. September 1820 das an der östlichen Seite des Brauhauses belegene, in den Rochollschen (Carmeliter-) Garten anstoßende „kleine Gebäude“ (Regelbahn?! ) oder „Platz“ für 25 Thlr. an den Bäckermeister Großpietsch (Ring Nr. 25) verkauft.

Im Brauhause theilte man 1820 das Braubüttengewölbe durch eine Bretterwand so, daß  $\frac{2}{3}$  davon der Pastor II.,  $\frac{1}{3}$  — durch eine besondere Thür zugänglich gemacht — der Oberglädner zum Holzstall erhielt.

Im Jahr 1860 wurde von dem Mansardenbache dieses Gebäudes, dessen verfügbare Räume vom 1. Januar 1861 bis 1. Juli 1868 als städtisches Spritzenhaus vermietthet waren, der untere Theil, desgleichen die einstige Tischlerei statt der Schindeln mit Ziegeln neu- und 1861 der obere Theil umgedeckt. Die hölzernen verfallenen Aborte unter den Hof- fenstern des Pfarrhauses wurden 1864 beseitigt und dafür ein neues Aborthaus in der südöstlichen Ecke des Hofes durch Maurermeister Kühn zum Mindestgebot von 287 Thlr. massiv erbaut.

### Feuerversicherung.

§. 115. Im Jahr 1767 wurden auf Anweisung der Ober-Amts-Regierung (Ober-Consistorium) zu Breslau 24 Stück Feuer-Eimer angeschafft.

Im Jahr 1783 trug das Kirchen-Collegium auf Bereitstellung besonderer Feuer-Schutzmanschaften für die Kirche, im Fall einer Feuer-gefahr, bei dem Magistrat an. Derselbe lehnte 10. Juni den Antrag ab, da diese Sicherstellung nur für publique Gebäude mit Kassen, Kammerei, Steuerkasse und Accise angeordnet sei.

Die kirchlichen Gebäude waren gegen Feuerschaden von Alters her versichert. Nach dem Bau 1818—20 waren sie es nur mit 1600 Thlr. Dafür sind von 1831—40 im Jahr durchschnittlich 9 Thlr. 10. 10. Beiträge gezahlt worden. Vom 1. Januar 1843 ab wurde bei der Provinzial-Städte-Feuer-Societät in Klasse I die Kirche mit 6000 Thlr., das

<sup>4)</sup> Noch in den 1850er Jahren betragen die Mietthen nur 8 und 3 Thlr.

Pfarrhaus mit 3000 Thlr., in Klasse IV der Thurm mit 2000 Thlr., das Hintergebäude mit 350 Thlr., das Seitengebäude mit 150 Thlr. versichert. Als die Holzbetachungen 1858 und 1860 theilweis, 1864 (§. 114 und 108) völlig, wie längst angestrebt, <sup>1)</sup> beseitigt waren, gingen sämtliche Gebäude mit dem 1. Januar 1865 in Klasse I über. Auch wurde die Versicherungs-Summe erhöht auf:

18,000	Thlr.	für die Kirche,
4,000	"	" " den Thurm,
6,500	"	" " das Pfarrhaus,
1,000	"	" " " Hinterhaus,
300	"	" " " Seitengebäude.

Hiezu kam der Versicherungsbetrag von 200 Thlr. für das neue Aborthaus.

### Pastor- und Conventgarten.

§. 116. Die wüsten Stellen (§. 78 g), den alten Pfarrhäusern gegenüber, waren die ersten Gärten, welche die Geistlichen von 1782 ab inne hatten, bei Verlegung des Pfarrhauses auf die Zauerstraße aber 1820 verlieren mußten. Das Kirchen-Collegium wollte dafür Ersatz schaffen. Vorherzich erkaufte es schon am 5. Juni 1811 von der Haupt-Säcularisations-Commission den Carmeliter-Conventgarten hinter dem Brauhause — 195 Fuß lang, 94 Fuß breit — für 890 Thlr. in Staatsschuldscheinen oder 780 Thlr. baar. Kirchenvorsteher Bartsch führte den Kauf aus. Die Kirche wurde indeß nur Titularbesitzerin, da sie bei dem bevorstehenden Kirchen-Bau die Kaufsumme nicht aufwenden konnte. Der erste Kirchenvorsteher, Apotheker Solbrig, trat ins Mittel. Er schloß die Kaufsumme her und hatte statt der Zinsen die Gartenmutzung. In der Verhandlung des Magistrats, des Kirchen-Collegiums und der ev. Stadtverordneten vom 19. Februar 1819 wurde beschlossen, den Solbrig'schen Erben auf ihre dem Bürgermeister Ueber gegebene Erklärung, den Garten unter 800 Thlr. nicht verkaufen zu wollen, zu erwidern, daß für diesen Preis die (Kirch-) Commune ihren Ansprüchen des Ankaufs entsage, jedoch 650 Thlr. Courant offerire. Am 4. März 1822 erinnerten die Pastoren an die ihnen verloren gegangenen Gärten. Am 16. November 1822 machte das Kirchen-Collegium Vorststellung, ob sich nicht wegen des Gartens ein Arrangement treffen ließe, da der Schwiegersohn des Apothekers Solbrig, Lieutenant Rocholl, den Garten fast für den Uebertahmspreis verkaufen wolle. Um den Verkauf an Grosspietsch zu vollziehen, sei erforderlich, daß das Kirchen-Collegium seine Ansprüche auf den Besitz des Gartens aufgäbe; es halte sich verpflichtet, die Genehmigung der Communität einzuholen und erlaube sich zu bemerken, ob es nicht einmal bereut werden möchte, ein so wohlge-

<sup>1)</sup> Nach Bränden, wie die Stadt Frankenstein 24. April 1858 einen erfuhr, hatte die Kirchasse bedeutende Brandgelber zu zahlen.



gelegenes Grundstück zur Entschädigung der jetzigen und künftigen Prediger für ihre verlorenen ehemaligen Gärten in Privathände für immer kommen zu lassen. Die evang. Stadtverordneten erwiderten selbigen Tage hierauf: „Es wundert uns, das erst diese Anfrage deshalb gemacht wird, bey den jetzigen bebrängten Zeiten, wo es Stadtkundig ist, welche Strenge angewendet werden muß, um nur den ersten Termin zu den 3000 Thlr.“ (S. 104) „aufzubringen, wo sollte denn dies Geld zu diesem Gartenkauf hergenommen werden. Mithin lautet die Antwort hierauf, er kann nicht gekauft werden bei gegenwärtigen trüben Aussichten und sonst unbestreitbaren Ausgaben“. Da die Solbrig'schen Erben die oben erwähnten 780 Thlr. zurückverlangten, nahm sich eine Gesellschaft<sup>1)</sup> von Predigerfreunden der Sache an, deckte die Forderung nach Uebereinkunft unter sich und hatte ebenfalls die Gartenmützung. Beide Pastoren besaßen den Garten pachtweis, je zu einer Hälfte. Die Zinsen brachte er nicht. Als Tod und ungünstige Umstände die Gesellschafter trennten, wurde 22. Juni 1829 der Garten an Franz Grospietsch (Ring Nr. 25) für — 450 Thlr. verkauft.

Der einzige Ersatz für das Verlorene war der Braugang unter der Südseite des Pfarrhauses, welcher zur Verbindung zwischen dem Brunnen der Bauergasse und dem Brauhause diente. Dieser Gang wurde den Geistlichen zu den kleinen Gärtchen überlassen, welche jetzt vorhanden sind.

### Höfe.

§. 117. Im Jahr 1861 wurde die Durchfahrt zwischen dem vordern und hintern Hofe umgepflastert und von da ein Steg von Bruchsteinplatten bis zur Sacristeivorhalle gelegt, desgleichen im Vorderhofe 1865 ein Gang von Granitplatten, der von der westlichen Hofthür bis in die Durchfahrt lief und seitlich bis zur Mittelthür der Kirche und bis zur Taufhallenthür sich abzweigte. Der Hinterhof erfuhr auch 1865 eine Planirung. Im Vorderhofe sind 1870 Granit-Rinnsteine und ein Lauffteg von alten Sandsteinfliesen, von der Seitenthür des Pfarrhauses aus, in der Richtung zur Taufhalle gelegt, desgleichen im hintern Hofe von der kleinen Hofthür des Pfarrhauses bis zur Senkgrube ein Gang von alten Bruchsteinen geführt worden. Die Gutsbesitzer Rohr, Hamann und Blümel in Pilgramshain haben 1870 die Rinnsteinwerfstücke frei an-, der Kirchen-Deputirte Roschwitz hier den Vauschutt im hintern Hofe frei abgefahren.

### Brunnen.

§. 118. a. Der Brunnen bei den alten Pfarrhäusern dürfte eine Justiz-Merkwürdigkeit sein. Der Stadt- und Gerichtsvogt

<sup>1)</sup> Nach Aussage von Nachkommen der Gesellschafter waren diese Gutsbesitzer Unverricht-Häselicht, Matthäi-Halbbendorf, Hoberg-Stanowitz und einige Andre z. B. auch beide Pastoren.

Martin P a n g e n i c k e l war in der Nacht vom 23. zum 24. Octbr. 1747, ungefähr gegen 1 Uhr, durch ein Geräusch in den „neuen Pfarrhäusern“ aus dem Schlaf geweckt worden. Er nahm aus seinem Kammerfenster wahr, daß zwei Soldaten zu der Thür gegen Ortlob (S. 135) herankamen und ein langes Stück — ob Holz oder Bretter, konnte er nicht genau unterscheiden — das „Gäffel“ hin und die Schweidnitzer Gasse hinunter abtragen. Kurz danach sah er noch einmal einen Soldaten ein „Gäffel“ aus den Pfarrhäusern bringen und, so viel zu bemerken, sich gleichfalls die Schweidnitzer Gasse hinunterdrehn. Dieselbe unterlag nun einer Hausfuchung. Es wurden im Hause Meister Christoph S - d's ein ungehobeltes Brett nebst unterschiedlichen Stücken Bauholz, in der Kammer der alten Mutter T - n eine Fügebank und Stücke Bauholz, im Hinterhause eine Menge Bauholz und Rüsthölzer betroffen. Meister S. war sogleich geständig, das Gehölze in langer Zeit, nach und nach, meistens aber nach der letzten Revolte zugebracht. Die zuerkannte halbjährige Poena corporalis<sup>1)</sup> — wohl Gefängniß — ließ der Magistrat den Verurtheilten dergestalt relaxiren, daß dieser bei dem evang. Bethause eine „Wasser-Plumpe“ auf seine Unkosten allein in völligen Stand setzen mußte.

b. Der neben dem Pfarrhause befindliche Brunnen auf der Fauerstraße gehörte zum Carmeliter-Brauhaus (S. 114) und kam mit diesem in den Besitz der Kirche. Noch 1833 verweadete das Aerar 53 Thlr. auf einen neuen Brunnen. Da ihn von jeher die Umwohner mitbenutzten und die Kirche die Unterhaltung nicht allein tragen mochte, bildete sich unter den Besitzern der 13 umliegenden Häuser ein Abkommen, wonach die Kirche nur ihren Antheil zu den Instandhaltungskosten beisteuert.

c. Der aufgedeckte Brunnen unter dem Taufhallenfenster wurde Januar 1818 zu einem Windebrunnen bestimmt und wurden wegen Wassermangels beim Kirchenbau März bis Juli darin Sprengungen durch den Bergmann Gräfer vorgenommen. Der Tagelöhner Joseph Fluder hatte dabei am 10. April 1818 das Unglück, in den Brunnen zu stürzen und das Leben einzubüßen. Das Wasser war nicht sonderlich, der Brunnen wenig benutzt. Im Jahr 1858 wurde das verfallene hölzerne Brunnenhäuschen abgebrochen und der Brunnen mit Platten verdeckt.

## Schenkungen.

§. 119. Was am geeigneten Ort schon erwähnt ist, wird hier übergangen, auf Vollständigkeit des Verzeichnisses überhaupt verzichtet, weil die Nachrichten lückenhaft sind. Es verehrten der Kirche an

### a. Geldgaben:

1746 Oberst.-Lieutn. v. Taubenheim, Regiments von Bredow, hier 100 Thlr. in franz. Pistoletten und Ducaten. — 1750 Wittve Schubert hier 1 Species-Ducaten. Frau Becker (Glas B.) hier beagl. — 1753 Töpfer Zachar.

<sup>1)</sup> Leibesstrafe.



Brückner 8 Thlr. — 1754 ein „armes Weib“ 1 Thlr. — 1755 Königliche Kammer 112 Thlr. (nachgesuchter Erlaß). Seifensiedermstr. Koschwig 22 Thlr. 4 Sgr. Frau Helene Zugenreich von Wagenhof geb. von Baudis 100 Gulden. — 1757 Spitz in Halbendorf 1 $\frac{1}{3}$  Thlr. Kunstpfleiser ?? hier 15 Sgr. Quartiermeister v. Layritz, Regiments „Fergat“ (v. Forcade?), 16 $\frac{1}{2}$  Thlr. Ungenannt 30 Thlr. Frau Ehler 2 $\frac{3}{4}$  Thlr. Ungenannt 2 $\frac{2}{3}$  Thlr. — 1758 George Sanders vier Kinder 8 Thlr. — 1759 Frau Schmied Senftleben 20 Thlr. Schl. Schuhmacher Anton Vierlich (Wierling?) 20 Thlr. Joh. Meißner in Preisdorf 3 Thlr. Uhrmacher Hübner in Ullersdorf 1 Thlr. 12 Sgr. — 1760 Ernst Sage 6 $\frac{1}{2}$  Thlr. Meister Walpert 2 Thlr. — 1761 Wittve Hillmann in Stanowitz 1 Thlr. 2 Sgr. Herr v. Kotulinsky in Koschwig bei Strehlen — im Kriege hierher geflüchtet — 3 Thlr. Frau v. Wagenhof auf Stanowitz 14 Thlr. — 1762 Ungenannt 20 Sgr. Desgl. 4 Sgr. — 1763 (d. d. 17. Mai) Kgl. Donatio<sup>1)</sup> 1000 Thlr. von dem Gnadengeschenk für die Stadt von 30,000 Thlr. — 1764 Kirchenvorsteher Gottfried Bartsch 5 Thlr. — 1770 Ungenannt 8 Thlr. — 1773 Kirchenvorst. v. Wagenhof 2 $\frac{1}{2}$  Thlr. — 1774 Schmied Joh. Christ. Scholze in Altfriegau 1 Thlr. 18 Sgr. — 1777 Freiherr von Nichthofen auf Osterreit 100 Thlr. — 1779 Derselbe 10 Thlr. Ungenannt 2 Ducaten. Desgl. 2 Thlr. — 1780 Schmiedemstr. Christ. Scholz 3 Thlr. — 1787 Freih. v. Nichthofen auf Osterreit 10 Thlr. Major v. Steinwehr 1 Thlr. — 1792 Lehns- und Gerichtsherr Rosemann auf Niederslanowitz 6 Thlr. — 1807 Herr H. Unverricht 10 Thlr. — 1817 Frau über 100 Thlr. — 1850 Fräul. Anna Marie Dorothea Buchholz (+) hier geschenkte Schuldsforderung von 300 Thlr. (realisirt mit 170 Thlr. 6 Sgr. 9 Pf.) — 1854. Von dem Geschenk der Vorgenannten wurden noch erhalten 84 Thlr. 17 Sgr. — 1863 Kirchenvorsteher Meymann 8 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf. — 1867 Kirchen-Deputirter Koschwig 1 Thlr. 27 Sgr. Ungenannt (beim Tode der Mutter) 2 Thlr. — 1873 Kirchen-Deputirter a. D., Landes-Alttester, Hauptmann Traugott v. Unverricht auf Giesdorf 500 Thlr.

#### b. An Sachgeschenken sind zu vermerken:

1741 und weiter bis 1749, von: Freifrau v. Promnitz 1 silbern. Keld. Bäckerstr. Johann Phil. Erbe 1 desgl. Ungenannt 1 kleiner silb. Keld. Peter Imm. Mäntler 1 silbern. Postenbüchse. Zinggießer Gottfried Botke 1 zinnerne Keld. Bäckerzunft 2 zinnerne Altarkannen 27. Mai 1748. Frau Barbara Körner 1 zinn. Weinsflasche. Dr. Joh. Jacob Walther 1 messingenes Laufbecken.<sup>2)</sup> Branntweinbrenner Gottfr. Fetterkind (1741) 1 große zinnerne Tauffanne. Chr. Scholze und Gottfr. Senftleben 1 Paar große zinn. Altarleuchter. Fr. Mar. Christ. Krause 1 Kirchen-Agende. Frau Anna Elisabeth Kretschmer und Frau Eva Schneider 1 Damast-Altartuch. Gottfried Lange's Wittve, Friedr. Immich, Jgfr. Sus. Dorothea Vogt, Frau Barb. Elisabeth Krusche und Jgfr. Anna Sibylla Krusche Altartücher. Meister Melch. Hollmann's Ehefrau und Meister Hollmann von Fraustadt 2 Blumenkrüge. Frau Anna Sus. Weber 1 Klingelbeutel. Joh. Christoph. Groß 1 desgleichen. Frau von Wagenhof sen. auf Stanowitz Beichtstuhl in der einen Sacristei. Joh. Kasp. Koppe Bild: Kreuzigung Christi. Benj. Schmidt 1 Begräbnißkreuz. Landrath von Seydlitz auf Pilgramshain 1 Glas-Kronleuchter auf dem Königsschor. Kämmerer Heinr. Meymann 1 messing. Kronleuchter. Christian Laupis'sche Erben 1 eben solcher. — 1747 Weber'sche Erben 1 messing. Hängeleuchter. — 1749 Buchdrucker Joh. Sigm. Weber 1 neuaufgelegtes Striegauisch Gesangbuch. — 1751 Kaufmann Georg. Friedrich Mäntler 12 Gueribons, zuerst gebraucht beim Begräbniß Pastor Hoffmanns. —

<sup>1)</sup> Durch v. Wagenhofs viele Bemühungen erlangt.

<sup>2)</sup> Der Boden desselben ist sehr alt und zeigt 2 Umschriften mit unlesbaren Schriftzeichen. Dr. Herm. Luchs in Breslau erklärt Becken der Art für holländische Fabrikarbeit des 15. Jahrhunderts.

1754 Ungenannt 2 zinn. Leuchter in die Sacristei. — 1750—55 Kirchenvorst. Häußer 1 metallene Glocke, 1 Etr. schwer, nebst Zubehör. Hiesige Garnison 1 schwarzes Leinentuch. Capitain v. Münchow sen. 1 weißes Leinentuch. Landrath v. Seydlitz auf Pilgramshain Königs Portrait mit Wappen. Joh. Gottfr. Müller von Schweidnitz 1 künstlich mit der Feder gerissenes Bild gleich einem Kupfer. Seiler Joh. Christoph. Hollmann 1 Schlaguhr. — 1769 Magistrat Steine von einigen Seitenmauern ehemaliger Häuser innerhalb des Gräbthofes. — 1816 Zollmüllermeister (Johann) Friedrich Bluscke und Müllermeister (Carl) (Gottlieb) Bluscke in Zedlitz 1 plattirter Taufsteindeckel. — 1833 1 paar Brautstühle. — 1835 Kaufm. Joh. Heinrich Mäntler 1 Altarbibel. — 1837 1 Altarbekleidung. — 1842 ein Frauenverein 4 gußeiserne Altarvasen mit Blumen. Ein Jungfrauenverein 1 braune Altar-, Kanzel- und Taufsteinbekleidung. — 1845 Frau Gütebesitzer Christiane Rosemann hier beim Wegzug nach Tschirnitz ihre  $\frac{3}{4}$  der Stanowitzer Loge. — 1846 Frauen und Jungfrauen zum Philo-Zubildum 1 grünerundiger Altarteppich. S. 128 d. — 1850 2 blaueisene Knieisfen. — 1852 verw. Frau Wittmeister Henriette Louise Linck geb. Schmidt († 1855) 12 Liebertafeln mit Zubehör. — 1855 Kreisphysikus Dr. Holz 1 Kanzelbibel. — 1857 Rechtsanwalt Lange Honorar-Erlaß. — 1858 Familie des verst. Superintendent Philo Portrait desselben. Kirchen-Deput. Hptm. Unverricht auf Eisdorf 1 messingenes Kirchensiegel und ein dergleichen Schwarzdruckstempel. Gastwirth Gräber 1 Grube Kalk (8 Zhr.) und Tischlermeister Hohberg Bretter (6 Zhr.) zum Renovationsbau. — 1859 Kirchen-Vorst. Schröter Tuch zur Weichtstuhlbekleidung. Sattler Baier sen. Polsterungsarbeit dazu. Kirchen-Vorst. Papel Wittenpapier zum Archiv-Repertorium. — 1860 Kirchen-Vorst. Schröter 1 gothischer Sacristeialtar mit Weichtstuhl — nach Zeichnung des Maurermeisters Karl Häußler in Rattowitz und mit Altarbild „Christus, den Kelch segnend“ von Moriz Pläuschke in Düsseldorf — kostend 198 Zhr. 25 Sgr. 9 Pf. Sattler Baier sen. wiederum Einkleidungs- und Polsterungsarbeit dazu. — 1860 Lehngutsbes. Ritter-Altfriegau, Steinbruchbes. Wanke und Zimmermstr. W. Kühn hier freie Anfuhr von 2000, 1000 Stück Fachwerk und 500 Ziegeln. — 1861 Geschwister Thomas 8 zinnerne Collectenteller. — 1862 Aus einer durch Posamentier Heinr. Räger veranfalteten Sammlung (81 Gaben) von 54 Zhr. 18 Sgr. 6 Pf. Portrait des Past. Kosche, gemalt von Professor Resch in Breslau. Kaufm. Nbw. Urban'sche Familie 1 blaueisene Altar- und Kanzelbekleidung. — 1864 Stadt-Seminar-Director Wilhelm Philo in Berlin dessen „Geschichte der preuß. Haupt-Bibelgesellschaft“. — 1865 Kirchenvorsteher H. Wartsch und Seifenfabrikant Koschwig Stellung der Orgelbau-Transportfuhrer. — 1867 Partikulier Hamann Kirchstand Lit. C. Nr. II. — 1868 Frau Rendant Schickan in Militisch Kirchstand Lit. A. Nr. 152. — 1869 H. H. 4 Blumensträuße in die Altarvasen. — 1872 Kirchen-Deputirter Hauptm. von Unverricht auf Eisdorf 1 silberne Trauringshale, aus Anlaß der goldenen Hochzeit der Zachert'schen Eheleute in Gehebeutel.

### Vermächtnisse.

§. 120. Das Verzeichniß derselben macht keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da von 31 Jahren die Kirchen-Rechnungen verloren gegangen, auch sonst die Acten lückenhaft sind. Es legirten:

1757 Ww. Anna Rosine über geb. Prasse von Zauer 100 Zhr. — 1758 Jungfr. Pläuschke in der Roy 4 Zhr. Frau Schönfeld 8 Zhr. Jungfr. Anna Rosine Schulz 100 Zhr. Grenadier Karl Schneider, Regiments von Kalsow, ehe er in der Bataille vor Breslau Todes verblieben, 12 Zhr. — 1759 Bauer Gottfr. Scholtze in Gräben 12 Zhr. — 1760 Bäckermeister Friedrich Lange



8 Thlr. Kirchenvorst. J. C. Häußer 20 Thlr. — 1762 Hans Christoph Piel-  
scher in Gräben 6 Thlr. 12 Sgr. Schles. Frau Vierling 12 Thlr. Kr.-Steuer-  
Einnahmer und Herr auf Simsdorf Gottfr. Koch 100 Thlr. — 1763 Stadtkoch  
Sigism. Rinner 100 Thlr. Schles. Frau Vogt (verw. Springer) 4 Thlr. —  
Verschwiegenes Legat dem Pastor Thilo behändigt  $6\frac{2}{3}$  Thlr. — Jeremias Lange's  
Wittwe 1 Thlr. — Landr. v. Seydlitz 20 Thlr. — Jungfr. Kathar. Alter 8 Thlr.  
— 1764 Kirchenvorsteher Gottfr. Müller 300 Thlr. Schles. — 1765 Frau  
Senftleben 40 Thlr. Frau v. Seydlitz geb. v. Noßitz 50 Thlr. — 1766  
Lohgerbermstr. Joh. Christoph Krause 10 Thlr. Testaments-Eröffnung 9. Januar  
1836. Eingang nicht ersichtlich. — 1768 Frau Magister Baumert 5 Thlr. —  
1769 Freigärtner Georg Friedr. Hillmann in Stanowitz 50 Thlr. Schles. —  
1771 Kirchenvorst. Christ. Scholz 10 Thlr. — 1777 Fräulein Wilh. Amalie  
v. Warnsdorf-Stanowitz 20 Thlr. Lohgerbermstr. Gottlieb Krause 5 Thlr. —  
1779 Apotheker Ritter 100 Thlr. für die Orgel. §. 85. — 1780 Schuh-  
machermeister Walpert 21 Sgr. 4 Pf. Legat-Erlös. — 1783 Wittve Ros.  
Wuttig von Stanowitz  $3\frac{1}{2}$  Thlr. — 1784 Rathhausvorst. Ernst Gottl. Fischer  
50 Thlr. Schles. — 1787 Frau Christ. Amal. von Spiller geb. von Riese-  
meuschel auf Niederfreit 100 Thlr. — 1792 Kirchenvorsteher v. Wagenhof-  
Niederbamsdorf 20 Thlr. — 1795 Bäckerstr. Joh. Gottfr. Hallgans jun.  
50 Thlr. — 1796 Wittve Marie Barbara Hänel geb. Würcke 20 Thlr. —  
Herr Karl Ludw. v. Warnsdorf zu Pogarell 50 Thlr. — Frau Händel 20 Thlr.  
— 1799 Frau Garnhändler Mar. Ros. Müller 15 Thlr. — 1820 Apotheker  
Joh. Heinr. Baumgart 200 Thlr. — 1825 Handschuhmacher Augustin'sche  
Geheule, Jacob, und Johanne geb. Heller 50 Thlr. (J. 1863). — 1829 Tischler-  
Knecht David Helfer 50 Thlr. — 1830 Gastwirth Kolmiz zu Schweidnitz  
100 Thlr. 1840 Frau Bäckermeister Sander 100 Thlr. Frau Kaufm. Stoll  
40 Thlr. Kreischolz Melchior Liebig 25 Thlr. — 1854 Bedienter Joh. Gottfr.  
Walter 50 Thlr. — 1862 Verw. Stellenbes. Anna Mar. Braun geb. Kallert  
in Haibau 600 Thlr. — 1863 Wittve Christ. Sander geb. Läufer 50 Thlr.  
Verw. Joh. Augustin geb. Heller (J. 1825) Nachlassergebnis 27 Thlr. 5 Sgr.  
4 Pf. — 1865 Wirthschafts-Inspector Schönfeld 57 Thlr. 20 Sgr. nachträg-  
lich an die Kirche gediehener Erbanfall. — 1869 Sattlermstr. Karl Sam. Klose  
100 Thlr. in Anwartschaft. — 1875 Wirthschafterin Marie Gabriel 100 Thlr.  
Die Zinsen sind zur Instandhaltung des Grabes der Erblasserin, verbleibende Be-  
stände für die Pastoren bestimmt. — 1876 Kaufmann Heinrich Köhler hier 100  
Thlr., deren Zinsen zur Verschönerung der Kirche zu verwenden.

## Stiftungen.

§. 121. a) Die Siegespredigt zur Erinnerung an die  
Schlacht bei Hohenfriedeberg 1745 ist vom Magistrat <sup>1)</sup> gestiftet  
und wird stets Mittwoch zunächst dem 4. Juni gehalten. Die Kämmererei  
gewährt dem Pastor, der die Predigt hält, 2 Thlr. Dieselbe liegt beiden  
Pastoren, Jahr um Jahr wechselnd, ob. Der Cantor, ursprünglich der  
Stadtpfeifer, bezog für den Posaunenchoral vom Rathsturm am Morgen  
des 4. Juni 1 Thlr. Weil 1874 für die Leistung 1 Thlr. nicht länger  
genügen wollte, beschloß der Magistrat, das Blasen des Chorals künftig  
wegfallen zu lassen. Als aber, um die Sitte zu erhalten, der Wissen-  
schaftliche Verein sich erbot, das Fehlende zuzuschießen, auch unter  
den Bürgern schon Freunde des alten Brauches in gleichem Sinne sich  
besprachen, bewilligte der Magistrat für den Posaunenchoral 2 Thlr. der

<sup>1)</sup> Zimmermann, Beiträge z. Beschrg. v. Schlesien. V. S. 195.

Stadt-Kapelle, welche von 1875 ab in die Stelle des kirchlichen Posaunenchores trat.

b) Die Erntepredigt ist 1764 vom Kirchenvorsteher, Fleischauser-Ober-Altesten Gottfried Müller — laut Testaments vom 27. December 1763 und de publicato 30. Mai 1764 — mit 200 Thlr. Sch. gestiftet. Sie wechselt ebenfalls zwischen beiden Pastoren. Von den Zinsen beziehen: der die Predigt haltende Pastor 2 Thlr. 12 Sgr., Cantor 24, Oberglöckner 12, Unterglöckner 8, Calcant 4 Sgr., die Kirchkasse 4 Thlr.

c) Predigt am 1. Advent über Jesaja 38 v. 1 mit Betlib: „Meine Lebenszeit verstreicht“. Dieselbe ist, ohne daß dabei der Name des Stifters genannt, dieser vielmehr nur als „ein Mitglied der Gemeinde“ erwähnt werden darf, „welches wünscht, seinen Nebenchristen das Andenken an den Tod oder Sterben zu wecken“, laut Urkunde d. d. Stanowitz, 22. November 1797 von dem Rgl. Vaudrath, Freiherrn Christ. Ferdinand v. Richtigshofen auf Stanowitz gestiftet und die Stiftung d. d. Breslau, 4. Januar 1798 bestätigt worden. Die Predigt wird vom Amtswochner gehalten. Von den Stiftungszinsen fallen zu: jedem der 2 Pastoren 1 Thlr. 15 Sgr., dem Rector (jetzt der Schulkasse) 20, dem Cantor 20, dem Oberglöckner 10, dem Unterglöckner 6, dem Calcanten 4 Sgr.

d) Die Predigt zur Erinnerung an die Schlacht an der Katzbach 1813 — Sonntag zunächst dem 26. August — wurde im Jahre 1820 <sup>2)</sup> ganz im Stillen gestiftet. Die Bestätigung der Stiftung erfolgte 21. August 1820. Damit die Predigt schon 1820 stattfände, und weil die Zinsen erst in Jahresfrist kommen konnten, entrichtete die Stifterin sogleich noch das, was die Kirche und deren Beamte stiftungsmäßig beziehen sollten. Die Stifterin wurde erst 11. December 1840 durch die ihr von Pastor Thilo gehaltene Leichenrede bekannt. Es war die Frau Bauergutsbesitzerin Anna Maria Prasse geb. Scholz in Gräben. Gehalten wird diese Stiftspredigt vom Amtswochner des betreffenden Sonntags. Von derselben entfallen: für jeden der 2 Pastoren 1 Thlr. 15 Sgr., für den Cantor 20, Oberglöckner 10, Unterglöckner 6, Calcanten 4, die Kirchkasse 20 Sgr.

e) Die 100jährige Jubiläumscapital-Stiftung. Selbige entstand aus der beim 100jährigen Gemeindestiftungs-Jubiläum (5. December 1841) an den Kirchthüren durch Stadtverordnete abgehaltenen Festcollecte von 84 Thlr. — Sgr. 10 Pf., welche der Magistrat mittelst Zuschusses von 40 Thlr. 29 Sgr. 2 Pf. — ungeachtet des Widerspruchs eines römisch-kath. Stadtverordneten — 31. December auf 125 Thlr. erhöhte. Das Capital sollte Zins auf Zins unter Verwaltung der Kirche bis zum 2. Advent 1941 wachsen, dann aber die freie Verfügung darüber der evangel. Kirchengemeinde unter Hinzuziehung des

<sup>2)</sup> In einem kirchlichen Formularbuch ist freilich 1816 geschrieben worden.



Magistrats als Patrons der Kirche zustehen. Das Kirchen-Ministerium (Pastoren) erachtete 4. Januar 1842 das Vorgehen der Stadtverordneten-Versammlung den hiesigen Statuten nicht angemessen, da die ganze ev. Stadt-Communität der Kirchenpatron und, so ehrenwerth der Zuschuß, doch die Belastung der Stadtkasse fraglich sei, weil die kath. Kirche auf gleiche Zuschüsse rechnen könnte. Es sah die Bestimmung der Stadtverordneten daher nur als einen beachtenswerthen Wink an und verlangte Zahlung zur Stadtkasse. Der Magistrat folgte die Festcollecte alsbald aus, hielt aber den Zuschuß für nicht angenommen. Die Stadtverordneten waren indeß — 19. Jan. — der Ansicht, die Sache mußte durchgeführt werden, 40 Thlr. für die ev. Kirche seien eine Bagatelle und dürften „kein neidisches Auge“ auf sich ziehen, da „bekanntlich alljährlich bedeutende Summen für die hiesige kath. Kirche aus der Kammerei gezahlt würden“. Das Kirchen-Collegium hatte — 21. Februar — nichts gegen die Capitalisirung; es erbat — 21. April —, nachdem die Genehmigung der Stiftung seitens der Regierung 13. März eingegangen, und erhielt den städtischen Zuschuß. Das Stiftungs-Capital wird laut Vorschrift vom 21. März 1842 völlig abgesondert von der Stadtkasse verwaltet und ist von 125 Thlr. am 1. Jan. 1842 bis zum 31. December 1875 auf 641 Thlr. 27 Sgr. 3 Pf. = 1925,73 Rmk. angewachsen.

f) Die Thilostiftung wurde von den evang. Schullehrern der Diöces Striegau-Waldenburg errichtet mit 100 Thlr. als dem Festgeschenk, welches die genannte Lehrerschaft dem Superintendenten Thilo bei dessen 50jährigem Amtsjubiläum am 7. October 1846 zu einer Stiftung verehrte, die seinen Namen tragen sollte. Die erst 8. März 1864 vereinbarte Stiftungs-Urkunde wurde 26. Mai j. Z. bestätigt, die Verwaltung des Stiftungs-Capitals dabei der ev. Kirche in Striegau übertragen und vom Gemeinde-Kirchenrath 1864 angenommen. Die Zinsen vergiebt der jedesmalige Superintendent an einen für das Schulfach sich ausbildenden Lehrersohn der Superintendentur Striegau-Waldenburg. Ist ein solcher nicht vorhanden, können die Zinsen zum Capital geschlagen oder dem nächstfolgenden Empfangsberechtigten mitausgezahlt werden.

g) Die Fräulein Emma Kleemann'sche Stiftung zur Verbesserung der Kirchen-Musik und zur Aufführung einer Trauer-Musik am Gedächtniß der Verstorbenen — laut Testaments vom 9. Mai 1856 nebst Nachtrag vom 24. Septbr. 1857 und de publicato 7. October 1857 — ist von der genannten Stifterin hierselbst mit 500 Thlr. errichtet worden.

Von den Zinsen des Capitals bezieht der jetzige Cantor für seine Person und Amtszeit seit 1862 15 Thlr. — vorher 12½ Thlr. — die Stiftungskasse 10 Thlr.

h) Der Fräulein Emma Kleemann'sche Dispositions-Fonds zur Vestretzung musikalischer Bedürfnisse der Kirche ist aus den nicht verausgabten Zinsen vorgenannter Stiftung entstanden, zinslich angelegt

und wird unter besonderem Titel in der Kirchasse geführt. Der Fonds betrug Ende 1875 374 Mark 49 Pf.

i) Die Reymann'sche Stiftung. Dieselbe ist 1865 von dem Stadt-Ältesten, Gutsbesitzer und gewesenen Kirchenvorsteher Christian Gottlieb Reymann durch Legat von 200 Thlr. mit der Bestimmung errichtet, daß alljährlich in der Kirche der Schlacht vor Paris am 30. März 1814 kurz gedacht werde, in welcher dem Stifter dessen nächster Freund und Kamerad, Karl Hantsche — Sohn des hiesigen Pastors Hantsche — von einer Kugel in den Kopf getroffen, todt in die Arme sank. Die Consistorial-Bestätigung für Abhaltung des Gedächtnisses erfolgte 23. März, die der Regierung wegen Annahme des Vermächtnisses 3. April 1865. Der Schlacht wird Sonntag zunächst dem 30. März oder am Ostermontag gedacht. Die Stiftungszinsen fallen beiden Pastoren zu gleichen Theilen zu.

k) Die Mayer'sche Stiftung ist von dem Wachtmeister a. D. Christ. Gotthelf Mayer mittelst letztwilliger Aussetzung von 200 Thlr. zum jährlichen Gedächtniß der Schlacht<sup>\*)</sup> bei Belle-Alliance, an die ganz in der Weise der Reymann'schen Stiftung erinnert werden sollte, gemacht worden. Das Gedächtniß geschieht Sonntag zunächst dem 18. Juni. Die Bestätigung der Stiftung erfolgte 24. August. Die Zinsen fallen mit 2 Thlr. zu gleichen Theilen beiden Pastoren, mit 8 Thlr. der Kirch-Kasse zu.

l) Die Tropik'sche Stiftung ist im Jahr 1873 von den Hausbesitzer Tropik'schen Eheleuten, Karl (kath.), und Rosine Helene geb. Krebs zum Zweck alljährlich zweimaliger unentgeltlicher Beicht- und Abendmahlsfeier für Arme mit 200 Thlr. Legat gemacht worden. Die Bestätigung des Vermächtnisses ging unterm 1. November 1873 ein. Die Feier findet Sonntag Ostomihi und Sonntag nach dem Erntefeste statt. Von den Stiftungszinsen erhalten fest die Kirchasse 1 Thlr., Cantor 20, beide Glöckner zusammen 25, Calcant 5, Chor 10 Sgr. Der verbleibende Rest fällt an beide Geistliche zu gleichen Theilen. Die erste derartige Abendmahlsfeier fand 14. Februar 1875 statt, da die Erhebung des Capitals sich verzögerte.

### Kirchenvermögen.

§. 122. Das Kirchenvermögen anlangend, ist die Erhebung, namentlich der Stellgeld-Reste als unliebsame Sache zu vermerken. Eine umfassende Untersuchung über ungeordnete Verwaltung fand von 1753 bis 1755 statt. Der Kirchen-Inspector, Ob.-Conf.-Rath Hoyer von Schweidnitz, beziehentlich die Landjustiz des Janerschen und Strieganischen Kreises führte dieselbe. Die Repräsentanten der

<sup>\*)</sup> Der 12. großen Schlacht, in welcher der Stifter mitfocht.



ebang. Bürgerschaft, sämtliche Schöppen und Geschworene hatten bei dem Ober-Consistorium 12. November 1755 Beschwerde wider das Kirchen-Collegium angebracht. Das Ober-Consistorium bezeichnete zwar, 29. November vom Magistrat Bericht erfordern, die Beschwerdeführer als „anmaassliche Repräsentanten“, ließ dieselben jedoch, als sie 18. April 1754 auf gerichtliche Untersuchung antrugen, zu den Verhandlungen „der Billigkeit wegen“ ziehen. Schließlich mußte der Stellen-Rendant einem Eide darüber sich unterwerfen, daß er bestimmte fehlende Standzinsen nicht erhalten hatte. Vergl. §. 33. Klarstellungen des bezeichneten Restenwesens, welches immer wieder einschlich, mußten, auch weil es dem Kirchen-Collegium schwer fiel, gegen die sämmtigen Zahler gerichtlich einzuschreiten, wiederholt, auf Betrieb der ev. Stadtverordneten, des Magistrats, der Kgl. Regierung und auch auf Beschluß des Kirchen-Collegiums selbst, vorgenommen werden. So 1835, 1844, 1851, 1855/56 (§. 68), 1865/66.

Die härtesten Anforderungen an das Kirchenärar führte seit dem Jahr 1818 — 19 der Bau der Kirche herbei. Zunächst mußte das angesammelte Kirchenvermögen von 3080 Thlr. (§. 102) verwendet werden. Sodann hatte die Kirchenkasse, anstatt der ev. Bürgerschaft, nicht nur deren Patronatsbeitrag, 5000 Thlr., und, anstatt der Stadt-Kirchengemeinde, von deren Baubeiträgen weitere 5000 Thlr. zu tragen, sondern für diese 10,000 Thlr. Gesamtschuld (§. 104. 60, 1.) auch die den Gläubigern kommenden Zinsen aufzubringen. Die Schuldentilgung konnte so nur mit äußerster Langsamkeit vor sich gehen.

Ebenfalls sehr bedeutende Ausgaben erwuchsen der Kirche durch die Schule, durch Instandhaltung der Schulhäuser und Mitbesoldung selbst solcher Lehrer, die nicht zugleich ein kirchliches Amt bekleideten. S. §. 38. 61. Ob schon im Jahr 1857 die Separation der Schule von der Kirche eintrat, wurde gleichwohl die Einrichtung dergestalt gemacht, daß die Kirche der Schulgemeinde die alten „Schul-“ (Pfarr-) Häuser (§. 79) — Verkaufspreis 4000 Thlr. — umsonst zu überlassen, außerdem — eine Art capitalisirter, ewiger Schulhausreparatur-Fortleistung — 1200 Thlr. baar zu geben, ferner einen jährlichen Beitrag von 132 Thlr. zum Rectoratsgehalt fortzuentrichten hatte und Anderes mehr, wie die alljährliche Kirchen-Collecte für die Stadtschule (ehedem für den Rector) am Bußtage. Mit einem Wort, die Sache war so geordnet, daß — Alles zu Capital gerechnet — von der Kirche nahezu 8000 Thlr. an die Stadtschule verschenkt wurden. Noch bevor die Baar-Forderung auf die erwähnte Höhe gesteigert war, sprach Pastor prim. Thilo in einem Schreiben vom 4. April 1853 sich rückhaltlos dahin aus: „Striegau ist hoch in Gedanken und Plänen, aber geht es an die — Tasche, so ist Niemand zu Hause. Man war gewohnt, für Schulzwecke nicht einen Pfifferling auszugeben, sondern der armen, noch tief verschuldeten Kirchenkasse die durch innere und äußere Schulerweiterung vermehrten Kosten aufzubürden, ja, war ungerecht genug, die Beiträge der Landgemeinden, die sie der Kirche gewähren, ohne davon etwas für ihre Schulen zu beziehen, für die städtischen Schulzwecke zu verwenden. Man hat sich

erdreistet, 1000 Thlr. von der Kirche dazu zu fordern — —. Soll denn die Kirche durch die Schule bankrott gemacht werden?“

Daß das Land von je gegen die Leistungen des Kirchenärars für die Stadtschule war, zeigte bereits §. 29 (S. 47) und §. 61 (S. 80), besonders aber die Beschwerde, welche der neue Land-Kirchen-Deputirte Unverricht auf Eisdorf bei dem Königlichen Landrathamt hier unterm 7. August 1835 einbrachte, nachdem derselbe bei Abnahme der Kirch-kassen-Rechnung auf 1833/34 gesehen hatte, daß, vom Neubau der Kirche 1818/19 her, noch „5490“ (9700) Thlr. Schulden vorhanden und dabei doch 206 Thlr. 29 Sgr. für die Schule verausgabt waren. Aus dem vom Kirchen-Collegium erforderten Bericht vom 10. August ergab sich, daß die Sache schon seit 4 Jahren bei dem Magistrat angeregt sei, und daß das Aerar die vermehrten Ausgaben nicht länger bestreiten könne. Die Regierung wies zwar die Land-Deputirten mit ihrem Antrage auf Befreiung des Kirchensäckels von Ausgaben für die Stadtschule wegen Verjährung zc. — damals zurück: das Abkommen von 1857 erneuerte sogar die Belastung der Kirchentasse für städtische Schulzwecke. Da jedoch die neueste Zeit die vollständige Scheidung zwischen Kirche und Schule durchgeführt hat, so darf wohl für die Zukunft gehofft werden, das erwachende Gefühl der Unbilligkeit der Unterhaltung der Schule durch die Kirche (S. 56 und S. 130) werde die große Stadtschul-Societät nicht auf immer das Bewußtsein ertragen lassen, daß sie ihrer Schul-Unterhaltungspflicht durch endlos fortgesetzte Beschädigung des kleinen Kirchenärars sich entschlage. Selbst etwaiges Vorschützen der gedachten „Verjährung“ könnte den Eindruck nicht verwischen, daß die Ausnutzung der Kirchentasse durch die Stadtschule nur mit einem Schein des Rechtes geschehe, nicht aber das Rechte sei. Den Landgemeinden gegenüber, welche ihre Schulen nicht aus dem Kirchenärar bespeisen können, sondern auf eigene Kosten unterhalten müssen, ist die zeitliche Kirch-kassen-Decimierung seitens der Stadtschul-Societät ebenfalls nicht schön. Würde städtischerseits der Vorwand der „Verjährung“ erhoben, so bliebe doch erst zu prüfen, ob die neuere behördliche Genehmigung der fraglichen Kirch-kassen-Belastung zu Gunsten der Schule unter förmlicher Aufhebung der früher gegebenen Bestimmungen erteilt sei. Dies ist nicht geschehen. Daß aber die ehemalige Aufsichtsbehörde das Kirchenvermögen rücksichts- und bebingungslos der Stadtschule preisgegeben hätte, kann mit nichts angenommen werden. Vielmehr ist laut Anzeige des Magistrats und Kirchen-Collegiums vom 16. April 1799 und laut deren Vocation vom 12. März 1808 nach der Fähigkeit der Kirchentasse gefragt worden. Die Verfügungen der Ober-Amts-Regierung (des Ober-Consistoriums) vom 6. October 1791, 14. März und 25. April 1799, auch 30. Januar 1806 haben bei den gedachten Genehmigungen ausdrücklich die Formeln gebraucht: „Ob das Kirchenärar, der sonstigen Kirchen-Ausgaben ungeachtet, im Stande sei, den Ausfall zu tragen,“ oder: „Solange der Zustand des Aerarii Solches gestattet“. Die Bedingung, daß eventuell 2 Zulagen für Lehrer an das Aerarium zurück-



fallen, machte bei einer Genehmigung die Ob.-Conf.-Verf. v. 27. Juli 1797. Wären diese oberbehördlichen Einschränkungen den Landdeputirten bei ihrem Protest vom Jahr 1835 bekannt gewesen und von ihnen bei der Regierung, welche davon auch nichts mehr wußte, geltend gemacht worden, so war das sehr gerechte Begehre denn doch nicht so kurzer Hand, wie geschehen, zur Seite zu schieben. Die Beschwerde der ländlichen Kirchgemeinde für verjährt zu erklären, möchte seine Schwierigkeit haben; denn gerade die hier beregte Entnahme des Rectorgehalts von 132 Thlr. aus der Kirchenkasse bestand 1793 noch nicht (Vocation Peiper), sondern erst 1824 (Vocation Zäfel), so daß, auch abgesehen von den ländlichen Beschwerden 1812 (S. 47 und 80), sowohl vor als nach dem Unverricht'schen Proteste 1835 die zur Verjährung erforderlichen 44 Jahre — A. L.-R. I. 9. §. 632 — fehlen. Der Vertrag vom 23. April 1857 ist vollends ohne Zuziehung und Wissen der Landgemeinden gemacht. Jedenfalls haftet für den Verzicht auf Ausziehung der Kirchenkasse mit jährlich 132 Thlr. für Stadtschulzwecke die Ehre der städtischen Gemeinde. Vergl. §. 130.

War die Gemeinde der Stadt zur Herstellung und auch zur Unterhaltung nicht nur ihrer Kirche, sondern auch ihrer Schule, bei äußerst geringer eigenen Leistung gekommen (§. 104), so hätte die um deswillen auf's äußerste gebrückte Kirchenkasse mindestens an den ihr gebührenden, laufenden Einkünften nicht gekürzt werden sollen, zumal deren Etat selbst in den letztvergangenen Jahren nur auf 4661 Rmk. 30 Pf. Einnahme und Ausgabe lautete. Wie mangelhaft ein nicht kleiner Theil der Stadt- und Landgemeinde seinen Verbindlichkeiten nachgekommen, beweisen die schon §. 38 und 68 berührten, so wie die oben erst erwähnten Stellgeld-Verluste, schlagend aber die an das Kirchen-Collegium erlassene Reg.-Verfügung vom 17. Novbr. 1855, welche die „enorme“ Höhe von 1678 Thlr. 27. 10. Einnahmestücken nicht mehr dulden wollte. In bedeutender Zahl wurden seitdem zuerst Mahnungen, dann Klageandrohungen ausgesandt, zuletzt auch gerichtliche Klagen angestrengt. Mitunter befundeten die Verpflichteten eine überraschende Unbesangenheit. So wurde aus der Gemeinde 20. Juni 1858 bei der Regierung wider das Kirchen-Collegium Beschwerde wegen sämmtiger Resten-Eintreibung angebracht, und traten als Beschwerdeführer auch Solche auf, welche selbst Restanten waren. Auch in den letzten Jahren war wegen Verarunter, stillschweigend Verzogener und Verschollener, sowie nachlasslos Gestorbener die Niederschlagung mancher Stellgeldreste nicht zu vermeiden. Äußere Verhältnisse, selbst das neue Münzsystem, bewirkten ebenfalls Minder-Einnahmen. Der Ertrag des Allingelbeutels nebst Gotteskasten, einschließlich der Sammlungen bei Hochzeiten und Taufen, sank von 365 Thlr. 24 Sgr. im Jahr 1859 auf 639 Mk. 98 Pf. im Jahr 1875. Der Hebung des Kirchenärars standen schier allseits Hindernisse im Wege. Im Hinblick auf diese Umstände fragt man wohl, wie hoch die Kirchenkasse noch vermochte zu leisten, was sie geleistet hat. Gleichwohl konnte es vorkommen, daß um einer über die Kassen-Verwaltung gefallenen injuriösen Aeußerung willen, die nicht

ganz stillschweigend hinzunehmen war, der Beleidiger vor dem Kirchen-Collegium, am 6. August 1858, wenigstens Widerruf und Abbitte leisten mußte. Die Unbekannthschaft mit dem wirklichen Sachverhalt erzeugte wohl auch sonst Mißverständnisse. Dergleichen wie die murrende Frage: „Wo denn das Geld alles hingekommen ist“, begreift sich nur daraus, daß die Größe der zu tilgenden Schulden und der zu tragenden Lasten vergessen worden, und aus der falschen Voraussetzung eines stets reichen Geldzuflusses. Ein solcher hat eben gefehlt.

Das Vermögen der Kirche bestand Ende 1875, an Fundations-Capitalien in 5054 Mark 49 Pf., an eigenthümlichen Capitalien in 2598 Mark, zusammen also in 7652 Mark 49 Pf. Dieselben sind in Hypotheken, zum kleinsten Theil in Sparkassenbüchern angelegt. Schulden, vom Kirchbau 1819 her, sind noch 650 Thlr zu tilgen, bezw. zu verzinsen. Schlußvermerk. Der neueren Zeit blieb es vorbehalten, die Kirche auch Einbrüche erfahren zu lassen. Der erste geschah in der Nacht von Montag, 4. zu Dienstag, 5. oder von Dienstag, 5. zu Mittwoch, den 6. December 1848 in Kirche und Sacristei, der zweite von Montag, 17. zu Dienstag, 18. Febr. 1868. Das eine Mal wurden die Klingelbeutel ausgeleert, das andere Mal die 5 Gotteskasten, und einige kleinere Gegenstände mitgenommen.

### Inventarium.

§. 123. Das Inventarium ist in seinen wesentlichen Bestandtheilen gelegentlich bereits namhaft gemacht worden und giebt zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß. Doch sei wenigstens des colorirten Bildes — 40 × 30 cm. — gedacht, welches sich in der Sacristei über der Thür zur Kanzeltreppe befindet. Es ist, obgleich an sich gar sehr schlicht, ein werth'es Erinnerungs-Stück, wahrscheinlich von einem Augenzeugen des dargestellten Ereignisses, jedenfalls von Freundeshand der Kirche verehrt und gewiß mit möglichster Treue gezeichnet. Das Bild führt, wagerecht in 4 Felder getheilt, die S. 22 §. 2 beschriebene „Procession zu dem Evangelischen Zion in Striegau rc.“ und in derselben die ev. Bürger in den bei Festlichkeiten üblichen schwarzen Mänteln vor Augen. Als Fuß des Ganzen giebt eine goldfarbige Inschrift eine kurze Erklärung, auch die Zünfte namentlich an. Das Bild soll alle ev. Bürger von 1741 zeigen.

### Archiv.

§. 124. Die Registratur der Kirche ordnete der Kirchenvorsteher v. Wagenhof und bewahrte sie wegen der Feuchtigkeit der Sacristei in seinem Ring Nr. 18 belegenen Hause auf, bis im Jahr 1773 der Pastor Thilo die Acten in seine Amtswohnung nahm. Im Jahr 1859 wurden sämtliche Acten systematisch geordnet, geheftet, signirt, foliirt und durch Anfertigung eines Repertoriums ein zur Benutzung angethanes Archiv hergestellt.



## Kirchhöfe.

§. 125. Der Beschreibung des Kirchengutes mögen noch Mittheilungen über die Kirchhöfe angehängen werden und zwar zunächst über die städtischen Kirchhöfe, die sämmtlich communal sind.

a) Der Nicolai-Kirchhof bei dem Hospital gleichen Namens und der Nicolaikapelle <sup>1)</sup> vor dem Schweidnitzer Thor ist alt. Die wohl ältesten Denkmäler desselben reichen bis auf 1585 und 14(98?) zurück, schwerlich aber bis an die Zeit der Einrichtung dieses Begräbnißplatzes. Er enthielt 2 Morgen 38 □ R. Flächenraum. Der eintretende Mangel an Grabstellen führte seit 1832 Jahre hindurch zu Verhandlungen, welche bald auf Erweiterung des Nicolai-, bald des Hedwigskirchhofes, bald auf das Eingehenlassen beider und die Anlage eines neuen Friedhofes — (1834) in den Gärten Mäntler und Sander an der Ziganasse — abzielten, bis man endlich bei der Erweiterung des vorhandenen Nicolai-Kirchhofes stehen blieb. Der Magistrat erkaufte am 9. October 1839 von dem Robottstellbesitzer Carl Brochmann im Raulanger ein an die Südseite des Kirchhofes stoßendes 2½ Morgen großes Ackerstück, nämlich 196 □ R. von Nr. 14 und 254 □ R. von dem zugehörigen, früher Becker'schen Obst- und Säegarten Nr. 49, zum Preise von 290 Thlr. für den Morgen. Die neue Umfassungsmauer wurde 1840 gebaut. Die Einsegnung des erweiterten Kirchhofes fand evangelischerseits am Gedächtniß der Gestorbenen, 22. November 1840, Nachmittags 3 Uhr, durch Superintendent Thilo, im Beisein des Pastors Kosche, statt. Nachdem Thilo dem Magistrat Tag und Stunde der Handlung, auch einen gemeinsamen Gang vom Rathause zum Kirchhofe 16. Novbr. vorgeschlagen hatte, schlug 19. Novbr. Pfarrer Klimke, der die Versammlung der Theilnehmer am Eingange des Kirchhofes wünschte, die Einsegnung des Begräbnißplatzes katholischerseits, „um Collision zu vermeiden“, auf 2½ Uhr am Nachmittage des genannten Sonntags vor. Der Magistrat ließ hiernach die beiden Einweihungen dicht auf einander folgen.

Die Anlage von Grüften, ohne und mit Hochbauten, mehrte sich namentlich um und nach 1870. Der Bau der größten derselben, derjenigen der Familie Friedrich Wartsch Söhne ging schon im Jahr 1845 vor sich.

b) Hedwigs-Kirchhof. Als der Nicolai-Kirchhof zu klein wurde, beschloß der Magistrat, einen neuen Begräbnißplatz vor dem Neuthore im Hospitalgarten an der Hedwigskirche anzulegen, welcher nach dieser anstoßenden Kirche den Namen erhielt. Die Königl. Regierung genehmigte 7. Mai 1817 die Anlage des Hedwigskirchhofes zum gemeinschaftlichen Kirchhofe für beide Confessionen. Im Herbst 1817 wurde,

<sup>1)</sup> Die Kapelle mag äußerst selten benutzt worden sein. Doch ist es geschehen, z. B. des stürmenden Regens wegen am 12. Juli 1860, bei Eintragung der Feste und Haltung der Leichenrede für die verw. Frau Tuchmachermeister Auguste Broßmann geb. Häring.

um den besäeten Garten bis zur künftigen Ernte nicht ganz verwüsten zu müssen, nur ein geräumiger Platz ausgesteckt, der Kirchhof, 1 Morgen 177 □ R. groß, erst 1818 völlig eingerichtet. Der Magistrat wünschte 9. November 1817, das ev. Kirchen-Ministerium möge sich mit dem kath. dahin vereinigen, daß die Hedwigskirche zur gemeinschaftlichen Begräbniskirche benutzt würde. Das Abkommen derselben und beider städtischen Collegien — betreffend: Reihenfolge der Gräber, Grabstellgebühren an die Hospitalkasse, Klingelbeutel für je die eine oder andere Confessionskirche — erfolgte am 8. Januar 1818. Der Gebrauch der Kirche kam selten vor, da der Kirchhof Nebenfriedhof blieb, auch die Eintragung von Leichen in die Kirche hier außergewöhnlich ist. Doch haben darin verschiedentlich evang. Leichenfeierlichkeiten, bald mit Altarreben, bald mit Leichenpredigten, bis 1850 unbeanstandet stattgefunden. Für das Begräbniß des gewesenen Kirchen-Deputirten, Gerichtscholzen Karl Samuel Bötkner in Haidau wurde die Kirche nicht benutzt, weil der neue Pfarradministrator, Kaplan Nippel sie verweigert hatte, und, trotz des magistratualischen Einschreitens, die verletzten Leidtragenden schließlich sie nicht mehr benutzen wollten. Die Verweigerung rührte von der damals schärfer werdenden confessionellen Gesinnung her. Ältere, lange in städtischen Aemtern gewesene Kirchenvorsteher wußten noch anzugeben, wie nachdrücklich der selbst kathol. Bürgermeister Scheider gegen Nippels Verhalten vorgegangen sei. Im Jahr 1857 — 15. Juli — verfügte die Königl. Regierung wegen gefährdenden Bauzustandes der Hedwigskirche deren polizeiliche Schließung, resolvirte auch 30. März 1858 sofortigen Abbruch des Daches und der Decke derselben. Der Magistrat schrieb die Abbruchverdingung öffentlich aus. Den Abbruch stiftete jedoch die Regierung 12. Mai 1858 auf den Einspruch des kath. Kirchen-Collegiums, beziehentlich die Bestimmung des Oberpräsidenten von Schlesien, resolvirte aber, unter Vorbehalt des Rechtsweges 28. August 1858 wieder, daß die Kirche nicht reparaturfähig, der Wiederaufbau nicht nothwendig sei, die Stadtgemeinde zum Wiederaufbau nicht verpflichtet werden könne. Auf die Recursbeschwerde des kath. Kirchen-Collegiums erging die Entscheidung des Cultus-Ministeriums vom 15. Juli 1859, daß der Magistrat als Verwalter des Hospital-Vermögens verbunden, die Kirche herzustellen, und daß über die Art der Ausführung, in Ermangelung einer gütlichen Ausgleichung, von der Regierung durch ein besonderes Resolut zu befinden sei. Der so ernöthigte Bau wurde erst 1861 sparsam besorgt, kostete der Stadt-Commune indeß doch etwa 1400 Thlr. Nun übermachte der Magistrat — 4. November 1861 — auch dem evang. Pfarramte einen Schlüssel zum Haupteingange der Hospitalkirche, die am Hedwigstage — 15. October — katholischerseits eingeweißt worden war, und stellte anheim, dieselbe als Begräbniskirche zu benutzen und zu diesem Zwecke evangelischerseits zu weihen. Das evang. Kirchen-Collegium beschloß 8. Novbr., die Einweihung durch Abhalten des Nachmittags-Gottesdienstes am Gedächtnistage der Verstorbenen — 24. November — erfolgen zu lassen. Nach geschehener Kanzelmeldung erlangte Erzpriester Welz davon Kenntniß und



legte 18. November Verwahrung ein. Pastor prim. Bäck suchte, da 27. November der Magistrat den Protest des kath. Kirchen-Collegiums für unbegründet erklärte und keine Veranlassung fand, die Entscheidung einer höheren Instanz einzuholen, 20. December 1861 die Entscheidung der Regierung betreffs der entgegengesetzten magistratualischen und erzpriesterlichen Ansicht nach. Das Rescript vom 7. Januar 1862 lautete, die Entscheidung über das prätendirte Eigenthumsrecht des Magistrats an der Hedwigkirche gehöre vor den ordentlichen Richter. Der Magistrat beharrte 25. Februar 1862 bei dem Dispositionsrecht über die Kirche und lehnte die Anrufung des Richters ab, da er das evang. Kirchen-Collegium nicht zwingen könne, von einem ihm eingeräumten Rechte Gebrauch zu machen.

Am 28. Juni 1862 segnete Pastor Bäck bei Gelegenheit des Begräbnisses der Frau Gastwirth Katscher hier selbst die restaurirte Kirche für den ev. Mitgebrauch bei Begräbnissen in christlicher Weise ein.

Nachdem die Berichte des Magistrats vom 3. Octbr. und 22. Decbr. 1863 und des kath. Kirchen-Collegiums vom 26. Januar 1864<sup>2)</sup> die Regierung veranlaßt hatten, das ev. Kirchen-Collegium Bericht — <sup>20. April</sup> <sup>25. Juli</sup> 1864 — erstatten zu lassen über den Umfang, in welchem bis zur polizeilichen Schließung der Kirche ein Mitgebrauch der Evangelischen an derselben stattgefunden habe, erfolgte das Resolut des Cultus-Ministers v. Mühler vom 29. October 1864. Dasselbe erkannte die Besitzstands-Veränderungen des Magistrats nicht an, sprach den Schlüssel allein dem kath. Kirchen-Collegium zu und wies den Magistrat mit dem behaupteten Eigenthumsrecht auf den Rechtsweg. Derselbe ist nicht beschritten worden. Anlangend den Mitgebrauch der Kirche zu Begräbnissen seitens der Evangelischen lautete das Resolut: Es bewende bei dem Abkommen vom 8. Januar 1818 sowie bei der Erklärung des kath. Kirchen-Collegiums vom 26. Januar 1864, nach welcher dieser Mitgebrauch von kath. Seite nicht beanstandet, vielmehr als fortbestehend anerkannt werde.

c. Der neue Kirchhof, infern der Stanowitzer Chaussee, hinter dem „letzten Heller“ am Wege nach Delfe gelegen, war nöthig geworden durch die steigende Bevölkerung und durch die Vorschrift, daß Leichen 20 Jahre liegen müssen, ehe deren Gräber wiedergebraucht werden dürfen.

<sup>2)</sup> Hier werde die Erinnerung eingefügt, daß die frühere Bethauskirche einmal zum Pferde stall gebraucht worden. Es geschah bei der Belagerung von Schweidnitz im Jahr 1807, als am 13. Jan. 1600 Mann bayrische und württembergische Infanterie und Cavallerie Striegau besetzten. Der Mißachtung des Heiligthums verfiel wie die ev. Dreifaltigkeits-, auch die kath. Pfarrkirche. Der Barbarakirche, deren die Soldaten sich bemächtigten, und die sodann zum Magazin, desgleichen dem Carmeliterkloster, welches zum Lazareth gemacht wurde, widerfuhr Aehnliches. Gedachtes Verfahren mit Kirchen, wenngleich im Kriege vorgekommen, dürfte, da es Ställe gab, doch nur gelten als eines von den Zeichen des bekannten Geistes, durch welchen damals Bayern besonders und Württemberger sich auch sonst in Schlessen unvergeßlich gemacht, aber auch sich und ihr Volk mehr verunehrt haben, als ihre Pferde die Gotteshäuser. Vergl. Richter's „Beschreibung“ II. S. 250, 251, 252, 356.

Diesen Kirchhof legte der Magistrat in großen Verhältnissen an. Er kaufte am 8. März 1869 dem Particulier Karl Friebe 18½ Morgen Acker, den Morgen zu 260 Thlr. berechnet, ab und ließ zunächst den vierten Theil des beabsichtigten Begräbnißplatzes nach Nord, Ost und West mit einer Mauer, nach Süden nur mit einem Rattenzaun einfassen. Der Kirchhof sollte von 8 zu 8 Jahren in südlicher Richtung erweitert werden, bis zur ersteingerichteten Ackerfläche 3 eben solche hinzugetreten seien und ein Kirchhof entstanden wäre, der, nebst den beiden älteren, auf weite Zeiten hinaus genüge. Die feierliche Einweihung des Kirchhofs geschah am 1. Januar 1870 durch Superintendent Bäck bei liturgischer Mitwirkung durch Pastor Lummert. Pastor prim. Bäck verband mit der Einweihung von evang. Seite das erste Begräbniß auf diesem neuen Friedhofe. Beerdigt wurde Martin, einziges Söhnchen des Gastwirths August Schubert hierselbst. Einige Tage später erfolgte die Weihe des Kirchhofs auch von kath. Seite durch Erzpriester Lic. Welz. Im Jahr 1870 ließ der Magistrat zwischen der nordöstlichen Ecke und der Eingangspforte des Kirchhofes ein Haus bauen, welches Wohnungen für beide Todtengräuer, eine bisher hier fehlende Leichenhalle und einen Geräthschuppen enthält. Die Kosten dafür und für die Kirchhofseinfriedung betrugen ungefähr 3000 Thlr.

Am 18. October 1872 erwarb der Magistrat noch 14 Ar 32 □ Mt. Acker von dem vorstädtischen Grundstück Nr. 215 des Besitzers Hermann Kühn, für 302 Thlr. 23 Sgr. 4 Pf. Auf diesem Fleck wurde von der steinernen Brücke bis zum Kirchhofthor ein gerader Weg angelegt, auch mit Bäumen bepflanzt. Das Begräbniß, bei welchem derselbe, kaum fertiggestellt, zuerst benutzt wurde, war das der verw. Tagearbeiter Joh. Eleonore Müller geb. Rabewagen am 2. Novbr. Im Herbst 1875, früher als angenommen, war von den Leichenfeldern des neuen Kirchhofes das letzte fast völlig belegt. Behufs Ausdehnung des neuen Kirchhofes wurde alsbald zum Verlängerungsbau der östlichen und westlichen Umfassungsmauer geschritten. Der früh eintretende Winter nöthigte, die Arbeit im Jahr 1876 zu vollenden.

Auf die hiesigen Friedhöfe begraben nur noch folgende Landgemeinden: Gräben, Haibau, Muhran, Thomaswalbau, Fehelbeutel, Ober- und Niederstreit.

## §. 126. Ländliche Kirchhöfe.

d) Halbendorf. Diese wie die benachbarte Gemeinde Leichau begrub früher nach Striegen. Der Plan, einen eigenen Kirchhof zu erwerben, trat zwar hervor, kam aber nicht zur Durchführung. Erst im Jahr 1871 erkaufte die Dorfgemeinde Halbendorf von dem dortigen Stellbesitzer Ernst Röhrig von dessen Stelle Nr. 24 daselbst, zur Anlegung eines Kirchhofes, für 200 Thlr. einen an der Straße von Halbendorf nach Thomaswalbau linker Hand belegenen Ackerfleck von 25 Ar 90 □ Meter Größe, durch die Bevollmächtigten, Kretschmer Wilh. Kalm s und Hausbesitzer Ehrenfried Kiemer. Das Kirchhof-Grundstück



erhielt unter Nr. 62 ein besonderes Folium im Hypothekenbuch. Der Gemeinde Teichau steht nach der gerichtlichen Urkunde vom 8. April 1872 das Miteigenthum an diesem Kirchhof zu. Die Einrichtungskosten für denselben betrugen Alles in Allem 244 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf., wozu Halbendorf, das Dominium 32 Thlr. 15 Sgr., die Gemeinde 182 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. und die Gemeinde Teichau 36 Thlr. 25 Sgr. aufbrachten. Die feierliche Einweihung des Kirchhofes erfolgte Mittwoch — 10. Januar 1872 — Nachmittags, durch Superintendent Bäck bei Gelegenheit des ersten Begräbnisses auf dem neuen Friedhofe. Dasselbe galt der verw. Dreschgärtner Johanne Eleonore Müßig geb. Arlt aus Teichau.

e) Häslicht. Als im Jahr 1853 sich zeigte, daß der Kirchhof bei der kath. Filialkirche in Häslicht, wohin Eisdorf begrub, zu klein würde, ließ der Besitzer, Landes-Älteste Hauptmann Unverricht (S. 50) auf Eisdorf, auf seinem Acker, etwa 150 Schritt östlich von Häslicht, am Fußwege von da nach Eisdorf, eine Fläche Acker von 155 □ R zu einem Begräbnisplatz für beide Gemeinden auf eigene Kosten anlegen. Dieselben betrugen über 700 Thlr. Den östlichen Theil des Friedhofs überwies der Wohlthäter der Gemeinde Eisdorf. Obgleich der Grundherr den Platz den politischen Gemeinden von Häslicht und Eisdorf als Geschenk überweisen wollte, lehnte das fürstbischöfliche Vicariat-Amt in Breslau das Anerbieten beharrlich ab und beruhte darauf, daß auch fernerhin die Leichen katholischer Gemeindeglieder von beiden Dörfern auf dem alten in Häslicht befindlichen Kirchhofe bestattet würden. Hauptmann Unverricht gab nun laut gerichtlicher Schenkungs-Urkunde vom 6. Febr. 1854 den Gottesacker den ev. Kirchengemeinden genannter Ortschaften, jedoch mit der Bestimmung, daß auch den kath. Kirchengemeinden beider Dörfer gestattet sein sollte, mit Bewilligung ihrer Geistlichen ihre Todten auf den neuen ev. Kirchhof begraben zu lassen. Bisher ist von diesem Rechte kein Gebrauch gemacht worden. Nur zwei Choleraleichen sind, nach polizeibehördlicher Bestimmung, auf dem evang. Kirchhofe beigesetzt worden. Im Jahr 1874 hat zur Erweiterung des vollbelegten Häslichter Theiles des Kirchhofes Frau Hauptmann Anna von Unverricht geb. von Poser-Mädlig auf Eisdorf ein Ackerstück von 78 □ R. Fläche geschenktweis überwiesen. Die Häslichter ev. Kirchengemeinde-Mitglieder haben dieses Ackerstück mit einer Mauer umfrieden lassen und darauf über 400 Thlr. verwendet. Die Einweihung des Kirchhofes erfolgte am 22. November 1853, bei der auf dem Häslichter Kirchhof-Anteil stattfindenden Beerdigung des Inwohners zu Häslicht Gottlieb Koch, durch Superintendent Thilo von Striegau, im Beisein des Pastors Menzel von Groß-Rosen. Auf dem Eisdorfer Kirchhof-Anteil wurde am 5. März 1854 zuerst beerdigt: Karl Adolph Rudolph, Sohn des damaligen Försters Moritz Hochhäusler zu Eisdorf.

Die herrschaftliche Gruft im Schloßgarten zu Eisdorf, in Stelle der früheren Eisdorfer herrschaftlichen Familiengruft an der kath.

Kirche in Häslicht, im Jahr 1821 in dorischem Stil erbaut, war zunächst Denkmal für den am 11. September 1820 verewigten Rittergutsbesitzer und gewesenen Dominial-Kirchen-Deputirten Johann Heinrich Unverricht und errichtet von dessen Gemahlin Marie Elisabeth geb. Nerlich, die ihm am 6. September 1830 im Tode nachfolgte. In eben diese Gruft sah versenken der 20. März 1859 Frau Landes-Älteste Hauptmann Marie Unverricht geb. Linckh († 16. März), der 27. September 1872 Fräulein Johanne Henriette Ernestine Unverricht († 24. Sptbr.) und der 4. Mai 1873 den gewesenen Dominial-Kirchen-Deputirten, Landes-Ältesten und Hauptmann a. D. Ritter Johann Heinrich Traugott von Unverricht († 1. Mai).

f) Zärischau. Der um die kath. Pfarrkirche daselbst liegende Kirchhof wird von den evang. Ortsbewohnern mitbenutzt.

g) Lüssen. Auf den Kirchhof, welcher die dortige kath. Filial-Kirche umgiebt, begräbt die Gemeinde Warzdorf und wird von demselben auch evangelischerseits Gebrauch gemacht. Die Mitbenutzung der Kirche hat ebenfalls stattgefunden, z. B. im Jahr 1775 und wiederholt in neuerer Zeit, ist aber seit einer Reihe von Jahren um der erforderlichen Benutzungsgebühr willen unterblieben.

h) Pilgramshain. Auch hier wurde dem seit langen Jahren gefühlten Bedürfnis eines eigenen Begräbnißplatzes abgeholfen. Der ev. Kirchhof des Ortes, am Brechelsberge gelegen und 144 □ R. groß, ist im Jahr 1854 angelegt worden. Das Dominium Pilgramshain, auf dessen Grund und Boden der Kirchhof sich befindet, bleibt zwar Grundeigenthümer desselben, hat aber der ev. Gemeinde von Pilgramshain das Recht, welches nöthigenfalls, dann aber auf Kosten der genannten Gemeinde, in das Hypothekenbuch des Dominiä eingetragen werden kann, zugestanden, den Platz für ewige Zeiten, jedoch nur als Begräbnißstätte und auf keine andere Weise, zu benutzen, hat auch das Eingangsthor und die (Neben-) Pforten erbaut. Die den Gottesacker umfriedende Mauer nebst Zubehör gehört der ev. Gemeinde des Ortes, welche die Mauer nebst Wahrhaus erbaut und für deren Instandhaltung oder Neubau aus ihren Mitteln zu sorgen hat. Das Recht, auf diesen Kirchhof zu beerdigen, steht dem Dominium und der evang. Gemeinde Pilgramshain zu und gilt ausnahms- und bebingungsweise auch für Personen nichtevangelischen Glaubens. Doch ist in solchen Fällen die Genehmigung des Geistlichen der Confession derselben beizubringen. Dem Dominialbesitzer, Königl. Kammerherrn Hans Rudolph Fedor Alexander von Seyditz und seiner Familie wurde die Erbauung einer Familiengruft von beliebiger Größe und an beliebiger Stelle frei vorbehalten. Dieselbe ist nach dem zu Meran, 11.<sup>3)</sup> Januar 1870, erfolgten Tode des Kammerherrn von Seyditz gebaut worden. — Die behördliche Genehmigung des Kirchhofstatuts einzuholen, unterblieb. Zuerst auf diesen Kirchhof beerdigt wurde am

<sup>3)</sup> Beisehung 25. Januar.



9. August 1854 mit Begleitung der Schule und des Kriegervereins der Freistellbesitzer Joh. Gottfr. Müller. Die Einweihung des Kirchhofes, wobei das Grab des vorgenannten Müller nachträglich eingeseget wurde, geschah unter besonderer Feierlichkeit am 14. September 1854 durch Pastor Bäck.

i) Puschkau. Der Kirchhof, auf welchem die dortige kath. Pfarrkirche steht, ist, sammt dieser selbst, bei Begräbnissen mit Altarreden oder Leichenpredigten seitens der evang. Gemeinde von Tschchen bis zum Jahr 1862 mitbenutzt worden und wird es in gleicher Weise noch von Seiten der Evangelischen in Grunau. Nach gethauer Aussage hätten ev. Gemeindemitglieder seinerzeit freiwillige Beiträge zur Renovation der Kirche in Puschkau gewährt. Für den Bau der Orgel im Jahr 1855 kamen aus der Gemeinde Tschchen, welche damals noch nach Puschkau begrub, durch Sammlung 6 Thlr. auf.

k) Stanowitz. Im Jahr 1837 hatte 7. Decbr. die Regierung dem Rittergutsbesitzer Hohberg auf Oberstanowitz gestattet, im Dominialgarten daselbst eine Familiengruft anzulegen. Doch sind dort nur einige Kinder beigesetzt worden, weil eine Hohberg'sche Familiengruft auf dem Kirchhof zu Striegau gebaut wurde.

Nachdem im selben Jahr 1837 Stanowitz von Cholera und Ruhr heimgesucht gewesen, und der bisher benutzte Kirchhof in Striegau nicht mehr recht erschien, bemühten sich die 3 Orts-Gemeinden 1840, wiederholt 1844, um einen eigenen Friedhof. Dieselben beschloffen 27. Decbr. 1854, einen Communal-Kirchhof anzulegen und kauften durch Gerichtsscholz Ernst Seidel — 28. October 1856 — dem Rittergutsbesitzer von Nieder- und Mittel-Stanowitz, Meubel Samuel Berliner ein Ackerstück von 2 Morgen Größe für 300 Thlr. ab. Es liegt, fast 300 Schritt südöstlich vom Dorfe, an dem Wege, der durch die Niederstanowitzer Dominialäcker zu dem Eichdamme und den Baueräckern führt, und erhielt die Hypotheken-Nummer 82. Als die Genehmigung der Regierung, des Consistoriums, auch — 4. August 1857 — des fürstbischöflichen General-Vicariat-Amtes zu Breslau zur Anlegung des Kirchhofes erfolgt war, indeß nun Kostenbeiträge erhoben werden sollten und selbst die wüsten Hufen der Dominien zu Leistungen herangezogen wurden, machten die Rittergutsbesitzer Berliner in Nieder- und Schiemann in Ober-Stanowitz Schwierigkeiten, die zum Theil noch bei dem Nachbesitzer anfangs schwebten. Ganz besonders aber trat 1859 in den Gemeinden selbst das Bestreben hervor, die Anlage des Kirchhofes rückgängig zu machen. Gesuche <sup>4)</sup> in diesem Sinne, zwar kommend von der Minderheit der Gemeinde, doch auch von Evangelischen unterzeichnet, und Hand in Hand gehend mit gleichartigen Separat-Eingaben des Pfarrers

<sup>4)</sup> Die Ortsgerichte verbargen der Behörde im Gegenberichte nicht, auf wie eigenthümliche Weise die 57 gegnerischen Unterschriften zu Stande gebracht worden und daß höchstens 39 davon als ächt und richtig gelten dürften, während die drei Gemeinden 111 stimmberechtigte Mitglieder hätten.

Welz in Striegau, wurden an die Regierung und, 22. März, auch 22. Juni von ihr abgewiesen, an das Cultus-Ministerium gerichtet. Dieses entschied, nach Anhörung der Ortsgerichte, 29. September 1860 für den Kirchhof. Derselbe wurde im Juni 1861 fertiggestellt. Die Kosten, einschließlich des Kauffchillings für die erworbene Ackerparzelle, betrugen 731 Thlr. 9 Sgr. 6 Pf., wovon die 3 Gemeinden 393 Thlr. 2 Sgr. 9 Pf., die wüsten Hufen der Dominien Oberstanowik 73 Thlr. 28 Sgr. 11 Pf. und Niederstanowik 264 Thlr. 7 Sgr. 10 Pf. zu tragen hatten. Die Theilung des Kirchhofs in Hälften, für je eine der beiden Confessionen, wünschten die Gemeinden nicht; sie mußte jedoch erfolgen und fiel der ev. Gemeinde die westliche Hälfte des Friedhofs zu. Sonntag, 13. October 1861, Nachmittags fand die feierliche Weihe des ev. Theils des Kirchhofes durch Pastor Kummert statt. Dieselbe begann mit einer Ansprache am Schulhause, von wo aus der Feierzug, welcher die bei dem Scholzen Ernst Seidel oberhalb der Schule eingestellte Leiche abholte, sich zum Kirchhofe bewegte. Die Weihrede auf demselben geschah über Joh. 14 v. 2. An die Segnung nach christlichem Brauch schloß unmittelbar das erste ev. Begräbniß auf dem neuen Friedhofe sich an. Verdrigt wurde Marie Louise, jüngstes Töchterchen des Stellbesizers Ehrenfr. Seidel, von Oberstanowik. Die Einweihung des katholischen Kirchhof-Antheils durch Erzpriester Lie. Welz in Striegau war einige Zeit vor dem 13. October erfolgt.

l) Thomaskwaldau. Nach Angabe dortiger Gemeindeglieder schenkte in mündlicher Zusage der Grundherr, Rittmeister Louis von Mutius auf Bröchen, 1870 einen am östlichen Ausgange des Dorfes zwischen den nach Striegau und Günthersdorf führenden Straßen gelegenen Platz zur Anlegung eines Kirchhofes und ging die gethane Zusage beim Verkauf des Gutes an den Nachbesizer, Freiherrn von Riehtshofen auf Barzdorf, auf diesen über. Die Gemeinde ist indeß bisher der Errichtung des Kirchhofes nicht näher getreten.

m) Tscheken. Nachdem im Juli 1861 die Errichtung eines eigenen Kirchhofes mit 47 gegen 5 Stimmen beschlossen war, ertheilte das Cultus-Ministerium d. d. Berlin, 9. Novbr. j. 3, der ev. Gemeinde Tscheken die Staats-Genehmigung dazu. Der Begräbnißplatz liegt hinter dem Ausgange der Schäfer- oder Brauergasse, etwa 300 Fuß von dem nächsten Wohnhause entfernt, vor der Ostseite der Dominialschäferei auf einer von West nach Ost sanft steigenden Landwelle in der Nähe des Drachenberges, und ist bei einer Breite von 180 und einer Länge von 216 Fuß  $1\frac{1}{2}$  Morgen groß. Dieses Dominialgrundstück, nebst einem zum Kirchhofthore führenden, 2 Ruthen breiten Wege, schenkte der Rittersgutsbesitzer Eduard von Kramsta zu Freiburg der ev. Gemeinde von Tscheken so wie des Dominiums, als einer Gastgemeinde der ev. Parochie Striegau, zum Eigenthum für ewige Zeiten, doch mit dem Bedinge, daß der Platz von der ev. Gemeinde nur zur Begräbnißstätte benutzt werde. Umfassungsmauer, Wahrhaus u. s. w. sind Eigenthum der ev. Gemeinde



und von dieser in gutem Baustande zu erhalten. Bei Leichen, die anderer Confession zugehören, wird, sollen solche auf dem neuen Kirchhofe bestattet werden, nach §. 189 Tit. 11 Th. II A. L. R. verfahren. Ein Theil der nichtevang. Einwohner hatte zur Einrichtung des Friedhofes freiwillige Beiträge, gleich hoch denen der Evangelischen, gegeben. Für die vorbezeichneten nichtevangelischen Orts Einwohner sollten Grabstellen unter eben den Bedingungen gewährt werden, wie für die Mitglieder der Eigenthümergeinde des Kirchhofes. Die Herstellung des Kirchhofes, einschließlich der Begräbniß-Utensilien, hat 536 Thlr. 1 Sgr. 9 Pf. gekostet, wozu die ev. Wirthe — bei Zurechnung der erwähnten freiwilligen Beiträge — 418 Thlr. 18 Sgr., die Einwohner desgleichen 31 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf., das Dominium 90 Thlr. 21 Sgr. beisteuerten, während die Gesamt-Einnahme sich auf 576 Thlr. — Sgr. 4 Pf. belief. Zur Beschaffung eines kleineren Leichentuches und von Sanktflächern brachten 1869 Frauen und Jungfrauen noch 31 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf. auf. Die feierliche Einweihung des Kirchhofes fand Mittwoch, den 16. Juli 1862 statt. Dieselbe vollzog Pastor prim. Bäck. Beim Auszuge, der von der Schule aus geschah, hatte Pastor Lummert eine Ansprache gehalten. Der Einweihung des Kirchhofes schloß sich das erste Begräbniß auf demselben an. Es wurde der Jungfrau Pauline, zweiten Tochter des Stellenbesizers Gottlieb Schmidt ausgerichtet. Ende 1874 hatte die Kirchhoffasse ein Vermögen von 506 Thlr. 16 Sgr. 2 Pf. angesammelt. Dasselbe wurde als Grundstock für die künftige Erbauung einer Begräbnißkapelle angesehen. Als erster Schritt zur Ausführung dieses Gedankens darf die Erbauung des Glockenthurmes und die Anschaffung eines Geläutes gelten, eine Unternehmung, welche die Ortsgemeinde 22. Decembr. 1874 mit 29 Stimmen gegen 1 beschloß und, nach der Bestätigung des Beschlusses durch den Kreis-Ausschuß Schweidnitz, im Jahr 1875 ausführte. Zur Leitung der Angelegenheit hatte die Gemeinde ein besonderes Comité gewählt, welches aus dem Gutsbesitzer, Kirchen-Deputirten Wilhelm Opitz, dem Gutsbesitzer Heinrich Seeliger und dem Lehrer Julius Kunick bestand. Dasselbe hat sich als die treibende Kraft und Seele der Ausführung des Werks bewährt.

Der Grundstein zum Thurm wurde am 31. August gelegt, die Hebefestlichkeit erfolgte am 22. October, die Thurm- und Glockenweihe Freitag, den 17. December 1875, Vormittags von 11 Uhr an, unter höchster Betheiligung der ganzen Gemeinde. Ein stiller, milder Wintertag begünstigte die erhebende Feier. Der Festzug begab sich vom Schulhause an den Ausgang des Dorfes, auf Königszelt zu, zur Einholung der geschmückten Glocken. Dieselben waren aus der Glockengießerei W. Seitzner in Breslau hervorgegangen, auf den Gdur-Dreiklang gegossen und hatten ein Gewicht von beziehentlich 10, 4½ und 3 Ctr. Als die Versammlung gesungen hatte: „Willkommen uns, du ehern Bild“ etc., hielt Pastor Lummert die Begrüßungsrede über die Worte: „Das ist die Stimme meines Freundes, siehe, er kommt“ etc. (Hohel. 2, 8). Unter dem Gesange: „Komm, komm mit uns, du ehern Bild“ etc. zog die Festgemeinde vor den

Thurm, woselbst nach dem Liede: „Allein Gott in der Höh' sei Ehr“<sup>1)</sup> zc. Superintendent Bäck, von einem der beiden Glockenwagen aus, die Weihereide über die Worte: „Bereitet dem Herrn den Weg“ hielt, demnächst, sobald der Vers: „Ihr, die ihr Christi Namen nennt“ zc. verklungen, die Weihe der Glocken,<sup>1)</sup> über jede derselben eine besondere Deutung gebend, feierlichst vollzog und, nachdem im Anschluß hieran Wirthschafts-Director Dröschner von Puschkau, Namens der Herrschaft, Thurm und Glocken der Gemeinde und dem Dominium Tschetchen zum Eigenthum überwiesen hatte, die Handlung mit Vaterunser und Segen, schloß. Die Gemeinde stimmte noch an: „Ich singe dir mit Herz und Mund.“ Obgleich das Aufziehen der Glocken glücklichst von statten ging, verzögerte sich doch das erste Geläut. Als Nachmittags bei dem Begräbniß des 25 jährigen Sohnes des Stellenbesitzers Gottlieb Seliger, Heinrich Seliger, der Leichenzug in die Schäfergasse eingebogen hatte, geleitete denselben nur der ernste Klang der großen Glocke zum Friedhofe. Erst 4<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr, schon im Abenddunkel, rief das volle Geläut auf die Weihestätte, wo die Gemeinde zwei Verse des Liedes „Nun danket alle Gott“ zc. sang, Pastor Hartmann aus Peterwitz vor der Thurmthür ein Dank- und Abendgebet hielt, die ganze Versammlung laut das Vaterunser mitbetete, den Segen empfing und mit dem Gesange: „Lob, Ehr' und Preis sei Gott“ zc. die seltene Feier beendete.

Zur Bestreitung der Bau-Kosten waren das Vermögen der Kirchhofkasse mit 1350 Mark, ferner 2400 Mark Steuerbeiträge der Ortsgemeinde verwendet worden. Der Grundherr Eduard von Kramsta auf Muhlrau, beziehentlich dessen Erben hatten zur Beschaffung des Geläutes 3000 Mark gespendet. Zur Anschaffung der am 24. Januar 1876 abgenommenen, 621 Mark kostenden Thurmuhr hatten an freiwilligen Gaben gewährt Fräulein Marie von Kramsta auf Muhlrau, jetzige Grund-Herrin von Tschetchen, 300, die Jungfrauen 180, die Junggesellen 127 Mark. Außerdem waren von Mitgliedern der Gemeinde Tschetchen 100, von Gebern aus Striegau 15, aus Puschkau 30, aus Schweidnitz 15, aus Reichenbach 15 Mark geschenktweise Beiträge zur Thurmbau-Unternehmung eingegangen.

Verkmeister bei dem Bau des Thurmes waren: Maurermeister Thäslar in Gäbersdorf, Zimmermeister Huhnt ebenda, Schieferdecker Hähndel in Breslau, Gelbgießermeister und exam. Blitzableiterverfertiger Böhmelt in Striegau.

n. Zedlig. Diese Gemeinde begrub früherhin ihre Todten in Striegau. Zur Herrichtung eines eigenen Kirchhofes gab das im Jahr 1813/14 grassirende Nervenfieber Anlaß. Die politische Ortsgemeinde

---

<sup>1)</sup> Dieselben tragen die Namen Eduard, Marie, Christian, zum bleibenden Erinnerungszeichen an resp. den jüngst gestorbenen Grundherrn von Kramsta, die gegenwärtige Gutsherrin Fräulein von Kramsta, sowie den Wirthschafts-Director Dröschner zu Puschkau, welche um die Sache sich wohlverbient gemacht haben.



legte den Kirchhof auf einem Ackerstück des Besitzers Puder, auf dem Hügel oberhalb der nach Schweidnitz führenden Straße zwischen dieser und dem Dorfe, 1815 an, stellte ihn 1816 fertig und unterhält ihn auch. Der Kirchhofkasse hat der am 28. December 1816 gestorbene Wassermüllermeister Joh. Gottlieb Bluschnke<sup>2)</sup> dort ein Vermächtniß von 50 Thlr. zugebracht.

Das mitten im Dorfe stehende hölzerne Thürmchen, von Zimmermeister Carl Rudolph in Striegau erbaut, ist älterer Stiftung. Die Glocke des Thurms, von dem Striegauer Commendator Johann Joseph Severin Graf von Göz geschenkt, von Gottfried Schnelrad in Breslau 1739 gegossen, wurde unter der Regierung Kaiser Karls VI. am 2. Januar (1740?!) durch den Breslauer Weihbischof Elias von Sommerfeldt geweiht und vom Prior des Striegauer Carmeliterklosters, P. Chrysologus a. S. Hedwige, zum ersten Mal geläutet.

---

<sup>2)</sup> Großvater des §. 56. Nr. 3 Genannten.

# Kirchenbeamte.

## Pastoren.

§. 127. Bis 1748 war nur ein Pastor vorhanden. Die Nachmittags-Predigten, welche die Kirchasse mit 1 Flor. vergütete, wurden von den Candidaten der Parochie, namentlich bis October 1747 von Spiß, dem Präceptor bei Pastor Spangenberg, manchmal auch von diesem selbst gehalten. Schon im Jahr 1742 hatte die Gemeinde Neigung, neben dem ersten einen zweiten Geistlichen anzustellen, suchte 1743 wiederholt die Genehmigung dazu nach, erlangte dieselbe aber erst 2. November 1747. Für beide Geistliche war, außer freier Wohnung, aus der Kirchentasse ausgesetzt ein jährlich Gehalt von 120 Thlr., welches unverändert geblieben ist, und 12 Thlr. Holzgeld, welche 1764 sich auf 16, 1807 auf 30, 1867 auf 40 Thlr. erhöhten. Der Magistrat gewährte jedem Pastor jährlich 1 Schock Reisig aus dem Stadtforst und 15 Sgr. Von den Stollgebühren und Offertorien bezog der erste Pastor  $\frac{2}{3}$ , der zweite  $\frac{1}{3}$ , bis 10. Jan. — bestätigt 21. März — 1754 „Halbscheid“ eingeführt wurde. Die Bezüge aus den Stiftungen sind §. 121 angegeben. Dem ersten Pastor allein stehen zu: die Festoffertorien der 3 hohen Feste, die Alttestgebühren<sup>1)</sup> und das Grabzetteld, dem zweiten allein (seit 1748) das Kirchweih-offertorium. Jeder neuberufene Pastor bezieht ein Anzugs-Offertorium. Die von den Confirmanden ihrem Confirmator persönlich gereichten Zuwendungen<sup>2)</sup> gehören lediglich diesem.

## Primarii.

§. 128 a. 1742 – 1753 Spangenberg, Carl Wilhelm.

Geb. zu Breslau, 25. Aug. 1692. Gymnasium: Elisabethan das. — Universität: Jena 1, Wittenberg 2 Jahr. Berufen zum Pastor in Groß-Lächwitz bei Parchwitz 1729. Von dem Consistorium zu Piegeln examinirt, dem dortigen Superintendenten Laurentio Baudisio ordinirt, auch 5 (?) April 1729 installiert. In der Ehe, seit Novbr. 1729, mit Rosina Elsb. geb. Rollin. Hier 1742 mit 141 Stimmen einhellig gewählt 24., berufen 25. Jan., vom Ober-Consistorium zu Breslau confirmirt 22. Februar, durch Kreis-Inspector Pastor prim. Scharf von Schweidnitz Mittwoch vor Palmatum,

<sup>1)</sup> Verschwinden vor der neuen Personenstands-Beurkundung, so weit der Staat nicht Ersatz gewährt.

<sup>2)</sup> In den 9 geraden Jahren 1858 — 1874 haben von 668 Confirmanden aus der Stadtschule und von 946 aus den Landschulen, zusammen von 1614 Stadtschul- und Landschul-Confirmanden  $75 = 4\frac{2}{3}$  pC. für die Unterrichtsarbeit eine Anerkennung entrichtet. Ganz vereinzelt sind etliche Naturalgaben erfolgt. In den zwischenliegenden ungeraden Jahren war es nicht anders.



14. März 1742 installiert. † 3. October 1753. 5. October Abends vor dem Altar still beigesetzt. Am 11. October feierliches Leichenbegängniß. Sein lebensgroßes Bild in der Sacriftei neben dem nördlichen Fenster.

b. 1754—1796 Thilo. S. Secundarii §. 129, b.

Bei der Wahl des Pastor II Burg, 26. März 1754, zum Pastor I ernannt. 7. Sonntag nach Trin. (2. Juli) mit Pastor II Burg zusammen installiert durch Ob.-Conf.-Rath Hoyer von Schweidnitz. In der Ehe — 19. September 1759 — mit Maria Katharina geb. Sander, Tochter des Kaufmanns Joh. George Sander hier. † 19. Mai 1796. Sein Brustbild links neben dem Sacrifsteinaltar zuerst.

c. 1796—1827 Hantsche. S. Secundarii §. 129, e.

Durch Beschluß vom 30. Juni 1796 zum Pastor I ernannt. Berufung 15. Septbr., Bestätigung d. d. Berlin, 10. Novbr., Installation, verbunden mit der des Pastors II Thilo, 12. Febr. 1797 durch Kreis-Inspector Kunowski von Schweidnitz. † 14. Decbr. 1827. Sein Brustbild links vom Sacrifsteinaltar zu Zweit.

d. 1828—1856 Thilo. S. Secundarii §. 129, f.

Wahl 26. Jan. 1828 in allen Bezirken einstimmig. Confirmation 17. Juni, Antritt 20. Juli. Superintendent 1833—48. Verleihung des rothen Adler-Ordens 4. Klasse 1839. — 50jähriges Amtsjubiläum<sup>1)</sup> 1846, wobei 7. Octbr. seitens der Diöcesan-Lehrerschaft Errichtung der Thilosiftung (§. 121 f.); seitens der Stadt Ertheilung des Ehrenbürger-Diploms nebst Darbringung eines Fackelzuges (80 Fackel-Träger) — eine „Ehre, welche noch Niemand in Striegau zu Theil geworben“ war — sowie Aufzug dreier uniformirten Bürger-Compagnien; seitens des Kirchen-Collegiums Ueberreichung einer von 208 Gemeinde-Mitgliefern gewidmeten Festgabe. (§. 109.) Am 8. Octbr., unter Anwesenheit der Geistlichen, Candidaten und Lehrer der Diöcese, wie der Superintendents und etlicher Pastoren der Nachbar-Diöcesen, auch der kath. Geistlichkeit, fand in der reich geschmückten Kirche, in welcher über dem Altar die verzierte Zahl 50 angebracht war, Festgottesdienst statt, mit Rede des Consecrators des Jubilars, General-Superintendents Dr. Hahn über Psalm 92, 14. 15 und Festpredigt des Jubilars über 2. Cor. 9, 6 und 10. Verleihung des rothen Adlerordens 3. Klasse mit der Schleife und Ehrengabe der Mittergutsbesitzer der Parochie, zugleich viele andre Darbringungen und Auszeichnungen. (§. 119, b.) Am 22. Octbr. 1851 kirchliche Feier der 100jährigen ununterbrochenen Amtswirksamkeit der Pastoren Thilo, Vater und Sohn, in hiesiger Gemeinde, wobei der feiernde Sohn die Predigt über 2. Mos. 15, 2 hielt. Vrebiatgehülfe war 1852—1856 Candidat Philipp Freyer. Thilo in Ruhestand 1. Octbr. 1856. 60jähriges Amtsjubiläum 8. Octbr. 1856 still begangen. † 22. Aug. 1857. Sein Brustbild rechts vom Sacrifsteinaltar zuerst. Ein Sohn des Genannten war der Seminar-Director Wilhelm Thilo in Erfurt, der spätere Stadt-Seminar-Director in Berlin.

e. Seit 1856 Bäck. S. Secundarii §. 129, h.

Wahl, 24. März 1856, mit 144 Stimmen einstimmig. Berufung 3. Febr. 1857. Bestätigung 25. Febr. — Installation, verbunden mit der des Pastors II Fummert, 26. April durch Superintendent Stubenrauch von Gottesberg. Superintendentur-Verweser seit März 1863. Superintendent der Diöces Striegau-Waldenburg seit Decbr. 1864, als solcher installiert, 23. Febr. 1865, durch General-Superintendent Dr. Erdmann. Seit Waldenburg Diöces für sich — 1. Novbr. 1871 — Superintendent der Diöces Striegau. 1875 zugleich Kreis-Schulen-Inspector über die katholischen Schulen.

Im Amt und Ort 25jährig jubilirend, von der Gemeinde in Stadt und Land, insbesondere dabei von den Gemeinden Altstriegau, Gräben und Haibau, wie auch von der Lehrerschaft der Parochie und Diöcesan-Geistlichkeit durch Liebes-Andenken und Festfeier geehrt.

<sup>1)</sup> Gollnisch, die 50jährige Amts-Jubelfeier des 2c. Thilo. Striegau. 1846. A. Hoffmann.

## Secundarii.

### §. 129. a. 1748 — 1751 Hoffmann, Samuel.

Geb. zu Löwen, 12. März 1710. Sohn des Mälzers und Brauers Christ. Hoffmann daselbst. Gymnasium: Brieg. Universität: Leipzig und Halle. Hofmeister bei Herrn von Riemberg in Schmellwitz. Gewählt 5. Octbr. 1747 mit 88 Stimmen, berufen 24. Novbr., bestätigt d. d. Berlin, 9. Jan. und Breslau, 19. Februar 1748. Installirt, wohl Anfang März, durch Ob.-Conf.-Rath Minor von Landeshut. In der Ehe — 16. Februar 1751 — mit Anna Helena geb. Kalinsky von Landeshut, Tochter des dasigen Pastors und Kirchen-Inspectors M. Johann Gottlieb Kalinsky. † 10. März 1751 nach 14 tägigem hitzigen Katarrhsieber. Am 12. März Abends vor dem Altar still beigesetzt. Am 22. feierliches Leichenbegängniß. Der Todesfall hat bei Hoffmanns Beliebtheit und dem Zerreißen des erst 22 tägigen Ehebundes größte Theilnahme<sup>1)</sup> erweckt. Hoffmanns lebensgroßes Bild in der Sacristei neben dem Hoffenster.

### b. 1751 — 1754 Thilo, George Christian.

Geb. zu Schwanowitz bei Brieg, 27. Septbr. 1711. Sohn Christ. Benj. Thilo's, Secretairs bei Leonhard von Walbau und Klein-Rosen. Vorgebildet im Waterhause. Gymnasium: Brieg, seit 1727. Universität: Jena, 1736 bis (des Krieges wegen) 1741. Verschiedentlich Hauslehrer, so 1747 in Nettkau, zuletzt bei Freih. v. Richthofen in Barzdorf. Gewählt und berufen 12. August 1751, 30. Septbr. in Breslau examinirt und demnächst ordiniert. Amtsantritt 22. Octbr., 19. Sonntag nach Trin. Bestätigt d. d. Berlin, 6. Febr. und Breslau, 8. März 1753. Installirt durch Ober-Conf.-Rath Hoyer von Schweidnitz. C. Primarii, §. 128, b.

### c. 1754 — 1765 M. Burg, Daniel Gottlob.

Geb. zu Breslau, 27. Mai 1727. Sohn des Bäcker-Oberältesten Johann Martin Burg dort. Universität: Leipzig. Gewählt, 26. März 1754, mit 115 Stimmen. Bestätigt d. d. Berlin, 7. Mai und Breslau, 29. Mai. Installirt 7. Sonntag nach Trin. — 2. Juli — mit Pastor prim. Thilo zugleich, durch Ob.-Conf.-Rath Hoyer von Schweidnitz. In der Ehe — 5. Novbr. 1754 — mit Joh. Susanna geb. Seyfert hier, hinterl. Tochter des Pastors Christ. David Seyfert zu Gütten-Gossa bei Leipzig. Als Ecclesiast zu St. Barbara nach Breslau berufen, 31. Decbr. 1764. Abschiedspredigt hier, 3. Febr. 1765. In Breslau 1768 Diac. zu St. Mar. Magdal., 1776 zu St. Elisabeth, † als Senior an dieser Kirche 1791. Sein Brustbild in der Sacristei, dem Altar gegenüber, über der Thür zur Kirche.

### d. 1765 — 1791 Herrmann, Gottlieb.

Geb. zu Conradswaldau bei Schönau, 12. Decbr. 1740. Sohn des Schuhmachers Friedr. Herrmann dort. Gymnasium: Waisenhaus Halle, 1754 — 59. Universität: Halle, 1759 — 62, dabei Lehrer im Waisenhause. Seit 1762 Hauslehrer bei dem Kirchen-Deputirten v. Wagenhoff, vor dessen Umzug 1764 in die Stadt, in Stano-witz, dann hier. Gewählt, 14. März 1765, mit 122 Stimmen.

Durch das Ober-Consistorium in Breslau 21. Mai geprüft, 22. berufen, 24. ordiniert. Amtsantritt 2. Juni 1765. Installation 29. Juni 1766 durch Ob.-Conf.-

<sup>1)</sup> Zu Hoffmanns Ehren gab Rector Grundmann ein Gedicht aus, welches, an das Lieblingslied des Verstorbenen „Wie wohl ist mir, o Freund der Seelen“ zc. erinnernd mit dem Verse schloß:

„Du bist der falschen Welt entnommen,  
Wir salben Dich mit Thränen ein;  
Du bist zum Seelen-Freunde kommen.  
Die Grabschrift soll nun diese sein:  
Es schläfet hier ein treuer Herr,  
Den Striegau nicht vergessen wird.“



**Kath. Hoyer von Schweidnitz.** In der Ehe — 19. Juni 1771 — mit Marie Rosine geb. Hoffmann, Tochter des Kaufmanns Joh. Gottlieb Hoffmann hier. † 14. Febr. 1791. Herrmanns Brustbild rechts vom Sacristeialtar zu Zweit.

Der am 8. April 1777 hier geborene, 15. Juni 1862 in Hohenfriedeberg gestorbene Pastor dort (1801—1862) und nachmalige (seit 1833) Superintendent Sam. Gottlieb Christ. von Herrmann war des Obgenannten Sohn.

#### e. 1791—1796 Hantsche, Johann Christoph.

Geb. zu Rauske, 27. Febr. 1763. Sohn des Joh. Christoph Hantsche dort, nachmaligen Bürgers und Getreidehändlers hier. Schule: Rauske, bis 1776. Gymnasium: Schweidnitz, 1776—1786. Universität: Halle, Ostern 1786 bis Mich. 1788. Hauslehrer — Ostern 1789 — beim Commandeur des von Dolfeschen Cuirassir-Regiments, von Gruttschreiber in Breslau und, nach dem wenig Wochen später erfolgten Tode des Oberst, bis 1791 bei dessen Wittwe in Gungschwitz bei Doblau. Mit 69 Stimmen gewählt und berufen 9. Juni 1791. Amtsantritt 9. Sonntag nach Trin. Bestätigung d. d. Berlin, 8. Septbr. 1791. Installation 17. Juni 1792 durch Ober-Consist.-Rath Liebe von Schweidnitz. In der Ehe — 15. Jan. 1794 — mit Charlotte Eleonore geb. Kleemann, Tochter des Kaufmanns Joh. Sam. Kleemann hier. S. Primarii, S. 128 c.

#### f. 1796—1828 Thilo, Heinrich Wilhelm Christian.

Hier geb. 16. Februar 1771. Sohn des Pastors George Christ. Thilo. Vorgebildet vom Vater. Schule: hiesige. Gymnasium: Schweidnitz, 1782—1789. Universität: Halle, Ostern 1789 bis Mich. 1791. Nach der Rückkehr und Prüfung den Vater bei Predigten und Katechesen unterstützend. Gewählt mit 119 Stimmen und berufen 15. Septbr. 1796, ordinirt 14. Octbr. Bestätigung d. d. Berlin, 10. Novbr. — Amtsantritt 19.<sup>ten</sup> November 1796. Installation, zugleich mit der des Pastors I. Hantsche, 12. Febr. 1797 durch Kreis-Inspector Kunowski von Schweidnitz. In der Ehe — 18. Septbr. 1798 — mit Charlotte Rosine geb. Ueber, Tochter des Pfeffertüchlers Christ. Gottlieb Ueber hier. Stadtverordneter 1811. S. Primarii, S. 128 d.

#### g. 1828—1849 Kosche, Christian Friedrich August.

Geb. zu Rengersdorf am Quetz (Ober-Lausitz) 19. Mai 1801. Sohn des Pfarrers Christ. Ehrenfried Kosche dort. Schule: Rengersdorf. Gymnasium: Hirschberg, Mich. 1815 bis Ostern 1822. Universität: Breslau, 1822—25. Hauslehrer bei Mittergutsbesitzer von Hoberg in Glogau bei Schweidnitz, 1825—28. Gewählt mit 164 Stimmen und berufen 6. Juni, bestätigt 17. Juni, ordinirt 11. Juli, installiert 20. Juli 1828. In erster Ehe — 19. Mai 1829 bis 26. August 1832 — mit Ernestine Emilie geb. Preu (†<sup>a</sup>) von Krausendorf bei Landeshut, hinterl. Tochter des Erbherrn Preu daselbst, in zweiter — 24. Septbr. 1833 — mit Mathilde Bertha geb. Bürgel, hinterl. Tochter des hiesigen Accis-Einnehmers und Rathmanns Joh. Gottlieb Bürgel. — † 15. October 1849. Sein Brustbild links vom Sacristeialtar zu Dritt.

#### h. 1850—1856 Bäck, Karl Wilhelm.

Geb. zu Köpenick, 13. Decbr. 1814. Sohn des Quartiermeisters beim 1. Ulanen-Regiment, Karl Friedr. Bäck. Schule: Polkwitz, 1819—25. Gymnasium: Glogau, Ostern 1825 bis dahin 1832. Universität: Berlin, Ostern 1832—33 und Breslau, Ostern 1833—35. 1835—41 Hauslehrer in Würchland bei Glogau, in Breslau bei Polizeipräsident Heintze, in Mönchslitz bei Wohlau, in Meyersdorf bei Fraustadt. Pastor in Klein-Gaffron bei Raubten, 1841—50. Ordinirt 24. Septbr. 1841 durch General-Superintendent Ribbeck. Amtsantritt 15. Octbr. Installirt 12. Decbr.

<sup>2)</sup> Da der 8. Octbr. als Anfang der Amtszeit gegolten hat, muß an diesem Tage das Amt vorläufig übernommen worden sein.

<sup>3)</sup> Erster Cholera-Todesfall in Striegau.

In der Ehe — 1. Novbr. 1841 — mit Renate geb. Rabemacher zu Gleinitz bei Herrndorf, hinterl. Tochter des Inspectors Karl Rabemacher daselbst. Hier gewählt mit 244 Stimmen, 26. März 1850, berufen 8. April, bestätigt 1. Mai. Anzug hier 15., Amtsantritt Pfingstmontag, 20. Mai 1850. Installation, 16. Juni, durch Superintendent Stubenrauch von Gottesberg. S. Primarii, §. 128 e.

### i. Seit 1857 Lummert, Hermann Robert.

Geb. zu Breslau, 2. Juni 1817. Zwillingssohn des Instrumentmachers Johann Wilhelm Lummert und dessen Ehefrau, Anna Christiane geb. Töpfer. Bürgerschule zum heiligen Geist, Ostern 1823 bis Mich. 1830. Gymnasium: St. Elisabeth, bis Ostern 1838. Universität: Breslau, bis Ostern 1841, zugleich im königlichen theologischen Seminar 1840—41. Hauslehrer bei Fabrikbesitzer Wilh. Delsner in Trebnitz 1841. In Breslau seit 1842. Hauslehrer bei Freiherrn v. Zebitz-Keipe in Zülzendorf bei Schweidnitz, 1846—47. Zum General-Substituten des Breslauer evang. Kirchen-Ministeriums vom Magistrat in Breslau berufen 9. März und vom bairigen Stadt-Consistorium (Conf.-Rath Fischer) ordinirt, 9. April 1847. Durch den Vorstand des Hauptvereins der schlesischen Gustav-Adolph-Stiftung zu Breslau als Vicar nach Liebau berufen, 28. Juli, daselbst eingeführt, 22. August 1847, durch Superintendent Belsmann von Michelsdorf. Durch denselben — nach der Berufung vom 15. Octbr. 1852 und Bestätigung vom 26. Octbr zum Pfarrer der neu-entstandenen Parochie Liebau-Schömburg — als solcher installiert, 5. Decbr. 1852. In der Ehe mit Rudolphine geb. Müller zu Schömburg, Tochter des königlichen Kr.-Ger.-Secr. August Müller dort. Hier gewählt mit 162 Stimmen, 28. Jan. 1857, berufen 3., bestätigt 25. Febr. Anzug hier 21. April. Installation, 26. April, vereint mit der des Pastors I Bäck, durch Superintendent Stubenrauch von Gottesberg. Das 25jährige Amts-Jubiläum wurde dem Schreiber dieses durch eine gemeindliche Festfeier, wie durch werthe Erinnerungsgaben von der Stadt- und Landgemeinde, insbesondere noch von den Gemeinden Altstrieigau, Gräben und Haibau, desgleichen von der Kirchspiels-Lehrerschaft zu einem unvergeßbaren Ehrentage gemacht.

## Rectoren.

§. 130. Anfangs zugleich als Katechet berufen und bei der Kirche durch Predigen behülflich, bezog der Rector — außer dem Schulgeld — und außer dem Begräbnißgebühren-Anteil nach dem allerhöchst „emanirten“ Reglement vom 16. Septbr. 1772, sowie dem Bußtags-Offertorium in der Kirche — aus der Kirchenkasse, Ende vorigen Jahrhunderts jährlich 66 Thlr. 20 Sgr. Salar und 6 Thlr. 12 Sgr. Holzgeld, im Laufe dieses Jahrhunderts jährlich 124 Thlr. Salar und 8 Thlr. Holzgeld. Daß die Kirche, obschon seit 1828 kein Rector mehr predigte, und ihr nur die S. 49 §. 21 erwähnte Virilstimme zc. zusteht, noch jetzt jährlich 132 Thlr. zum Rectoratsgehalt beitragen muß, ist schon (§. 122) vermerkt.

### Rectoren waren:

- 1742—1791 Cand. theol. Grundmann, Ehrenfried, aus Schweidnitz. Pensionirt. † 15. Juni 1794.  
 1792<sup>1)</sup> — Weihn. Capd. theol. Schreiber, Karl Immanuel, aus Breslau. Nach Hirschberg berufen.  
 1793—1824 Cand. theol. (bei Baron von Gahlen in Groß-Jänowitz) Peiper, Samuel Gottlob, aus Bunzlau. † zu Hirschberg, auf Besuch bei seinem Sohne<sup>1)</sup>, 26. August 1824, dort auch begraben 29. August.

<sup>1)</sup> Dem als Orientalist bekannten, im Jahr 1824 zum Subdiaconus in Hirschberg berufenen, nachmaligen (Michaeli 1876 emeritirten) Archibiac. Dr. Peiper daselbst.



- 1825 — 1828 Cand. theol. Täckel, Georg Friedrich, aus Plegniß. Wurde Pastor in Mallers.  
 1828 — 1854 Schulamts-Cand. Schmidt, Karl Gottfried, aus Lauban. Pensionirt. † in Breslau 1866.  
 1854 — 1860 Rectorats-Interimisticum durch den seit 4. Januar 1853 hier amtierenden 3. Schul-Collegen, früheren Cand. theol. und Vorsteher einer Privatschule in Lüben, Rector prob. Freund, Christian Gottlieb, aus Langenau bei Görlitz.  
 1860 — 1866 Rector (zu Bernstadt) Cand. theol. Groß, Julius, aus Bernstadt. Als Conrector der Bürgerschule nach Görlitz berufen.  
 1866 — 1869 Rector (in Zielenzig) Rase, Albert, aus Großburg. Zum Rector in Finsterwalde berufen.  
 Seit 1869 Rector (von Trachenberg) Jablonsky, Franz, aus Reichenau bei Königgrätz.

### Cantoren.

§. 131. Sämmtliche Cantoren waren erste Schulcollegen. Das Genauere über dieselben gehört in die Schulchronik. Hier sei nur bemerkt, daß das Cantoratsgehalt aus 81 Thlr. 10 Sgr. Kirchassen-Salar und den sonstigen Gefällen besteht.

Cantoren waren:

- 1741 — 1774 Schüler, Joh. Christoph.  
 1774 — 1789 Pormann, Samuel David.  
 1789 — 1822 Hässner, Joh. Benjamin.  
 1822 — 1843 Garth, Carl Friedr. Wilhelm.  
 Seit 1843 Zimmer, Ewald Richard.

### Chorgehülffen.

§. 132. Seit der Anstellung eines dritten Lehrers 1798/99 wurde dem Cantor ein Helfer beim Kirchendienste zugegeben und dieses Amt, bis auf den einen Fall von 1812, den jüngstberufenen Lehrern übertragen. Beim Eingangsang wurde in die Chorbüchse gesammelt; der Ertrag fiel zur Hälfte den Chorknaben, zur Hälfte dem Chorgehülffen zu. Letzterer bezog aus der Kirchasse jährlich 34 Thlr. Seit 1855 werden für die Dienstverwaltung nur noch 12 Thlr. gewährt. Das Chorgehülffen-Amt wurde 1855 mit dem Amt des Cantors in der Art vereinigt, daß dieser die erforderliche Beihülfe sich selbst beschafft. Unter der Benennung zweiter Chorgehülffen, da Gollnisch 1842 zwar in der Kirche Chorgehülffe bleiben, aber die Chorknaben beim Sings-Umzuge nicht mehr führen sollte, wirkten, seit 1842 Lehrer Hornig, seit 1849 Lehrer Zimmermann. Die Chorgehülffen hatten die wöchentlich zweimaligen Sings-Umgänge in der Stadt zu leiten. Da im Jahr 1849 nur noch 14 Häuser vorhanden, in und vor denen gesungen wurde, und 1850 wieder 3 Familien das Singen abbestellten, ging die Sitte des Current-Gefanges ein.

### Chorknaben.

§. 133. Es werden 6 Chorknaben gehalten. Dieselben genossen, außer ihrem Stolzgebühren-Antheil und bisher dem Neujahrs-Umzuge, freie Schule. Die auf Schulgeld angestellten Lehrer haben von jeher den

dadurch entstehenden Schulgelbansfall getragen. Bei der Auseinandersetzung der Kirche und Schule war die Fixirung der Lehrer auf Grund des bis dahin wirklich gezahlten Schulgelbes erfolgt, also ohne Rücksicht auf das von den Chorknaben nichtgezahlte Schulgeld. Der Magistrat wollte von denselben vom 1. April 1860 ab das Schulgeld erheben, falls es die Kirchkasse nicht für sie zahlte. Das Kirchen-Collegium schloßte 4. Juni die Schulgeldfreiheit der Chorschüler bei der Regierung durch Berufung auf die Obseranz. Als aber das Schulgeld abgeschafft wurde und die Eltern der Chorknaben durch Heranziehung zu der eingeführten Schulsteuer des gehabten Vortheils verlustig gingen, setzte der Gemeindekirchenrath, zugleich, um Bewerber für den Chorknabendienst zu gewinnen, 28. April 1870 jedem Chorknaben eine Vergütung aus der Kirchkasse von jährlich 4 Thlr. aus.

### **Posaunisten.**

§. 134. Diese (4) haben sonn- und festtäglich beim Gottesdienst in der Kirche mitzuwirken und bezogen früher dafür zusammen ein jährliches Gehalt von 16 Thlr. Dasselbe wurde vom 1. Januar 1865 ab auf 24 Thlr. erhöht. Die Musik-Instrumente gehörten den Cantoren, von Schülern an bis Häßner, eigen. Für die Darleihung zahlte die Kirche 8 Thlr., für die Instandhaltung 6 Thlr. 20 Sgr. jährlich. Auf den Antrag Häßners 1791, eigene Instrumente zu beschaffen, ging das Kirchen-Collegium nicht ein. Es geschah erst später. Der jetzige Satz Posaunen ist 1865 gekauft.

### **Oberglöckner.**

§. 135. Zuerst waren zu dem Amt Bürger bestellt. Als das Oberglöckner-Amt an Lehrer gebieh, erlangte die Kirche, daß es mit der 4. Lehrerstelle vereinigt werden durfte, laut Entscheidung der Regierung vom 1. October 1811 und wiederholt des Consistoriums 1857. Das Einkommen besteht in  $\frac{2}{3}$  vom Stolzgebühren-Antheil,  $\frac{1}{2}$  der Offertorien für beide Glöckner und in 22 Thlr. Gehalt aus der Kirchkasse.

Oberglöckner waren:

- 1741—1744 Meißner, Gottfr., Bückner-Oberältester.
- 1744—1758 Ortlob, Joh. Ernst, Bücknermeister.
- 1758—1799 Meißner, David Gottlob, Bücknermeister.
- 1899—1811 Lange, Joh. Gottfr., Bücknermeister.
- 1811—1828 Brendel, Ernst Sam., Lehrer.
- 1828—1830 Eschirner, Joh. Gottlieb, Lehrer.
- 1830—1852 Blümel, Joh. Gottlieb, Lehrer.
- 1852—1854 Gollnisch, Wilhelm Ad., Lehrer.
- Seit 1854  $\frac{1}{2}$  Fennner, Karl Jul. Herm., Lehrer.

### **Unterglöckner.**

§. 136. Das Einkommen besteht in dem dem Oberglöckner nicht zufallenden Antheil der §. 135 genannten Gefälle für beide Glöckner und in 28 Thlr. Gehalt aus der Kirchkasse.



Unterglöckner waren:

- 1741 — 1744 Ortlob, Johann Ernst, Züchnermeister.
- 1744 — 1758 Bartsch, Gottfr., Gerbermeister.
- 1758 ( $\frac{9}{2}$  —  $\frac{13}{6}$ ) Meißner, David Gottlob, Züchnermeister.
- 1758 — 1776 Schallert, Joh. Andreas, Seilermeister.
- 1776 — 1789 Thomas, David, Züchnermeister.
- 1789 — 1795 Vierling, Joh. Gottfried, Schuhmachermeister.
- 1795 — 1799 Lange, Joh. Gottfr., Züchnermeister.
- 1799 — 1819 Hänel, Christ. Daniel, Züchnermeister.
- 1819 — 1833 Länzel, Joh. Heinrich, Schneidermeister.
- 1834 — 1861 Thomas, Karl Gottlob, Gürtlermeister.
- 1861 — 1862 Kunze, Friedr. Eduard, Wahnmeister.

Die Stelle schien einen Militair-Anwärter nicht zu tragen. In den Posten den Calcanten rücken zu lassen, welcher bei der Kirche 27 Jahr gebient, aber keinen Civilversorgungschein hatte, gestattete das Consistorium nicht. Es entstand ein Interimisticum, indem der Oberglöckner und der Calcant, mit Zuhülfenahme des Schuhmachers Karl Vierling und des Schulcastellans Wilhelm Wiesner, die Unterglöcknerstelle verwalteten. Zwar bemängelte das Consistorium die Einrichtung, genehmigte sie aber 19. Juli 1865 doch.

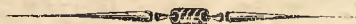
### Calcanten.

§. 137. Das Einkommen besteht in dem Gebühren-Antheil der Calcanten und dem Gehalt von 16 (z. Z. 24) Thlr. aus der Kirchkasse.

Calcanten waren, soweit bekannt,

- bis 1758 Schallert, Joh. Andreas, Seiler.
- 1758 — 176? Kurrer, Joh. George, Weber.
- 176? — 1776 Thomas, David, Züchner.
- 1776 — 1808 Schubert, Joh. Gottlob, Züchner.
- 1808 — 1820 Schubert, Karl Benj., Leinweber.
- 1820 — 1834 Thomas, Karl Gottlob, Gürtler.
- 1834 bis jetzt Albrecht, Joh. Traugott, Schuhmacher.

Hinzugefügt wird, daß die §. 135—137 erwähnten Kirchenbeamten freie Wohnung im Pfarrhause haben.



## Ergänzungen.

---

§. 47, 3. 16 v. u. — Wörtlich lautet §. 2 des Zuschlagungs-Vertrages:

„Die zugeschlagenen Dorfschaften ohne allen Unterschied, bloß den „der kath. Religion zugethanen Theil ausgenommen, entrichten mit „Einschluß der Dominien alle Lasten zur Unterhaltung der fraglichen „Kirche selbst, sowie aller in der Unterhaltungspflicht gesetzlich gleich- „gestellten Gebäude nach Analogie der Vorschriften §. 732, 734, „740, 743 Tit. 11, Th. II. des allg. Landrechts, und es muß daher „jedes Dominium, sowie jedes einzelne Mitglied der zugeschlagenen „Gemeinden den vierten Theil derjenigen Ueberschuß-Summe (l. c. „nach Abzug des Patronats-Drittheils) beitragen, welchen der Kon- „tributions-Fuß ihnen für den Fall förmlicher Einsparung vorschreibt.“

§. 67. Der §. 47, Nr. 15 und §. 50, Nr. 3 aufgeführte Vor-  
steher und Deputirte schrieb seinen Namen beliebig, meist „von Wagen-  
hoff“ sehr oft „v. Wagenhoffe oder Wagenhoffen“, selbst „v. Wagenhoffn“,  
was mich verleitet hat, den Namen — mit Umgehung der ehemals sehr  
häufig vorkommenden Schlußmittlauter-Verdoppelung — durchweg mit ein-  
fachem f drucken zu lassen. Urkundlich jedoch ist allein „von Wagenhoff“  
richtig. Verleihung des Adels 1548. Bei dessen Reconfirmierung —  
Wien, d. d. 20. Februar 1719 — der Name Wagner zugesetzt. Der  
§. 50 Nr. 1 genannte Vater des Obigen † 1756. Vergl. Familien-  
Papiere in Händen des zu Breslau lebenden Tischlermeisters Otto von  
Wagenhoff (Sohnes des Premier-Lieutenants Carl von Wagenhoff zu  
Frankenstein), geb. 27. September 1818, dessen Vorfahr ein Bruder von  
dem Vorfahr der hiesigen v. Wagenhoff gewesen. Das Original des  
Adelsdiploms und des Stammbaums im Besitz der Frau Hauptmann von  
Wagenhoff zu Warmbrunn oder der Söhne derselben.

§. 125. Anmk. 3. — In der Kirchen-Rechnung auf 1834 sind  
Tit. IX. der Einnahme 114 Thlr. 28. 6. gebucht. Die Stelle, wo ein-  
getragen sein mußte, wer den Betrag eingezahlt hat und aus welcher  
Ursache, ist unausgefüllt. Einen Einnahme-Belag enthalten die Beläge  
nicht. Nur am Rande findet sich die Notiz: „wegen vereinnahmter  
Defecte“. Welcher, blieb ungesagt. Darf bei den 114 Thlr. 28. das  
„Kirchengeld“ §. 125 vermuthet werden, so berichtigt sich danach die  
Anmk. 3 dort.

---



# Inhalts-Verzeichniß.

Vorwort.

## Kirchchronik. Geschichtlicher Ueberblick.

	Seite
1. Politik . . . . .	9
2. Kirche . . . . .	14
3. Behörden . . . . .	16

## Kirchengemeinde.

§. 1—2. Stiftung . . . . .	20
§. 3. Umfang . . . . .	23
§. 4. Seelenzahl . . . . .	24
§. 5—10. Zahl der Amtshandlungen	26
§. 11. Judentaufen . . . . .	30
§. 12. Türkentaufe . . . . .	30
§. 13. Kirchliche Gemein=Gedenktage	32
§. 14. Weltliche desgl. . . . .	33
§. 15. Jahrhundertwechsel 1800/01	35
§. 16. Bethaus=Grundsteinlegung und Einweihung . . . . .	37
§. 17. Fünfzigjähriges Jubiläum der Bethauskirche . . . . .	37
§. 18. Grundsteinlegung zur jetzigen Kirche . . . . .	38
§. 19. Einweihung der jetzigen Kirche . . . . .	38
§. 20. Hundertjähriges Gemeinde= Stiftungs=Jubiläum . . . . .	40
§. 21. Fünfzigjähriges Kirchweih= Jubiläum . . . . .	41
§. 22. Fahnenweihe und Krieger= Denktafel . . . . .	42
§. 23—25. Kirchhoffperrung. Be= gräbnißzwang. Gottesdienst= Störung . . . . .	43
§. 26. Proceß . . . . .	44
§. 27. Gesangbuch . . . . .	45
§. 28. Kreis=Synode . . . . .	46

## Kirchenverfassung.

§. 29. Vorbericht . . . . .	47
§. 30. Gemeindestatut . . . . .	48
§. 31. Bemerkungen . . . . .	50
§. 32—41. Kirchen = Collegium	50
§. 42. Gemeinde = Kirchen=Rath	61

Seite

§. 43—44. Neuer Gemeinde=Kirchen= Rath und Gemeinde=Vertretung	61
§. 45—46. Deputirten=Stellung	65
§. 47. Verzeichniß der Kirchen= Vorsteher . . . . .	67
§. 48. Vorsteher=Ämter . . . . .	68
§. 49. Verzeichniß der Kirchen= Deputirten aus der Stadt	68
§. 50—51. Verzeichniß der Kirchen= Deputirten vom Lande . . . . .	70
§. 52—53. Verzeichniß der Ältesten	70
§. 54. Ältesten=Ämter . . . . .	71
§. 55—56. Verzeichniß der Ge= meinde=Vertreter . . . . .	71
§. 57. Patronat . . . . .	72
§. 58—59. Angaben . . . . .	72
§. 60. Thatbestand . . . . .	73
§. 61—69. Regelung . . . . .	80
§. 70. Mitwirkende Umstände . . . . .	88
§. 71—77. Entscheidungsfall . . . . .	91

## Kirchengut.

§. 78—79. Grundstücke . . . . .	101
§. 80. Bettsaal . . . . .	103
§. 81—88. Bethauskirche . . . . .	103
§. 89. Kleinbauten . . . . .	107
§. 90—96. Baustreit . . . . .	107
§. 97. Maltheserkirche . . . . .	117
§. 98. Carmeliterkirche . . . . .	118
§. 99. Jungfrauenkirche . . . . .	119
§. 100—107. Jetzige Kirche . . . . .	120
§. 108. Äußere Kirchen=Renovation	128
§. 109—110. Jubiläumsbau . . . . .	130
§. 111. Pfarrhäuser . . . . .	135
§. 112—114. Nebengebäude . . . . .	136
§. 115. Feuerversicherung . . . . .	139
§. 116. Pastor= und Conventgarten	140
§. 117. Höfe . . . . .	141
§. 118. Brunnen . . . . .	141
§. 119. Schenkungen . . . . .	142
§. 120. Vermächtnisse . . . . .	144
§. 121. Stiftungen . . . . .	145
§. 122. Kirchenvermögen . . . . .	148
§. 123. Inventarium . . . . .	152
§. 124. Archiv . . . . .	152
§. 125—126. Kirchhöfe . . . . .	153

			Seite				Seite
<b>Kirchenbeamte.</b>							
§. 127.	Pastoren	.	164	§. 132.	Chorgehülffen	.	169
§. 128.	Primarii	.	164	§. 133.	Chorfnaben	.	169
§. 129.	Secundarii	.	166	§. 134.	Posaunisten	.	170
§. 130.	Rectoren	.	168	§. 135.	Oberglöckner	.	170
§. 131.	Cantoren	.	169	§. 136.	Unterglöckner	.	170
				§. 137.	Calcanten	.	171

### Abbildungen.

1. Planßkizze vom Kirchengrundstück nach 1742.
2. Ansicht des Bethauses und des Pfarrhauses um 1750.





## Berichtigungen.

---

Seite	9,	Zeile 7 v. u.,	statt	Preußen	lies	Preußen.
"	10,	" 2, Anm. 2,	"	Savoyen	"	Savoyen.
"	17,	" 1, " 33,	"	zu	"	zum.
"	21,	" 17 v. o.,	"	Bürgerchaft	"	Bürgerchaft.
"	25,	" 27 = "	"	1771	"	1871.
"	26,	" 11 = "	"	9	"	10.
"	34,	" 2, Anm. 1,	"	aubern	"	andere.
"	45,	" 13 v. u.,	fehlt	hinter September:		1868.
"	47,	" 15 = o.,	statt	742	lies	732.
"	51,	" 19 = "	fehlt	vor hätte:		eingesetzt.
"	57,	" 26 = "	statt	ballotirten	"	ballottirten.
"	82,	" 7 = u.	"	verzögerte	"	verzögerten.
"	103,	" 11 = o.	"	Retſaal	"	Betsaal.
"	156,	" 18 = "	"	Todtengräuer	"	Todtengräber.

